ROSA LUXEMBURG

Joseph Buttinger · Bibliothek

Geschenk an die
Bibliothek der
Hochschule für
Bildungswissenschaften
in Klagenfurt

Juni 1971

Fred Oelßner

Rosa Luxemburg · Eine kritische biographische Skizze

Joseph

Rosa Luxemburg

1 502394

Fred Oelßner

ROSA LUXEMBURG

EINE KRITISCHE BIOGRAPHISCHE SKIZZE

16-220.71.LUXE*
(16-220.11.60(63))
(16-220.11.60(67))

DIETZ VERLAG BERLIN

1956

UB KLAGENFURT
+L4858400X

Universitätsbibliothek der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt

Diesem Buch sind sechs Bilder und zwei Faksimiles beigegeben

3. Auflage · 101.—110. Tausend
Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1951 · Printed in Germany
Alle Rechte vorbehalten
Typographie: Dietz Entwurf
Einband: Lieselotte Kiunke · Schutzumschlag: Karl Gossow
Papierformat: 61×86 cm · Verlagsbogen: 11,25 · Druckbogen: 13,75
Lizenznummer 1 · Druck: Leipziger Volkszeitung III 18 138

Vorwort zur zweiten Auflage

Die erste Auflage des vorliegenden Buches war bereits erschienen, als in Moskau das hervorragende Buch der sowjetischen Historikerin A. J. Kunina „Das Fiasko der amerikanischen Weltherrschaftspläne 1917–1920" herauskam. In diesem Buche wird anhand amerikanischer Dokumente der Nachweis erbracht, daß die blutige Niederschlagung der revolutionären Bewegung in Deutschland in den Jahren 1918 bis 1920 und die Ermordung der Führer des revolutionären Proletariats das Werk nicht allein der deutschen Konterrevolution war, sondern daß die Agenten des amerikanischen Imperialismus als Inspiratoren und Helfer aktiv daran beteiligt gewesen sind. Diese neuen Tatsachen machten es erforderlich, am Ende des ersten Teiles in dem Kapitel „Vom Feinde erschlagen", kurz auf die internationalen Zusammenhänge hinzuweisen.

Ferner habe ich in der vorliegenden zweiten Auflage einige historische Ungenauigkeiten richtiggestellt, auf die ich von Lesern hingewiesen worden bin. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Berlin, den 16. März 1952

Fred Oelßner

Einleitung

Am 5. März 1951 feierten die revolutionären Arbeiter das Andenken an Rosa Luxemburg, die an diesem Tage 80 Jahre alt geworden wäre. Als sie am 15. Januar 1919 unter den brutalen Schlägen gedungener Mordbuben fiel, schied eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der europäischen Arbeiterbewegung aus dem Leben. Eine scharfsinnige Theoretikerin und Schriftstellerin des Marxismus, eine sensible Künstlerin mit starker Gestaltungskraft, eine schlagfertige Polemikerin, eine tiefhassende Feindin des Opportunismus, eine allzeit hilfsbereite Freundin der Ausgebeuteten und Unterdrückten, eine nimmermüde Agitatorin — das war Rosa Luxemburg. Sie war in gleicher Weise eng mit der polnischen und der deutschen Arbeiterbewegung verbunden und sprach zugleich ein gewichtiges Wort in allen Fragen der Sozialistischen Internationale.

Dem deutschen Proletariat ist Rosa Luxemburg besonders teuer. Sie stand an der Spitze der kleinen Gruppe Linker in der deutschen Sozialdemokratie, die seit Anfang unseres Jahrhunderts unermüdlich den Kampf gegen die opportunistische Versumpfung führte. Niemand hat in der deutschen Sozialdemokratie dem Revisionismus so schonungslos und gründlich die Federn ausgerupft, niemand hat mit so beißender Ironie die Erscheinungen des Opportunismus und Reformismus in Deutschland entlarvt, und niemand war in Deutschland so heiß bemüht, neue Wege der Arbeiterbewegung in der Epoche des Imperialismus zu finden, wie Rosa Luxemburg. Sie war die erste, die nach dem furchtbaren Verrat der offiziellen deutschen Sozialdemokratie 1914 die Linken zum Widerstande sammelte, die die Ehre des deutschen Proletariats retteten. Rosa Luxemburg war es, die in ihrer „Junius-Broschüre" den heuchlerischen Führern der Sozialdemokratie die Maske vom

Gesicht riß, die in den „Spartakusbriefen" die Aufgaben im Kampf gegen den Krieg formulierte. Rosa Luxemburg stand mit Karl Liebknecht an der Spitze des revolutionären Proletariats in der Novemberrevolution 1918, sie war die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die von der Konterrevolution am meisten gehaßten Führer der revolutionären Arbeiter. Gegen sie richteten darum die Ebert-Scheidemann-Noske ihre abgefeimte Mordhetze, der die beiden selbstlosen sozialistischen Kämpfer zum Opfer fielen.

Wie tief das Andenken an diese beiden Helden der Revolution in der deutschen Arbeiterklasse verwurzelt ist, das beweist alljährlich der sich am Tage ihrer Ermordung mit neuer Wucht vollziehende Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft an ihren Gräbern.

Die jüngere Generation der sozialistischen Kämpfer kennt zwar die Namen dieser hervorragenden Arbeiterführer, nicht aber ihr Leben und Wirken. Es ist daher eine unaufschiebbare Pflicht, diese Kenntnis den Massen zu vermitteln. Es kann sich dabei freilich nicht darum handeln, nach der kleinbürgerlichen Art „über die Toten nur Gutes zu sagen". Unsere Pflicht besteht darin, das historische Wirken der geschichtlichen Persönlichkeiten in ihrer objektiven Wahrheit darzustellen, damit die heute kämpfende Generation die Lehren daraus zu ziehen vermag. Dabei müssen uns die Worte Leitstern sein, mit denen Genosse Stalin 1907 einen Gedenkartikel einleitete. „Es ist in unseren Parteikreisen Sitte geworden, verstorbenen Genossen übermäßiges Lob zu spenden. Das Verschweigen der schwachen Seiten und die Übertreibung der positiven Seiten ist eine kennzeichnende Besonderheit der gegenwärtigen Nekrologe. Das ist natürlich eine unvernünftige Sitte. Wir wollen dieser Sitte nicht folgen."[1] Und wir dürfen dieser – auch in Deutschland üblichen – Sitte nicht folgen. Besonders nicht bei einer Skizze über das Leben Rosa Luxemburgs. Denn so groß Rosa Luxemburgs Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung waren,

[1] J. W. Stalin, „Werke", Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 24.

so sehr wir uns in Ehrfurcht vor ihrem kämpferischen Leben verneigen, so sehr wir Rosa wegen ihres schonungslosen Kampfes für die Sache der Arbeiter lieben, so dürfen wir nicht vergessen: groß waren auch ihre Irrtümer und Fehler, die die deutsche Arbeiterklasse auf falsche Bahnen lenkten. Wir dürfen vor allem die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß es sich nicht um einzelne Fehler handelt, sondern um ein ganzes System falscher Auffassungen (den „Luxemburgismus"). Diese Auffassungen waren eine der entscheidenden Ursachen für die Niederlagen der Kommunistischen Partei Deutschlands nach ihrer Gründung, für die Verfälschung der Rolle der Partei durch die Brandleristen, für die Unterschätzung der nationalen Frage und der Bauernfrage, die trotz der Bemühungen Ernst Thälmanns nicht überwunden wurde. Das System falscher Auffassungen Rosa Luxemburgs war aber zugleich auch der theoretische Ausdruck für die in der internationalen (besonders der westeuropäischen) kommunistischen Bewegung vorhandenen Überreste des Sozialdemokratismus.

Die kritische Überwindung der Fehler Rosa Luxemburgs ist heute um so dringender notwendig, als diese Fehler von erbärmlichen Renegaten und besonders von den sozialdemokratischen Ideologen zur Leichenschändung ausgenützt werden, die versuchen, den revolutionären Namen Rosa Luxemburgs für die Zwecke des amerikanischen Imperialismus zu mißbrauchen.

Wir handeln ganz im Geiste Rosa Luxemburgs, wenn wir ihre schwachen Seiten nicht verschweigen, ihre positiven Seiten nicht übertreiben, sondern nur die Wahrheit sagen, wenn wir den Leser mit Rosa Luxemburg bekannt machen, wie sie wirklich war. Rosa Luxemburg war die letzte, die einen Anspruch auf Unfehlbarkeit erhob, ihr war die Erziehung der Massen zur Wahrheit stets die wichtigste Aufgabe. Indem wir diesen Versuch unternehmen, ehren wir am besten die große Kämpferin, deren Name immer mit der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden sein wird.

ERSTER TEIL

EIN KÄMPFERISCHES LEBEN

Kinderjahre in der Heimat

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Zamocz, einer Kleinstadt in der Gegend von Lublin im damaligen Russisch-Polen geboren. Als Geburtsjahr Rosa Luxemburgs wird in manchen Biographien das Jahr 1870 angegeben, genauere Untersuchungen haben zwar bisher noch nicht zu einer einwandfreien Feststellung des Geburtsjahres geführt, doch liegen Beweise dafür vor, daß Rosa Luxemburg selbst ihr Geburtsdatum mit dem 5. März 1871 angegeben hat.

Rosas Vater war ein jüdischer Kaufmann, der im Gegensatz zu den meisten Juden polnischer Kleinstädte der damaligen Zeit die Enge des Gettos und des orthodoxen jüdischen Glaubens überwunden hatte und zu liberalen Anschauungen neigte. In der Familie wurde nicht das unter den osteuropäischen Juden weit verbreitete „Jiddisch", sondern polnisch gesprochen. Die Mutter war eine feinsinnige, kulturell hochstehende Frau, die besonders starken Einfluß auf die Kinder hatte. Rosa war das letzte von fünf Kindern. Sie hatte in früher Kindheit ein Hüftleiden, das sie ein ganzes Jahr ans Bett fesselte und ihr fürs ganze Leben Schaden brachte. Von Statur war sie klein. Dabei war sie sehr lebhaft und intelligent. Schon mit fünf Jahren konnte sie lesen und schreiben.

Die Familie, die wenige Jahre nach Rosas Geburt nach Warschau übersiedelte, lebte in einem ungesicherten Wohlstand, der häufig bitterer Not Platz machte. Wie Julian Marchlewski berichtet, mußte die Familie manchmal sogar die Betten zur Pfandleihe tragen, um ein paar Rubel zum Leben zu haben. Rosa erzählte, wie sie einmal die Lampe mit einem Stück Pa-

pier anzündete, das sich als der letzte Geldschein im Hause erwies, den der Vater mit Mühe besorgt hatte. Es ist bezeichnend für die Atmosphäre im Elternhause, daß der Vater sie dafür nicht bestrafte, sondern mit Scherzen über das teure Zündholz tröstete. Diese Atmosphäre hatte großen Einfluß auf die Entwicklung des kleinen Mädchens. Trotz der häufig auftretenden bitteren Not herrschte in der Familie keine niedergedrückte, verzweifelte Stimmung. Die Eltern waren der Kultur aufgeschlossen und führten die Kinder in ihren Genuß ein. In der Familie herrschte ein regelrechter Schiller-Kult. Rosa fühlte sich besonders zu dem großen polnischen Dichter Mickiewicz hingezogen. Sie liebte die Poesie und verfaßte selbst Gedichte. So schrieb sie anläßlich des Besuches des Kaisers Wilhelm I. in Warschau 1884 ein Spottgedicht, dem sie bereits eine politische Note gab und das mit den Zeilen endete:

„Nur eines möchte ich dir, lieber Wilhelm, sagen:
Sage deinem listigen Lumpen Bismarck,
Tue es für Europa, Kaiser des Westens,
Befiehl ihm, daß er die Friedenshose nicht zuschanden
macht."

Wie sehr Rosa Luxemburg in jungen Jahren der Dichtkunst zugeneigt war, darüber berichtet eine andere Anekdote. Im Jahre 1892 wurde sie von der polnischen Emigrantengruppe in Zürich beauftragt, eine Broschüre „Zum 1. Mai 1892" zu schreiben. Diese Broschüre konnte nicht veröffentlicht werden, weil sie statt in Prosa in Versen geschrieben war!

Der Vater Luxemburg war bemüht, seinen Kindern die bestmögliche Schulbildung zu vermitteln. Der Zugang zum Ersten Mädchengymnasium in Warschau war für Rosa verschlossen, da diese Bildungsanstalt den Töchtern der herrschenden russischen Oberschicht vorbehalten war. Obwohl auch im Zweiten Warschauer Mädchengymnasium nur eine sehr geringe Anzahl jüdischer Mädchen aufgenommen wurde, gelang es doch, Rosa

Luxemburg in diesem Gymnasium unterzubringen. Sie war in allen Klassen die kleinste, aber auch die beste Schülerin. In der Schule war der Gebrauch der polnischen Muttersprache streng untersagt, und die Sturheit, mit der die Lehrer dieses Verbot durchführten, trieb die Schüler zum Protest. Selbstverständlich gehörte Rosa Luxemburg zur Schüleropposition. Sie mußte dafür ihr erstes politisches Opfer bringen. Obwohl sie ein glänzendes Abgangszeugnis erhielt und ihr die übliche goldene Medaille zustand, erhielt sie diese nicht, wegen ihrer oppositionellen Haltung gegenüber den Behörden.

Unmittelbar nach der Beendigung des Gymnasiums trat die fünfzehnjährige Rosa Luxemburg einem der damals in Rußland und Polen weitverbreiteten illegalen Zirkel bei und kam dadurch mit der revolutionären Arbeiterbewegung in Berührung. Aus solchen Zirkeln und aus wirtschaftlichen Widerstandskassen[1] war in Polen 1882 die „Sozialistische revolutionäre Partei Proletariat" entstanden, die auf dem Boden des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus stand. Diese Partei lehrte die Massen, daß die Freiheit des polnischen Volkes nur im Bündnis mit der russischen revolutionären Bewegung erkämpft werden konnte. Sie führte große Massenbewegungen durch, deren hervorragendste waren: ein Streik von 6000 Webereiarbeitern, eine erfolgreiche Protestbewegung im Februar 1883 gegen den Versuch der Warschauer Polizei, die Arbeiterinnen einer sanitären Kontrolle zu unterziehen, das heißt sie den Prostituierten gleichzustellen, sowie eine gewaltige Demonstration der Arbeitslosen auf dem Schloßplatz in Warschau im März 1885. Die Partei „Proletariat" schloß Anfang 1884 ein Kampfbündnis mit der russischen revolutionären Partei „Narodnaja Wolja" (den Volkstümlern) ab. In den Jahren 1884 bis 1885 wurde die Partei „Proletariat" von der zaristischen Polizei zerschlagen. Ihre Führer wurden gehenkt oder

[1] Die Aufgabe der Widerstandskassen bestand in der Organisierung von Streiks und in der Schaffung eines Streikfonds aus freiwilligen Beiträgen. Die Widerstandskassen waren Vorläufer der Gewerkschaften.

auf Lebenszeit in der berüchtigten Festung Schlüsselburg bei Petersburg begraben.

Als Rosa Luxemburg der Bewegung beitrat, waren von der Partei „Proletariat" nur kleine Zirkel übriggeblieben. In einem solchen Zirkel wurde Rosa Luxemburg mit der fortschrittlichen politischen Literatur vertraut, die von der Partei „Proletariat" herausgegeben worden war. Die Zirkelarbeit vermittelte ihr auch die Bekanntschaft mit dem hervorragenden polnischen Arbeiterrevolutionär Martin Kasprzak, der 1905 unter den Händen der zaristischen Henker starb. Die Polizei kam schließlich bald dem Zirkel auf die Spur, und Rosa Luxemburg mußte, da ihre Genossen sie vor Gefängnis und Verbannung bewahren wollten, ins Ausland fliehen.

Noch nicht achtzehnjährig, ging Rosa Luxemburg illegal über die Grenze. Wie sehr die polnischen Genossen die junge Kämpferin schätzten, beweist die Tatsache, daß kein anderer als Martin Kasprzak selbst die Flucht organisierte. Dabei ging es nicht ohne einen heiteren Zwischenfall ab. Da Rosa nicht durch Schmuggler über die Grenze gebracht werden konnte, wandte sich Kasprzak an einen katholischen Geistlichen um Hilfe, mit der Begründung, das junge Mädchen möchte sich im Auslande taufen lassen. Der Pfarrer hegte zunächst den Verdacht, daß Rosa um der irdischen Liebe willen die Religion wechseln wolle. Nachdem Rosa Luxemburg versichert hatte, daß allein die Liebe zum Christentum sie zu ihrem Schritte treibe, sagte der Pfarrer seine Hilfe zu. Unter Stroh versteckt fuhr Rosa Luxemburg auf einem Bauernwagen über die Grenze.

Ein Biograph Rosa Luxemburgs hat die Behauptung aufgestellt, „der Schritt von der rebellischen Haltung in der Schule zum revolutionären Sozialismus war Rosa schicksalhaft (!) vorgeschrieben". Dieser mystische Unsinn wird damit begründet, daß das Joch der russischen Zustände dreifach auf Rosa lastete: „als Angehörige der vom Zarismus gefesselten russischen Volksgemeinschaft, des von der Fremdherrschaft

niedergeworfenen polnischen Volkes und der getretenen jüdischen Rasse". Das alles ist höherer Blödsinn. Erstens ist der revolutionäre Sozialismus bekanntlich nicht aus der Unterdrückung durch den Zarismus geschaffen worden, sondern er wurde als wissenschaftlicher Sozialismus (Marxismus) aus dem Westen übernommen und unter Führung Lenins mit der Arbeiterbewegung vereinigt, die nicht aus der Unterdrückung, sondern in erster Linie aus der Entwicklung der Großindustrie entstand. Zweitens rief die Niederwerfung des polnischen Volkes bekanntlich den polnischen Nationalismus hervor, den Rosa – wie später gezeigt wird – so glühend gehaßt hat, daß sie nie einen klaren Blick in der nationalen Frage bekommen konnte. Und drittens hat die Niederdrückung der jüdischen „Rasse"(?) jüdische nationalistische Bewegungen hervorgerufen, denen Rosa Luxemburg völlig fremd gegenüberstand. Bezeichnend ist dafür ein Brief aus ihren letzten Lebensjahren. Anfang 1917 schrieb Rosa Luxemburg aus der Festung Wronke an Mathilde Wurm: „Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen? Mir sind die armen Opfer der Gummiplantagen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körper die Europäer Fangball spielen, ebenso nahe. Weißt Du noch die Worte aus dem Werke des Großen Generalstabs über den Trothaschen Feldzug in der Kalahari: ‚... Und das Röcheln der Sterbenden, der Wahnsinnsschrei der Verdurstenden verhallten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit.' O diese ‚erhabene Stille der Unendlichkeit', in der so viele Schreie ungehört verhallen, sie klingt in mir so stark, daß ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Getto habe: Ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt."[1]

Die rebellische Haltung in der Schule mag (neben den Eindrücken im Elternhaus) der Anstoß gewesen sein, der Rosa Luxemburgs Schritte zum revolutionären Sozialismus lenkte.

[1] Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde", Hamburg 1950, S. 48/49.

Der Weg selbst aber wurde bestimmt durch das Studium des Marxismus und durch die Verbindung mit der revolutionären Arbeiterbewegung.

Studienjahre in der Emigration

Rosa Luxemburg ging nach Zürich, um dort ihr Studium durchzuführen. Diese Stadt war damals das Zentrum der russischen und polnischen Emigration, und Rosa kam bald mit deren hervorragendsten Vertretern wie Plechanow, Axelrod und Vera Sassulitsch zusammen. 1890 kam Leo Jogiches nach Zürich, mit dem sie bald ein festes Freundschaftsband zusammenhielt, das erst durch ihren Tod zerrissen wurde.

Rosa Luxemburg fand in Zürich bei der Familie des deutschen sozialistischen Emigranten Lübeck Wohnung. Lübeck war von Paralyse befallen und bettlägerig, so daß er nicht einmal schreiben konnte. Das wog um so schwerer, als er den kargen Unterhalt der Familie durch schriftstellerische Tätigkeit erwarb. Frau Lübeck, eine geborene Polin, ging ganz in der Sorge um den Haushalt und die zahlreichen Kinder auf. In der Familie herrschte, als Rosa Luxemburg mit ihr bekannt wurde, eine verzweifelte Stimmung des Verfalls. Rosa wurde sofort zur moralischen Stütze der Familie. Materiell konnte sie auch nicht viel helfen, dazu waren die eigenen Mittel zu karg. Doch sie half dadurch, daß sie nach dem Diktat Lübecks Artikel schrieb und wahrscheinlich auch selbst welche für ihn verfaßte, daß sie die Frau im Hause unterstützte und vor allem dadurch, daß sie die ganze Familie seelisch wieder aufrichtete. Später ging Rosa Luxemburg eine Scheinehe mit einem Sohne der Lübecks ein, um dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Diese Ehe wurde im Frühjahr 1903 wieder geschieden.

An der Universität schrieb Rosa sich zunächst für die Naturwissenschaften ein, da sie eine besondere Liebe für die Welt

Jugendbildnis Rosa Luxemburgs

der Pflanzen und der Tiere hatte. Dieser Liebe ist sie ihr ganzes Leben lang treu geblieben. Noch in den letzten Lebensjahren, während des Weltkrieges im Gefängnis, hat sie eifrig botanisiert und sich an der Tierwelt erfreut, die ihr oft Trost in ihrem Kerkerdasein brachte. In ihren „Briefen aus dem Gefängnis" hat sie uns Tierbeschreibungen hinterlassen, die zu den Perlen der Literatur zählen.

Aber ihr tiefes Gefühl wie ihr scharfer Verstand trieben Rosa Luxemburg zum Kampf um die Befreiung der am ärgsten gequälten Kreatur, des Menschen. Sie sattelte bald zu den Staatswissenschaften über und studierte Nationalökonomie. Ihr Lehrer war Julius Wolf, der Typus des pedantisch-reaktionären deutschen Professors. Rosa studierte weniger seine Lehren als die Klassiker der politischen Ökonomie, Adam Smith und David Ricardo, und besonders Karl Marx. Es konnte nicht ausbleiben, daß sie ihrem Lehrer bald turmhoch überlegen war und in den Seminaren ihren Spott mit ihm trieb. Wenn von Julius Wolf sonst nichts Rühmliches zu berichten ist, so gereicht es ihm doch zur Ehre, daß er die hervorragenden Fähigkeiten Rosa Luxemburgs anerkannte und sie unter allen seinen Schülern hervorhob. Er schrieb in seinen Erinnerungen: „Das waren aber Dinge, die weitab vom Orte meines Wirkens spielten. Dort lebte ich weiter ganz dem Vorlesungsbetrieb, hielt dem begabtesten der Schüler meiner Züricher Jahre, Rosa Luxemburg, die freilich fertig als Marxistin aus Polen und Rußland zu mir gekommen war, die akademischen Steigbügel, sie machte ihren staatswissenschaftlichen Doktor (mit einer trefflichen Arbeit über die industrielle Entwicklung Polens) bei mir..."[1]

Von Zürich aus setzte Rosa Luxemburg zusammen mit anderen Emigranten, besonders mit Jogiches, die Arbeit in der polnischen Arbeiterbewegung fort. Sie betrieb eingehend Studien über die Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung

[1] „Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen", herausgegeben von Dr. Felix Meiner, Leipzig 1924, „Selbstbiographie" von Julius Wolf, S. 12.

Polens, deren Frucht die Schrift „Die industrielle Entwicklung Polens" war. Aber dieses Studium war für Rosa Luxemburg keineswegs eine abstrakt theoretische Angelegenheit, sondern diente dem Zwecke, der polnischen Arbeiterbewegung den Weg zu weisen.

Ende der achtziger Jahre begann in Polen ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung. Die Partei „Proletariat" wurde reorganisiert und wandte sich verstärkt der Arbeit unter den Massen zu. Es entstanden zahlreiche Unterstützungskassen der Fabrikarbeiter als Vorläufer von Gewerkschaften.

Auch eine neue Organisation entstand, der polnische „Arbeiterbund", der sich vorwiegend mit ökonomischen Fragen befaßte, wirtschaftliche Kämpfe führte und eine gewisse marxistische Propaganda betrieb. 1893 entstand im Gebiet von Kongreßpolen die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die den Kampf um die Unabhängigkeit Polens zum Hauptpunkt ihres Programms machte.

Schon vorher hatte eine Gruppe polnischer Intellektueller, die früher mit der Partei „Proletariat" verbunden waren, in der Emigration, besonders in London und Paris, einen „Ausländischen Verband der polnischen Sozialisten" gegründet. Diese Gruppe wandte sich vom proletarischen, revolutionären, internationalen Sozialismus ab und schuf einen eigenartigen polnischen „Nationalsozialismus", der eine Abart des internationalen Opportunismus war. Während die Partei „Proletariat" den entscheidenden Bundesgenossen der polnischen Arbeiterbewegung in der russischen Revolution sah, hatten diese Emigranten den Glauben an die russische Revolution verloren. Sie erklärten, es gebe im russischen Volke keine revolutionären Kräfte. Daher vertraten sie die Ansicht, die polnische Arbeiterklasse müsse zuerst die Abtrennung Polens von Rußland anstreben und einen unabhängigen polnischen Staat erkämpfen, dann erst könne sie in diesem Staate den Kampf um den Sozialismus aufnehmen. Diese Auffassung enthielt im Kern die ganze nationalistische Entartung, die nach 1906 die Polnische So-

zialistische Partei (PPS) in den Dienst des kaiserlich-deutschen und des k. und k. österreichischen Generalstabs führte und die später 1926 bis 1939 einen Teil der ehemaligen PPS-Führer zu Bannerträgern des faschistischen Pilsudski-Regimes in Polen machte.

In der polnischen Parteiorganisation selbst stieß die nationalistische Entartung des „Ausländischen Verbands der polnischen Sozialisten" auf entschiedenen Widerstand. Die Flugblätter mit der „nationalsozialistischen" Linie, die die Emigranten nach Polen schickten, wurden von den Arbeiterzirkeln in Warschau, Lodz und im Kohlengebiet von Dombrowa nicht verbreitet, sondern verbrannt. Zum Wortführer des Widerstandes gegen die Sozialchauvinisten wurde die Gruppe polnischer Sozialisten in der Schweiz, an deren Spitze Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Julian Marchlewski-Karski standen. Diese Gruppe schuf sich eine Zeitschrift, die „Sprawa Robotnicza" (Arbeitersache), die unter den sozialistischen Arbeitern in Polen große Popularität besaß. Rosa Luxemburg führte die Redaktion dieser Zeitschrift. Sie ging daran, der nationalistischen Linie eine marxistische Linie entgegenzusetzen.

Dabei ging sie von der These aus, daß sich der polnische Kapitalismus gemeinsam mit dem Kapitalismus in Rußland, Deutschland und Österreich entwickelt. Darum bestände die Aufgabe des polnischen Proletariats darin, gemeinsam mit dem russischen, deutschen und österreichischen Proletariat gegen die kapitalistische Ordnung zu kämpfen. Nur die allgemeine Revolution, die den Kapitalismus stürzt, werde die Völker befreien, darunter auch das polnische Volk. Solange aber das kapitalistische System bestehe, sei die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates nicht möglich. Die Aufgabe sei daher nicht der Kampf für ein unabhängiges Polen, sondern der Kampf gegen den kapitalistischen Staat überhaupt.

Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß in dieser damals von Rosa Luxemburg entwickelten Linie gegen den Nationalis-

mus der PPS eine Unterschätzung der Bedeutung des nationalen Kampfes für das Proletariat überhaupt liegt. Rosa Luxemburg hatte völlig recht, wenn sie gegen den Nationalismus der späteren PPS-Leute kämpfte. Lenin brandmarkte diese Leute wiederholt als nationalistische Kleinbürger, die mit dem Sozialismus nichts gemein haben. Rosa Luxemburg hatte auch recht, wenn sie gegen die Losung des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens als einer besonderen Etappe vor dem Sozialismus, im Gegensatz zum Kampf um Demokratie und Sozialismus, im Gegensatz zum Bündnis mit der russischen Revolution auftrat. Aber Rosa Luxemburg hatte nicht recht, wenn sie die Losung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen ablehnte. Denn diese Losung gehört zu den Grundforderungen jeder wirklichen Demokratie und damit auch des Sozialismus. Darum haben Lenin und Stalin diese Losung seit dem Beginn ihrer revolutionären Tätigkeit unermüdlich propagiert. Die Anerkennung dieser Losung räumt jeder Nation das Recht ein, diejenige Form der nationalen Organisation zu wählen, die ihr zusagt. Das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung bedeutet aber keineswegs den Zwang – wie dies die PPS-Leute behaupteten –, in jeder Lage und unter allen Umständen für die Schaffung eines unabhängigen Staates einzutreten. Indem Rosa Luxemburg die sozialnationalistische Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes durch die PPS-Leute akzeptierte und das Selbstbestimmungsrecht selbst statt seine nationalistische Verfälschung bekämpfte, kam sie ungewollt auf eine Linie mit den großrussischen Chauvinisten, die für die Unterdrückung des polnischen Volkes eintraten. In diesem am Anfang ihrer revolutionären Tätigkeit bezogenen falschen Standpunkt liegt der Grund für das Unverständnis Rosa Luxemburgs für die Bedeutung der nationalen Frage, das sie zeit ihres Lebens nicht zu überwinden vermochte. Das Motiv – der Kampf gegen den Nationalismus – ändert nichts an der prinzipiellen Fehlerhaftigkeit des Standpunktes Rosa Luxemburgs.

Lenin schrieb im Jahre 1913, als er die Bilanz eines zwanzigjährigen Streites zog: „Darin besteht eben der Kernpunkt des lächerlichen Fehlers Rosa Luxemburgs, dessentwegen sie schon vor langem sowohl in der deutschen als auch in der russischen Sozialdemokratie (August 1903) ausgelacht wurde: daß man aus Furcht, dem bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen in die Hände zu arbeiten, nicht nur dem bürgerlichen, sondern selbst dem reaktionären Nationalismus der unterdrückenden Nation in die Hände arbeitet."[1]

Die Kämpfe um die Linie der polnischen Arbeiterbewegung wurden auch in der internationalen Arena ausgetragen. Dabei verstanden es die Anhänger der nationalistischen Richtung, den Kampf von der Höhe prinzipieller Auseinandersetzungen in den Schmutz niedriger Intrigen und Verleumdungen herabzuzerren. Auf dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Zürich 1893 war der „Ausländische Verband" – d. h. die nationalistische Richtung – durch neun Delegierte vertreten. Ihr stand die sozialdemokratische Delegation gegenüber, die aus jungen, in der Internationale noch unbekannten Sozialisten bestand, unter ihnen Karski (Marchlewski) und Rosa Luxemburg. Die Nationalisten entfesselten gegen diese Gruppe eine wüste Verleumdungskampagne. Sie verdächtigten Rosa Luxemburg sogar, eine Polizeispionin zu sein. Da die Nationalisten „anerkannte" Führer waren und enge Beziehungen zu bekannten Führern der Internationale, wie Plechanow, hatten, gelang es ihnen auf dem Kongreß, die Aberkennung des Mandats Rosa Luxemburgs durchzusetzen.

Die Auseinandersetzungen mit den Nationalisten führten nach dem Internationalen Sozialistischen Kongreß zur Spaltung der PPS. Die Organisationen in Polen selbst verließen diese nationalistische Partei und gründeten die „Sozialdemokratie des Königreichs Polen", deren Führung Rosa Luxemburg und Leo Jogiches übernahmen. Dieser Partei schlossen

[1] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XVII, Zürich 1929, S. 144/145.

sich sozialdemokratische Organisationen vorwiegend polnischer Arbeiter aus Gebieten an, die nordöstlich des sogenannten Königreichs Polen lagen (vor allem Grodno und Wilna), worauf die Partei ihren Namen in „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens" erweiterte. Mit diesen Organisationen kam auch der hervorragende Revolutionär Felix Dzierzynski in die Partei.

Die Führer der nationalistischen PPS versuchten auf dem nächsten Internationalen Sozialistischen Kongreß 1896 in London ihr infames Spiel zu wiederholen, ihr Führer Daszynski beschimpfte die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei als Lumpen und Bande publizistischer Räuber, aber diesmal nutzte es nichts, Rosa Luxemburg setzte sich durch. Der Londoner Kongreß 1896 mußte sich auch mit der Kardinalfrage der polnischen Bewegung, der nationalen Frage befassen. Rosa Luxemburg veröffentlichte im gleichen Jahre zwei grundlegende Artikel in der „Neuen Zeit", in denen sie ihren Standpunkt darlegte. In diesen Artikeln kritisierte sie die Stellung der PPS zur nationalen Frage und erklärte, daß die Lostrennung Polens von Rußland und die Unabhängigkeit Polens eine reaktionäre Losung und gleichbedeutend mit dem Bestreben sei, den unvermeidlichen ökonomischen Prozeß der wirtschaftlichen Verschmelzung Polens und Rußlands aufzuhalten. Wie sehr Rosa Luxemburg schon damals die nationale Bewegung unterschätzte, zeigt der Satz: „Die gekennzeichnete Richtung der sozialen Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß es in Polen jetzt keine Gesellschaftsklasse gibt, die ein Interesse an der Wiederherstellung Polens und zugleich die Kraft hätte, dieses Interesse zur Geltung zu bringen."[1] Den Anschauungen Rosa Luxemburgs trat Karl Kautsky in einem Artikel „Finis Poloniae?" (Polens Ende?) entgegen, in dem er hervorhob, daß die Losung der Unabhängigkeit Polens gegen den zaristischen Absolutismus in Rußland gerichtet und mit dem Siege der russischen Revolution verknüpft ist. Kautsky hob richtig hervor,

[1] „Die Neue Zeit", 14. Jahrgang (1895/1896), Bd. II, S. 466.

daß die polnische Sozialdemokratie Gefahr laufe, aus Angst vor dem kleinbürgerlichen Nationalismus eine viel größere Gefahr zu riskieren: die Geschäfte der Unterdrücker Polens, des russischen Zarismus zu besorgen.[1]

Rosa Luxemburg sah wohl ganz richtig, daß die polnischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer mit dem Zarismus Frieden geschlossen hatten und die Unabhängigkeit Polens als einen irrealen Traum ansahen. Aber sie wollte nicht sehen, daß die nationale Unterdrückung, die sich ständig verschärfte, breite Schichten des Kleinbürgertums, der Bauernschaft, Teile der Bourgeoisie und breite Massen der Jugend in schärfste nationale Opposition gegen den Zarismus brachte. Sie wollte nicht sehen, daß angesichts der nationalen Unterdrückung die Losung der nationalen Befreiung selbst in Teilen der Arbeiterschaft Widerhall finden mußte. Ihre falsche Position der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes, das heißt des Verzichtes der proletarischen Partei auf die Führung des nationalen Befreiungskampfes, mußte praktisch zu einer Entfremdung zwischen der sozialistischen Vorhut der Arbeiterklasse und den aus nationalen Gründen in die Opposition gegen den Zarismus gedrängten Volksmassen führen, zur Herrschaft der bürgerlichen Nationalisten über diese Volksmassen.

Der Londoner Internationale Kongreß 1896 nahm zu der Streitfrage eine Resolution an, in der es hieß: „Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet. Er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen."[2]

---

[1] Siehe „Die Neue Zeit", 14. Jahrgang (1895/1896), Bd. II, S. 484 bis 491 und S. 513–525.

[2] Zitiert in: W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XVII, S. 579.

Diese Entschließung bedeutete sowohl eine Niederlage der polnischen Nationalisten, die verlangt hatten, die Forderung der Unabhängigkeit Polens in das Programm der Internationale aufzunehmen, als auch eine Niederlage Rosa Luxemburgs, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgetreten war. Angenommen wurde der Standpunkt einer dritten Gruppe, den damals am ausführlichsten Karl Kautsky entwickelte und der die grundlegenden Thesen enthielt: „einerseits die absolut direkte, keinerlei schiefe Auslegung zulassende Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; anderseits die ebenso unzweideutige Aufforderung an die Arbeiter zur internationalen Vereinigung ihres Klassenkampfes“[1].

Trotz dieser Niederlage gab Rosa Luxemburg ihren Standpunkt nicht auf, sondern suchte ihre unhaltbare Position mit der Behauptung zu retten, daß der Schwerpunkt der Resolution in ihrem zweiten Teile liege... Die spätere Entwicklung sollte zeigen, wie folgenschwer dieses Beharren auf dem falschen Standpunkte war.

Auch auf dem nächsten Internationalen Kongreß, 1900, versuchten die polnischen Nationalisten ihr Intrigenspiel gegen Rosa Luxemburg. Sie konnten sich damit jedoch nur lächerlich machen.

Kampf gegen den Revisionismus

Im Jahre 1897 beendete Rosa Luxemburg ihr Universitätsstudium mit Auszeichnung, erhielt den Grad Dr. jur. und siedelte nach Deutschland über, um unter den polnischen Arbeitern in Posen und Oberschlesien legal zu arbeiten. Sie trat dabei besonders für die Klassensolidarität der polnischen und deutschen Arbeiter in diesen Gebieten ein und forderte die polnischen Arbeiter auf, sich in einer Partei mit den deutschen Arbeitern, also in der deutschen Sozialdemokratie, zu organisieren. Die deutschen Imperialisten führten eine wüste chauvi-

[1] Ebenda, S. 581.

nistische Hetze gegen die polnische Bevölkerung dieser Gebiete durch. 1901 waren in Wreschen polnische Kinder blutig geschlagen worden, weil sie den Unterricht in ihrer Muttersprache gefordert hatten. Die Eltern, die gegen die Mißhandlung ihrer Kinder protestierten, wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Ereignisse riefen in der ganzen Welt Empörung hervor. Die Sozialdemokratie benutzte die Vorfälle, um gegen die nationale Verhetzung aufzutreten. Am 6. März 1902 veranstalteten die polnischen und die deutschen Sozialdemokraten in Posen ihre erste öffentliche Versammlung. Rosa Luxemburg referierte. Sie führte aus:

„Die gemeinsamen Feinde der Arbeiterklasse sind die Kapitalisten, Fabrikanten, der Adel, die Priester und die Regierung. Ihr müßt euch also in der Sozialdemokratischen Partei organisieren, welche euer Klasseninteresse vertritt und die Rechte des polnischen Volkes verteidigt. Sie kämpft nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die Regierung und die Kapitalisten, welche unbarmherzig in gleicher Weise sowohl die polnischen wie die deutschen Arbeiter ausbeuten. Eine Änderung wird nur die Macht des Proletariats bringen, vereinigt ohne Rücksicht auf Nationalität."[1] So verkündete Rosa Luxemburg bereits vor einem halben Jahrhundert die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke, die nach der Zerschlagung des deutschen Imperialismus durch die Sowjetarmee zu einem unzerreißbaren Freundschaftsbund geworden ist.

Aber Rosa Luxemburg arbeitete nicht nur unter den polnischen Arbeitern in Deutschland. Sie stürzte sich gleichzeitig in den politischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie. Sie arbeitete an den Dresdner und Leipziger Parteizeitungen und nahm nach einigen Jahren in Berlin ihren ständigen Wohnsitz.

Um diese Zeit begann in Deutschland eine heftige Diskussion um die Grundlagen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die durch Eduard Bernsteins Angriffe auf den Marxismus aus-

[1] „Neues Deutschland" Nr. 54 vom 6. März 1951.

gelöst wurde. Bernstein, der bis dahin als orthodoxer Marxist gegolten hatte, veröffentlichte in der „Neuen Zeit" 1897/1898 eine Artikelserie „Probleme des Sozialismus", in der er den Marxismus in allen seinen Teilen einer Revision unterzog, wodurch die von ihm vertretene Richtung den Namen Revisionismus erhielt. Der Versuch Bernsteins lief darauf hinaus, die Fundamente der marxistischen Wissenschaft zu zerstören und an ihre Stelle die Plattheiten der bürgerlichen Wissenschaft zu setzen. Das war Verrat an dem Werke von Marx und Engels und Rückfall in kleinbürgerliche Denkweise. Bernstein wollte das sozialistische Endziel aufgeben und die Sozialdemokratie aus einer proletarischen Klassenkampfpartei in eine soziale Reformpartei verwandeln. Seine Auffassung gipfelte in dem Satz: „Das Endziel, was immer es sei, ist mir nichts, die Bewegung alles."

Unter den deutschen Marxisten, die gegen Bernsteins Revisionismus auftraten (Bebel, Kautsky, Mehring, Clara Zetkin u. a.) ragte Rosa Luxemburg um mehrere Haupteslängen hervor. Im Jahre 1899 veröffentlichte sie ihre Schrift „Sozialreform oder Revolution?", in deren erstem Teil sie die Artikelserie Bernsteins „Probleme des Sozialismus" kritisiert, während sie im zweiten Teil die von Bernstein vorgenommene Zusammenfassung seiner Auffassungen in dem Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" vornimmt.

Es fällt in dieser Streitschrift Rosa Luxemburgs auf, daß sie den philosophischen Teil der Revision Bernsteins, seine Ausfälle gegen den Materialismus und die Dialektik, fast ganz außer acht läßt. Mit um so größerer Wucht fällt sie über die ökonomischen und taktischen Auffassungen Bernsteins her.

Bernstein hatte die Ansicht vertreten, daß der Kapitalismus eine wachsende Anpassungsfähigkeit an den Tag lege, daß durch die Entwicklung des Kredits sowie der Kartelle und Truste die Anarchie des Kapitalismus abgeschwächt werde, die Krisen verschwänden und die Klassengegensätze sich milderten.

Rosa Luxemburg weist an Hand einer tiefen ökonomischen Analyse nach, daß genau das Gegenteil der Fall ist. „So ist der Kredit" – schreibt Rosa –, „weit entfernt, ein Mittel zur Beseitigung oder auch nur zur Linderung der Krisen zu sein, ganz im Gegenteil ein besonderer mächtiger Faktor der Krisenbildung."[1] Dasselbe trifft auf die monopolistischen Vereinigungen zu. Nach Untersuchung dieser neuen Erscheinungen, die damals als Unternehmerverbände bezeichnet wurden, kommt Rosa Luxemburg zu dem Schluß: „So erscheinen die Kartelle und Truste in ihrer endgültigen Wirkung auf die kapitalistische Wirtschaft nicht nur als kein ‚Anpassungsmittel', das ihre Widersprüche verwischt, sondern geradezu als eines der Mittel, die sie selbst zur Vergrößerung der eigenen Anarchie, zur Austragung der in ihr enthaltenen Widersprüche, zur Beschleunigung des eigenen Unterganges geschaffen hat."[2]

Rosa Luxemburg überschüttet die Auffassung Bernsteins mit beißendem Spott, der in jeder sozialen Einrichtung ein „Stück Sozialismus" entdeckte. „Und wenn Bernstein die Frage stellt, ob in einem Fabrikgesetz viel oder wenig Sozialismus steckt, so können wir ihm versichern, daß in dem allerbesten Fabrikgesetz genausoviel ‚Sozialismus' steckt wie in den Magistratsbestimmungen über die Straßenreinigung und das Anzünden der Gaslaternen, was ja auch ‚gesellschaftliche Kontrolle' ist."[3]

Rosa Luxemburg geht ausführlich auf die Arbeit der Gewerkschaften ein, von deren Reformtätigkeit Bernstein die allmähliche Einführung des Sozialismus erwartete. Sie weist nach, daß die Arbeiter die Gewerkschaften brauchen, um den Arbeitslohn und die Arbeitsbedingungen im Kapitalismus zu verteidigen, daß die Gewerkschaften allein aber niemals in der Lage sind, das kapitalistische Lohnsystem zu sprengen. In die-

---

[1] Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?", Leipzig 1919, S. 6.
[2] Ebenda, S. 9.
[3] Ebenda, S. 17.

sem Zusammenhange sprach Rosa Luxemburg das berühmte Wort von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften. Sie schrieb: „In beiden wirtschaftlichen Hauptfunktionen verwandelt sich also der gewerkschaftliche Kampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralysiert, oder genauer, abgeschwächt werden."[1] So richtig der Standpunkt Rosa Luxemburgs gegenüber den reformistischen Illusionen über die Gewerkschaftsarbeit war, so irrig war auch ihre Auffassung von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften, weil sie die bedeutende Rolle der Gewerkschaften als Schulen des Klassenkampfes und des Sozialismus unterschätzte, die für die Vorbereitung des Kampfes um die Macht von entscheidender Bedeutung ist.

Rosa Luxemburg hob in ihrem Kampfe gegen den Revisionismus Bernsteins hervor, daß die Hoffnung auf ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus mit Hilfe der Gewerkschaften, der Genossenschaften und des bürgerlichen Parlaments eine reaktionäre Utopie, daß hingegen die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse die unbedingte Voraussetzung für jegliches sozialistisches Beginnen ist. Sie schrieb: „Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen vollzogen werden soll."[2]

Rosa Luxemburg unterstreicht mit vollem Recht, daß Bern-

[1] Ebenda, S. 36.
[2] Ebenda, S. 46.

stein mit seiner Revision die objektiven Voraussetzungen des Sozialismus leugnet. Wenn Bernstein die aus der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus resultierende Notwendigkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus verneint, verwandelt er den Sozialismus wieder in eine Utopie. An die Stelle der ökonomischen Notwendigkeit setzte Bernstein die kleinbürgerliche Phrase von der Gerechtigkeitsidee, über die Rosa Luxemburg höhnisch schrieb: „Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge.“[1]

Bernstein hat den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, das heißt den Boden der Sozialdemokratie, verlassen, stellt Rosa Luxemburg fest. Die Diskussion mit Bernstein, so sagt sie mit Recht, ist „zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen, zweier Klassen, zweier Gesellschaftsformen geworden“. Sie betont, daß die von Bernstein aufgeworfene Frage von der Sozialreform oder der Revolution, vom Endziel und der Bewegung, die Frage vom kleinbürgerlichen oder proletarischen Charakter der Arbeiterbewegung ist.[2] Damit weist sie auf den kleinbürgerlichen Charakter des Revisionismus hin. Darum forderte Rosa Luxemburg auch in ihren Aufsätzen vor dem Parteitag in Hannover 1899 den Ausschluß Bernsteins aus der Partei. Die Kritik Bernsteins – so schrieb Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ – „ist eine Theorie der Versumpfung, für die es in unseren Reihen keinen Raum gibt“[3].

Trotz des offenkundig bürgerlichen Charakters der Auffassungen Bernsteins wurde er nicht aus der Sozialdemokratie

[1] Ebenda, S. 38.
[2] Ebenda, S. 2.
[3] „Leipziger Volkszeitung“ vom 14. September 1899.

ausgestoßen. Im Gegenteil, er konnte weiter Anhänger für seine Auffassungen werben. Von nun an gab es in der Sozialdemokratie zwei Strömungen, die Revisionisten-Opportunisten auf der einen Seite und die Orthodoxen oder Radikalen auf der anderen Seite. Die letzteren waren jedoch keine einheitliche Richtung; je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzten, um so klarer sonderte sich später eine dritte Richtung von ihnen ab: die Zentristen. Diese Entwicklung war nicht nur auf Deutschland beschränkt.

Während Bernstein in Deutschland den Opportunismus theoretisch begründete, gingen die französischen Sozialisten daran, ihn praktisch zu exerzieren. Die dritte Republik wurde seit den achtziger Jahren von heftigen Krisen geschüttelt. 1886/1887 trat der General Boulanger mit dem Bestreben auf, eine Militärdiktatur zu errichten. Die Fäulnis des bürgerlichen Parlamentarismus brach in zahlreichen Korruptionsskandalen aus, deren bedeutendster der Skandal um den Panamakanal (1888) war. Mit der Dreyfus-Affaire trat 1894 ans Tageslicht, daß auch die französische Armee völlig von Korruption zerfressen war. Die Korruptionsskandale wurden von den Anhängern Boulangers ebenso ausgenutzt, wie später Hitler die Korruptionsskandale der Weimarer Republik ausnutzte. Während ganz Frankreich brodelte, sahen die sozialistischen Parteien den Skandalen mit verschränkten Armen zu. Im Juni 1899 trat der Sozialist Millerand ohne vorherige Verständigung mit der Partei in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau ein, der auch der Kommuneschlächter Galliffet angehörte. Millerand versuchte, diesen Klassenverrat mit der Behauptung zu vertuschen, seine Teilnahme an der bürgerlichen Regierung sei ein Ausdruck der wachsenden organisatorischen Stärkung und Festigung der Sozialistischen Partei und ein Mittel der Machteroberung des Proletariats. Die Koalitionspolitik war damit begründet. Der Führer der französischen Sozialisten Jean Jaurès spendete dem „Mut" Millerands großes Lob und erntete dafür den lauten Beifall aller Reformisten in der Inter-

nationale. Lenin hat das „Experiment" Millerands mit folgenden vernichtenden Worten charakterisiert: „Die objektiven Bedingungen dieses ‚Experiments' bestanden darin, daß die Republik in Frankreich bereits Tatsache war und ihr keine ernste Gefahr mehr drohte; – daß die Arbeiterklasse die volle Möglichkeit für die Entwicklung einer selbständigen politischen Klassenorganisation hatte und diese Möglichkeit nicht genügend ausnützte, zum Teil gerade unter dem Einfluß der vielen parlamentarischen Spiegelfechtereien ihrer Führer; – daß in Wirklichkeit die Arbeiterklasse von der Geschichte objektiv bereits vor die Aufgabe des sozialistischen Umsturzes gestellt war, von der die Millerands das Proletariat durch das Versprechen winziger sozialer Reformen fortzulocken suchten."[1]

Der Eintritt Millerands in die Regierung und seine Verteidigung durch Jaurès rief eine heftige internationale Diskussion über den Millerandismus oder Ministerialismus hervor. Rosa Luxemburg nahm aktiv an dieser Diskussion teil und trat entschieden gegen den Opportunismus auf. Zunächst behandelte sie in der „Leipziger Volkszeitung" den Eintritt Millerands in die bürgerliche Regierung als eine taktische Frage, wobei sie nachwies, daß dieser Eintritt der opportunistischen Verfälschung des Sozialismus durch Bernstein entspricht. Rosa Luxemburg hob demgegenüber hervor, daß die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen „nur Korruption und Verwirrungen in den Reihen der Sozialdemokratie zum Ergebnis haben"[2] kann. Später nahm sie in einer Artikelserie in der „Neuen Zeit" prinzipiell zu dem französischen Experiment Stellung. Eine ausführliche Untersuchung seiner Regierungstätigkeit führte Rosa Luxemburg zu der Schlußfolgerung, „daß Millerand tatsächlich nicht als sozialistischer, sondern als radikaler (d. h. als bürgerlicher. F. O.) Minister funktioniert"[3]. Diese Charakte-

---

[1] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. VII, Wien-Berlin 1929, S. 273.

[2] „Leipziger Volkszeitung" vom 6. Juli 1899.

[3] „Die Neue Zeit", 19. Jahrgang (1900/1901), Bd. I, S. 629.

ristik trifft ebenso haargenau auf jeden sozialdemokratischen Minister in der Weimarer Republik wie heute auf die sozialdemokratischen Minister und Senatoren in Westdeutschland und Westberlin zu! Rosa Luxemburg schloß ihre Untersuchung über den französischen Ministerialismus mit der Hoffnung: „Die Erfahrungen mit dem Ministerium Waldeck-Millerand sind geeignet, der gesamten internationalen Sozialdemokratie die Lust an opportunistischen Experimenten zu verderben."[1]

Die spätere Entwicklung hat leider bewiesen, wie unberechtigt diese Hoffnungen Rosa Luxemburgs waren.

Als Lenin in der demokratischen Revolution von 1905 die Teilnahme der Sozialisten an der provisorischen revolutionären Regierung forderte, traten die Menschewiki dagegen auf und beschuldigten Lenin und die Bolschewiki der Verletzung des Beschlusses des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Amsterdam von 1904, der den Jaurèsismus verworfen hatte. Ihnen trat Stalin entgegen, der schrieb:

„Was den Amsterdamer Kongreß anbelangt, so hatte er die ständige Regierung Frankreichs im Auge, nicht aber eine provisorische revolutionäre Regierung. Die Regierung Frankreichs ist reaktionär-konservativ, sie verteidigt das Alte und kämpft gegen das Neue, – man begreift, daß ein wahrer Sozialdemokrat in diese Regierung gar nicht eintreten wird, während die provisorische Regierung revolutionär-progressiv ist, sie kämpft gegen das Alte, bahnt dem Neuen den Weg, sie dient den Interessen der Revolution, – man begreift, daß ein wahrer Sozialdemokrat in sie eintreten und sich an der Krönung der Sache der Revolution aktiv beteiligen wird. Wie man sieht, sind dies verschiedene Dinge."[2]

Rosa Luxemburg war in der Verurteilung des Jaurèsismus völlig mit den Bolschewiki einer Meinung.

In der großen Auseinandersetzung mit dem Revisionismus ging es letzten Endes um die Frage der sozialistischen Revolu-

[1] Ebenda, S. 688.
[2] J. W. Stalin, „Werke", Bd. I, S. 123.

tion. Während die Opportunisten aller Schattierungen auf die sozialistische Revolution verzichteten, sich dem Kapitalismus anpaßten und die Arbeiter mit leerem Geschwätz über ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus zu betrügen versuchten, verfocht Rosa Luxemburg die schon von Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest vertretene Ansicht, daß die Ziele der Arbeiterklasse „nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“[1]. Darum war sie immer bestrebt, die Massen im Geiste des revolutionären Kampfes zu erziehen und ihnen klarzumachen, daß sie ihr sozialistisches Ziel nur im Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihre Stützen erreichen können. Dieses Bestreben Rosa Luxemburgs kam besonders in der ersten großen Massenstreikdebatte zum Ausdruck, die sich im Anschluß an den belgischen Generalstreik 1902 entwickelte. In ihrer Auseinandersetzung mit dem belgischen Opportunisten Vandervelde stellte Rosa Luxemburg die proletarische Gewalt der bürgerlichen Gesetzlichkeit gegenüber. „Was sich uns als bürgerliche Gesetzlichkeit präsentiert“, schrieb sie, „ist nichts anderes als die von vornherein zur verpflichtenden Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse.“[2]

Und Rosa Luxemburg schloß ihre Auseinandersetzung mit Vandervelde mit den prophetischen Worten: „Wollte die Sozialdemokratie wirklich einmal, wie ihr die Opportunisten nahelegen, von vornherein und ein für allemal auf den Gebrauch der Gewalt verzichten und die Arbeitermassen auf die bürgerliche Gesetzlichkeit einschwören, dann würde ihr ganzer parlamentarischer und sonstiger politischer Kampf früher oder später kläglich in sich zusammenfallen, um der uneingeschränkten Herrschaft der Gewalt der Reaktion das Feld zu räumen.“[3]

---

[1] Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 50.

[2] „Die Neue Zeit“, 20. Jahrgang (1901/1902), Bd. II, S. 276.

[3] Ebenda, S. 280.

Man denke nur an das traurige Spiel mit der bürgerlichen Gesetzlichkeit, das die rechten Führer der SPD in den Jahren 1932/1933 trieben, um die furchtbare Wahrheit dieser Worte Rosa Luxemburgs zu erkennen.

Diskussion über Organisationsfragen

Bereits in ihrem Kampf gegen Bernstein legte Rosa Luxemburg ein Unverständnis für die Bedeutung der Partei und, so sonderbar dies bei ihr klingen mag, der revolutionären Theorie an den Tag. In der Verteidigung der Zusammenbruchtheorie gegen Bernstein entwickelte sie einen fatalistischen Objektivismus, nach dem die ökonomische Entwicklung von selbst unweigerlich das Ende des Kapitalismus herbeiführt. Daraus entsproß ihre falsche Theorie der Spontaneität der revolutionären Entwicklung und des automatischen Zusammenbruchs des Kapitalismus, wovon später noch die Rede sein wird. In ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution?" kommt Rosa Luxemburg dicht an das Problem der Partei heran, wenn sie schreibt: „Der Sozialismus erfolgt also aus dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht von selbst und unter allen Umständen."[1] Der marxistisch geschulte Leser erwartet daraus die Schlußfolgerung, daß zum Siege des Sozialismus eine revolutionäre Partei notwendig ist, die auf der Grundlage der marxistischen Theorie das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse trägt, die der Arbeiterklasse den Weg weist, sie organisiert usw. Rosa Luxemburgs Argumentation geht jedoch in genau entgegengesetzter Richtung. Sie fährt fort: „Er (der Sozialismus) ergibt sich nur (!?) aus den immer mehr sich zuspitzenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft und aus der Erkenntnis der Arbeiterklasse von

---

[1] Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?", S. 24.

der Unerläßlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung."[1] Kein Wort darüber, woher diese Erkenntnis kommen soll! Die hier im Keime vorhandene falsche Auffassung Rosa Luxemburgs von der Rolle der Partei wurde von ihr später systematisch weiterentwickelt und hat schließlich für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvolle Folgen gehabt.

Im Jahre 1904 entwickelte Lenin in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" die organisatorischen Grundlagen der revolutionären Partei des Proletariats. Er stellte folgende Prinzipien auf:

1. Die marxistische Partei ist der bewußte, marxistische Vortrupp der Arbeiterklasse, der „mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes gewappnet und infolgedessen fähig ist, die Arbeiterklasse zu führen, ihren Kampf zu leiten".

2. Die Partei ist „der organisierte Trupp der Arbeiterklasse, der seine Disziplin besitzt, die für alle seine Mitglieder verbindlich ist".

3. Die Partei ist die höchste Form der Organisation des Proletariats, „die berufen ist, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse zu leiten".

4. „Die Partei ist die Verkörperung der Verbindung des Vortrupps der Arbeiterklasse mit den Millionenmassen der Arbeiterklasse."

5. Die Partei muß „auf der Grundlage des Zentralismus organisiert sein, ein einheitliches Statut, eine einheitliche Parteidisziplin, ein einheitliches leitendes Organ in Gestalt des Parteitags und in der Zeit zwischen den Parteitagen in Gestalt des Zentralkomitees der Partei an der Spitze haben".

6. „Will die Partei die Einheit ihrer Reihen bewahren, so muß sie in ihrer Praxis eine einheitliche proletarische Disziplin durchsetzen, die für alle Parteimitglieder gleicherweise

[1] Ebenda.

verbindlich ist, sowohl für die Führer als auch für die einfachen Mitglieder."[1]

Gegen diese von Lenin entwickelten Grundprinzipien der proletarischen Partei trat Rosa Luxemburg in der „Neuen Zeit" mit einem Aufsatz über „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" auf, in dem sie sich auf den Standpunkt der Menschewiki stellte. In diesem Artikel kam bereits die Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs klar zum Ausdruck. Sie beschuldigte Lenin des „Ultrazentralismus" und vertrat die Ansicht, daß „die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich getrennte Momente, wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses"[2]. Rosa Luxemburg hält es für richtig und unvermeidlich, daß die taktischen Wendungen der russischen Arbeiterbewegung „jedesmal das spontane Produkt der entfesselten Bewegung selbst"[3] waren. Sie hebt „die geringe Rolle der bewußten Initiative der Parteileitungen bei der Gestaltung der Taktik"[4] hervor, die auch in Deutschland zu beobachten gewesen sei, greift ein Lassallesches Wort auf, indem sie gegen Lenin die Anklage richtet, sein „Ultrazentralismus" sei „vom sterilen Nachtwächtergeist getragen" usw. Schließlich bezichtigt Rosa Luxemburg Lenin des Subjektivismus, wobei sie selbst dem subjektiven Faktor der Entwicklung, der Arbeiterklasse und ihrer Partei, eine äußerst minderwertige Rolle einräumt. Er hat lediglich der Vollstrecker des historisch abrollenden objektiven Entwicklungsprozesses zu sein. Rosa Luxemburg kommt zu der Schlußfolgerung: „Fehltritte, die eine

[1] Siehe „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 59 bis 64.

[2] „Die Neue Zeit", 22. Jahrgang (1903/1904), Bd. II, S. 488.

[3] Ebenda, S. 490.

[4] Ebenda, S. 491.

wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees."[1]

Aus dem Dargestellten geht mit voller Klarheit hervor, daß Rosa Luxemburg die Rolle der Partei als der bewußten Führerin der Arbeiterklasse nicht nur nicht verstanden hatte, sondern sich gegen dieses Verständnis sträubte und aktiv gegen die Leninsche Lehre kämpfte.

Die menschewistische Auffassung Rosa Luxemburgs über die Partei ergab sich aus ihrer fatalistischen Geschichtsauffassung. Rosa Luxemburg hat nicht den Standpunkt des alten, mechanischen Materialismus überwinden können, den Marx in seinen Thesen über Feuerbach wie folgt kritisierte: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus – den Feuerbachschen mit eingerechnet – ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv."[2]

Lenin schrieb für die „Neue Zeit" eine Antwort auf die Artikel Rosa Luxemburgs, die jedoch von Karl Kautsky nicht abgedruckt wurde.[3] In dieser Antwort wehrte sich Lenin gegen die Entstellungen in den Aufsätzen Rosa Luxemburgs und stellte fest, „daß der Artikel von Rosa Luxemburg in der ‚Neuen Zeit' die Leser nicht mit meinem Buch, sondern mit etwas anderem bekannt macht"[4]. Lenin urteilte abschließend über den Artikel Rosa Luxemburgs: „Der Leser, der sich die Mühe gibt, die Urquellen unseres Parteikampfes zu studieren, wird leicht verstehen, daß die Äußerungen der Genossin Rosa Luxemburg über ‚Ultrazentralismus', über die Notwendigkeit

---

[1] Ebenda, S. 535.

[2] Siehe Friedrich Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 61.

[3] Diese Antwort wurde 1949 in deutscher Sprache in der „Einheit" veröffentlicht. Siehe „Einheit", 1949, Heft 10, S. 932.

[4] Ebenda.

einer allmählichen Zentralisierung usw. konkret und praktisch eine Verhöhnung unseres Parteitages, abstrakt und theoretisch (wenn man hier von der Theorie sprechen kann) jedoch eine direkte Verflachung des Marxismus, eine Verzerrung der wirklichen Dialektik von Marx usw. sind."[1] Als Lenin im Jahre 1905 noch einmal auf die Organisationsfragen zurückkam, fällte er über Rosa Luxemburgs Anschauung das harte Urteil: „...irgendeinen anderen Inhalt als die Rechtfertigung der Prinzipienlosigkeit wird man an der ganzen famosen Theorie von der Organisation als Prozeß (siehe insbesondere die Artikel Rosa Luxemburgs) nicht finden, einer Theorie, die den Marxismus verflacht und prostituiert."[2]

Genosse Stalin hebt in seiner Schrift „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus" mit Nachdruck hervor, daß Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung über die Organisationsfrage gegen die Bolschewiki auftrat. Er schreibt: „Auch linke Sozialdemokraten in Deutschland, Parvus und Rosa Luxemburg, die damaligen Führer der Linken, griffen ein. Und was geschah? Beide sprachen sich für die Menschewiki, gegen die Bolschewiki aus. Dabei wurde gegen die Bolschewiki die Anklage des Ultrazentralismus und blanquistischer Tendenzen erhoben. Später wurden diese abgeschmackten und spießerhaften Epitheta von den Menschewiki aufgegriffen und durch die ganze Welt getragen."[3]

Wenn die Feinde der Arbeiterklasse heute versuchen, Rosa Luxemburgs Fehler in der Organisationsfrage zu Nutz und Frommen ihrer amerikanischen Auftraggeber gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung auszuspielen, so können sie dies nur tun, indem sie die Erfahrung der fünfzigjährigen Entwicklung der Arbeiterbewegung negieren, die den einwandfreien Beweis für die Richtigkeit der Leninschen Lehre von der Par-

---

[1] Ebenda, S. 940.
[2] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. VII, S. 74.
[3] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 494.

tei erbracht hat. Es paßt durchaus in diese Bestrebungen, wenn zum Beispiel Benedikt Kautsky heute behauptet, daß Rosas Artikel gegen Lenin „eine ihrer bedeutendsten Leistungen darstellt", „den die Kommunisten von heute vergessen machen möchten"[1]. Der Herr kann sich beruhigen, wir sind weit davon entfernt, den Artikel „vergessen zu machen", sondern wir zeigen gerade an Hand dieses Artikels die Schwächen der damaligen Linken auf, damit die Arbeiter daraus lernen können.

Neben ihren theoretischen Arbeiten war Rosa Luxemburg auch unermüdlich in der praktischen Agitationsarbeit der Partei tätig. Sie wurde bald zu einem der beliebtesten Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung. In hunderten Versammlungen trat sie auf und führte überall den Kampf gegen die opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die nichts mehr vom Klassenkampf wissen, sondern ihre Ruhe haben wollten. Wo sie sprach, strömten die Massen in die Versammlung, die mit Recht in Rosa Luxemburg die kühnste Vertreterin ihrer Interessen sahen. Trotz ihrer Fehler war Rosa Luxemburg in der deutschen Sozialdemokratie die energischste Verfechterin der Idee des revolutionären Klassenkampfes. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Klassengerichte sich mit der Tätigkeit Rosa Luxemburgs befaßten. 1904 wurde sie wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis veruteilt, die sie in Zwickau absitzen mußte. Ihr Strafe ging schon zu Ende, als sie infolge eines Königswechsels in Sachsen unter die Amnestie fiel und früher entlassen wurde. Sie protestierte heftig dagegen, denn sie wollte nicht die Gnade eines Königs genießen. Doch es half nichts, sie mußte die Strafanstalt verlassen.

Die erste russische Revolution

Obwohl Rosa Luxemburgs Haupttätigkeit in dieser Zeit in der deutschen Sozialdemokratie lag, blieb sie doch eng der

[1] Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde", S. 214.

russischen und der polnischen Arbeiterbewegung verbunden. Sie gehörte zusammen mit Leo Jogiches der Führung der polnischen Sozialdemokratischen Partei an und ihre Wohnung in Berlin-Friedenau war ein Zentrum der polnischen revolutionären Bewegung, in dem die aus Warschau kommenden Genossen regelmäßig Station machten. Im Jahre 1903 schrieb Rosa Luxemburg eine Broschüre „Dem Andenken des ‚Proletariat'", in der sie die Bedeutung dieser ersten sozialistischen Partei der polnischen Arbeiterklasse schilderte.

Der Ausbruch der ersten russischen Revolution im Januar 1905 rückte die Fragen der russischen Arbeiterbewegung in den Vordergrund. Rosa Luxemburg stürzte sich mit aller Kraft in die Bewegung. Sie sah ihre nächste Aufgabe darin, die Probleme der russischen Revolution den deutschen Arbeitern näherzubringen, und reiste von Ort zu Ort, um in Massenversammlungen darüber zu sprechen. Unter dem Einfluß der russischen Revolution begann auch in weiten Teilen der deutschen Arbeiterbewegung, besonders unter den Massen, ein frischer Wind zu wehen, während die herrschenden Klassen gleichzeitig ihre Unterdrückungsmaßnahmen verschärften. Auf Verlangen der Mitgliedermassen mußte die Gewerkschaftsbürokratie Rosa Luxemburg in Gewerkschaftsversammlungen auftreten lassen, die ihr bis dahin verschlossen gewesen waren. Überall wurde sie mit heller Begeisterung empfangen. Die riesigen Massenstreiks des russischen Proletariats, die unmittelbar nach dem Blutsonntag einsetzten, stellten auch in Deutschland die Frage des Massenstreiks wieder auf die Tagesordnung. Rosa Luxemburg warb unermüdlich für dieses neue Kampfmittel der Arbeiterklasse. Während sich der Gewerkschaftskongreß in Köln gegen den Massenstreik aussprach, erkannte der Parteitag in Jena im Herbst 1905 den politischen Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterklasse an. Das war nicht zuletzt das Verdienst Rosa Luxemburgs.

Aber es hielt Rosa Luxemburg nicht in Deutschland, während in Russisch-Polen die Flamme der Revolution loderte.

Als auf dem Höhepunkt der Revolution im Dezember 1905 die Anwesenheit der Parteiführung in Warschau nötig wurde, fuhr sie gegen den Willen ihrer Genossen mit dem Paß der Berliner Genossin Anna Matschke nach Warschau. Während die Reformisten und die Klassenfeinde hämisch höhnten, daß Rosa Luxemburg, „das tapfere Heldenweib", es nicht für nötig hielt, sich den Gefahren der Revolution auszusetzen, saß Rosa selbst als einzige Zivilperson in einem überfüllten Militärzug, der sich aus Angst vor den Arbeitern vorsichtig im Dunkeln nach Warschau schlich, um Truppen für die Niederschlagung der Revolution hinzubringen.

In Warschau angekommen, sah es Rosa Luxemburg als ihre wichtigste Aufgabe an, der Bewegung Klarheit und Zielrichtung zu geben. In den Grundfragen der Revolution lehnte sie zwar ebenso wie die Bolschewiki die menschewistische Theorie der wegen des bürgerlichen Charakters der Revolution angeblich notwendigen Selbstbeschränkung des Proletariats ab, aber sie war auch nicht mit Lenins These von der Notwendigkeit der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft einverstanden. Sie meinte, daß Lenin die große Differenzierung in der Bauernschaft übersehe und sich vor allem in der Haltung der Arbeiterklasse täusche, die durch nichts von der Errichtung ihrer eigenen Herrschaft abgehalten werden könne. Hierin zeigte sich ein ungenügendes Verständnis für den Charakter der Revolution und ihrer hauptsächlichen Triebkräfte.

Genosse Stalin gibt in seiner Arbeit „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus" ein hartes, aber gerechtes Urteil über den Standpunkt Rosa Luxemburgs ab. Er schreibt über die Auseinandersetzung zwischen Bolschewiki und Menschewiki über die taktischen Fragen in der Revolution von 1905: „Wie verhielten sich zu diesen Auseinandersetzungen die Linken in der deutschen Sozialdemokratie, Parvus und Rosa Luxemburg? Sie ersannen ein utopisches und halbmenschewistisches Schema, das der permanenten Revolution (ein Zerrbild

des Marxschen Revolutionsschemas), durchdrungen von einer durch und durch menschewistischen Verneinung der Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, und stellten es dem bolschewistischen Schema der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft entgegen."[1]

Die Niederschlagung des Moskauer Aufstandes im Dezember 1905 vermochte Rosa Luxemburgs Zuversicht in keiner Weise zu erschüttern. Am 2. Januar schrieb sie an Karl Kautsky: „Die Stimmung ist überall schwankend und abwartend. Die Ursache von alledem ist aber der einfache Umstand, daß der bloße Generalstreik die Rolle ausgespielt hat. Jetzt kann nur ein direkter allgemeiner Straßenkampf die Entscheidung bringen, dazu muß aber der Augenblick noch mehr vorbereitet werden." Zur gleichen Zeit schrieb sie in ihrer Schrift „Was weiter?": „Die Phase des offenen Kampfes, die begonnen hat, legt der Sozialdemokratie die Pflicht auf der möglichst guten Bewaffnung der fortgeschrittensten Kämpfer, der Ausarbeitung der Pläne und der Bedingungen für den Straßenkampf, vor allem die, die Lehren zu ziehen aus dem Moskauer Kampf. Diese technische Vorbereitung für den bewaffneten Kampf ist ungeheuer wichtig und notwendig..." Hier sehen wir, wie Rosa Luxemburg im Feuer des revolutionären Kampfes die Schranken ihrer Spontaneitätstheorie durchbricht und der Arbeiterklasse die Aufgaben weist, die in der gegebenen Etappe der Revolution unabweisbar sind. Leider sind diese Warschauer Erkenntnisse für ihre späteren Arbeiten ohne sichtbare Wirkung geblieben. Wenn Rosa Luxemburg in derselben Arbeit darauf hinweist, daß nicht die technische Vorbereitung für den bewaffneten Kampf, sondern die Gewinnung der breiten Massen des Proletariats die Hauptgarantie für den Sieg sind, so hat sie auch darin unbedingt recht. Denn die Marxisten-Leninisten unterscheiden sich eben darin von den Blanquisten, daß sie den Sieg nicht von einer revolutionären Minderheit erwarten, son-

[1] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 494/495.

dern von der Mehrheit der Arbeiterklasse, die der revolutionären, in der Partei organisierten Vorhut folgt. Rosa Luxemburg ist daher auch im Recht, wenn sie gleichzeitig die Notwendigkeit der verstärkten Agitation unter den Massen, besonders der Bauern und Soldaten, betont. Wenn die Agenten des Monopolkapitals die Mär verbreiten, Lenin sei 1905 zuerst von einer verschwörerischen Konzeption ausgegangen, deren Grenzen er später erkannt habe, so kennen sie den verleumderischen Charakter dieser Behauptung ganz genau. Denn eben Lenins Formel „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" war dazu angetan, die breiten Massen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der ganzen Bauernschaft in den revolutionären Kampf einzubeziehen.

Es war Rosa Luxemburg nicht lange vergönnt, in Warschau am revolutionären Kampf teilzunehmen. Bereits am 4. März 1906 wurde sie zusammen mit Leo Jogiches verhaftet. Sie wurde zunächst im Polizeigefängnis im Warschauer Rathaus untergebracht. Dort saß sie in einer Einzelzelle mit 13 anderen Gefangenen zusammengepfercht unter fürchterlichen Bedingungen. Trotzdem wurde sie nicht kleinmütig. Ihre Briefe aus dieser Zeit sind voll Heiterkeit und Selbstironie. In der stickigen Luft litt ihre ohnehin schwache Gesundheit ernstlich und wurde durch Hungerstreiks noch mehr untergraben. Anfang April wurde sie in den X. Pavillon der Warschauer Festung übergeführt, der bei den revolutionären Arbeitern Polens berüchtigt war, weil es aus ihm nur schwer ein Entkommen gab. Rosa Luxemburg fand auch im Gefängnis die Möglichkeit, am revolutionären Kampf teilzunehmen, Broschüren zu schreiben und sie ins Freie zu schmuggeln.

Natürlich setzten ihre Angehörigen und Freunde alles in Bewegung, um Rosa freizubekommen. Sie hatte vor allem Furcht, daß man den Reichskanzler Bülow für ihre Freilassung bemühen könnte, was sie auf jeden Fall verhindern wollte, um die Hand gegen ihn ganz frei zu behalten. Schließlich gelang es, sie am 28. Juni auf Grund eines ärztlichen Attestes und gegen

eine Kaution von 3000 Rubel freizubekommen. Eine nicht geringe Rolle spielte dabei auch die Drohung der Kampforganisation der Sozialdemokratischen Partei Polens, die jedem ihre Rache ankündigte, der Rosa etwas zuleide täte. Nach einem Monat erhielt Rosa Luxemburg die Erlaubnis, Warschau zu verlassen. Sie fuhr zunächst nach Petersburg und von dort nach Kuokkala in Finnland, wo sie sich sofort daran machte, die Lehren aus der ersten russischen Revolution zu ziehen.

Die Lehren der russischen Revolution

Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands standen dem großen historischen Ereignis der ersten russischen Revolution verständnislos und mit innerer Ablehnung gegenüber. Die großen Massenstreiks der russischen Arbeiterklasse, die in den heldenhaften Dezemberaufstand 1905 mündeten, waren für sie schon damals „rein russische Erscheinungen", aus denen die deutschen Arbeiter nach der Auffassung dieser sonderbaren Führer nichts zu lernen hätten. Namentlich für die Gewerkschaftsführer, die auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 den Massenstreik abgelehnt hatten, war der Generalstreik – Generalunsinn. Die Partei hatte zwar auf ihrem Parteitag in Jena im gleichen Jahre dem Massenstreik als Kampfmittel zugestimmt, aber auch nur als Defensivmittel, „namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht oder das Koalitionsrecht", und hatte den Ausdruck „Massenstreik" schamhaft durch „Massenarbeitseinstellung" ersetzt.[1] Rosa Luxemburg nahm auf Grund der Erfahrungen der ersten russischen Revolution die Debatte wieder auf und schrieb ihre Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften".

[1] „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905", S. 143.

In dieser Broschüre geht Rosa Luxemburg von der Feststellung aus, daß die russische Revolution die Frage des Massenstreiks auf neue Art gestellt hat. Die russische Revolution, schrieb Rosa Luxemburg, „hat zum ersten Male in der Geschichte der Klassenkämpfe eine grandiose Verwirklichung der Idee des Massenstreiks und ... selbst des Generalstreiks gezeitigt und damit eine neue Epoche in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eröffnet“[1].

Da auch die sozialdemokratische und besonders die Gewerkschaftspresse in Deutschland den Verlauf der revolutionären Massenkämpfe in Rußland weitgehend totgeschwiegen hatte, gab Rosa Luxemburg eine ausführliche Schilderung der Massenstreikbewegung in Rußland, in der man den glühenden Hauch der Revolution zu spüren vermag, den sie in Warschau eingeatmet hatte. Sie weist an Hand der Entwicklung nach, daß die Durchführung großer Massenstreikbewegungen keineswegs mächtige Gewerkschaftsorganisationen und gefüllte Gewerkschaftskassen zur Voraussetzung hat, wie sich das die engstirnigen deutschen Gewerkschaftsbeamten vorstellten. Es ist auch nicht so, daß der Massenstreik die Gewerkschaften in ihrer Existenz bedroht, wie die um ihre Posten bangenden gleichen Beamten fürchteten, sondern gerade aus der Massenstreikbewegung entstehen starke und einflußreiche Gewerkschaften. „Die festen Organisationen, die als unbedingte Voraussetzung für einen eventuellen Versuch zu einem eventuellen deutschen Massenstreik im voraus wie eine uneinnehmbare Festung umschanzt werden sollen, diese Organisationen werden in Rußland gerade umgekehrt aus dem Massenstreik geboren! Und während die Hüter der deutschen Gewerkschaften am meisten befürchten, daß die Organisationen in einem revolutionären Wirbel wie kostbares Porzellan krachend in Stücke gehen, zeigt uns die russische Revolution das direkt umgekehrte Bild: Aus dem Wirbel und Sturm, aus Feuer und Glut

[1] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“; „Ausgewählte Reden und Schriften“, Dietz Verlag, Berlin 1955, I. Bd., S. 159.

der Massenstreiks, der Straßenkämpfe steigen empor wie die Venus aus dem Meerschaum: frische, junge, kräftige und lebensfrohe ... Gewerkschaften."[1]

Rosa Luxemburg weist auf Grund zahlreicher konkreter Tatsachen nach, daß gerade die Massenstreikbewegung den Erfolg der Arbeiterklasse sichert. „Im eigentlichen Rußland wurde der Achtstundentag erobert."[2] Zahlreiche andere wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter wurden verwirklicht.

Das Entscheidende aber, so betont Rosa Luxemburg, ist die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Proletarier durch diese Kämpfe. „Das Kostbarste, weil Bleibende, bei diesem scharfen revolutionären Auf und Ab der Welle ist ihr geistiger Niederschlag: das sprungweise intellektuelle, kulturelle Wachstum des Proletariats, das eine unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe bietet."[3]

Der Kern der Ausführungen Rosa Luxemburgs besteht in der Auswertung der Erfahrungen der ersten russischen Revolution für die deutsche Arbeiterbewegung. Sie räumt gründlich mit der Ansicht auf, die russischen Erfahrungen hätten den deutschen Arbeitern nichts zu sagen, weil in Rußland ganz andere Verhältnisse bestanden hätten als in Deutschland. Es liegt viel Übertreibung in der Vorstellung, schreibt Rosa Luxemburg, „als habe der Proletarier im Zarenreich vor der Revolution durchweg auf dem Lebensniveau eines Paupers gestanden. Gerade die jetzt im ökonomischen wie im politischen Kampfe tätigste und eifrigste Schicht der großindustriellen großstädtischen Arbeiter stand in bezug auf ihr materielles Lebensniveau kaum viel tiefer als die entsprechende Schicht des deutschen Proletariats, und in manchen Berufen kann man in Rußland gleiche, ja hier und da selbst höhere Löhne finden als in Deutschland. Auch in bezug auf die Arbeitszeit wird der

[1] Ebenda, S. 188.
[2] Ebenda, S. 185.
[3] Ebenda, S. 187.

Unterschied zwischen den großindustriellen Betrieben hier und dort kaum ein bedeutender sein. Somit sind die Vorstellungen, die mit einem vermeintlichen materiellen und kulturellen Helotentum der russischen Arbeiterschaft rechnen, ziemlich aus der Luft gegriffen."[1]

Der Kontrast zwischen dem russischen und dem deutschen Arbeiter wird noch geringer, sagt Rosa Luxemburg, wenn man das tatsächliche Lebensniveau der untersten Schichten der deutschen Arbeiter betrachtet, das Bergarbeiterelend, das Textilarbeiterelend, das Heimarbeiterelend, das Konfektionsarbeiterelend, das glänzende Elend der Eisenbahn- und Postangestellten usw., ganz zu schweigen vom Landarbeiterelend – alles Schichten, deren Lebenshaltung im kaiserlichen Deutschland zum Teil unter dem Niveau ihrer Leidensgenossen im zaristischen Rußland lag. „Bereits in dem großen Oktoberstreik 1905 stand der russische Eisenbahner in dem noch formell absolutistischen Rußland in bezug auf seine wirtschaftliche und soziale Bewegungsfreiheit turmhoch über dem deutschen."[2] Und Rosa Luxemburg kommt zu dem Schluß: „Bei näherem Zusehen sind sämtliche ökonomischen Kampfobjekte des russischen Proletariats in der jetzigen Revolution auch für das deutsche Proletariat höchst aktuell und berühren lauter wunde Stellen des Arbeiterdaseins.

Daraus ergibt sich vor allem, daß der reine politische Massenstreik, mit dem man vorzugsweise operiert, auch für Deutschland ein bloßes, lebloses theoretisches Schema ist. Werden die Massenstreiks aus einer starken revolutionären Gärung sich auf natürlichem Wege als ein entschlossener politischer Kampf der städtischen Arbeiterschaft ergeben, so werden sie ebenso natürlich, genau wie in Rußland, in eine ganze Periode elementarer ökonomischer Kämpfe umschlagen. Die Befürchtungen also der Gewerkschaftsführer, als könnte der Kampf um die ökonomischen Interessen in einer Periode stürmischer

[1] Ebenda, S. 211/212.
[2] Ebenda, S. 214.

politischer Kämpfe, in einer Periode der Massenstreiks, einfach auf die Seite geschoben und erdrückt werden, beruhen auf einer ganz in der Luft schwebenden schulmäßigen Vorstellung von dem Gang der Dinge. Eine revolutionäre Periode würde vielmehr auch in Deutschland den Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes ändern und ihn dermaßen potenzieren, daß der heutige Guerillakrieg der Gewerkschaften dagegen ein Kinderspiel sein wird. Und anderseits würde aus diesem elementaren ökonomischen Massenstreikgewitter auch der politische Kampf immer wieder neue Anstöße und frische Kräfte schöpfen. Die Wechselwirkung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, die die innere Triebfeder der heutigen Massenstreiks in Rußland und zugleich sozusagen den regulierenden Mechanismus der revolutionären Aktion des Proletariats bildet, würde sich ebenso naturgemäß auch in Deutschland aus den Verhältnissen selbst ergeben."[1]

Diese Ausführungen Rosa Luxemburgs lassen ihre utopische und halbmenschewistische Theorie der Revolution erkennen, denn die Geschichte hat bewiesen, daß der reine politische Massenstreik keineswegs „ein bloßes lebloses theoretisches Schema" ist, sondern ein wichtiges Kampfmittel des Proletariats auf einer bestimmten Entwicklungsstufe. Dies bewiesen zum Beispiel der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920 und der Streik gegen die Cuno-Regierung 1923. Die Unterschätzung des politischen Massenstreiks hat Rosa Luxemburg auch 1918 zu schwerwiegenden Fehlern verleitet, von denen später die Rede sein wird.

Gleichzeitig zeigen die Ausführungen Rosa Luxemburgs aber auch, wie sie sich bemühte, die stickige Atmosphäre zu reinigen, die damals bereits in der deutschen Arbeiterbewegung herrschte. Mit allem Nachdruck wandte sie sich gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die auf dem Standpunkt stand, daß der Massenstreik die restlose Organisierung des Proletariats voraussetze, daß er aber, wenn diese erreicht ist, nicht mehr nötig

[1] Ebenda, S. 217/218.

sei. „Die Verhältnisse, die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und des bürgerlichen Staates bringen es aber mit sich, daß bei dem ‚normalen' Verlauf der Dinge, ohne stürmische Klassenkämpfe, bestimmte Schichten – und zwar gerade das Gros, die wichtigsten, die tiefststehenden, die vom Kapital und vom Staate am meisten gedrückten Schichten des Proletariats – eben gar nicht organisiert werden können."[1] Daher sei die Gewinnung der unorganisierten Massen für den Kampf eine entscheidende Aufgabe. „Der Plan, Massenstreiks als ernste politische Klassenaktion bloß mit Organisierten zu unternehmen, ist überhaupt ein gänzlich hoffnungsloser. Soll der Massenstreik, oder vielmehr sollen die Massenstreiks, soll der Massenkampf einen Erfolg haben, so muß er zu einer wirklichen Volksbewegung werden, das heißt die breitesten Schichten des Proletariats mit in den Kampf ziehen."[2]

Rosa Luxemburg unterzieht die russischen Erfahrungen auch vom Standpunkt der Leitung des Massenstreiks einer Analyse und kommt dabei dicht an das Verständnis der führenden Rolle der Partei heran, wenn sie schreibt: „Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der ‚revolutionären Situation' warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge vorauseilen, sie zu beschleunigen suchen."[3] Leider blieb auch hier Rosa Luxemburg auf halbem Wege stehen, um sogleich wieder auf den Pfad ihrer Spontaneitätstheorie umzuschwenken.

Rosa Luxemburg verstand sehr gut, daß der Massenstreik ein wichtiges Kampfmittel der Arbeiterklasse um ihre politische Herrschaft darstellt. Sie weist deshalb in ihrer Schrift auch auf die große historische Aufgabe hin, auf die sich vorzu-

---

[1] Ebenda, S. 219.
[2] Ebenda, S. 220.
[3] Ebenda, S. 224/225.

bereiten die oberste Pflicht des Proletariats ist. „Gerade weil die bürgerliche Rechtsordnung in Deutschland längst besteht, weil sie also Zeit hatte, sich gänzlich zu erschöpfen und auf die Neige zu gehen, weil die bürgerliche Demokratie und der Liberalismus Zeit hatten, auszusterben, kann von einer bürgerlichen Revolution in Deutschland nicht mehr die Rede sein. Und deskalb kann es sich bei einer Periode offener politischer Volkskämpfe in Deutschland als letztes geschichtlich notwendiges Ziel nur noch um die Diktatur des Proletariats handeln."[1]

Es war nicht richtig, wie es Rosa Luxemburg in diesen Zeilen tat, die Notwendigkeit der bürgerlichen Revolution in Deutschland zu verneinen, denn ihre Aufgaben waren damals noch nicht gelöst. Die Aufgabe der Arbeiterklasse bestand darin, die 1848 begonnene demokratische Erneuerung Deutschlands, das heißt die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und sie in die sozialistische Revolution hinüberzuleiten. Weil Rosa Luxemburg die Taktik der Bolschewiki 1905 nicht verstanden hatte, vermochte sie auch die Aufgabe der deutschen Revolution nicht klar zu erkennen. Da die deutsche Arbeiterklasse auch später, 1918, kein klares Programm der Revolution hatte und keine Partei besaß, blieb die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution.

Wie hoch Rosa Luxemburg trotz dieses Irrtums mit ihrer Auffassung über dem damaligen politischen Niveau der deutschen Sozialdemokratie stand, zeigt sie selbst auf, indem sie eine Resolution anführt, die am 10. September 1906 in einer Parteiversammlung in Mainz auf Antrag des Opportunisten Dr. David angenommen wurde. In dieser Resolution hieß es:

„In der Erwägung, daß die Sozialdemokratische Partei den Begriff ‚Revolution' nicht im Sinne des gewaltsamen Umsturzes, sondern im friedlichen Sinne der Entwicklung, das heißt der allmählichen Durchsetzung eines neuen Wirtschaftsprinzips,

[1] Ebenda, S. 233.

auffaßt, lehnt die Mainzer öffentliche Parteiversammlung jede ‚Revolutionsromantik' ab.

Die Versammlung sieht in der Eroberung der politischen Macht nichts anderes als die Eroberung der Mehrheit des Volkes für die Ideen und Forderungen der Sozialdemokratie; eine Eroberung, die nicht geschehen kann mit gewaltsamen Mitteln, sondern nur durch Revolutionierung der Köpfe auf dem Wege der geistigen Propaganda und der praktischen Reformarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens."[1]

Diese Resolution zeigt gleichsam im Scheinwerferlicht, wie sehr damals die deutsche Sozialdemokratie bereits im opportunistischen Sumpfe versunken und nach dem Rezept Bernsteins eine bürgerliche Reformpartei geworden war.

Es ist bereits aufgezeigt worden, daß im Jahre 1905 der Kölner Gewerkschaftskongreß den Massenstreik abgelehnt, der Jenaer Parteitag ihn aber (wenn auch sehr bedingt) angenommen hatte. Die Frage des Massenstreiks war damit also zugleich die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Opportunisten verfochten die Theorie der Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Partei, das „Nur-Gewerkschaftlertum". Rosa Luxemburg wandte sich mit aller Schärfe gegen diese Auffassung. Sie wies darauf hin, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Stärke gerade der engen Verbindung mit der Sozialdemokratie verdanken, daß in den Augen der breiten Massen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften eins sind. „So wirkt alles dahin, dem klassenbewußten Durchschnittsarbeiter das Gefühl zu geben, daß er, indem er sich gewerkschaftlich organisiert, dadurch auch seiner Arbeiterpartei angehört, sozialdemokratisch organisiert ist. Und darin liegt eben die eigentliche Werbekraft der deutschen Gewerkschaften. Nicht dank dem Schein der Neutralität, sondern dank der sozialdemokratischen Wirk-

[1] Ebenda, S. 239, Fußnote.

lichkeit ihres Wesens haben es die Zentralverbände vermocht, ihre heutige Stärke zu erreichen."[1] Rosa weist am Beispiel der Gewerkschaften Englands nach, wohin eine Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften führen muß, und kommt in bezug auf Deutschland zu dem Ergebnis: „Der wichtigste Schluß aus den angeführten Tatsachen ist der, daß die für die kommenden Massenkämpfe in Deutschland unbedingt notwendige völlige Einheit der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung tatsächlich vorhanden ist, und zwar ist sie verkörpert in der breiten Masse, die gleichzeitig die Basis der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften bildet und in deren Bewußtsein beide Seiten der Bewegung zu einer geistigen Einheit verschmolzen sind. Der angebliche Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften schrumpft bei dieser Sachlage zu einem Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und einem gewissen Teil der Gewerkschaftsbeamten zusammen, der aber zugleich ein Gegensatz innerhalb der Gewerkschaften zwischen diesem Teil der Gewerkschaftsführer und der gewerkschaftlich organisierten proletarischen Masse ist."[2]

Rosa Luxemburg hat dabei freilich verkannt, daß der gleiche Gegensatz innerhalb der Sozialdemokratischen Partei selbst bestand. Der opportunistische Standpunkt der „Neutralität" der Gewerkschaften, das heißt des Nur-Gewerkschaftlertums, wurde auch von namhaften Führern der Partei eingenommen, unter denen sich auch Bebel befand. Die Anbetung der Spontaneität, das Unverständnis für die führende Rolle der Partei hinderten Rosa Luxemburg daran, die volle Größe der Gefahr zu erkennen, die in der opportunistischen Versumpfung der Führung bestand, der die Massen ausgeliefert waren. Weil die linken Sozialdemokraten eine Spaltung fürchteten und Angst hatten, die revolutionären Losungen bis zu Ende auszusprechen (Lenin), darum blieben die revolutionären Massen führerlos,

[1] Ebenda, S. 243/244.
[2] Ebenda, S. 246/247.

darum nützte die angeblich vorhandene „völlige Einheit der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung" unten gar nichts, sie vermochte nicht, die deutsche sozialistische Bewegung vor der Katastrophe zu bewahren.

Die Anbetung der spontanen Bewegung und die Verneinung der führenden Rolle der Partei hat in Rosa Luxemburgs Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" breit Ausdruck gefunden. In der ganzen imposanten Schilderung der russischen Massenstreikbewegung 1905 spielt die Partei fast gar keine Rolle. Rosa Luxemburg vermerkt mit geradezu peinlicher Genauigkeit den spontanen Charakter der einzelnen Streiks und gibt nur in seltenen Fällen zu, daß sozialdemokratische Parteiorganisationen die Streiks leiteten. Sie ist dabei die Gefangene ihrer halbmenschewistischen Organisationstheorie, nach der sich die Arbeiterbewegung spontan zu entwickeln hat. „In den Massenstreiks in Rußland spielte das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle" – schreibt sie –, „nicht weil das russische Proletariat ‚ungeschult' ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen."[1] Wir wissen aus dem Studium der Schriften von Lenin und Stalin, besonders aber aus der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), daß das Element des Spontanen in der ersten russischen Revolution keineswegs eine so vorherrschende Rolle spielte. Von Anfang an, bereits in der Vorbereitung des 9. Januar, waren die Bolschewiki aktiv an den Beratungen der Petition an den Zaren beteiligt und gaben der Bewegung dadurch konkrete Ziele. In der „Geschichte der KPdSU (B)" heißt es darüber: „Die Petition wurde in Arbeiterversammlungen erörtert, es wurden Verbesserungen und Abänderungen an ihr vorgenommen. In diesen Versammlungen traten auch Bolschewiki auf, ohne sich offen als Bolschewiki zu bezeichnen. Unter ihrem Einfluß wurden in die Petition Forderungen aufgenommen, wie Presse- und Redefreiheit, Freiheit

[1] Ebenda, S. 206.

der Arbeiterverbände, Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zur Abänderung der Staatsordnung Rußlands, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Trennung der Kirche vom Staat, Beendigung des Krieges, Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Übergabe des Bodens an die Bauern."[1] Und im ganzen weiteren Verlauf der Revolution spielten die Parteikomitees der Bolschewiki eine hervorragende, führende Rolle. Sie organisierten und führten die Massenstreiks und die bewaffneten Kämpfe. Rosa Luxemburg stellte ja selbst, wie wir bereits sahen (siehe S. 40), im Feuer der Revolution die Aufgabe „der möglichst guten Bewaffnung der fortgeschrittensten Kämpfer, der Ausarbeitung der Pläne und der Bedingungen für den Straßenkampf..." Nachdem sie Polen verlassen hatte, fiel Rosa leider in ihren alten Fehler zurück und versperrte sich damit das volle Verständnis für die Lehren der russischen Revolution. Sie wollte nun der Partei lediglich die politische, nicht aber die organisatorische Führung der Massenkämpfe zubilligen. Leugnete Rosa Luxemburg damit tatsächlich die führende Rolle der Partei in der Revolution, so verneinte sie sie erst recht für die Zeit der „friedlichen" Entwicklung. In der zweiten Auflage ihrer Broschüre schrieb sie über die Aufgabe der angestellten Parteisekretäre der SPD: „Diese Schattenseiten des Beamtentums bergen sicherlich auch für die Partei bedeutende Gefahren in sich, die sich aus der jüngsten Neuerung, aus der Anstellung der lokalen Parteisekretäre, sehr leicht ergeben können, wenn die sozialdemokratische Masse nicht darauf bedacht sein wird, daß die genannten Sekretäre reine Vollziehungsorgane bleiben und nicht etwa als die berufenen Träger der Initiative und der Leitung des lokalen Parteilebens betrachtet werden."[2] Rosa Luxemburg ist gar nicht auf die Idee gekommen, die Forderung auf Entlassung der verbürokratisierten, reformistischen Beamten und auf Wahl revolutionärer

[1] „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 73.
[2] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 251, Fußnote.

Arbeiter zu Parteisekretären zu stellen. Dies zeigt, wie die falsche Auffassung über die Parteiorganisation Rosa Luxemburg hinderte, das Verhältnis der Führer zur Masse richtig zu verstehen.

Ihre Fehler hinderten Rosa Luxemburg daran, das Wesen der ersten russischen Revolution und der Taktik der Bolschewiki richtig zu verstehen. Für sie war der Massenstreik ein Glied in dem sich selbständig vollziehenden Prozeß der Revolution, selbständig schlägt er vom ökonomischen zum politischen Streik um und umgekehrt, er bricht von selbst aus, wenn die Situation reif ist, und hört von selbst auf, wenn sie sich geändert hat. Rosa Luxemburg stellt nirgends die Frage der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Massenstreiks als eines der wichtigsten Kampfmittel des Proletariats.

Rosa Luxemburg konnte auch nicht verstehen, daß ebenso wie 35 Jahre vorher die Pariser Kommune auch die russische Revolution eine neue Etappe in der Entwicklung der Theorie der sozialistischen Revolution einleitete und darum für die Arbeiter aller Länder von großer prinzipieller Bedeutung war. Lenin entwickelte bekanntlich bereits in der ersten russischen Revolution eine neue Theorie der sozialistischen Revolution, die die landläufige Theorie der westeuropäischen Sozialdemokraten über den Haufen warf.[1] Rosa Luxemburg vermochte sich nicht zu dieser Höhe der marxistischen Erkenntnis durchzuringen, sie verharrte in ihrem „utopischen und halbmenschewistischen Schema" (Stalin).

Trotz dieser Fehler stand Rosa Luxemburg turmhoch über den anderen Führern der deutschen Sozialdemokratie, besonders über Kautsky, dem anerkannten Theoretiker der II. Internationale. Ihre Schrift wirkte auf alle Opportunisten wie ein Peitschenhieb. Besonders die Gewerkschaftsführer fühlten sich von der Kritik getroffen und erhoben lautes Geschrei gegen Rosa. Sie übten einen solchen Druck auf den Parteivorstand der SPD aus, daß dieser die Einstampfung der ersten Auflage

[1] Vgl. „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 95/96.

der Broschüre und eine Abschwächung vieler Stellen durchsetzte. Dennoch war die Broschüre die revolutionärste Schrift, die damals in Deutschland erschienen ist.

Die Arbeit Rosa Luxemburgs über den Massenstreik lag dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906 vor, der über die gegensätzliche Auffassung der Gewerkschaften und der Partei über den Massenstreik zu entscheiden hatte. Rosa Luxemburg hob in ihrer Rede auf diesem Parteitag mit allem Nachdruck hervor, daß die Aufgabe darin bestehe, die Erfahrungen der russischen Revolution anzuwenden. Auf eine Rede des opportunistischen Gewerkschaftsführers Legien erwiderte sie: „Wenn man heute angesichts der großartigen russischen Revolution, die auf Jahrzehnte hinaus die Lehrmeisterin der revolutionären Bewegungen des Proletariats sein wird, das Problem des Massenstreiks hauptsächlich an der Hand der Vorgänge in Italien und Frankreich studiert, so beweist man damit, was eben Legien mit seinem Appell an die Tradition bewiesen hat, daß man nichts zu lernen und nichts zu vergessen versteht.“[1] Auf den ausdrücklichen Vorwurf an Legien: „Jawohl, Sie verstehen nichts zu lernen aus der russischen Revolution“, antwortete dieser mit dem zynischen Zwischenruf: „Sehr richtig.“[2] Auf diesem Parteitag machte sich bereits der Abfall August Bebels von den Linken bemerkbar. In seinem Referat über den politischen Massenstreik befaßte er sich auch mit der Frage, ob der Massenstreik im Falle eines Kriegsausbruchs als Kampfwaffe angewendet werden könne. Darüber führte Bebel aus: „Würde eine Parteileitung so kopflos sein, an einem solchen Tage einen Massenstreik zu inszenieren, so würde sofort mit der Mobilmachung der Kriegszustand über ganz Deutschland verhängt werden, und dann haben nicht mehr die Zivilgerichte, sondern die Militärgerichte zu entscheiden. Ich habe schon

[1] „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906“, S. 261.
[2] Ebenda.

läuten hören, und das halte ich für wahrscheinlich, weil man in den entscheidenden Kreisen glaubt, die Sozialdemokratie könnte so töricht sein und einen solchen Beschluß fassen, daß man sich an maßgebender Stelle schon lange mit dem Gedanken trägt, allen Führern der Sozialdemokratie dasselbe Schicksal zu bereiten, wie 1870 den Mitgliedern unseres Parteiausschusses. Wenn Sie glauben, daß in einem solchen Falle die Gegner irgendwelche Nachsicht üben würden, so irren Sie sich; ich halte auch für unbegreiflich, daß man das in einem solchen Falle erwartet. Es ist eben bei uns anders als in anderen Ländern. Deutschland ist ein Staatswesen, wie es zum zweiten Male nicht existiert. Man mag das oben als Kompliment ansehen, es ist aber Wahrheit, und diese Wahrheit müssen wir uns vor Augen halten und danach unser Handeln einrichten."[1] Rosa Luxemburg trat in ihrer Rede gegen dieses hilflose Gestammel Bebels auf und erinnerte an das Beispiel der französischen Genossen, die erklärt hatten: „Lieber einen Volksaufstand als den Krieg!"[2]

Der Mannheimer Parteitag 1906 entschied die Frage des Massenstreiks, indem er unter aktiver Mitwirkung Bebels vor der Gewerkschaftsbürokratie kapitulierte! Der Mannheimer Parteitag nahm eine Resolution an, in der erstens der Gegensatz einfach als nicht bestehend abgetan und zweitens die Gewerkschaften als gleichberechtigte Macht neben der Partei anerkannt wurden. In der Resolution des Mannheimer Parteitages hieß es: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Partei-

[1] Ebenda, S. 241.
[2] Ebenda, S. 262.

presse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen."[1]

Indem der Mannheimer Parteitag gleichzeitig die Klausel beschloß, „Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen"[2], verbaute er praktisch jeden Weg zu einem Massenstreik, denn von den opportunistischen Führern der zentralen Gewerkschaftsleitung war eine Zustimmung niemals zu erwarten.

Diese Resolution war der volle Sieg der Gewerkschaftsbürokratie über die Partei und der Opportunisten in der Partei.

Im Mai 1907 nahm Rosa Luxemburg nochmals ausführlich zu den Grundfragen der russischen Revolution Stellung, als sie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem V. Parteitag der SDAPR (Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) in London vertrat. Nachdem sich ein Jahr vorher Bolschewiki und Menschewiki in Stockholm formal vereinigt hatten, waren in London beide Richtungen der Sozialdemokratie Rußlands vertreten, dazu Bundisten, Polen und Letten. Auf diesem Parteitag kam es zwischen Bolschewiki und Menschewiki zu heftigen Auseinandersetzungen über die russische Revolution. Trotzki versuchte vergebens, eine eigne Fraktion zusammenzubringen. In diesen Auseinandersetzungen stellte sich Rosa Luxemburg voll und ganz auf die Seite der Bolschewiki. Stalin schilderte in seinen „Aufzeichnungen eines Delegierten" das Auftreten Rosa Luxemburgs auf dem Londoner

[1] Ebenda, S. 305.
[2] Ebenda.

Parteitag 1907 mit folgenden Worten: „Besonders aufschlußreich waren die Reden der Genossin Rosa Luxemburg, die den Parteitag im Namen der deutschen Sozialdemokraten begrüßte und die Auffassung entwickelte, die unsere deutschen Genossen von unseren Meinungsverschiedenheiten haben. (Wir fassen hier die beiden Reden zusammen, die R. L. zu verschiedener Zeit gehalten hat.) In den Fragen nach der Rolle des Proletariats als des Führers der Revolution, nach der Rolle der liberalen Bourgeoisie als einer antirevolutionären Kraft usw. usw. erklärte Rosa Luxemburg ihre volle Übereinstimmung mit den Bolschewiki, kritisierte sie die Führer des Menschewismus, Plechanow und Axelrod, die sie als Opportunisten bezeichnete und deren Haltung sie mit der der Jaurèsisten in Frankreich verglich. Ich weiß, sagte Rosa Luxemburg, daß auch die Bolschewiki manchmal danebenhauen, manchmal sonderbar und allzu felsenfest sind, aber ich verstehe und rechtfertige sie durchaus: angesichts der zerfließenden, gallertartigen Masse des menschewistischen Opportunismus muß man felsenfest sein. Bei den Guesdisten in Frankreich ist gleichfalls zu verzeichnen gewesen, daß sie allzu felsenfest sind, hat doch ihr Führer, Genosse Guesde, in dem bekannten Wahlplakat verkündet: ‚Kein Bourgeois wage es, für mich zu stimmen, denn ich werde im Parlament nur die Interessen der Proletarier gegen alle Bourgeois vertreten.‘ Und ungeachtet dessen, ungeachtet dieser Schroffheiten, standen wir deutschen Sozialdemokraten stets an der Seite der Guesdisten in ihrem Kampfe gegen die Verräter am Marxismus, die Jaurèsisten. Das gleiche muß hinsichtlich der Bolschewiki gesagt werden, die wir deutschen Sozialdemokraten in ihrem Kampfe gegen die Opportunisten, die Menschewiki, unterstützen werden...“[1]

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß Rosa Luxemburg mit diesen Ausführungen vor allem ihre und ihrer Freunde Meinung ausdrückte, denn diese Meinung wurde, wie besonders der Mannheimer Parteitag gezeigt hatte, durchaus

[1] J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 57/58.

nicht von allen deutschen Sozialdemokraten geteilt. Es bleibt das unvergängliche Verdienst Rosa Luxemburgs, daß sie wie kein anderer Führer der deutschen Sozialdemokratie bemüht war, den deutschen Arbeitern die Lehren der russischen Revolution zu vermitteln.

Theoretische Arbeiten

Im Jahre 1907 wurde Rosa Luxemburg als Dozentin für politische Ökonomie an die Zentrale Parteischule der deutschen Sozialdemokratie berufen. Ihre Schüler waren nicht junge Männer mit Gymnasialbildung, sondern gereifte Arbeiter, die bereits mitten in der sozialistischen Bewegung standen. Zu ihnen gehörte auch Wilhelm Pieck, der heute an der Spitze der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik steht. Diese Zuhörerschaft erforderte besondere pädagogische Fähigkeiten, ein besonderes Einfühlungsvermögen und große Darstellungskraft, um diesen Arbeiterschülern die komplizierten Probleme der ökonomischen Lehren von Karl Marx nahezubringen und verständlich zu machen. Rosa Luxemburg besaß diese Eigenschaften in hohem Maße. Wie kein anderer Lehrer der Parteischule fand sie Kontakt mit ihren Schülern und verstand es, ihnen die schwierigsten Dinge einfach zu erklären. Sie vermochte dies besonders deshalb, weil sie nicht der Versuchung unterlag, die Probleme der politischen Ökonomie abstrakt theoretisch darzustellen, sondern weil sie jedes einzelne Thema aus der historischen Entwicklung heraus darstellte und unmittelbar mit dem Tageskampf der Sozialdemokratie verknüpfte, in dem ihre Schüler gut zu Hause waren. Ausnahmslos alle Schüler liebten und achteten darum auch ihre Lehrerin, gleichgültig, ob sie in den einzelnen Tagesfragen mit ihr übereinstimmten oder nicht. Bezeichnend war ein Vorfall im Jahre 1913. Damals unternahm Eduard Bernstein den Versuch, Rosa Luxemburg von ihrem

Lehrposten zu verdrängen. Einer nach dem anderen traten die Schüler zu ihrer Verteidigung auf, so daß der Parteivorstand der SPD nachgeben mußte und Rosa Luxemburg auf der Schule verblieb.

Die Tätigkeit an der Parteischule brachte es mit sich, daß Rosa Luxemburg mehr Zeit auf die theoretische Arbeit verwandte, ohne freilich dem politischen Tageskampf fernzubleiben. Dieser Tätigkeit entsprangen zwei theoretische Schriften, die in der sozialistischen Literatur einen hervorragenden Platz einnehmen.

Aus ihren Vorlesungen an der Parteischule entstand die „Einführung in die Nationalökonomie", die erst fünf Jahre nach ihrem Tode herausgegeben wurde. Das Buch ist unvollständig geblieben, da nur ein Teil des Manuskripts in ihrem Nachlaß gefunden werden konnte. Aber auch dieses Bruchstück ist eine wertvolle Bereicherung des sozialistischen Gedankengutes, trotz der für Rosa Luxemburgs Anschauungen charakteristischen theoretischen Fehler, die es enthält. Da eine zusammenfassende Darstellung und Kritik dieser Fehler am Ende dieser Skizze gegeben wird, kann hier darauf verzichtet werden.

Das Wertvolle und Bleibende in diesem Buche ist die Darstellung der historischen Entwicklung der Wirtschaft, mit der Rosa Luxemburg ihre Hörer in die Nationalökonomie einführt. Sie gibt hier neues Beweismaterial für die Feststellung von Karl Marx, daß das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend zur Welt kommt. Ihre Schilderung der Vernichtung der primitiven Wirtschaftsformen, zum Beispiel des Inkareiches durch die Spanier, die in wenigen Jahren nach der Entdeckung Amerikas 12 bis 15 Millionen Indianer ausrotteten, ist eine einzige Anklage gegen die europäische „Zivilisation". Ferner gibt Rosa Luxemburg in diesem Buche eine ausgezeichnete Schilderung der russischen Dorfgemeinde nach der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861, die heute beim Studium der Geschichte der bolschewistischen

Partei als Ergänzungsmaterial wertvolle Dienste leisten kann. Wenn es in der „Geschichte der KPdSU(B)" zum Beispiel heißt, daß in Rußland bis 1903 die Prügelstrafe bestand, so können wir bei Rosa Luxemburg eine drastische Schilderung lesen, wie sich die Anwendung dieser Strafe im russischen Dorfe vollzog: „Und nun bot das russische Dorf periodisch auf der ganzen gewaltigen Strecke des inneren Rußlands ein ganz eigentümliches Bild. Bei Ankunft von Steuerexekutoren im Dorf begann eine Prozedur, für die das zaristische Rußland den technischen Namen ‚Herausprügeln der Rückstände' erfunden hat. Die Dorfversammlung erschien vollzählig, die ‚Rückständler' mußten die Hosen ausziehen, sich auf die Bank legen, worauf sie von ihren eigenen Markgenossen einer nach dem anderen mit Rutenhieben blutig gepeitscht wurden. Stöhnen und lautes Weinen der Geprügelten – meist bärtiger Familienväter, oft weißhaariger Greise – begleiteten die hohe Obrigkeit, die nach getaner Arbeit auf Troikas mit Schellengeläute in ein anderes Dorf jagte, um dort Gleiches zu vollbringen. Nicht selten retteten sich die Bauern vor der öffentlichen Exekution durch Selbstmord. Eine andere originelle Blüte dieser Verhältnisse war der ‚Steuerbettel', bei dem verarmte alte Bauern mit dem Bettelstab auf die Wanderschaft zogen, um die fälligen Steuern zusammenzuscharren und ins Dorf zurückzubringen."[1]

Neben den historischen Kapiteln ist in Rosa Luxemburgs „Einführung" die Illustrierung der ökonomischen Gesetze mit neuen historischen Tatsachen sehr wertvoll. Sie bildet gewissermaßen eine Ergänzung zu dem von Marx im ersten Bande des „Kapitals" zusammengetragenen Material. So ergänzt Rosa Luxemburg zum Beispiel das Material über den Kampf um den Arbeitstag durch die Entwicklung in Amerika und Rußland, um zu der für das damalige Deutschland traurigen Feststellung zu gelangen: „Deutschland hinkt jetzt mit

[1] Rosa Luxemburg, „Einführung in die Nationalökonomie"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 617.

seinen Schutzgesetzen nur für Frauen und Kinder allen anderen modernen Großstaaten nach."[1]

Die Darstellung des Kampfes um den Arbeitstag und den Arbeitslohn verbindet Rosa Luxemburg unmittelbar mit dem Kampf der Gewerkschaften. Sie hebt hervor, daß die Gewerkschaften unbedingt erforderlich sind, um den Arbeitern ein auch nur einigermaßen menschliches Dasein im Kapitalismus zu verschaffen. Sie schreibt: „Heute bildet das tierische Minimum der Lebensmittel die Regel für die Löhne – bei den Landarbeitern in Deutschland, in der Konfektion, in den verschiedenen Zweigen der Hausindustrie – überall, wo die Gewerkschaft ihre Wirkung auf die Lebenshaltung nicht ausübt."[2]

Mit Nachdruck weist Rosa Luxemburg darauf hin, daß der gewerkschaftliche Kampf das unbedingt erforderliche Mittel ist, um dem Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft zu garantieren. „Die Gewerkschaft spielt also eine unentbehrliche organische Rolle bei dem modernen Lohnsystem. Erst durch die Gewerkschaft wird nämlich die Arbeitskraft als Ware in die Lage versetzt, zu ihrem Wert verkauft zu werden. Das kapitalistische Warengesetz wird in bezug auf die Arbeitskraft durch die Gewerkschaften nicht aufgehoben, wie Lassalle irrtümlich annahm, sondern umgekehrt, durch sie erst verwirklicht. Der systematische Schleuderpreis, zu dem der Kapitalist die Arbeitskraft zu kaufen bestrebt ist, wird dank der gewerkschaftlichen Aktion zum mehr oder weniger reellen Preis gehoben."[3]

Schließlich stellt Rosa Luxemburg ihren Schülern dar, daß die Lage der Arbeiterschaft im Kapitalismus meist beschönigt wird, indem man nur die Löhne der beschäftigten Arbeiter betrachtet, das Elend der Erwerbslosen aber völlig ignoriert. Sie stellt deshalb die Forderung auf: „Bei der Darstellung der kapitalistischen Lohnverhältnisse ist es ganz falsch, nur die tat-

---

[1] Ebenda, S. 699.
[2] Ebenda, S. 705.
[3] Ebenda, S. 722.

sächlich gezahlten Löhne der beschäftigten Industriearbeiter zu berücksichtigen, wie dies meistens auch bei den Arbeitern selbst eine von der Bourgeoisie und ihren Soldschreibern gedankenlos übernommene Gewohnheit ist. Die ganze Reservearmee der Arbeitslosen, von den vorübergehend unbeschäftigten qualifizierten Arbeitern bis hinab zu der tiefsten Armut und dem offiziellen Pauperismus, geht in die Bestimmung der Lohnverhältnisse als gleichberechtigter Faktor ein."[1]

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie für Rosa Luxemburg auch der theoretische Unterricht an der Parteischule ein Mittel war, die Parteifunktionäre im Geiste des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erziehen.

Die zweite Frucht ihrer theoretischen Arbeit an der Parteischule war Rosa Luxemburgs Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus". Rosa Luxemburg selbst erklärt im Vorwort, daß die Ausarbeitung der populären „Einführung in die Nationalökonomie" den Anstoß zu diesem Werke gegeben habe. Sie schreibt darüber: „Es wollte mir nicht gelingen, den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion in ihren konkreten Beziehungen sowie ihre objektive geschichtliche Schranke mit genügender Klarheit darzustellen. Bei näherem Zusehen kam ich zu der Ansicht, daß hier nicht bloß eine Frage der Darstellung, sondern auch ein Problem vorliegt, das theoretisch mit dem Inhalt des II. Bandes des Marxschen ‚Kapitals' im Zusammenhang steht und zugleich in die Praxis der heutigen imperialistischen Politik wie deren ökonomische Wurzeln eingreift."[2] Das Problem, das Rosa Luxemburg hier entdeckt zu haben glaubte und dem sie ein Werk von 482 Seiten widmete, existiert aber in der Tat nicht, sondern beruht auf ihrem Mißverständnis der Reproduktionstheorie bei Marx. Dieses Mißver-

[1] Ebenda, S. 724.

[2] Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", Berlin 1923, Vorwort.

ständnis hat Rosa Luxemburg daran gehindert, das Wesen der neuen Etappe der kapitalistischen Entwicklung – des Imperialismus – zu erfassen. Obwohl sie neben Rudolf Hilferding die einzige marxistische Theoretikerin in Deutschland war, die den Versuch machte, den Imperialismus ökonomisch zu erklären, ist ihr dieser Versuch völlig mißlungen. In ihrer Theorie des Imperialismus ist sie trotz des großangelegten Versuches völlig in menschewistischen Gedankengängen steckengeblieben. Da in der zusammenfassenden Darstellung und Kritik der Fehler Rosa Luxemburgs im zweiten Teil dieser Skizze die Akkumulationstheorie ein Kernstück darstellen wird, darf ich hier wohl verzichten, näher darauf einzugehen. Trotz der fehlerhaften Anlage des ganzen Buches gibt aber Rosa Luxemburg auch in ihrer „Akkumulation" Positives, indem sie einzelne praktische Seiten der imperialistischen Politik untersucht und dabei wesentliche Charakterzüge des Imperialismus enthüllt. Der dritte Abschnitt des Buches über „Die geschichtlichen Bedingungen der Kapitalakkumulation" ist trotz der fehlerhaften Grundkonzeption ein bedeutendes Werk über die Vorgeschichte des Imperialismus, wobei der glänzende kämpferische Stil Rosa Luxemburgs das Studium dieser Seiten zu einem wahren Genuß macht.

Den Kampf des Kapitals gegen die Naturalwirtschaft schildert Rosa Luxemburg zunächst am Schicksal Indiens. Es wird gezeigt, wie die uralte Wirtschaftsorganisation der Inder, die kommunistische Dorfgemeinde, durch das Eindringen des englischen Kapitals in kurzer Zeit zugrunde gerichtet wurde. „Die Engländer suchten sich dabei, wie es ihre Taktik in den Kolonien stets war, den Anschein zu geben, als sei ihre Gewaltpolitik, die völlige Unsicherheit der Grundbesitzverhältnisse und den Zusammenbruch der Bauernwirtschaft der Hindus herbeigeführt hatte, gerade im Interesse des Bauerntums und zu seinem Schutze gegen die eingeborenen Tyrannen und Ausbeuter notwendig gewesen. Erst schuf England künstlich eine Landaristokratie in Indien auf Kosten uralter Eigentumsrechte

der Bauerngemeinden, um hinterdrein die Bauern gegen diese Bedrücker zu schützen und das ‚widerrechtlich usurpierte Land' in die Hände englischer Kapitalisten zu bringen.

So entstand in Indien in kurzer Zeit der Großgrundbesitz, während die Bauern auf enormen Strecken in eine verarmte proletarisierte Masse kleiner Pächter mit kurzen Pachtfristen verwandelt wurden.

Endlich kam noch in einem markanten Umstand die spezifische Kapitalmethode der Kolonisation zum Ausdruck. Die Engländer waren die ersten Eroberer Indiens, die eine rohe Gleichgültigkeit für die öffentlichen Kulturwerke wirtschaftlichen Charakters mitbrachten. Araber, Afghanen wie Mongolen leiteten und unterstützten in Indien großartige Kanalanlagen, durchzogen das Land mit Straßen, überspannten Flüsse mit Brücken, ließen wasserspendende Brunnen graben. Der Ahne der Mongolendynastie in Indien, Timur oder Tamerlan, trug Sorge für die Bodenkultur, Bewässerung, Sicherheit der Wege und Verpflegung der Reisenden. Die primitiven Radschas Indiens, die afghanischen oder mongolischen Eroberer, zuweilen grausam für die Individuen, bezeichneten wenigstens ihre Herrschaft durch jene wunderbaren Konstruktionen, die man heute auf jedem Schritt findet und die das Werk einer Rasse von Riesen zu sein scheinen... Die Kompagnie (die Englisch-Ostindische Kompagnie, die bis 1858 in Indien herrschte) hat nicht eine Quelle geöffnet, nicht einen Brunnen gegraben, nicht einen Kanal gebaut, nicht eine Brücke zum Nutzen der Inder errichtet."[1] Die Folgen dieser Politik der englischen Kolonisatoren waren der Ruin der indischen Bauernwirtschaft, ein furchtbares Massenelend und periodische Hungerkatastrophen. Im Jahre 1865/1866 wurden allein im Distrikt Orissa über eine Million Menschen durch die Hungersnot dahingerafft.

Das Gegenstück zur englischen Kolonialpolitik in Indien bildete die französische Kolonialpolitik in Algerien. Auch hier

[1] Ebenda, S. 294–296.

Rosa Luxemburg 1906 im Warschauer Polizeigefängnis

ging es darum, durch die Vernichtung der urwüchsigen Naturalwirtschaft für den Kapitalismus Platz zu schaffen. Die Schilderung dieses traurigen Kapitels kapitalistischer Raubpolitik leitet Rosa Luxemburg mit den Worten ein: „Die Franzosen begannen, nachdem sie Algerien in ihre Kolonie verwandelt hatten, mit großem Tamtam ihr Werk der Zivilisierung. War doch Algerien, nachdem es anfangs des 18. Jahrhunderts die Abhängigkeit von der Türkei abgestreift hatte, ein freies Seeräubernest geworden, welches das Mittelmeer unsicher machte und Sklavenhandel mit Christen trieb. Gegen diese Ruchlosigkeit der Mohammedaner erklärten namentlich Spanien und die nordamerikanische Union, die selbst im Sklavenhandel zu jener Zeit Erkleckliches leisteten, unerbittlichen Krieg. Auch während der großen französischen Revolution wurde ein Kreuzzug gegen die Anarchie in Algerien proklamiert. Die Unterwerfung Algeriens durch Frankreich war also unter den Losungen der Bekämpfung der Sklaverei und der Einführung geordneter zivilisierter Zustände durchgeführt. Die Praxis sollte bald zeigen, was dahintersteckte."[1] Ebenso wie in Indien bestand auch in Algerien die „Einführung geordneter zivilisierter Zustände" in der systematischen Vernichtung des Gemeineigentums. Und auch das Resultat war das gleiche! „Genau wie erst die große Hungersnot in Indien 1866 der Öffentlichkeit in England die schönen Resultate der englischen Kolonialpolitik drastisch vor die Augen geführt und eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Mißstände veranlaßt hatte, so wurde Europa zu Ende der sechziger Jahre durch den Notschrei aus Algerien alarmiert, wo massenhafte Hungersnot und außerordentliche Sterblichkeit unter den Arabern über 40 Jahre französische Herrschaft quittierten. Zur Untersuchung der Ursachen und zur Beglückung der Araber durch neue gesetzliche Maßnahmen wurde eine Kommission eingesetzt, die zu dem einstimmigen Beschlusse kam, daß den Arabern als Rettungsanker nur eins helfen könne – das Privat-

[1] Ebenda, S. 299/300.

eigentum! Dann erst würde nämlich jeder Araber in der Lage sein, sein Grundstück zu verkaufen und darauf Hypotheken aufzunehmen und sich so vor der Not zu schützen. Um also der Notlage der Araber abzuhelfen, die durch teilweise von den Franzosen bereits ausgeführte Diebereien an algerischem Grund und Boden wie durch die von ihnen geschaffene Steuerlast und damit verbundene Verschuldung der Araber entstanden war, erklärte man als einziges Mittel: die vollständige Auslieferung der Araber in die Krallen des Wuchers. Diese Possenreißerei wurde vor der Nationalversammlung mit völlig ernstem Gesicht vorgetragen und von der würdigen Körperschaft mit ebensolchem Ernst aufgenommen. Die Schamlosigkeit der ‚Sieger' über die Pariser Kommune feierte Orgien."[1]

Der Vernichtung der Naturalwirtschaft folgt die Einführung der Warenwirtschaft, um Absatzmärkte für das Kapital zu schaffen. Rosa Luxemburg schildert diesen Prozeß am Beispiel Chinas, das besonders kraß die mörderische Brutalität der kapitalistischen „Kulturträger" aufzeigt. „Die Periode der Erschließung Chinas für die europäische Kultur, das heißt für den Warenaustausch mit dem europäischen Kapital, wird durch den Opiumkrieg inauguriert, in dem China gezwungen wird, das Gift aus den indischen Plantagen abzunehmen, um es für die englischen Kapitalisten zu Geld zu machen. Im 17. Jahrhundert war die Kultur des Opiums durch die englische Ostindische Kompagnie in Bengalen eingeführt und durch ihre Zweigniederlassung in Kanton der Gebrauch des Giftes in China verbreitet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel das Opium so stark im Preise, daß es rapid zum ‚Volksgenußmittel' wurde. Noch im Jahre 1821 betrug die Einfuhr des Opiums nach China 4628 Kisten zum Preise von durchschnittlich 1325 Dollar, dann fiel der Preis auf die Hälfte, und 1825 stieg die chinesische Einfuhr auf 9621 Kisten, 1830 auf 26670 Kisten. Die verheerenden Wirkungen des Giftes, namentlich der billigsten, von der armen Bevölkerung gebrauchten Sorten,

[1] Ebenda, S. 303.

gestalteten sich zur öffentlichen Kalamität und riefen als Notwehr seitens Chinas ein Verbot der Einfuhr hervor. Bereits 1828 hatte der Vizekönig von Kanton den Import von Opium verboten, was aber den Handel nur in andere Hafenstädte lenkte."[1] Die Versuche der Chinesen, sich durch Einfuhrverbote des Giftes zu erwehren, verletzten die heiligsten Interessen des englischen Kapitals. Es begannen die Opiumkriege (1839 bis 1842 und 1857 bis 1858), in denen die englischen Truppen gegen die schlechtbewaffneten Chinesen Grausamkeiten begingen, die an die Bestialitäten der amerikanischen Truppen in Korea erinnern. Im Frieden von Tientsin 1858 wurde das Innere Chinas der Opiumeinfuhr, dem europäischen Handel und den Missionaren geöffnet. Aber das genügte den raffgierigen Kapitalisten immer noch nicht. Bereits 1859 eröffneten die Engländer erneut die Feindseligkeiten, die bis 1860 andauerten. „Jetzt wurde den europäischen Mächten zugestanden, Gesandte in Peking zu halten, Tientsin und andere Städte wurden dem Handel eröffnet. Während in England die Antiopiumliga gegen die Verbreitung des Giftes in London, Manchester und anderen Industriebezirken arbeitete und eine vom Parlament ernannte Kommission den Genuß des Opiums für höchst schädlich erklärte, wurde der Opiumeinfuhr nach China noch in der Tschifu-Konvention 1876 die Freiheit gesichert. Gleichzeitig sicherten alle Staatsverträge mit China den Europäern – Kaufleuten wie Missionen – das Recht auf Landerwerb zu. Hierbei half neben dem Feuer der Geschütze auch bewußter Betrug kräftig mit. Nicht nur bot die Zweideutigkeit der Vertragstexte eine bequeme Handhabe zur stufenweisen Ausdehnung der vom europäischen Kapital in den Vertragshäfen besetzten Gebiete. Auf Grund der bekannten frechen Fälschung im chinesischen Text der französischen Zusatzkonvention vom Jahre 1860, den der katholische Missionar, Abbé Delamarre, als Dolmetscher ausgefertigt hatte, wurde der chinesischen Regierung in der Folge das Zugeständnis abgepreßt, den Mis-

[1] Ebenda, S. 307.

sionen nicht bloß in den Vertragshäfen, sondern in allen Provinzen des Reiches Landerwerb zu gestatten. Die französische Diplomatie wie namentlich die protestantischen Missionen waren einig in der Verurteilung der raffinierten Schwindelei des katholischen Paters, was sie jedoch nicht hinderte, auf der Anwendung der so eingeschmuggelten Rechtserweiterung der französischen Missionen energisch zu bestehen und sie 1887 ausdrücklich auch auf die protestantischen Missionen ausdehnen zu lassen."[1] Rosa Luxemburg schließt das erschütternde Kapitel über die kapitalistische Erschließung Chinas mit den Worten: „Zwischendurch laufen in jedem Kriege Plünderung und Diebstahl en gros der europäischen Kulturträger in den chinesischen Kaiserpalästen, öffentlichen Gebäuden, an altertümlichen Kulturdenkmälern, so gut im Jahre 1860, wo der Palast des Kaisers mit seinen märchenhaften Schätzen von Franzosen geplündert wurde, wie 1900, wo ‚alle Nationen' öffentliches und privates Gut um die Wette stahlen. Rauchende Trümmer größter und ältester Städte, Verfall der Ackerkultur auf großen Strecken platten Landes, unerträglicher Steuerdruck zur Erschwingung der Kriegskontributionen waren die Begleiter jedes europäischen Vorstoßes, Hand in Hand mit den Fortschritten des Warenhandels. Von den mehr als vierzig chinesischen Treaty ports (Vertragshäfen. F. O.) ist jeder mit Blutströmen, Gemetzel und Ruin erkauft worden."[2]

Wenn diese verbrecherische Raubpolitik bei den chinesischen Volksmassen einen tiefen Haß gegen die Unterdrücker und immer neue Aufstände hervorrief, wenn das 475 Millionenvolk schließlich ein Jahrhundert später die Imperialisten aus dem Lande verjagte und sein Los in die eigene Hand nahm, so ist dies das unvermeidliche Resultat der imperialistischen Raub- und Unterdrückungspolitik, das die Imperialisten in jedem unterdrückten Lande früher oder später zu erwarten haben. Die lügenhaften Behauptungen der imperialistischen Sold-

[1] Ebenda, S. 312/313.
[2] Ebenda, S. 314.

schreiber, die nationalen Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker seien von „kommunistischen Agitatoren" oder „Agenten Moskaus" hervorgerufen, spekulieren nur auf die völlige Unkenntnis der geschichtlichen Tatsachen.

Ein nicht minder grauenhaftes Kapitel der kapitalistischen Entwicklung stellt auch die innere Kolonisation, der Kampf gegen die Bauernschaft dar. Rosa Luxemburg schildert dies am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika. Hier begann die Kolonisierung mit der Ausrottung der Indianer. „Eisenbahnen, das heißt europäisches, hauptsächlich englisches Kapital, führten den amerikanischen Farmer Schritt für Schritt über die unermeßlichen Gefilde des Ostens und Westens der Union, wo er die Indianer mit Feuerwaffen, Bluthunden, Schnaps und Syphilis vertilgte und gewaltsam vom Osten nach dem Westen verpflanzte, um sich ihren Grund und Boden als ‚freies Land' anzueignen, zu roden und unter Kultur zu setzen."[1] Aber bald sollte dieser Farmer selbst zum Opfer der kapitalistischen Expansionspolitik werden. Das geeignete Mittel zur Herbeiführung seines Ruins war die Steuerpolitik, die von den Kapitalisten durch die amerikanische Methode der Bestechung gelenkt wurde. Rosa Luxemburg führt die Stimme eines Amerikaners über die Wirkung des Krieges gegen die sklavenhaltenden Südstaaten an: „Der Krieg – schreibt der Amerikaner Taussig – hatte in mancher Hinsicht auf unser Nationalleben erfrischend und veredelnd gewirkt, aber seine unmittelbare Wirkung auf das Geschäftsleben und auf die ganze Gesetzgebung betreffend Geldinteressen war eine demoralisierende. Die Grenzlinie zwischen öffentlicher Pflicht und Privatinteressen war von den Gesetzgebern oft aus dem Auge verloren. Große Vermögen wurden gemacht durch Gesetzesveränderungen, die von denselben Leuten verlangt und durchgesetzt wurden, die die Nutznießer der neuen Gesetze waren, und das Land sah mit Bedauern, daß die Ehre und die Ehrlichkeit der

---

[1] Ebenda, S. 315/316.

Männer der Politik nicht unangetastet blieben."[1] Rosa Luxemburg erläutert diese noch verschämten Andeutungen, indem sie schreibt: „Mit diesem Umschwung in der Finanzpolitik der Vereinigten Staaten begann die schamlose parlamentarische Korruption der Union, der offene und skrupellose Gebrauch der Wahlen, der Gesetzgebung und der Presse als Werkzeuge nackter Taschenineressen des Großkapitals. Das Enrichissez-vous[2] wurde zur Losung des öffentlichen Lebens seit dem ‚edlen Kriege' um die Befreiung der Menschheit vom ‚Schandfleck der Sklaverei'; der Negerbefreier-Yankee feierte Orgien als Glücksritter der Spekulation an der Börse, schenkte sich selbst als Gesetzgeber nationale Ländereien, bereicherte sich selbst durch Zölle und Steuern, durch Monopole, Schwindelaktien, Diebstahl des öffentlichen Vermögens."[3] Die Last der Zölle und Steuern lag auf den Farmern. Hinzu kam die rasche Entwicklung der Industrie, die immer mehr Gebiete der bäuerlichen Hauswirtschaft erfaßte und den Farmer vom kapitalistischen Markt abhängig machte. „Mit solchen kapitalistischen Unternehmungen konnte der amerikanische Farmer die Konkurrenz nicht bestehen. In derselben Zeit, wo ihn die allgemeine Umwälzung in den Verhältnissen: den Finanzen, der Produktion und dem Transportwesen der Union zwang, jede Produktion für den Selbstbedarf aufzugeben und alles für den Markt zu produzieren, wurden die Preise der landwirtschaftlichen Produkte durch die kolossale Ausbreitung der Ackerkultur außerordentlich herabgedrückt. Und in derselben Zeit, wo die Masse der Farmer in ihren Schicksalen an den Markt gekettet wurde, verwandelte sich der landwirtschaftliche Markt der Union plötzlich aus dem lokalen Absatzgebiet in den Weltmarkt, auf dem wenige Riesenkapitale und deren Spekulation

---

[1] Ebenda, S. 318.

[2] Enrichissez-vous (bereichert euch) war die Losung Guizots, des Ministers des „Bürgerkönigs" Louis Philippes, für die französische Bourgeoisie.

[3] Ebenda, S. 319.

ihr wildes Spiel begannen."[1] „Dem verschuldeten und ruinierten Farmer blieb nichts anderes übrig, als entweder in Nebenverdiensten als Lohnarbeiter sein Heil zu suchen oder seine Wirtschaft ganz zu verlassen und den Staub des ‚gelobten Landes', des ‚Weizenparadieses', das für ihn zur Hölle geworden, von seinen Pantoffeln zu schütteln, vorausgesetzt, daß seine Farm nicht schon wegen Zahlungsunfähigkeit in die Krallen des Gläubigers geriet, was mit Tausenden der Farmen der Fall war. Verlassene und verfallende Farmen konnte man massenhaft um die Mitte der 80er Jahre beobachten."[2]

Rosa Luxemburg kommt zu dem Schluß: „Dies sind die Züge der Kapitalherrschaft auf der Weltbühne: aus England trieb sie den Bauer, nachdem sie ihn vom Boden verdrängt hatte, nach dem Osten der Vereinigten Staaten, vom Osten nach dem Westen, um aus ihm auf den Trümmern der Indianerwirtschaft wieder einen kleinen Warenproduzenten zu machen, vom Westen treibt sie ihn, abermals ruiniert, nach dem Norden – die Eisenbahnen voran und den Ruin hinterher, d. h. das Kapital als Führer vor sich und das Kapital als Totschläger hinter sich. Die allgemeine zunehmende Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte ist wieder an Stelle des tiefen Preisfalls der 90er Jahre getreten, aber der amerikanische kleine Farmer hat davon so wenig Nutzen wie der europäische Bauer."[3]

Die meisterhafte Schilderung der kapitalistischen Kolonialpolitik, die Aufzeigung ihrer Folgen für die Kolonialvölker und die Bauern, die Rosa Luxemburg in ihrer „Akkumulation des Kapitals" gegeben hat und die mit den vorstehenden Beispielen keineswegs erschöpft ist, stellt Rosa Luxemburg in die erste Reihe der hervorragendsten marxistischen Historiker. Diese leidenschaftlich geschriebenen Kapitel werden stets Schätze der marxistischen Geschichtsliteratur bleiben.

---

[1] Ebenda, S. 323.
[2] Ebenda, S. 325.
[3] Ebenda, S. 329.

Der Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1905 hatte dem Massenstreik als Defensivmittel im Falle eines Attentats auf das allgemeine Wahlrecht zugestimmt. Dies hatte seine besondere Ursache in der nicht unberechtigten Furcht vor einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts. Das allgemeine Wahlrecht war von Bismarck 1866 im Norddeutschen Bund eingeführt und 1871 auf den deutschen Reichstag übertragen worden. Die deutsche Sozialdemokratie hatte es glänzend verstanden, dieses Wahlrecht für die Sammlung der Proletariermassen auszunützen, wobei sie allerdings, nicht zuletzt im Ergebnis der Erfolge auf diesem Gebiete, immer mehr am parlamentarischen Kretinismus erkrankte. Trotz des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstag konnte das wilhelminische Deutschland keineswegs als konstitutionelle Monarchie angesprochen werden, sondern hatte ein halbabsolutistisches Regime. Deutscher Kaiser war der König von Preußen, der allein das Recht hatte, den Reichskanzler zu ernennen und abzuberufen. Der Kanzler wie die Reichsbeamten waren nur vom Kaiser abhängig. Ebenso hatte allein der Kaiser das Recht, den Reichstag zu berufen, zu vertagen oder aufzulösen. Zur Auflösung bedurfte es allerdings der Zustimmung des Bundesrates, der sich aus 58 Vertretern der einzelnen Länder zusammensetzte, davon 17 Vertreter Preußens. Ohne Zustimmung dieses Bundesrates konnte kein Reichsgesetz zustande kommen. Verfassungsändernde Gesetze waren ungültig, wenn im Bundestag 14 Gegenstimmen vorhanden waren. Die wirkliche Macht lag also nicht beim Reichstag, sondern bei Preußen, das den Bundestag beherrschte und das Staatsoberhaupt stellte. Der Reichstag als die einzige demokratisch gewählte Körperschaft war recht machtlos. Wenn die sozialdemokratischen rechten Führer dennoch in wachsendem Maße alles von den Reichstagswahlen erwarteten, so zeigt dies so recht, wie sehr sie vom parlamentarischen Kretinismus befallen waren.

In den einzelnen deutschen Ländern gab es ein buntes Gemisch von reaktionären Wahlsystemen, die ausnahmslos die Herrschaft des Junkertums sicherten. Am verrufensten war das preußische Dreiklassenwahlrecht. Nach diesem famosen Recht erhielt bei den Landtagswahlen 1908 die Sozialdemokratie für 598500 Stimmen 6 Mandate, die Konservativen bekamen für 418400 Stimmen dagegen 212 Mandate! Wo in einzelnen Ländern noch „bessere" Wahlsysteme bestanden, bemühten sich Junker und Bourgeoisie im trauten Verein, sie durch das preußische System zu ersetzen. So wurde in Sachsen im Winter 1895/1896 ein verschlechtertes Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Immer deutlicher trat die Absicht der Reaktionäre zutage, auch das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern. Auf dieser Basis entwickelten sich vor dem ersten Weltkriege in Deutschland heftige Wahlrechtskämpfe. Einen Höhepunkt hatten diese Kämpfe bereits im Jahre 1906 in Hamburg erreicht: Als die Pfeffersäcke am 17. Januar in der Bürgerschaft einen Entwurf zur Verschlechterung des Wahlrechts einbrachten, berief die Partei für den Nachmittag Protestversammlungen ein, das heißt sie rief zu einem Halbtagsgeneralstreik auf. An den Versammlungen und der Demonstration vor dem Rathaus nahmen 100000 Menschen teil. Rosa Luxemburg, die in Warschau war, schrieb an Kautsky: „Hurra Hamburg!! Ich war stolz und glücklich, das zu lesen. Mag es bloß dabei nicht einschlafen. Wahrscheinlich sind die Väter schon dabei zu löschen!" Sie sollte mit dieser Befürchtung nur allzu recht haben! Unmittelbar nach Hamburg unternahm die Partei zwar den ersten Vorstoß gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht. Zum Jahrestag des Blutsonntags von Petersburg, am 21. Januar, wurden Versammlungen einberufen, die sich in Preußen besonders mit dem Wahlrecht beschäftigen sollten. Die bloße Drohung mit dem Polizeisäbel genügte jedoch, den Parteivorstand einzuschüchtern. Wie schmählich schon damals die Sozialdemokratie vor der Polizei kapitulierte, zeigten die Vorgänge in Dresden, wo die Versammlungen verboten waren. Der „Vorwärts"

wußte darüber stolz zu berichten: „Einen schönen Beweis von Disziplin haben aber heute die Dresdner Arbeiter geliefert: Niemand ließ sich in den Lokalen sehen, in denen verbotene Versammlungen anberaumt waren. Der Tag verlief völlig ruhig. Die Polizei war ganz unnötig auf die Beine gebracht."[1] Auf diese Weise wurde die Wahlrechtsbewegung im Jahre 1906 von den Vätern im Parteivorstand „gelöscht".

Nach der ersten russischen Revolution beginnt in der deutschen Arbeiterbewegung immer deutlicher die Herausbildung von drei verschiedenen Richtungen. Bis dahin hatten nur zwei Richtungen bestanden, die Revisionisten-Opportunisten und die Linken. Nun sonderte sich aus den letzteren eine neue Richtung ab, die Zentristen, deren hervorragendste Vertreter Kautsky und Bebel wurden.

Bebel war in der zweiten Periode der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie, der „Periode der Herausbildung, des Wachstums und des Mannhaftwerdens der sozialistischen Massenparteien mit klassenmäßigem proletarischem Bestand"[2], die im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts entstand, einer der hervorragendsten Führer des internationalen Sozialismus. Er war der „Geburtshelfer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands" (Stalin). Im Kriege 1870/1871 vertrat er gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht den konsequenten Standpunkt des proletarischen Internationalismus und ging dafür ins Gefängnis. Als Bismarck die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz niederzwingen wollte und sein Terror Verwirrung in den Reihen der Sozialdemokraten hervorrief, war es August Bebel, der den richtigen Weg wies. Genosse Stalin schrieb über die Rolle Bebels in dieser Zeit: „Besondere Standhaftigkeit und beispiellose Voraussicht waren notwendig, um nicht den Kopf zu verlieren, um zur rechten Zeit die Taktik zu ändern und sich richtig den neuen Verhältnissen anzupassen.

---

[1] „Vorwärts" Nr. 18 vom 23. Januar 1906.

[2] Lenin/Stalin, „Über August Bebel", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 6.

Viele Sozialdemokraten gaben den Provokationen nach und verfielen in Anarchismus. Andere verflachten völlig und sanken bis zu den Liberalen herab. Bebel jedoch stand unentwegt auf dem Posten, munterte die einen auf, mäßigte den unklugen Feuereifer der anderen, entlarvte die Phrasendrescherei der dritten und steuerte die Partei geschickt auf dem richtigen Weg immer vorwärts, nur vorwärts. Zehn Jahre später mußte die Regierung der wachsenden Kraft der Arbeiterbewegung nachgeben und die ‚Ausnahmegesetze' aufheben. Die Linie Bebels hatte sich als die einzig richtige erwiesen."[1] Auch später, als Bernstein mit seiner Revision des Marxismus auftrat, war Bebel sein entschiedener Gegner. In seinen Reden auf dem Dresdner Parteitag (1903), auf dem Jenaer Parteitag (1905) und auf dem Nürnberger Parteitag (1908) führte Bebel wuchtige Schläge gegen die Opportunisten.

Aber der zweiten Periode der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie folgte eine dritte Periode, „da die in einer Reihe von Krisen vorbereiteten Kräfte ihre Ziele verwirklichen werden"[2], die Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. In dieser Periode vermochte Bebel nicht mehr mit der Entwicklung der revolutionären Bewegung Schritt zu halten. Er konnte den Sinn der großen ökonomischen und politischen Veränderungen nicht verstehen, die mit der Entstehung des Imperialismus in Deutschland eingetreten waren. Bebel blieb bei der alten Auffassung, daß die parlamentarische Tätigkeit die Hauptform des Kampfes der Arbeiterklasse sei. Er konnte daher auch die Gefahr des Revisionismus nicht klar erkennen und keinen konsequenten Kampf gegen die Opportunisten führen. Bereits auf dem Mannheimer Parteitag (1906) war Rosa Luxemburg gezwungen gewesen, Bebel wegen seines Versöhnlertums gegenüber den Revisionisten anzugreifen. Kam dieses Versöhnlertum in früheren Zeiten nur in einzelnen Abirrungen Bebels zum Vorschein, so wurde es am Ende des

[1] J. W. Stalin, „Werke", Bd. 2, S. 186.
[2] Lenin/Stalin, „Über August Bebel", S. 6.

ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts zum Grundzug seiner Politik. Lenin charakterisierte im Jahre 1908 Bebel folgendermaßen: „... Bebel ist eine so große Autorität in der internationalen proletarischen Bewegung, ein so erfahrener praktischer Führer, ein Sozialist von so feinem Gefühl für die Erfordernisse des revolutionären Kampfes, daß er in 99 Fällen von 100 sich selber aus dem Sumpfe zu helfen vermochte, wenn er hier und da einen falschen Schritt getan hatte, und daß er auch andere, die ihm folgten, aus dem Morast zog. Bebel irrte sowohl in Breslau (1895), wo er zusammen mit Vollmar das revisionistische Agrarprogramm verfocht, als auch in Essen, wo er auf der prinzipiellen Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg bestand, und er irrte auch, als er bereit war, die ‚Neutralität' der Gewerkschaften zum Prinzip zu erheben."[1]

Der Charakter all dieser Fehler Bebels liegt darin, daß er die Revisionisten-Opportunisten verteidigte beziehungsweise ihre Position bezog. Das kam besonders auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 zum Ausdruck, wo Bebel eine zentristische Entschließung einbrachte. 1909/1910 trat auch Karl Kautsky zu dieser zentristischen Position über. Das politische Wesen der Zentristen bestand darin, daß sie sich versöhnlerisch zu den Revisionisten verhielten, in der Praxis deren opportunistische Politik durchführten, aber immer noch den Anspruch erhoben, Marxisten zu sein. Genosse Stalin gab folgende Definition des Zentrismus: „Der Zentrismus ist eine für die II. Internationale der Vorkriegszeit natürliche Erscheinung. Da gab es Rechte (die Mehrheit), da gab es Linke (ohne Anführungszeichen), und da gab es Zentristen, deren ganze Politik darin bestand, den Opportunismus der Rechten mit linken Phrasen zu verbrämen und die Linken den Rechten unterzuordnen."[2] Der Übergang Bebels zu den Zentristen

[1] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XII, Wien-Berlin 1933, S. 178/179.

[2] J. W. Stalin, „Werke", Bd. 11, S. 250.

war deshalb von großer Bedeutung, weil er die größte Autorität in der deutschen Sozialdemokratie besaß und maßgeblich die politische Linie der Partei bestimmte. Die Linken bestanden nach der Herausbildung der Zentristen nur noch aus einer kleinen Gruppe sozialdemokratischer Führer, an deren Spitze Rosa Luxemburg stand. Zu ihnen gehörten ferner Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und einige andere. Sie waren die Gruppe in Deutschland, die dem revolutionären Marxismus die Treue gehalten hatte und eine revolutionäre Klassenpolitik durchführte. Aber auch die Linken vermochten nicht, die Höhe der prinzipiellen Klarheit, politischen Zielstrebigkeit und organisatorischen Festigkeit der Bolschewiki zu erreichen.

Die 1906 vom Parteivorstand abgeblasenen Wahlrechtskämpfe nahmen im Jahre 1910 einen neuen Aufschwung. Die Regierung hatte endlich die Wahlrechtsreformvorlage fertiggebracht, die anderthalb Jahre vorher in einer Thronrede angekündigt worden war. Die Vorlage war eine Verhöhnung aller Reformforderungen der Arbeiter. Nun kamen die Massen in Bewegung. Für den 13. Februar 1910 waren im ganzen Reiche Demonstrationen angesetzt, die wiederum polizeilich verboten wurden. Der Berliner Polizeipräsident, Herr von Jagow, erließ jene Bekanntmachung, durch die er sich für alle Zeiten lächerlich gemacht hat:

„Bekanntmachung

Es wird das Recht auf die Straße verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.

Ich warne Neugierige.

Berlin, den 13. Februar 1910 Der Polizeipräsident"

Doch diesmal ließen sich die Massen nicht zurückhalten. Ungeachtet der Polizeidrohung demonstrierten in Berlin 100000 Menschen, wobei der Tag trotz großer militärischer Vor-

bereitungen ruhig verlief. Im Lande dagegen gab es blutige Zusammenstöße und viele Schwerverletzte. Als sich am 17. Februar in Frankfurt am Main die Zusammenstöße wiederholten, gab es mehr als 100 Verletzte. Trotzdem kam es am 27. Februar in dieser Stadt erneut zu mächtigen Demonstrationen. Die Bewegung nahm einen solchen Umfang an, daß ihr zunächst auch der Parteivorstand nachgeben mußte. In Berlin wurde der 6. März zu einem Ruhmestag. Die Partei hatte zu einem Massenspaziergang im Treptower Park aufgerufen. Herr von Jagow erließ ein Verbot und besetzte den Treptower Park mit starken Polizeikräften. Unterdessen wurde die Masse der Demonstranten nach dem Zentrum der Stadt umgeleitet und marschierte unter fliegenden roten Fahnen im Tiergarten auf. Als Herrn von Jagows Polizei aus Treptow auf Pferden und Fahrrädern endlich im Stadtzentrum ankam, war die Demonstration vorüber, und sie konnte ihre Wut nur an den heimkehrenden Demonstranten und an Spaziergängern auslassen. Der Polizeipräsident war bis auf die Knochen blamiert. Die Massen hatten sich die Straße erobert. Zum 10. April rief die Sozialdemokratie abermals zu Kundgebungen auf. Jetzt mußte der Polizeipräsident wohl oder übel seine Einwilligung geben. An diesem Tage marschierten allein in Berlin 200000 Männer und Frauen im Treptower Park, im Friedrichshain und im Humboldthain in mustergültiger Ordnung auf. Auch in Hannover, Köln, Bielefeld, Dortmund, Frankfurt am Main, Braunschweig, Dessau und vielen anderen Städten kam es an diesem Tage zu machtvollen Demonstrationen für das freie Wahlrecht.

Der Verlauf dieser Demonstrationen zeigte, daß die Massen gewillt waren, den Kampf um das Wahlrecht mit aller Kraft zu führen. Aber plötzlich riß die Bewegung ab. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte in einem geheimen Rundschreiben die Weiterführung der Kampagne verboten! Auf Druck der Gewerkschaftsbürokratie und aus eigener Angst hatte er feige kapituliert.

Als sich diese Bewegung auf dem Höhepunkt befand, griff Rosa Luxemburg ein, um dem Kampf Ziel und Richtung zu geben. Am 14. und 15. März 1910 veröffentlichte sie einen Artikel „Was weiter?", in dem sie schrieb: „Die preußische Wahlreform kann unmöglich durch parlamentarische Mittel gelöst werden, nur eine unmittelbare Massenaktion draußen im Lande vermag hier Wandel zu schaffen – diese lebendige Erkenntnis steht jetzt, nach den ersten Erfahrungen mit den Straßendemonstrationen einerseits, nach den Vorgängen in der Wahlrechtskommission des preußischen Landtags andererseits, fester denn je.

Allein, wenn die jüngsten imposanten Straßendemonstrationen bereits an sich eine erfreuliche Neuerung in den äußeren Kampfformen der Sozialdemokratie bedeuten und zugleich in kräftigster Weise den Massenkampf um das preußische Wahlrecht eröffnet haben, so legen sie ihrerseits der Partei, auf deren Initiative und Leitung sie zurückzuführen sind, bestimmte Pflichten auf. Unsere Partei muß angesichts der von ihr entfachten Massenbewegung einen klaren bestimmten Plan haben, wie sie die begonnene Massenaktion weiterzuführen gedenkt."[1]

Rosa Luxemburg schlug als nächsten Schritt in dieser Situation den Massenstreik vor. Als Aktionslosung erhob sie die Forderung der Republik. Ein Artikel für die „Neue Zeit", in dem sie diese Forderung proklamierte, wurde von Kautsky mit der Begründung abgelehnt, dies sei „eine völlig neue Agitation, die bisher stets abgelehnt worden war". Darauf stellte Rosa Luxemburg diese Forderung am 25. März in einem Artikel in der Tagespresse auf, in dem sie erklärte: „Die Losung der Republik ist also in Deutschland heute unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traums vom demokratischen ‚Volksstaat' oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkervorherr-

[1] „Dortmunder Arbeiterzeitung" vom 14. und 15. März 1910.

schaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion."[1]

Nunmehr trat Karl Kautsky öffentlich gegen Rosa Luxemburg auf. Er lehnte nicht nur die Losung der Republik ab, sondern wandte sich auch gegen eine öffentliche Erörterung des Massenstreiks und stellte seine opportunistische Theorie der „Ermattungsstrategie" auf, die er der „Niederwerfungsstrategie" entgegensetzte. Der Kern der Auffassung Kautskys bestand darin, daß die Arbeiterklasse nichts unternehmen dürfe, sondern die im Jahre 1912 stattfindenden Reichstagswahlen abwarten müsse, die sicher einen großen Sieg brächten. Diese damals von Kautsky begründete „Strategie" haben die sozialdemokratischen Führer haargenau am 30. Januar 1933 angewandt, als sie das Angebot der KPD auf gemeinsame Aktionen ablehnten und auf die Wahlen am 5. März vertrösteten!

Rosa Luxemburg trat der opportunistischen Auffassung Kautskys, die den Verrat der Bewegung durch den Parteivorstand „theoretisch" begründete, scharf entgegen und forderte unentwegt die Anwendung des Massenstreiks. In einem Artikel „Ermattung oder Kampf" schrieb sie: „Zum erstenmal haben wir in Deutschland endlich eine lebhafte Massenbewegung bekommen, zum erstenmal sind wir über die bloßen Formen des parlamentarischen Kampfes hinausgegangen und haben es fertiggebracht, den Acheron in Bewegung zu setzen. Umgekehrt, wie es in Österreich fast ein Jahrzehnt lang der Fall war, sind wir nicht vor die harte Aufgabe gestellt, eine Massenaktion mitten in der allgemeinen Apathie mit aller Gewalt heraufzubeschwören, sondern wir haben nur die dankbare und natürliche Aufgabe, die kampffreudige, erregte Stimmung der Massen auszunützen, um ihr die politischen Losungen zu geben, um sie in politische, sozialistische Aufklärung umzuprägen, um

[1] Ebenda.

Wahlrechtsdemonstration im Treptower Park in Berlin am 10. April 1910

den Massen wegweisend voranzugehen, sie vorwärts zu führen. Aus dieser Situation heraus ergibt sich auch auf die natürlichste Weise, daß die Losung des Massenstreiks in den Vordergrund getreten ist, und es ist Pflicht der Partei, sie offen und klar zu erörtern, als ein Mittel, das sich früher oder später aus der anschwellenden Demonstrationsbewegung und dem hartnäckigen Widerstand der Reaktion ergeben muß."[1]

Der Parteivorstand setzte seine Totschweigetaktik und Kapitulationspolitik fort. Immer wieder versuchte Rosa Luxemburg, die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung zu setzen. Im August 1910 hob sie in einem Artikel „Die totgeschwiegene Wahlrechtsdebatte" hervor: „Die Frage des Wahlrechtskampfes und der in ihr anzuwendenden Taktik ist hoch bedeutsam. Da es sich hier um Massenaktionen, um außerparlamentarische Formen des Kampfes handelt, so steht die Partei zum Teil vor ganz neuen taktischen Aufgaben. Sie allseitig zu diskutieren, das Problem, das bei der nächsten Wiederaufnahme der Wahlrechtsbewegung von neuem vor uns erstehen wird, auf Grund der Erfahrungen, der Analyse der jüngst vergangenen Kämpfe zu klären und dadurch die Massen und ihr Bewußtsein für die Zukunft vorzubereiten, das ist offenbar eine unumgängliche Notwendigkeit im Interesse der Partei."[2] Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 forderte sie wiederum die Behandlung des Massenstreiks im Zusammenhange mit dem Wahlrechtskampf. Sie erklärte: „Für uns im preußischen Wahlrechtskampf ergibt sich die Losung des Massenstreiks aus der einfachen Tatsache, daß das Proletariat einzig und allein auf sich, auf seine eigene Kraft angewiesen ist, um diesem Kampfe zum Siege zu verhelfen. Als schärfste Form der selbständigen politischen Aktion des Proletariats ist der Massenstreik bei uns in Preußen-Deutschland zugleich ein Produkt der Verschärfung der Klassengegensätze, des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie, des

[1] „Die Neue Zeit", 28. Jahrgang (1909/1910), Bd. II, S. 301/302.
[2] „Leipziger Volkszeitung" vom 17. August 1910.

Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen uns, ein Produkt der ganzen geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte."[1]

Trotz der ständigen Mahnrufe hat Rosa Luxemburg nicht vermocht, auch nur die Massenstreikdebatte wieder in Gang zu bringen, geschweige denn die Parteiführung zu einer revolutionären Taktik im Wahlrechtskampf zu bewegen. Auf den Parteitagen 1911 und 1913 stand die Frage überhaupt nicht auf der Tagesordnung, was Rosa Luxemburg zu besonderen Artikeln über die Tagesordnung des Parteitages veranlaßte. Auf dem Parteitag in Jena 1913 stellte sie einen Abänderungsantrag zu der vom Parteivorstand vorgelegten Resolution, in dem sie die Anerkennung des Massenstreiks forderte. Der Antrag wurde mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

War der Parteivorstand bemüht, jede Diskussion über die Wahlrechtsfrage und den Massenstreik abzuwürgen, so sorgte die Reaktion dafür, daß diese Frage nicht in Vergessenheit geriet. Am 18. Mai 1914 gab der preußische Innenminister Loebell die Erklärung ab, daß die Regierung an keine Wahlrechtsvorlage mehr denke. Wiederum kamen die Massen in Bewegung. Rosa Luxemburg erklärte dazu in einem Artikel: „Das glatte Nein, das nunmehr ohne Umschweife dem gebieterischen Ruf der Massen nach der Beseitigung der Dreiklassenschmach entgegengestellt worden, ist eine freche Provokation, ein der Arbeiterklasse hingeworfener Handschuh, und zugleich eine offizielle, endgültige Beglaubigung mehr, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzig und allein von der Straße und auf der Straße erobert werden kann."[2]

Am 26. Mai fanden in Berlin Protestversammlungen statt, die der „Vorwärts" mit den Losungen ankündigte: „Die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung beginnt! Formiert die Sturm-

---

[1] „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910", Berlin 1910, S. 429.

[2] „Sozialdemokratische Korrespondenz" vom 23. Mai 1914.

kolonnen zum Wahlrechtskampfe!" Aber auf diesen feurigen Appell erfolgte außer den erwähnten Protestversammlungen nichts. Der Parteivorstand wiegelte wieder ab. Rosa Luxemburg geißelte dieses Verhalten in einer Rede am 14. Juni 1914 auf der Generalversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend und legte eine Resolution vor, in der es hieß, „daß nur der Massenstreik einem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermag". Die Resolution wurde angenommen, womit die sozialdemokratischen Mitglieder ihren Willen zum Kampf bekundeten. Bald danach traten Ereignisse ein, die die Wahlrechtsfrage ganz in den Hintergrund treten ließen.

Die heftigen Auseinandersetzungen mit den Opportunisten, in deren Verlauf Kautsky endgültig auf deren Seite überging, führten auch zum Abbruch der persönlichen Beziehungen zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky. Als junge Studentin in Zürich hatte Rosa Luxemburg mit großer Hochachtung zu Karl Kautsky aufgeblickt, der damals den Ruf des unfehlbaren Theoretikers der II. Internationale genoß. Nach ihrer Übersiedlung 1898 nach Deutschland schloß sie bald erst mit Karl Kautsky und dann besonders mit dessen Frau Luise Kautsky enge persönliche Freundschaft. Sie verkehrte regelmäßig im Hause Kautsky, unternahm auch gelegentlich gemeinsame Ferienreisen mit Luise Kautsky. Stand Rosa Luxemburg anfänglich stark unter dem Einfluß Kautskys, so hat sich das Verhältnis bald umgekehrt, und Rosa war es, die ihrem Freund revolutionären Geist einhauchte. Je mehr sich jedoch in Deutschland die Klassengegensätze verschärften und Rosa Luxemburg die Anwendung revolutionärer Kampfmittel forderte, um so mehr rückte Kautsky von ihr ab, um schließlich in der Wahlrechtsdebatte mit seiner Ermattungsstrategie das theoretische Feigenblatt für die Opportunisten zu liefern. Er verband dies mit kleinlichen Schikanen und gehässigen Anwürfen gegen Rosa Luxemburg. Sie zögerte nicht, die Freundschaft zu brechen und den schonungslosen Kampf gegen Kautsky aufzunehmen.

Überblicken wir heute den fast zwei Jahrzehnte umfassenden Wahlrechtskampf, so können wir daran als negatives Beispiel studieren, wie richtig die Lenin-Stalinsche Lehre von der Partei ist. Hätten die Arbeitermassen in Deutschland damals, besonders auf dem Höhepunkt 1910, eine revolutionäre Partei besessen, die sie kühn voranführte, dann hätten vor dem ersten Weltkriege in Deutschland revolutionäre Kämpfe stattgefunden, die für die weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung gewesen wären. Diese Kämpfe hätten die Generalprobe für 1914 sein können. An der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand aber eine Partei, die im Gegenteil den revolutionären Elan der Massen bremste, die die Bewegung bewußt und systematisch in polizeierlaubte Bahnen lenkte. So wurde das Frühjahr 1910 in anderem Sinne zur Generalprobe für 1914. Nach der Kapitulation im April 1910 durfte kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Parteiführung im Kriegsfalle kapitulieren würde. Rosa Luxemburg hat dies auch klar vorausgesehen. Wenn die Linken dies aber erkannt hatten, dann hätten sie auch die Schlußfolgerung daraus ziehen und die organisatorische Trennung von den Opportunisten herbeiführen müssen. Aber die deutschen Linken verzichteten sogar auf den organisatorischen Zusammenschluß ihrer eigenen Gruppe, was sich bei Ausbruch des Krieges schwer rächte. In diesem organisatorischen Versagen liegt die größte historische Schuld der deutschen Linken, denn sie überließen dadurch die Massen den opportunistischen Führern und beraubten sich selbst des unentbehrlichen Instruments zur Führung des Klassenkampfes.

Fragen der polnischen und russischen Arbeiterbewegung

Trotz ihrer umfangreichen theoretischen und praktischen Parteiarbeit blieb Rosa Luxemburg allezeit eng mit der polnischen und russischen Arbeiterbewegung verbunden. Zusam-

men mit Leo Jogiches (Tyszka) und anderen gehörte sie dem Hauptvorstand der „Sozialdemokratie Polens und Litauens" an. Im Zusammenhang mit den Problemen dieser Parteien kam es kurz vor dem ersten Weltkrieg zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Rosa Luxemburg, die ihre Ursache in Rosas falscher Auffassung über die Rolle der Partei und über die Lage in der russischen Arbeiterbewegung hatten.

Im Jahre 1911 entwickelten sich Meinungsverschiedenheiten zwischen der Warschauer Organisation der Partei und der führenden Gruppe des Hauptvorstandes der „Sozialdemokratie Polens und Litauens". Die Differenzen betrafen die Fragen der Freiheit der innerparteilichen Diskussion, einer größeren Selbständigkeit der Lokalorganisationen, des zweideutigen Verhaltens gegenüber den „Linken" der PPS und der Stellung zu den verschiedenen Gruppierungen in der russischen Arbeiterbewegung, besonders der Bolschewiki und der Liquidatoren. Die Vertreter der Warschauer Organisation stellten sich auf den Standpunkt der Bolschewiki, nur in der nationalen Frage beharrten sie auf dem falschen Standpunkt Rosa Luxemburgs. Der Hauptvorstand löste im Juni 1912 die Warschauer Organisation auf, bezeichnete sie als Spalterorganisation und setzte eine neues Parteikomitee ein. Die Mehrheit der Warschauer Parteiorganisation entschied sich jedoch gegen den Hauptvorstand in Berlin. Es setzte ein erbitterter Fraktionskampf ein, in dem die Vertreter des Hauptvorstandes die Führer der Warschauer Organisation der Verbindung mit der Geheimpolizei verdächtigten. Diese Verdächtigungen wurden von zwei unparteiischen Untersuchungskommissionen zurückgewiesen.

Lenin trat in diesem Streit mit aller Schärfe gegen den Hauptvorstand auf. Am 31. August 1912 sandte er einen Brief an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB), in dem er feststellte,

1. daß der Hauptvorstand nicht der SDAPR angehört und daher nicht in ihrem Namen sprechen kann,

2. daß der Hauptvorstand das Büro nicht richtig über die Spaltung in Polen unterrichtet hat,

3. daß die Beschuldigungen einer Verbindung der Warschauer Führer mit der Geheimpolizei eine Heuchelei darstellen.

„Wieviel Heuchelei ist nötig" – schrieb Lenin –, „um zum Zweck der moralischen Vernichtung von politischen Gegnern öffentlich die ehrlose Beschuldigung der ‚Zusammenarbeit mit der Ochrana' zu erheben, obgleich der Mut nicht ausreicht, wenigstens einen Namen zu nennen, wenigstens einen bestimmten Verdacht auszusprechen."[1]

Im November 1913 verfaßte Lenin einen Artikel „Auch-‚Vereiniger'", in dem er sich mit dem Treiben des Hauptvorstandes beschäftigte und es aufs schärfste verurteilte. Er schreibt darin: „Der Berliner Zirkel polnischer Sozialdemokraten (Rosa Luxemburg, Tyszka und Komp.), den die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter entschieden abgewiesen haben, gibt keine Ruhe. Er fährt fort, sich als ‚Hauptleitung' der polnischen Sozialdemokratie zu bezeichnen, obwohl bestimmt kein einziger Mensch in der Welt zu sagen vermag, was eigentlich diese bejammernswerte ‚Leitung' ohne Partei ‚leitet'."[2] Lenin enthüllt in diesem Artikel die Ursache des Streites, die unter anderem darin bestand, daß die Warschauer Organisation sich auf die Seite der Bolschewiki gestellt habe. „Die Bolschewiki marschierten bekanntlich Schulter an Schulter mit den polnischen sozialdemokratischen Arbeitern, die den Intrigantenzirkel abgewiesen haben. Dies läßt die berüchtigte ‚Leitung' nicht ruhig schlafen, und daher die ganze ‚Vereinigungs'-Kampagne, die mit Ausfällen gegen die russischen Marxisten einsetzte und die Unterstützung der russischen Liquidatoren bezweckt."[3]

---

[1] W. I. Lenin, „Werke", Vierte Ausgabe, Bd. 18, Moskau 1948, S. 253, russ.

[2] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XVII, S. 85.

[3] Ebenda, S. 86.

Im engen Zusammenhange mit dieser Frage stand Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Arbeiterbewegung, das heißt zu den Bolschewiki und den Liquidatoren. Auf der Prager Parteikonferenz 1912 waren bekanntlich die Menschewiki aus der Partei vertrieben und es war die Partei neuen Typus geschaffen worden. Während die Bolschewiki nach der Prager Konferenz den Augustblock Trotzkis zertrümmerten und immer festere Positionen in der Arbeiterbewegung errangen, erhoben die Liquidatoren ein lautes Geschrei über die „leninistischen Spalter" und wandten sich hilfesuchend an die II. Internationale. Unter der Losung einer allgemeinen „Vereinigung" wollten sie die historischen Beschlüsse der Prager Konferenz rückgängig machen.

In diesem Chor der Liquidatoren fehlte leider auch die Stimme Rosa Luxemburgs nicht. In einer schriftlichen Erklärung an das Internationale Sozialistische Büro vom 14. November 1913 ersuchte Rosa Luxemburg, die Frage der Wiederherstellung der Einheit der SDAPR auf die Tagesordnung der Dezembersitzung des Internationalen Sozialistischen Büros zu setzen. Dabei beschuldigte sie Lenin, er trage die Spaltung in die Reihen der „Sozialdemokratie Polens und Litauens". Auch in ihren Erklärungen auf der Sitzung im Dezember erhob sie dieselbe Beschuldigung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der alle Richtungen der russischen Sozialdemokratie aufgefordert wurden, einen allgemeinen Meinungsaustausch vorzunehmen. Rosa Luxemburg hatte dagegen den Vorschlag gemacht, eine „Einigungskonferenz zwecks Wiederherstellung der einigen Partei" einzuberufen.

Der beschlossene allgemeine Meinungsaustausch fand in Anwesenheit von Vertretern des ISB im Juli 1914 in Brüssel statt. Für diese Konferenz schrieb Lenin einen „Bericht des Zentralkomitees der SDAPR und instruktive Richtlinien für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz vom 16.–17. Juli 1914". In diesem Bericht hebt Lenin mit aller Schärfe die Existenz von

zwei grundlegenden Ansichten über die Lage in der SDAPR hervor. Er schreibt:

„Die eine Ansicht, die Rosa Luxemburg in ihrem vorjährigen Vorschlag (Dezember 1913) an das Internationale Sozialistische Büro dargelegt hat und die sowohl von den Liquidatoren als von den sie verteidigenden Gruppen geteilt wird, besteht im Folgenden: in Rußland herrschte ein ‚Chaos' des Fraktionskampfes einer Unmenge von Fraktionen, unter denen die schlimmste, die ‚Leninsche', die Spaltung am meisten schüre. In Wirklichkeit schlössen die Meinungsverschiedenheiten die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit keineswegs aus. Der Weg zur Einheit führe über eine Verständigung oder ein Kompromiß zwischen allen Strömungen und Fraktionen.

Die andere, von uns geteilte, Ansicht besteht darin, daß in Rußland nichts sei, was einem ‚Chaos des Fraktionskampfes' gleicht. Es gibt dort nur einen Kampf gegen die Liquidatoren, und nur in diesem Kampfe bildet sich eine tatsächlich proletarische Sozialdemokratische Partei, die schon jetzt die erdrückende Mehrheit, vier Fünftel der klassenbewußten Arbeiter Rußlands vereinigt hat. Die illegale Partei, in der die Mehrheit der Arbeiter Rußlands vereinigt ist, wurde durch die Konferenzen und Beratungen vom Januar 1912, vom Februar 1913 und vom Sommer 1913 vertreten. Das legale Organ ist die Zeitung ‚Prawda' (‚Vérité'); daher die Bezeichnung: ‚Prawda'-Anhänger. Diese Ansicht ist übrigens von jenem Petersburger Arbeiter zum Ausdruck gebracht worden, der auf dem Bankett in Petersburg im Beisein des Genossen Vandervelde erklärte, die Arbeiter der Fabriken und Werke von St. Petersburg seien vereinigt und außerhalb dieser Einheit der Arbeiter ständen nur ‚Generalstäbe ohne Armee'."[1]

Aus dieser Darstellung geht einwandfrei hervor, daß Rosa Luxemburg auf der Seite der Liquidatoren stand, die unter der Losung der „Einheit" die auf der Prager Konferenz ge-

[1] Ebenda, S. 697.

schaffene revolutionäre Partei wieder liquidieren wollten. Diesem Zwecke diente auch die Brüsseler Konferenz. Entgegen dem Beschluß der Dezembertagung des ISB, einen allgemeinen Meinungsaustausch zu veranstalten, forderten Huysmans (Belgien) und Kautsky als Vertreter des ISB eine Entscheidung über die Vereinigung. Für eine entsprechende von Kautsky vorgelegte Resolution stimmten alle Vertreter außer den Bolschewiki. So wurde unter Mitwirkung von Rosa Luxemburg im Juli 1914 der antibolschewistische „Brüsseler Block" gebildet. Er blieb ohne jede Bedeutung. Denn als die Konferenz in Brüssel tagte, waren die Schüsse in Serajewo bereits gefallen. Noch keine drei Wochen vergingen, und der Ausbruch des Weltkrieges stellte alle sozialistischen Parteien vor die große historische Bewährungsprobe, die als einzige die bolschewistische Partei bestand.

Kampf gegen Krieg und Militarismus

Mit dem Beginn des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus um die Jahrhundertwende wurde die Kriegsgefahr ungeheuer verschärft. „Unter dem Imperialismus wurden die mächtigen Vereinigungen (Monopole) der Kapitalisten und die Banken zum entscheidenden Faktor im Leben der kapitalistischen Staaten. Das Finanzkapital wurde in den kapitalistischen Staaten Herr im Hause. Das Finanzkapital forderte neue Märkte, die Eroberung neuer Kolonien, neue Gebiete für die Kapitalausfuhr, neue Rohstoffquellen.

Aber schon Ende des 19. Jahrhunderts war das ganze Territorium des Erdballs unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt. Nun verläuft die Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus äußerst ungleichmäßig und sprunghaft: einige Länder, die früher an erster Stelle gestanden haben, entwickeln ihre Industrie verhältnismäßig langsam, andere, früher rückständige, holen sie in schnellen Sprüngen ein

und überholen sie. Das ökonomische und militärische Kräfteverhältnis der imperialistischen Staaten änderte sich. Das Streben nach einer Neuaufteilung der Welt trat zutage. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt machte den imperialistischen Krieg unvermeidlich."[1]

Für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt schufen sich die imperialistischen Großmächte in mächtigen Heeren und Flotten die Instrumente. Allen voran ging der deutsche Imperialismus. Die Rüstungsausgaben des Deutschen Reiches, die in den achtziger Jahren 429,2 Millionen Mark betragen hatten, stiegen in den ersten beiden Jahrfünften dieses Jahrhunderts auf 1025,6 Millionen Mark 1904–1908 und auf 1394,5 Millionen Mark 1909–1913. Durch den Ende der neunziger Jahre eingeleiteten Flottenbau wurde Großbritannien zum Kampf herausgefordert. Das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war angefüllt mit diplomatischen Konflikten in Europa, die dicht an den Kriegsausbruch führten.

Die Stellung zum Krieg und zum Militarismus wurde zu einer entscheidenden Frage in der Arbeiterbewegung. Die Opportunisten waren bereit, auch diese Frage zum Gegenstand des parlamentarischen Kuhhandels zu machen und „Kanonen gegen Volksrechte" einzutauschen, wie der Opportunist Heine forderte. Die Linken und besonders Rosa Luxemburg traten ihnen scharf entgegen. Bereits Ende der neunziger Jahre, als die sozialdemokratischen Abgeordneten einiger süddeutscher Parlamente anfingen, dem Budget der Regierung zuzustimmen, geißelte Rosa Luxemburg dieses Verhalten als eine Unterstützung des Militarismus. In einem Artikel über „Die badische Budgetabstimmung", der 1900/1901 in der „Neuen Zeit" erschien, schrieb sie dazu: „Der Militarismus, um deswillen man die Ablehnung des Reichsbudgets gelten lassen will, wird vom Deutschen Reiche nicht etwa irgendwo außerhalb der Bundesstaaten oder in ihren Intermundien gepflegt, sondern er wird

---

[1] „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 201/202.

aktiv und passiv von Baden wie von allen anderen Staaten mitgemacht. Es ist ja gerade die reaktionäre Haltung der deutschen Bundesstaaten in den Fragen des Militarismus und der auswärtigen Politik, wie sie sich bei der letzten Flottenvorlage gezeigt hat, die für den heutigen Kurs in Preußen-Deutschland in erster Linie verantwortlich zu machen ist."[1]

Da die Opportunisten nicht nur in Deutschland versuchten, eine Änderung der sozialdemokratischen Taktik gegenüber dem Militarismus vorzunehmen, und da die internationalen Spannungen ständig zunahmen, mußte sich mehrmals die Sozialistische Internationale mit der Frage des Militarismus und des Krieges beschäftigen. Rosa Luxemburg nahm an diesen Beratungen aktiv teil. Bereits auf dem Pariser Kongreß der II. Internationale im Jahre 1900 war sie die Referentin zur Frage „Völkerfriede, Militarismus und stehende Heere". Schon damals deutete sie den Gedanken an, der später in der Stuttgarter Resolution niedergelegt wurde, daß es die Aufgabe der Sozialisten sei, die durch den Krieg hervorgerufene Krise zum Sturze der Bourgeoisieherrschaft auszunützen. Sie sagte: „Immer mehr wird es wahrscheinlich, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht durch eine ökonomische, sondern durch eine politische, durch die Weltpolitik herbeigeführte Krisis erfolgen wird. Vielleicht wird die Herrschaft der kapitalistischen Ordnung noch lange dauern. Aber einmal, früher oder später wird die Stunde schlagen, und damit uns der entscheidende Augenblick der großen Rolle gewachsen findet, ist es notwendig, daß das Proletariat aller Länder sich durch ständige internationale Aktion auf diesen Augenblick vorbereitet."[2]

Die von Rosa Luxemburg in Paris begründete Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, forderte energisch internationale Aktionen und den gemeinsamen Kampf gegen

---

[1] „Die Neue Zeit", 19. Jahrgang (1900/1901), Bd. II, S. 17/18.

[2] „Internationaler Sozialistenkongreß zu Paris – 23. bis 27. September 1900", Berlin 1900, S. 27.

den Militarismus und die imperialistische Politik. Dazu schlug sie folgende praktische Maßnahmen vor:

1. Die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Klassenkampf;

2. die Verpflichtung, daß sozialistische Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe für Militarismus und Marinismus oder für Kolonialexpeditionen stimmen, und

3. die Organisierung einer gleichzeitigen und gleichförmigen Protestbewegung gegen den Militarismus bei allen entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite.

Im Jahre 1907 befaßte sich der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart wiederum mit der Frage des Krieges. Dem Kongreß lag eine Entschließung Bebels vor, die Lenin als eine „einseitig-dogmatische, tote Resolution" bezeichnete, „die im Geiste Vollmars ausgelegt werden konnte"[1]. Darum traten Lenin und Rosa Luxemburg gegen diese Entschließung auf und brachten Zusatzanträge ein, die den Sinn der Resolution Bebels veränderten. Lenin schreibt darüber: „Daher brachten Rosa Luxemburg und die russischen sozialdemokratischen Delegierten zur Bebelschen Resolution Abänderungsanträge ein. Diese Anträge besagten erstens, daß der Militarismus das Hauptwerkzeug der Klassenunterdrückung ist, verwiesen zweitens auf die Aufgaben der Agitation unter der Jugend und betonten drittens die Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur gegen die Entstehung von Kriegen oder für schleunige Beendigung bereits ausgebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg hervorgerufene Krise für die Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunutzen."[2] Diese Zusatzanträge wurden vom Stuttgarter Kongreß angenommen, so daß „auf diese Weise schließlich eine ganz andere Resolution zustande" kam (Lenin). Diese durch das Eingreifen Lenins und Rosa Luxemburgs abgeänderte Resolution legte

---

[1] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XII, S. 112.
[2] Ebenda, S. 102.

die Generallinie des Kampfes der sozialistischen Parteien gegen Militarismus und Krieg fest. In ihr hieß es:

„Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird...

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."[1]

Diese Resolution wurde sowohl vom Internationalen Kongreß in Kopenhagen 1910 wie besonders vom Kongreß in Basel 1912 ausdrücklich bestätigt. Auf dem Basler Kongreß kämpfte Rosa Luxemburg wiederum gemeinsam mit Lenin für das Manifest, in das die entscheidenden Absätze der Stuttgarter Resolution aufgenommen wurden und worin ein beson-

[1] „Internationaler Sozialistenkongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907", Berlin 1907, S. 86 und 102.

derer Absatz genau die Aufgaben in der Lage bestimmte, in der zwei Jahre später der Weltkrieg ausbrach. Dieser Absatz lautete:

„Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblicke ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmengung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen."[1]

In Deutschland entfaltete sich in diesen Jahren ein breiter Kampf gegen den Militarismus. An der Spitze dieses Kampfes stand Karl Liebknecht. Er organisierte die proletarische Jugend, aus deren Reihen sich der Imperialismus seine Rekruten holte. 1907 veröffentlichte Karl Liebknecht eine Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus", in der er die Erfahrungen der belgischen und der schwedischen Jugendbewegung im Kampf gegen den Militarismus der deutschen Jugend vermittelte. Für diese Broschüre wurde er im Jahre 1907 in einem Hochverratsprozeß zu anderthalb Jahren Festung verurteilt.

Während Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und die anderen Linken unermüdlich den Kampf gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr führten, war der Parteivorstand der Sozialdemokratie mit Bebel an der Spitze bemüht, die Angelegenheit zu bagatellisieren und die Massen von der drohenden Gefahr abzulenken. Das kam besonders drastisch im Jahre 1911 zum Ausdruck, als im zweiten Marokkokonflikt der

[1] „Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912", Berlin 1912, S. 25.

deutsche Imperialismus zum Schutze der Interessen der Firma Mannesmann das Kanonenboot „Panther" in den nordafrikanischen Hafen Agadir schickte. Die Gefahr des Kriegsausbruchs hing in der Luft. Da tauchte bei den französischen Sozialisten der Gedanke auf, eine internationale sozialistische Kundgebung gegen das imperialistische Abenteuer zu veranstalten. Die spanischen und englischen Sozialisten sprachen sich für diese Kundgebung aus. Für den deutschen Parteivorstand erklärten sich jedoch Molkenbuhr und Bebel dagegen, aus Angst, die Kundgebung könne die Aussichten auf die Reichstagswahl im kommenden Jahre trüben. Rosa Luxemburg trat in der „Leipziger Volkszeitung" entschieden gegen den Parteivorstand auf. Auf die opportunistische Ansicht Molkenbuhrs, die Schlichtung des Marokkokonfliktes ruhig den Kanonenkönigen zu überlassen, antwortete sie: „Nicht auf die Friedensinteressen irgendeiner Kapitalistenclique, sondern lediglich auf den Widerstand der aufgeklärten Volksgenossen als Friedensfaktor geziemt es uns zu rechnen."[1] Rosa Luxemburg wies auch darauf hin, daß die Kriegsprovokation des deutschen Imperialismus in Agadir die unausbleibliche Folge der jahrzehntelang betriebenen Aufrüstung ist. „Es ist nichts anderes, als das brutale Pochen auf die seit Jahrzehnten angehäuften Kanonen und Panzerschiffe, die angeblich als Schutzwehr des Friedens notwendig waren, was jetzt die Lenker der deutschen auswärtigen Politik so wagemutig und kriegslustig macht."[2] Gegen die Angriffe Rosa Luxemburgs wegen der internationalen Kundgebung hatte der Parteivorstand eine Schrift veröffentlicht, in der er die sachliche Argumentation durch persönliche Anschuldigungen gegen Rosa ersetzte. Rosa Luxemburg trat auf dem Jenaer Parteitag dagegen energisch auf, wobei sie besonders mit Bebel zusammenstieß. Wiederum erhob sie den Vorwurf, daß „seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles,

[1] „Leipziger Volkszeitung" vom 24. Juli 1911.
[2] „Die Gleichheit" vom 14. August 1911.

was getan und unterlassen wird", angeführt wird.[1] Auf dem Parteitag betonte Rosa Luxemburg wiederum, daß „die Rüstungen an sich eine gefahrdrohende Erscheinung sind, daß gerade durch das Wettrüsten die Kriegsgefahr nicht beseitigt, sondern noch gesteigert wird"[2]. So war Rosa Luxemburg rastlos bemüht, die große Gefahr des Krieges nachzuweisen, während die Opportunisten diese Gefahr zu vertuschen suchten, um die kommende Reichstagswahl nicht zu stören, von der sie alles Heil erwarteten.

In der Tat brachte die Reichstagswahl im Jahre 1912 einen großen Sieg der deutschen Sozialdemokratie. Mehr als 4 Millionen Wähler gaben ihre Stimme der Sozialdemokratie. Das war eine gewaltige Heerschau, die freilich bei den gegebenen Verhältnissen dazu beitrug, die parlamentarischen Illusionen zu vergrößern. Der Parteivorstand zögerte nicht, die opportunistische Schlußfolgerung aus dem Wahlsieg zu ziehen und für die nachfolgenden Stichwahlen ein Wahlabkommen mit der bürgerlichen Fortschrittspartei abzuschließen. Rosa Luxemburg war von diesen Illusionen frei. Unmittelbar nach den Wahlen schrieb sie: „Unser wirklicher Sieg und unsere wirkliche Macht liegen in den $4^1/_4$ Millionen Wählern, die uns die Hauptwahl gebracht hatte, und es ist lediglich der Druck dieser Massen von draußen, die unserer Fraktion im Reichstag ihr Gewicht verleiht, ob die Fraktion um 20 Mann größer oder kleiner ist."[3] Entgegen der opportunistischen Politik des Parteivorstandes rief Rosa Luxemburg auf, den Wahlsieg zu einer Steigerung der Massenbewegung auszunützen und im Reichstag zur Offensive überzugehen im Kampfe um die preußische Wahlrechtsreform, gegen den Imperialismus, gegen die Lebensmittelzölle und -steuern, für den gesetzlichen Achtstundentag. Über den Kampf gegen den Imperialismus schrieb

[1] „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911", S. 206.

[2] Ebenda, S. 349.

[3] „Leipziger Volkszeitung" vom 4. März 1912.

sie: „Nachdem der Kampf gegen den Imperialismus bei den Wahlen eine so überragende Rolle gespielt und bei den Volksmassen im ganzen Reiche eine so rückhaltlose Zustimmung gefunden hat, sind wir verpflichtet, gegen ihn im Reichstag mit höchster Gründlichkeit und prinzipieller Schärfe aufzutreten. Der nationalen Phrase, die uns im Wahlkampf auf Schritt und Tritt entgegentrat und hinter der Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Kriegsschrecken und persönliches Regiment lauern, müssen wir jetzt im Reichstag eine Generalschlacht liefern. Dazu ist die beste Gelegenheit geboten, wenn wir die harrenden neuen Militär- und Marinevorlagen mit einem Gesetzentwurf zur Abschaffung des stehenden Heeres und zur Einführung des Milizsystems parieren. Die Vertretung unserer alten Programmforderungen in ihrem ganzen Umfang und allen ihren Konsequenzen würde uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in all seinen Teilerscheinungen ermöglichen. Sie verliehe im Parlament der Stimmung und Auffassung jener Millionen ein kräftiges Echo, die soeben durch ihre Wahlzettel gesprochen haben."[1]

Als die Regierung im Jahre 1913 die neue Militärvorlage unterbreitete, die alle bisherigen Rüstungsausgaben in den Schatten stellte, erreichte der Kampf gegen den Militarismus in der Tat einen neuen Höhepunkt, aber nicht in dem Sinne, wie Rosa Luxemburg es gefordert hatte. Die Regierung hatte einen geschickten Schachzug gemacht, indem sie die Militärvorlage von der Deckungsvorlage trennte und in dieser die Vermögenssteuer für die Rüstungsausgaben heranzog. Das war für die Opportunisten der Weg, die Rüstungskosten zu bewilligen. Obgleich auch einige Linke in die Falle der Regierung tappten, trat Rosa Luxemburg entschieden dagegen auf und lehnte auch nur den Schein einer Zustimmung zu der Aufrüstung ab. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sowohl dem Wehrbeitrag wie der Reichsvermögenszuwachssteuer zugestimmt

[1] „Die Gleichheit" vom 5. Februar 1912.

hatte, erklärte Rosa Luxemburg: „Der Vorgang ist ganz neu in unserer Parteigeschichte. Es ist formell ein Bruch mit unserem bisherigen Prinzip: diesem System keinen Mann und keinen Groschen."[1] Auf dem letzten Parteitage vor dem Kriege, in Jena 1913, brandmarkte Rosa Luxemburg wiederum die Stellungnahme der Reichstagsfraktion als die Preisgabe des sozialistischen Prinzips. Sie erklärte: „Man sucht die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit damit zu verteidigen, indem man sagt, wir waren nur vor der Wahl, entweder zuzulassen, daß die indirekten Steuern kamen, oder für direkte Steuern zu Militärausgaben zu stimmen. Ich lasse dahingestellt sein, ob dieses Entweder-Oder tatsächlich vorlag. Ich will nur grundsätzlich erklären, daß es allerdings sehr richtig ist, daß man von zwei Übeln das geringere wählt. Was ist aber für Sozialdemokraten das geringere Übel: der Verzicht auf eine kleine positive Position oder die Preisgabe der grundsätzlichen Stellungnahme? Ich glaube, das letztere ist unter allen Umständen das größere Übel für Sozialdemokraten."[2] Und Rosa Luxemburg sagte voraus, daß diese Politik in die Katastrophe führen mußte. „Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. Das ist eine schiefe Ebene..., auf der es kein Halt mehr gibt."[3]

Diese Warnerin wurde der opportunistischen Parteibürokratie immer gefährlicher. Sie begann deshalb gegen Rosa Luxemburg ein regelrechtes Kesseltreiben, an dem sich besonders Karl Kautsky beteiligte. Es gelang, Rosa Luxemburg nach

[1] „Leipziger Volkszeitung", 23. bis 29. Juli 1913.

[2] „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913", S. 487.

[3] Ebenda.

fünfzehnjähriger Tätigkeit als ständige Mitarbeiterin aus der „Leipziger Volkszeitung" zu verdrängen. Franz Mehring hatte bereits 1907 die Chefredaktion an diesem Blatte niedergelegt und auch Marchlewski war als ständiger Mitarbeiter ausgeschieden. Damit waren die Linken ihrer letzten bedeutenden Positionen in der sozialdemokratischen Parteipresse beraubt. Sie beantworteten den Schlag damit, daß Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski im Dezember 1913 die „Sozialdemokratische Korrespondenz" gründeten.

Zur selben Zeit erfuhr der Kampf gegen den Militarismus durch die Zabern-Affäre eine neue Verschärfung. In der kleinen elsässischen Stadt Zabern hatte ein blutjunger preußischer Leutnant die unterdrückte elsässische Bevölkerung schwer beschimpft. Es entstand eine ungeheure nationale Bewegung, die sogar den reaktionären Reichstag veranlaßte, eine Entschließung gegen die Regierung zu fassen. Sahen die vom parlamentarischen Kretinismus befallenen Opportunisten darin ein Zeichen der neuen Zeit, so gab ihnen Rosa Luxemburg in Nr. 3 der „Sozialdemokratischen Korrespondenz" eine kalte Dusche, indem sie zu der Zabern-Affäre schrieb: „Nicht aus einem unerwarteten oppositionellen Johannistrieb des bürgerlichen Parlaments, nur aus dem außerparlamentarischen Druck und der Machtentfaltung der Volksmassen kann im heutigen Deutschland jeder Fußbreit politischen Fortschritts und bürgerlicher Freiheit erstehen – diese einfache Lehre bei jeder Gelegenheit unbeirrt zu verkünden, muß unsere vornehmste Aufklärungsarbeit sein."

Gleichzeitig wies Rosa Luxemburg in diesem Artikel auf die ständigen Soldatenmißhandlungen hin, die immer mehr überhand nahmen. „Die brutalste Herrschaft des Militarismus über das Volk wird uns jeden Tag schmerzlich klar, wenn wir das Ohr an die Mauern unserer Kasernen drücken und das erstickte Stöhnen gepeinigter Soldaten vernehmen, über deren Menschenwürde, Gesundheit, ja Leben der eiserne Moloch zermalmend hinwegschreitet."

Die Kritik Rosa Luxemburgs stachelte die Wut der Militärkamarilla auf, die sich beeilte, den Justizapparat gegen sie in Bewegung zu setzen. Den Anlaß gab ihr eine Rede Rosa Luxemburgs im September 1913 in einer Versammlung im Frankfurter Bezirk. In dieser Rede hatte Rosa Luxemburg ausgerufen: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: Nein, das tun wir nicht." Der Staatsanwalt erblickte darin ein Attentat auf den Staat und erhob Anklage. Die Gerichtsverhandlung fand am 20. Februar 1914 vor dem Landgericht in Frankfurt am Main statt. Rosa Luxemburg hielt eine mutige Rede, in der sie erklärte: „Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Masse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens duldend erträgt... Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus." Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und die sofortige Verhaftung. Das Gericht schloß sich dem Antrag des Staatsanwaltes an, ließ Rosa Luxemburg jedoch zunächst auf freiem Fuß. Sie ging sofort vom Gerichtssaal in eine Versammlung, in der die Arbeiter die Bekanntgabe des Urteils erwarteten. Natürlich dachte sie nicht daran, zu kapitulieren, sondern verfocht die gleichen Gedanken weiter. Das Klassenurteil rief unter den Arbeitermassen eine ungeheure Erregung hervor. Rosa Luxemburg mußte in zahllosen überfüllten Versammlungen sprechen. Der Kampf gegen den Militarismus nahm einen neuen mächtigen Aufschwung. Und wieder beeilte sich der Parteivorstand, die Bewegung zu dämpfen.

Rosa Luxemburg führte den Kampf in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz" fort. Am 2. April 1914 setzte sie den Klassencharakter des Heeres auseinander und machte der Bourgeoisie klar: „Die Armee ist aber selbst nur ein Teil des Volksganzen und spiegelt naturgemäß dessen Klassengegensätze

wider... Das Offizierskorps der heutigen Armeen rekrutiert sich, namentlich in seinen höchsten Spitzen, aus feudalen Elementen und hat überall die angeborene Tendenz, die konservative Schicht mitsamt ihrer natürlichen Spitze, dem Monarchismus, zu stützen. Daher periodisch die Gefahren des Staatsstreiches, Gefahren für den Parlamentarismus, für die Demokratie." Und gleichzeitig wies sie auf das Hauptproblem des Militarismus hin, seinen Gegensatz zum werktätigen Volk: „Je mehr das Gebot, auf Vater und Mutter zu schießen, oder verbrecherischer Völkermord zu Zwecken imperialistischen Profithungers den bewußten leidenschaftlichen Widerspruch der arbeitenden Massen wecken, desto mehr rückt in den Vordergrund neben dem liberalen Problem: Armee oder Parlament? das unendlich größere proletarische Problem: Armee oder arbeitendes Volk?"

Um die Proletarier im Soldatenrock aufzurütteln und zum Klassenbewußtsein zu erwecken, behandelte Rosa Luxemburg besonders die zahlreichen Soldatenmißhandlungen. Als ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag eine „kleine Anfrage" über die Zustände in einem Infanterieregiment in Straßburg stellte, wurde diese von einem schnoddrigen Militär mit den Worten abgelehnt: der Reichstag sei in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen nicht zuständig. Rosa Luxemburg griff den Fall in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz" auf und schrieb am 5. Mai 1914: „Es handelte sich bei der sozialdemokratischen Anfrage bekanntlich um dokumentarisch belegte Fälle von Überanstrengungen bei Felddienstübungen, um Massenerkrankungen von Soldaten, um zwei Todesfälle und zwei Fälle von Selbstmord, die den unmenschlichen Strapazen ein Ende gemacht haben sollen. Die in unserer Presse veröffentlichten Briefe eines der dahingeschiedenen Opfer dieser barbarischen Kasernenpädagogik gaben der furchtbaren Wahrheit ein erschütterndes Zeugnis. Schatten zu Tode gemarterter Soldaten pochten also an den Tempel der Volksvertretung. Verzweifelte Blicke anderer

Vaterlandsverteidiger, die der Erlöser Tod noch nicht aus der Straßburger Kaserne befreit hat, richteten sich hilfeflehend auf die würdige Gesetzgeberversammlung."

Rosa Luxemburgs ständige Enthüllungen über die Mißstände im preußisch-deutschen Heer riefen sogar den Kriegsminister von Einem auf den Plan. Er stellte Anklage wegen Beleidigung der Armee. Der Verteidiger Rosa Luxemburgs erließ darauf eine Aufforderung, Zeugen von Soldatenmißhandlungen möchten sich melden. Daraufhin meldeten sich mehr als tausend Zeugen. Da kriegte es selbst die Klassenjustiz mit der Angst zu tun und verzichtete auf den Prozeß.

Inzwischen braute sich das Gewitter des ersten Weltkrieges zusammen. Am 28. Juli, kurz vor der Mobilmachung, schrieb Rosa Luxemburg über die unmittelbaren Ursachen des Weltkrieges Worte, die heute angesichts der Remilitarisierung Westdeutschlands und der Atlantikpaktpolitik des amerikanischen Imperialismus höchste aktuelle Bedeutung haben: „Heute erkennen mit Entsetzen auch diejenigen Volksschichten, die sich durch die chauvinistischen Hetzen des Militarismus hatten einfangen lassen, daß das unaufhörliche Rüsten nicht eine Bürgschaft des Friedens, sondern eine Saat des Krieges mit all seinen Schrecken war." Über die Militärbündnisse schrieb sie: „Es zeigt sich ferner mit aller handgreiflichen Deutlichkeit, wie sehr die militaristischen Bündnisse, die nach der verlogenen offiziellen Darstellung, auf die naive Gemüter hereinfielen, Pfeiler des europäischen Gleichgewichtes und des Friedens sein sollten, sich umgekehrt als mechanische Mittel trefflich bewährten, in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte hineinzuziehen und so einen Weltkrieg heraufzubeschwören."

Und die Schlußfolgerung Rosa Luxemburgs besteht darin, daß nur die Massen des werktätigen Volkes in der Lage sind, den Krieg zu verhindern. Sie schloß ihren Artikel mit den Worten: „Das klassenbewußte Proletariat kennt eine andere, viel wirksamere und seinem internationalen Klassenstandpunkt viel entsprechendere Methode, dem russischen wie dem vater-

ländischen Kriegsteufel die Hölle heiß zu machen. Und das ist die Methode, den Kriegsgelüsten der Regierungen den entschlossenen Friedenswillen der Volksmassen entgegenzustellen. Es ist im Grunde genommen die Methode, die in seiner Weise und seinen Verhältnissen entsprechend seit Jahr und Tag das Petersburger Proletariat so glorreich anwendet. Wenn es jetzt noch eine Hoffnung gibt, daß der russische Bär vor den Gefahren des Kriegsabenteuers im letzten Augenblick trotz alledem vielleicht zurückschrecken wird, so ist es einzig und allein der schöne Brand der beginnenden Revolution im eigenen Hause, der diese magische Wirkung auf die herrschende Kamarilla an der Newa ausüben kann. Gelingt es diesmal, den Frieden Europas noch zu wahren, so hat sich Europa dafür nicht bei dem Dreibund, sondern bei dem heldenhaften russischen Proletariat und seiner unerschöpflichen revolutionären Energie zu bedanken. Und ebenso besteht die einzige wirkliche Garantie des Friedens für Deutschland wie für Frankreich darin, ohne Verzug mit aller Energie die latente Macht des Proletariats in Bewegung zu setzen, eine so nachdrückliche Massenaktion gegen den Krieg zu organisieren, daß die lauen ‚Friedenswünsche' der Regierung in einen heißen Schreck vor den unabsehbaren Konsequenzen eines Krieges gewandelt werden. Den Regierungen und den herrschenden Klassen muß gezeigt werden, daß heutzutage ohne das Volk und gegen das Volk keine Kriege mehr geführt werden können. Ihnen muß gezeigt werden, daß es sich für diejenigen, die einen Weltkrieg gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmassen, unter welchem Vorwand auch, anzuzetteln wagen, um Kopf und Kragen handelt."

Die Hoffnung Rosa Luxemburgs ist damals leider nicht in Erfüllung gegangen. Die beginnende Revolution in Rußland wurde von der Welle des chauvinistischen Taumels überflutet und konnte ihr Werk erst drei Jahre später fortsetzen.

Aber die Worte Rosa Luxemburgs haben Gültigkeit behalten. Auch heute wieder besteht die Aufgabe darin, nachdrück-

liche Massenaktionen gegen die Kriegshetzer zu entfachen. Die Lage ist heute eine ganz andere als 1914. Heute besteht ein mächtiges Weltfriedenslager, das eine Milliarde Menschen umfaßt, das sich auf mächtige Staaten stützt und an dessen Spitze die Sowjetunion steht. In diesem Lager liegt die Garantie dafür, daß die Worte Rosa Luxemburgs in Erfüllung gehen: Sollten die Krieghetzer es wagen, einen neuen Weltkrieg anzuzetteln, dann werden sie dabei Kopf und Kragen verlieren.

Der imperialistische Krieg

Am 4. August 1914 bewilligte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig die Kriegskredite. Sie verriet damit ihre sozialistischen Grundsätze und ging endgültig ins Lager der imperialistischen Bourgeoisie über. Der Opportunismus wurde zum Sozialchauvinismus.

Diese furchtbare Kapitulation war für Rosa Luxemburg ein niederschmetternder Schlag. Sie, die anderthalb Jahrzehnte lang gegen den Opportunismus gekämpft hatte, die gründlich die kleinbürgerliche Verspießerung und politische Verlumpung der rechten sozialdemokratischen Führer kannte, sie war zunächst von diesem Ereignis überrascht. Es war ihr klar, daß dies den vollkommenen Zusammenbruch der Internationale und den größten Verrat der Geschichte bedeutete.

Aber sie ließ sich von den Ereignissen nicht überwältigen. Sie ging sofort daran, die linken Elemente zum Kampfe gegen den Krieg zu sammeln. Ihr erster Gedanke war, vor die Öffentlichkeit mit einem Manifest gegen den Krieg zu treten, das von einer Reihe namhafter sozialdemokratischer Führer unterschrieben werden sollte. Der Gedanke mußte jedoch aufgegeben werden, da sich nur wenige fanden, die bereit waren, das Manifest zu unterschreiben. Es mußte zur konspirativen Arbeit übergegangen werden. Zu den wenigen, die sich damals um Rosa Luxemburg sammelten, gehörten Clara Zetkin, Franz Mehring,

Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Hermann und Käthe Duncker und Paul Lange. Bald schloß sich auch Karl Liebknecht der Gruppe an, der bei der ersten illegalen Zusammenkunft nicht dabeigewesen war. Jetzt zeigte es sich, wie verhängnisvoll es war, daß die Linken nicht längst ihre eigne Organisation aufgebaut hatten. Sie standen ohne jede organisatorische Grundlage da und mußten sich erst mühselig Verbindungen schaffen.

Rosa Luxemburg arbeitete jetzt vor allem in der Berliner Parteiorganisation, um die Opposition gegen den Krieg zu organisieren. Es zeigte sich, daß trotz des Verrats der meisten höheren und mittleren Funktionäre in den Mitgliedermassen eine breite Stimmung gegen den Krieg vorhanden war. Im Wahlkreis Niederbarnim stand die Mehzahl der Mitglieder in Opposition. Trotz des furchtbaren Druckes der Militärbehörden und des Parteivorstandes begannen sich die Kriegsgegner zu sammeln.

Im Dezember 1914 stand die zweite Kriegskreditvorlage im Reichstag zur Abstimmung. Anfänglich erklärte sich eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter bereit, gegen die Kredite zu stimmen. Als jedoch der Tag der Entscheidung heranrückte, blieb nur noch einer übrig. Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite. Seine Stimme wurde in der ganzen Welt gehört. Überall, wo sozialistische Herzen schlugen, löste die mutige Tat Karl Liebknechts neue Hoffnung aus. Sein Name wurde zum Symbol des Kampfes gegen den Krieg.

Ihre Hauptaufgabe sahen die Linken jetzt vor allem darin, über die Lage klarzuwerden und den Massen den Charakter des Krieges zu erklären. Es wurde beschlossen, zu diesem Zwecke eine Zeitschrift, „Die Internationale", zu gründen, deren Herausgeber Rosa Luxemburg und Franz Mehring waren.

Bevor noch die erste Nummer erscheinen konnte, wurde Rosa Luxemburg verhaftet. In der „Einführung" der ersten Nummer der „Internationale" wurde mitgeteilt:

„Diese Monatsschrift verdankt ihre Entstehung der Genossin Luxemburg. Sie hatte bereits den einleitenden Aufsatz über

den Wiederaufbau der Internationalen verfaßt und mehrere Mitarbeiter geworben, als sie ein Opfer des berühmten Burgfriedens wurde. Sie ist dadurch auf Jahr und Tag ihrer öffentlichen Wirksamkeit entrissen worden...

Unsere Aufgabe ist die gleiche wie die Aufgabe der ersten, internationalen Monatsschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Diese Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkrieges in der internationalen und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben. So gilt es, von neuem die einigende, sammelnde und stärkende Kraft zu erproben, die der Marxismus noch in jeder Schicksalsstunde des proletarischen Emanzipationskampfes bewährt hat."[1]

Der einleitende Aufsatz Rosa Luxemburgs trug den Titel: „Der Wiederaufbau der Internationale". Er beginnt mit der Feststellung, daß die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 politisch abgedankt hat und die sozialistische Internationale zusammengebrochen ist: „Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte und bestdisziplinierte Vortrupp der Internationalen war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klarsten nachweisen."[2]

Wenn Rosa Luxemburg hier davon spricht, daß sich die Sozialdemokratie „in blauen Dunst" aufgelöst hatte, so meinte sie dies einzig und allein im Hinblick auf ihre sozialistische Verpflichtung. In aller Klarheit stellt Rosa Luxemburg die Helfer-

[1] „Die Internationale", April 1915, Heft 1, S. 1.
[2] Ebenda, S. 2.

dienste fest, die von der SPD und den Gewerkschaften für die Imperialisten bei der ideologischen Zermürbung der Massen für die Kriegsziele geleistet wurden. Sie schrieb: „Mit dem 4. August hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu ‚schweigen', eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege... Die Dienste, die diese der deutschen Kriegsführung seit dem 4. August geleistet hat und jeden Tag leistet, sind unermeßlich. Die Gewerkschaften, die mit dem Ausbruch des Krieges alle Lohnkämpfe an den Nagel gehängt haben und alle Sicherheitsmaßnahmen der Militärbehörden zur Verhütung von Volksunruhen mit dem Nimbus des ‚Sozialismus' umgeben; die sozialdemokratischen Frauen, die ihre ganze Zeit und Kraft der sozialdemokratischen Agitation entziehen, um sie, Arm in Arm mit bürgerlichen Patriotinnen, zur Beschwichtigung notleidender Kriegerfamilien zu verwenden; die sozialdemokratische Presse, die mit einigen Ausnahmen ihre Tageblätter, Wochen- und Monatsschriften dazu gebraucht, um den Krieg als nationale Sache und Sache des Proletariats zu propagieren..." usw. usf. – Und Rosa kommt zu dem Schluß: „Noch nie hat ein Krieg solche Pindare, nie eine Militärdiktatur solchen Gehorsam gefunden, nie hat eine politische Partei alles, was sie war und besaß, so inbrünstig auf dem Altar einer Sache hingegeben, gegen die bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen sie sich und der Welt tausendmal geschworen hatte."[1]

Mit beißender Schärfe brandmarkte Rosa Luxemburg sodann das Eunuchentum Kautskys, der erklärt hatte, die Internationale sei ein Instrument des Friedens, kein Werkzeug im Kriege. Sie schreibt: „Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Kor-

[1] Ebenda, S. 3.

rektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute ‚jeder Schuß ein Russ' – jeder Stoß ein Franzos'", und morgen nach Friedenschluß: ‚seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt'. Denn die Internationale ist ‚im wesentlichen ein Friedensinstrument', aber ‚kein wirksames Werkzeug im Kriege'."[1] Als wichtigste Aufgabe bezeichnete Rosa Luxemburg den Wiederaufbau der Internationale auf dem Boden des Klassenkampfes. Der erste Schritt dazu sei der Kampf um die Beendigung des Krieges: „Entweder bleibt die Internationale ein Haufen Trümmer auch nach dem Kriege, oder ihre Auferstehung beginnt auf dem Boden des Klassenkampfes, aus dem sie allein ihre Lebenssäfte zieht. Sie wird nicht etwa durch das Hervorziehen der alten Leier nach dem Kriege wieder aufleben, auf der frisch-fromm-fröhlich und frei, wie wenn nichts geschehen wäre, die alten Melodien vorgespielt werden, die bis zum 4. August die Welt bezauberten. Nur durch eine ‚grausam gründliche Verhöhnung der eigenen Halbheiten und Schwächen', des eigenen moralischen Falls seit dem 4. August, durch die Liquidierung der ganzen Taktik seit dem 4. August kann der Wiederaufbau der Internationalen beginnen. Und der erste Schritt in dieser Richtung ist die Aktion für die schnelle Beendigung des Krieges wie für die Gestaltung des Friedens nach dem gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats."[2]

Die Bilanz der fünfzigjährigen Entwicklung der Sozialdemokratie ziehend, kommt Rosa Luxemburg in diesem Aufsatz zu Schlußfolgerungen, die ein neuer Beweis dafür sind, wie sie im revolutionären Kampf die Schranken ihrer objektivistischen Geschichtsauffassung zu überspringen versteht. Sie schreibt die ihrer Konzeption der spontanen Geschichtsentwicklung widersprechenden Worte: „Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch

[1] Ebenda, S. 4/5.
[2] Ebenda, S. 6/7.

ihre Säfte einen mächtigen Körper großgezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, eine Probe, die sie obendrein theoretisch mit der Sicherheit eines Naturforschers vorausgesehen und in allen wesentlichen Zügen vorausgesagt hatte, versagte ihr völlig das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen."[1]

Der Aufsatz schließt mit den wegweisenden Worten: „Die Internationale und ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht, können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus seiner Besinnung auf die eigene Macht, jene Macht, die am 4. August wie ein schwankendes Rohr vom Sturm gepeitscht knickte, die aber, zu ihrer wahren Größe aufgerichtet, geschichtlich berufen ist, tausendjährige Eichen des sozialen Unrechts zu brechen und Berge zu versetzen. Der Weg zu dieser Macht – nicht papierne Resolutionen – ist zugleich der Weg zum Frieden und zum Wiederaufbau der Internationalen."[2]

In dem gleichen Heft der „Internationale" veröffentlichte Rosa Luxemburg unter dem Pseudonym Mortimer einen Aufsatz „Perspektiven und Projekte", in dem sie eine Broschüre Kautskys kritisiert. In diesem Aufsatz treten wiederum die Fehler Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage in Erscheinung.

„Die Internationale" erschien nach Überwindung beträchtlicher Schwierigkeiten im April 1915 und wurde sofort von der Militärdiktatur verboten.

Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg plötzlich verhaftet und zur Verbüßung ihrer einjährigen Gefängnisstrafe in das Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin eingeliefert. Sie vermochte es, hier ihre Abrechnung mit der Sozialdemokratie, die „Junius-Broschüre", zu schreiben und aus dem Gefängnis hinauszuschmuggeln. In dieser Broschüre stellte sich Rosa Luxemburg die Aufgabe, die Ursachen der Kriegskatastrophe

[1] Ebenda, S. 9.
[2] Ebenda, S. 9/10.

zu analysieren, in notwendiger Selbstkritik der proletarischen Bewegung die Gründe für den Verrat der Sozialdemokratie aufzudecken und den Ausweg aufzuzeigen.

Ihre erste Aufgabe war es, die Lüge von der Vaterlandsverteidigung zu zerreißen, mit der die sozialdemokratische Führung ihren Verrat bemäntelte. In ausführlichen Darlegungen weist Rosa Luxemburg nach, daß zwei Linien zum Weltkrieg geführt haben: „Der Krieg von 1870, der durch die Annexion Elsaß-Lothringens die französische Republik in die Arme Rußlands geworfen, die Spaltung Europas in zwei feindliche Lager und die Ära des wahnwitzigen Wettrüstens eröffnet hat, schleppte den ersten Zündstoff zum heutigen Weltbrande herbei."[1] Die zweite Linie kommt von der imperialistischen Entwicklung der letzten fünfundzwanzig Jahre her: „In Deutschland kann das Aufkommen des Imperialismus, das auf die kürzeste Zeitspanne zusammengedrängt ist, in Reinkultur beobachtet werden. Der beispiellose Aufschwung der Großindustrie und des Handels seit der Reichsgründung hat hier in den achtziger Jahren zwei charakteristische eigenartige Formen der Kapitalakkumulation hervorgebracht: die stärkste Kartellentwicklung Europas und die größte Ausbildung sowie Konzentration des Bankwesens in der ganzen Welt."[2] Zu all dem kam das Wachsen des Militarismus und besonders des Marinismus, das einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen Deutschland und Großbritannien hervorrief. „Die neue aggressive Flottenpolitik sollte Deutschland zum Konkurrenten der ersten Seemacht, Englands, machen. Und sie ist auch nicht anders in England verstanden worden. Die Flottenreform und die Programmreden, die sie begleiteten, riefen in England die größte Beunruhigung hervor, die seitdem nicht nachgelassen hat."[3] Anschließend schildert Rosa Luxemburg ausführlich die

[1] Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 284/285. Die Broschüre erschien unter dem Pseudonym „Junius", daher die Bezeichnung „Junius-Broschüre".
[2] Ebenda, S. 288.
[3] Ebenda, S. 291.

Expansionspolitik des deutschen Imperialismus, die faktische Besetzung der Türkei, den Bau der Bagdadbahn, die Expansion nach Afrika, den Marokkokonflikt usw., um zu zeigen, daß von einer Vaterlandsverteidigung keine Rede sein konnte, sondern daß Deutschland einen imperialistischen Raubkrieg führte.

Die zweite Aufgabe Rosa Luxemburgs bestand darin, die Lüge vom angeblichen Krieg gegen den Zarismus zu zerreißen, mit der die sozialdemokratischen Führer die chauvinistische Aufpeitschung des Kanonenfutters für den Generalstab betrieben. Rosa Luxemburg zeigt an Hand zahlreicher Zitate aus sozialdemokratischen Zeitungen von 1914, wie tief die chauvinistische Verlumpung der Sozialdemokratie fortgeschritten war. Um nur eines dieser Zitate der Vergessenheit zu entreißen: Das sozialdemokratische „Hamburger Echo" schrieb am 11. August 1914:

„Denn nicht nur haben wir den Verteidigungskrieg zu führen gegen England und Frankreich, wir haben vor allem den Krieg zu führen gegen den Zarismus, und den führen wir mit aller Begeisterung. Denn es ist ein Krieg für die Kultur."[1]

Diese Niedrigkeit der Hetze war damals unerreicht, sie wird heute noch übertroffen durch die Hetze, mit der die Schumacherpresse zum amerikanischen Krieg gegen die Sowjetunion aufruft.

Rosa Luxemburg stellt der Hetze die Tatsache gegenüber, daß Rußland sich in den vergangenen 50 Jahren gewandelt hatte, daß es nicht mehr der Hort der Reaktion, sondern der Herd der Revolution war: „Im Jahre 1914 hingegen hatte Rußland die Revolution im Leibe, in Deutschland aber herrschte das preußische Junkertum."[2] Rosa Luxemburg brandmarkt die sozialdemokratischen Kulturkrieger, die nicht den Zarismus, sondern die russische Revolution würgen.

[1] Zitiert ebenda, S. 328.
[2] Ebenda, S. 339.

Die dritte Aufgabe Rosa Luxemburgs bestand darin, den Verrat des Burgfriedens aufzudecken. Mit der Lüge von der Vaterlandsverteidigung deckten die sozialdemokratischen Führer zugleich die Preisgabe aller demokratischen Rechte des Volkes durch den Belagerungszustand. „Mit dem Burgfrieden und den Kriegskrediten bewilligte die Sozialdemokratie stillschweigend den Belagerungzustand, der sie selbst geknebelt den herrschenden Klassen vor die Füße legte. Damit erkannte sie zugleich an, daß zur Verteidigung des Vaterlandes der Belagerungszustand, die Knebelung des Volkes, die Militärdiktatur notwendig seien. Aber der Belagerungszustand war gegen niemand anderen als gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Nur von ihrer Seite konnte man Widerstand, Schwierigkeiten und Protestaktionen gegen den Krieg erwarten. Im gleichen Atem, wo man unter Zustimmung der Sozialdemokratie den Burgfrieden, also Aufhebung der Klassengegensätze proklamierte, wurde sie selbst, die Sozialdemokratie, in Belagerungszustand erklärt, gegen die Arbeiterklasse der Kampf in seiner schärfsten Gestalt, in der Form der Militärdiktatur proklamiert. Als Frucht ihrer Kapitulation erhielt die Sozialdemokratie, was sie im schlimmsten Falle einer Niederlage bei entschlossenem Widerstand erhalten hätte: den Belagerungszustand!“ [1]

Diese Broschüre Rosa Luxemburgs war die bedeutendste revolutionäre Schrift, die in Deutschland gegen den Krieg und gegen den Verrat der Sozialdemokratie geschrieben wurde. Aber auch diese Schrift enthält einige grundlegende Fehler, die sich aus der Gesamteinstellung Rosa Luxemburgs ergaben. Sie betreffen vor allem wiederum die nationale Frage. Lenin hat diese Fehler in einem besonderen Artikel „Über die Junius-Broschüre“ kritisiert.

Rosa Luxemburg hatte geschrieben: „In dem heutigen imperialistischen Milieu kann es überhaupt keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben“ [2]. Damit wollte sie ihre richtige

[1] Ebenda, S. 346.
[2] Ebenda, S. 359.

These stützen, daß der Krieg von 1914 kein nationaler Verteidigungskrieg war, wie die sozialdemokratischen Führer behaupteten, sondern ein imperialistischer Krieg. Ihre Behauptung, daß es keine nationalen Kriege mehr geben könne, war jedoch grundfalsch. Lenin trat sehr energisch dagegen auf. Er schrieb die prophetischen Worte: „wenn das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; wenn dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten endete; wenn der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnte, ohne z. B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges in den Sozialismus umzuschlagen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine Rückentwicklung Europas um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber nicht unmöglich, denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, theoretisch unrichtig."[1] Weiter stellte Lenin fest: „Nationale Kriege der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich."[2]

Die Geschichte hat Lenin in furchtbarer Weise recht gegeben, nicht nur was die Kolonien anbelangt. Im zweiten Weltkrieg führten eine ganze Reihe europäischer Nationen, wie die Franzosen, Polen, Tschechen, Holländer, Belgier, Dänen, Norweger, Serben und andere einen großen nationalen Befreiungskrieg gegen den Hitlerfaschismus, der sie in ihrer nationalen Existenz bedrohte. Nach dem Kriege ist selbst ein ehemals so starkes imperialistisches Land wie Deutschland zu einem Teil in halbkoloniale Abhängigkeit geraten, so daß das deutsche Volk einen erbitterten Kampf um seine nationale Exi-

[1] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke" in 12 Bänden, Bd. 5, Moskau-Leningrad 1933, S. 269.
[2] Ebenda.

stenz führen muß. Mehr als das! Selbst das imperialistische Großbritannien fühlt die Ketten seiner Abhängigkeit vom USA-Imperialismus immer mehr und sucht nach Wegen, sie zu lockern! Schon gar nicht davon zu reden, daß die zahlreichen nationalen Befreiungskriege bisher unterdrückter Völker, der Sieg des chinesischen Volkes, der heldenhafte Kampf der Koreaner, der Vietnamesen und anderer, die Richtigkeit der These Lenins bestätigen.

Der zweite Fehler Rosa Luxemburgs bestand darin, daß sie versuchte, für den imperialistischen Krieg ein nationales Programm an den Haaren herbeizuziehen. Rosa Luxemburg hatte geschrieben: „Ja, die Sozialdemokraten sind verpflichtet, ihr Land in einer großen historischen Krise zu verteidigen." Dazu wäre aber nötig gewesen, „dem imperialistischen, auf die Erhaltung Österreichs und der Türkei, das heißt der Reaktion in Europa und in Deutschland gerichteten Programm des Krieges das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848, das Programm von Marx, Engels und Lassalle: die Losung der einigen großen deutschen Republik entgegenzustellen. Das war die Fahne, die dem Lande vorangetragen werden mußte, die wahrhaft national, wahrhaft freiheitlich gewesen wäre und in Übereinstimmung mit den besten Traditionen Deutschlands wie mit der internationalen Klassenpolitik des Proletariats."[1] Lenin weist demgegenüber darauf hin, auch die „großdeutsche Republik" hätte, „wenn sie in den Jahren 1914–1916 existiert hätte, einen ebensolchen imperialistischen Krieg geführt"[2]. Es galt, so sagt Lenin, dem imperialistischen Krieg ein anderes Programm entgegenzustellen: „Die Revolution stand in den Jahren 1914–1916 auf der Tagesordnung, im Schoße des Krieges verborgen, aus dem Kriege hervorgehend. Das hätte man im Namen der revolutionären Klasse ‚proklamieren' müssen, man hätte konsequent, furchtlos ihr Programm darlegen müssen: den Sozialismus,

[1] Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 373.

[2] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke", Bd. 5, S. 276.

den in der Epoche des Krieges zu erreichen ohne Bürgerkrieg gegen die erzreaktionäre, verbrecherische, das Volk zu unsagbaren Leiden verurteilende Bourgeoisie unmöglich ist."[1] Rosa Luxemburg vermochte sich zu dieser Auffassung nicht durchzuringen. Sie stellte nicht die Losung des Bürgerkrieges, der Niederlage der eignen Bourgeoisie auf, sondern vertrat die Auffassung, daß für die Arbeiterklasse Sieg wie Niederlage gleich verhängnisvoll seien.

Lenin erklärte die Fehler Rosa Luxemburgs aus der allgemeinen Schwäche der deutschen Linken, die allein und isoliert dastanden, keine Organisation hinter sich hatten.

Rosa Luxemburgs Broschüre war noch nicht gedruckt, als sich bereits am 1. Januar 1916 die Opposition auf einer Reichskonferenz der Linken in Berlin sammelte. Der Konferenz lagen Leitsätze vor, die von Rosa Luxemburg im Gefängnis verfaßt worden waren. In diesen Leitsätzen hieß es:

„Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen. Er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete... Gegen den Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Kriege in erster Linie konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus...

Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen..."

[1] Ebenda, S. 277.

Auf der Konferenz wurde der Spartakusbund gegründet, der in der Folge durch seine „Spartakusbriefe“ und durch zahlreiche Flugblätter die Massen zum Kampf gegen den Krieg aufrief.

Nach Verbüßung ihrer Strafe wurde Rosa Luxemburg Mitte Februar 1916 aus dem Gefängnis entlassen. Jetzt wurde die Veröffentlichung der „Junius-Broschüre“ energisch in Angriff genommen, und im April lag sie gedruckt vor. Inzwischen nahm der Kampf gegen den Krieg immer breitere Formen an. Ostern 1916 tagte in Jena eine illegale Jugendkonferenz, deren Mehrheit sich hinter Spartakus stellte. Immer stürmischer verlangten die Anhänger des Spartakusbundes die Gründung einer eigenen Partei. Aber noch immer widersetzte sich Rosa Luxemburg. Sie hatte Furcht, die Partei könne eine Sekte werden. Liebknecht verlangte den Übergang von der Agitation zur Massenaktion.

Für den 1. Mai 1916 organisierte der Spartakusbund eine Reihe von Demonstrationen. In Dresden, Jena, Hanau und besonders in Berlin selbst kam es zu eindrucksvollen Kundgebungen. Schon am frühen Morgen versammelten sich auf dem von der Polizei besetzten Potsdamer Platz in Berlin etwa 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Unter den Demonstranten waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Plötzlich erscholl über den Platz die laute Stimme Karl Liebknechts: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Er wurde aus der Menge gerissen und verhaftet. Aber die Massen blieben noch stundenlang auf dem Platze. Die Demonstration brach die Stille des Belagerungszustandes und eroberte wieder die Straße. Der Spartakusbund setzte mit einer regen Agitation ein. Eine Masse von Flugblättern wurde im ganzen Reiche vertrieben. Der Reichstag hob die Immunität Liebknechts auf und lieferte ihn der Klassenjustiz aus. Die sozialdemokratischen Abgeordneten versuchten Liebknecht als armen Irren hinzustellen. Und der Sozialchauvinist David erklärte infam: „Ein Hund, der laut bellt, beißt nicht.“ Darauf gab Rosa Luxemburg in einem

„Hundepolitik" überschriebenen Flugblatt die gebührende Antwort:

„Ein Hund ist, wer den Stiefel der Herrschenden leckt, der ihn jahrzehntelang mit Tritten bedachte.

Ein Hund ist, wer im Maulkorb des Belagerungszustandes fröhlich schweifwedelt und den Herren der Militärdiktatur, leise um Gnade winselnd, in die Augen blickt.

Ein Hund ist, wer einen Abwesenden, einen Gefesselten, heiser anbellt und dabei den augenblicklichen Machthabern Apportdienste leistet.

Ein Hund ist, wer die ganze Vergangenheit seiner Partei, wer alles, was ihr ein Menschenalter heilig war, auf Kommando der Regierung abschwört, begeifert, in den Kot tritt..."

Karl Liebknecht wurde in erster Instanz zu zweieinhalb und in zweiter Instanz am 23. August 1916 zu vier Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Während der Gerichtsverhandlungen fanden zahlreiche Demonstrationen und Streiks statt. So streikten am Tage der ersten Urteilsfällung in Berlin 55000 Munitionsarbeiter. Es kam zu Demonstrationen und Streiks in Stuttgart, Bremen, Braunschweig und andern Städten.

Inzwischen war Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916 wieder verhaftet worden. Da sie keine Strafe mehr zu verbüßen hatte, kam sie diesmal in Schutzhaft. Sie verbrachte die ersten Monate wieder in der Barnimstraße, dann war sie ab Oktober in Wronke bei Posen und ab Juli 1917 in Breslau. Die Haft dauerte bis zur Novemberrevolution. Diese zweieinhalb Jahre Gefängnishaft gehörten zu der schwersten Zeit ihres Lebens. Die Verbindung mit den Genossen draußen war schwer herzustellen, doch riß sie nie ab. Rosa Luxemburg nahm auch in dieser Zeit am Kampfe des Spartakusbundes teil, verfaßte Flugschriften und „Spartakusbriefe". In Wronke hatte Rosa Luxemburg ein relativ leichtes Regime, sie durfte die herrliche Natur genießen und sich ihrer Liebe zur Tier- und Pflanzenwelt hingeben. Die praktische Beobachtung verknüpfte sie mit

naturwissenschaftlichem Studium, das sie aber immer wieder auf die gesellschaftlichen Probleme hinlenkte. Am 2. Mai 1917 schrieb sie an Sonja Liebknecht, Karls Frau: „Was ich lese? Hauptsächlich Naturwissenschaftliches: Pflanzengeographie und Tiergeographie. Gestern las ich gerade über die Ursache des Schwindens der Singvögel in Deutschland: es ist die zunehmende rationelle Forstkultur, Gartenkultur und der Ackerbau, die ihnen alle natürlichen Nist- und Nahrungsbedingungen: hohle Bäume, Ödland, Gestrüpp, welkes Laub auf dem Gartenboden – Schritt für Schritt vernichten. Mir war es so sehr weh, als ich das las. Nicht um den Gesang für die Menschen ist es mir, sondern das Bild des stillen unaufhaltsamen Untergangs dieser wehrlosen kleinen Geschöpfe schmerzt mich so, daß ich weinen mußte. Es erinnerte mich an ein russisches Buch von Prof. Sieber über den Untergang der Rothäute in Nordamerika, das ich noch in Zürich gelesen habe: sie werden genauso Schritt für Schritt durch die Kulturmenschen von ihrem Boden verdrängt und einem stillen, grausamen Untergang preisgegeben."[1]

Das kleine Bändchen „Briefe aus dem Gefängnis" zeigt die menschliche Seite Rosa Luxemburgs: eine feinfühlige, mitleidende, tiefempfindende Frau, die es versteht, ihre Gedanken in die geschliffene Form höchstvollendeter künstlerischer Prosa zu gießen.

Rosa Luxemburg blieb nur neun Monate in Wronke, dann kam sie nach Breslau, wo das Gefängnisregime viel strenger war. Sie schildert dieses Regime in einem Brief an Sonja Liebknecht: „Was mir hier fehlt, ist natürlich die relative Bewegungsfreiheit, die ich dort hatte, wo die Festung den ganzen Tag offenstand, während ich hier einfach eingesperrt bin, dann die herrliche Luft, der Garten und vor allem die Vögel! Sie haben keine Ahnung, wie ich an dieser kleinen Gesellschaft hänge. Aber das alles kann man natürlich entbeh-

[1] Rosa Luxemburg, „Briefe aus dem Gefängnis", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 25/26.

ren, und bald werde ich vergessen, daß ich es je besser hatte als hier. Die ganze Situation hier ist so ziemlich genau wie in der Barnimstraße, nur der hübsche, grüne Lazaretthof fehlt, in dem ich doch jeden Tag irgendeine kleine botanische oder zoologische Entdeckung machen konnte. Hier gibt es auf dem großen gepflasterten Wirtschaftshof, der mir zum Spaziergang dient, nichts ‚zu entdecken'. Und ich hefte krampfhaft meine Blicke beim Wandeln auf die grauen Pflastersteine, um dem Anblick der im Hofe beschäftigten Gefangenen zu entgehen, die mir stets in ihrer diffamierenden Tracht eine Pein sind und unter denen sich immer ein paar finden, bei denen Alter, Geschlecht, individuelle Züge unter dem Stempel der tiefsten menschlichen Degradation verwischt sind, ja aber gerade durch einen schmerzlichen Magnetismus immer wieder meine Blicke anziehen."[1]

Während ihrer Gefängniszeit übersetzte Rosa Luxemburg Korolenko „Die Geschichte meines Zeitgenossen" und schrieb zugleich als Einleitung einen Abriß der neueren russischen Literatur.[2]

Als sich 1918 unter dem Grollen der herannahenden Revolution die Gefängnistore für die politischen Gefangenen öffneten – Karl Liebknecht kam am 23. Oktober frei – mußte Rosa Luxemburg immer noch hinter Gittern harren, sie genoß ja die Schutzhaft des kaiserlichen Staates. Endlich am 10. November erlangte auch sie ihre Freiheit wieder.

Die russische Revolution 1917

Die Nachrichten über die zweite russische Revolution, die „Februarrevolution", die nach dem neuen Stil, das heißt nach der in der Sowjetunion jetzt üblichen, mit der unseren übereinstimmenden Zeitrechnung, Anfang März 1917 ausbrach, erhielt Rosa Luxemburg in der Festung in Wronke. Sie war in

[1] Ebenda, S. 44/45.

[2] Neu erschienen Dietz Verlag, Berlin 1947.

heller Begeisterung. In einem Briefe an Martha Rosenbaum schrieb sie die enthusiastischen Zeilen: „Nun, und die herrlichen Dinge in Rußland wirken auf mich auch wie Lebenselixier. Das ist ja für uns alle eine Heilsbotschaft, was von dort kommt, ich fürchte, Ihr alle schätzt das nicht genügend hoch, empfindet nicht genügend, daß es unsere eigene Sache ist, die dort siegt. Das muß, das wird auf die ganze Welt erlösend wirken, das muß ausstrahlen nach ganz Europa, ich bin felsenfest überzeugt, daß eine neue Epoche jetzt beginnt, und daß der Krieg nicht mehr lange dauern kann.“[1] Als dann widersprechende Nachrichten aus Rußland eintrafen, wurde sie wieder etwas schwankend. In einem anderen Briefe schrieb sie: „Seit einer Woche etwa sind natürlich alle meine Gedanken in Petersburg, und ich greife mit ungeduldiger Hand jeden Morgen und Abend zu frischen Zeitungen, aber die Nachrichten sind leider knapp und konfus. Auf dauernden Erfolg ist ja dort nicht zu rechnen, aber auf jeden Fall ist schon der Anlauf selbst zur Machtergreifung dort ein Faustschlag ins Gesicht der hiesigen Sozd. und der ganzen schlummernden Internationale. Kautsky allerdings weiß nichts Besseres, als statistisch zu beweisen, daß die sozialen Verhältnisse Rußlands für die Diktatur des Proletariats noch nicht reif sind! Ein würdiger ‚Theoretiker‘ der Unabh. Soz. P.!“[2] Rosa Luxemburg unterschätzte die Aussichten der russischen Revolution, da sie meinte, die Revolution könne überhaupt nicht in einem Lande allein siegen. Sie sah darum ihre Hauptaufgabe jetzt darin, die deutschen Arbeiter an ihre Pflicht zu mahnen, den russischen Brüdern zu Hilfe zu kommen. Rosa wies darauf hin, daß die Revolution in Rußland unweigerlich zur sozialistischen Revolution weitertreiben müsse und daß zu deren Sieg die Hilfe der deutschen Arbeiterklasse erforderlich sei. Im „Spartakusbrief“ vom April 1917 schrieb sie über die Entwicklung der russischen Revolution:

[1] Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde“, S. 157.
[2] Ebenda, S. 160.

„Vor allem ergibt sich aber für das sozialistische Proletariat in Rußland als die dringendste Losung, die mit allen anderen unablösbar verknüpft ist: Ende dem imperialistischen Kriege!

Hier verwandelt sich das Programm des russischen revolutionären Proletariats in den schärfsten Gegensatz zur russischen imperialistischen Bourgeoisie, die für Konstantinopel schwärmt und bei dem Kriege Profite macht. Die Aktion für den Frieden kann eben in Rußland wie anderwärts nur in einer Form entfaltet werden: als revolutionärer Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie, als Kampf um die politische Macht im Staate.

Dies sind die unabweisbaren Perspektiven der ferneren Entwicklung der russischen Revolution."[1]

Daran knüpfte sie die Mahnung an die deutschen Arbeiter:

„Und sobald das russische Proletariat bei sich zu Hause den Kampf für den Frieden aufrollt – dies ist sicher bereits begonnen und wird mit jedem Tage mehr der Fall sein – verwandelt sich das Verharren des deutschen Proletariats in der Haltung eines gehorsamen Kanonenfutters in offenen Verrat an den russischen Brüdern."[2]

Die russische Revolution blieb nicht ohne Einfluß auf die deutschen Arbeiter. Bereits im nächsten Monat, im April 1917, setzte eine Streikwelle ein, die besonders die Munitionsarbeiter erfaßte. Allein in Berlin streikten 300000. Wieder waren die sozialdemokratischen Führer einschließlich der „Unabhängigen" eifrig dabei, die Bewegung abzuwürgen. Inzwischen setzte die russische Revolution ihren Weg fort. Lenin verkündete im selben Monat seine berühmten Aprilthesen, in denen er den konkreten Plan des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution entwickelte. Ohne in Panik und Pessimismus zu verfallen, nahmen die Bolschewiki

[1] „Spartakusbriefe", (Neudruck) Berlin 1920, S. 71.
[2] Ebenda, S. 72.

mit Zähigkeit den Kampf um die Verwirklichung dieses Planes auf, wobei sie die konkreten Losungen geschickt der jeweiligen Stufe der Entwicklung anpaßten.[1]

Die deutschen Linken und besonders Rosa Luxemburg hatten für die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution und für die darauf begründete Taktik der Bolschewiki kein richtiges Verständnis. Im „Spartakusbrief" vom August 1917 schrieb Rosa Luxemburg: „Die Diktatur des Proletariats ist in Rußland – falls eine internationale proletarische Revolution ihr nicht rechtzeitig Rückendeckung schafft – zu einer betäubenden Niederlage verurteilt, gegen die das Schicksal der Pariser Kommune ein Kinderspiel gewesen sein dürfte."[2] Als schließlich die russischen Arbeiter und Soldaten am 7. November 1917 unter der Leitung Lenins und Stalins den siegreichen Aufstand durchführten und die Sowjetmacht errichteten, begrüßten die deutschen Linken im Gegensatz zu den Rechtssozialdemokraten und den Zentristen (Kautsky, Haase) begeistert die siegreiche sozialistische Revolution. Rosa Luxemburg schrieb über dieses Ereignis die begeisterten Worte: „Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges. Ihr Ausbruch, ihr beispielloser Radikalismus, ihre dauerhafte Wirkung strafen am besten die Phrase Lügen, mit der die offizielle deutsche Sozialdemokratie den Eroberungsfeldzug des deutschen Imperialismus im Anfang diensteifrig ideologisch bemäntelt hat: die Phrase von der Mission der deutschen Bajonette, den russischen Zarismus zu stürzen und seine unterdrückten Völker zu befreien."[3]

Aber obwohl bereits der Sieg der Oktoberrevolution die Analyse Rosa Luxemburgs widerlegt und den Bolschewiki voll und ganz recht gegeben hatte, sah sich Rosa Luxemburg noch immer nicht veranlaßt, selbstkritisch ihre eigenen Anschau-

---

[1] Siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 227ff.
[2] „Spartakusbriefe", S. 111.
[3] Rosa Luxemburg, „Die Russische Revolution", Berlin 1922, S. 67.

ungen zu überprüfen. In der Einsamkeit des Breslauer Gefängnisses prüfte sie die Ereignisse in Rußland nicht an den Tatsachen, sondern legte ihnen den Maßstab ihrer eignen falschen Auffassungen an. Dabei mußte sie natürlich zu einer kritischen Einstellung zur Taktik der Bolschewiki kommen. Ihre Kritik betraf vor allem vier Fragen:

1. Die Agrarfrage. Rosa Luxemburg wandte sich gegen die Aufteilung des Bodens an die Bauern, weil diese Maßnahme gegen den Sozialismus wirken müsse. Sie meinte, daß der Bauer nicht im Traume daran denke, „Rußland und die Revolution, der er das Land verdankte, zu verteidigen“ [1]. Die Geschichte hat einwandfrei bewiesen, wie unrecht Rosa Luxemburg darin hatte, denn ohne die Unterstützung der breiten Bauernmassen hätten die Bolschewiki niemals im Bürgerkriege siegen und die Interventen vertreiben können.

2. Die nationale Frage. Die schärfsten Angriffe richtete Rosa Luxemburg gegen die nationale Politik der Bolschewiki, gegen die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Sie meinte, dieses Selbstbestimmungsrecht sei „nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug“ [2]. Sie verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß „die Ukraine niemals eine Nation oder einen Staat gebildet hatte“ [3]. Es liegt offen auf der Hand, daß Rosa Luxemburg hier ihren alten Fehler in der nationalen Frage (Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen) in vergröberter Form wiederholte. Auch hier gab ihr die Geschichte wieder völlig unrecht. Die Unterstützung der Sowjetmacht durch die Bevölkerung der nationalen Randgebiete während der imperialistischen Intervention und insbesondere die Aufwärtsentwicklung der Nationen unter der Sowjetmacht haben die Richtigkeit der nationalen Politik Lenins und Stalins mit aller Deutlichkeit bewiesen.

---

[1] Ebenda, S. 87.
[2] Ebenda, S. 89.
[3] Ebenda, S. 95.

3. Die Frage der Demokratie. Rosa Luxemburg kritisierte die Bolschewiki dafür, daß sie an Stelle der aufgelösten Konstituante (der verfassunggebenden Versammlung) nicht eine neue wählen ließen, sondern das Sowjetwahlsystem einführten. Sie war selbst noch zu sehr im parlamentarischen Denken befangen, um in der Sowjetkonstitution eine neue höhere Form der Demokratie zu erkennen, die den historischen Erfordernissen der proletarischen Diktatur entsprach. Sie prägte das gefährliche Wort: „Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden“[1], das in der Revolution unweigerlich zum Untergange führt, denn es bedeutet Freiheit für die Konterrevolution. Die Gegner der Arbeiterklasse und der Demokratie haben nie diese Art Freiheit zugestanden. Das beweisen heute am deutlichsten Westdeutschland und Westberlin, wo zwar viel von Freiheit geredet wird, sogar den verurteilten nazistischen Kriegsverbrechern die Freiheit wiedergegeben wird, aber keine Freiheit für die Kämpfer um Frieden und Einheit existiert.

4. Die Frage des Terrors. Rosa Luxemburg wandte sich gegen die „so reichliche Anwendung des Terrors durch die Räteregierung, und zwar namentlich in der letzten Periode vor dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus“[2]. Sie hat dabei völlig übersehen, daß die Sowjetregierung in den ersten Monaten ihres Bestehens mit ihren Feinden äußerst glimpflich umging. Erst als die Feinde der Revolution zum Terror übergingen, als sie durch das Attentat auf den deutschen Gesandten Grafen Mirbach einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland zu provozieren versuchten, als Attentate auf die Führer der Revolution durchgeführt wurden, sah sich die Sowjetregierung genötigt, die Konterrevolution härter anzupacken. Die russische Revolution hat damit das Wort von Karl Marx aus dem Jahre 1848 bestätigt, „daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen

---

[1] Ebenda, S. 109.
[2] Ebenda, S. 117.

der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel – den revolutionären Terrorismus"[1].

Diese Punkte zeigen, daß Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki ihrer fehlerhaften Grundeinstellung in einer Reihe prinzipieller Fragen entsprang, die sie selbst schon zu korrigieren begonnen hatte. In der Einsamkeit des Gefängnisses, wo Rosa Luxemburg von den Ereignissen und von den Genossen abgeschnitten war, mußte die Kritik so schief ausfallen. Sie wurde denn auch nicht veröffentlicht, da sich Leo Jogiches dagegen wandte, der wußte, daß Rosa ihre Meinung bereits in wesentlichen Punkten revidiert hatte. Als Rosa Luxemburg nach ihrer Freilassung wieder mitten in der lebendigen revolutionären Bewegung stand, vollzog sie eine gründliche Änderung ihrer Stellung zu den Bolschewiki. Anfang Dezember 1918 schrieb sie in einem Brief an den polnischen Sozialisten Adolf Warski, der ihr seine Bedenken über die Taktik der Bolschewiki geäußert hatte: „Alle Deine Vorbehalte und Bedenken habe ich auch geteilt, habe sie aber in den wichtigsten Fragen fallen lassen." Nur in der nationalen Frage und der Bauernfrage beharrte Rosa Luxemburg auf ihrem Standpunkt. Aber auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands rief sie am 31. Dezember 1918 den Delegierten zu: „Wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte."[2]

Die Kritik Rosa Luxemburgs, die sie selbst nicht mehr veröffentlicht hat, wurde später von dem Renegaten Paul Levi herausgegeben, der damit den Versuch unternahm, Rosa gegen

---

[1] Karl Marx/Friedrich Engels, „Historisch-kritische Gesamtausgabe", Erste Abteilung, Moskau 1935, Bd. 7, S. 423.

[2] „Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)", Berlin 1919, S. 28.

die Kommunistische Partei auszuspielen. Seitdem sind die Feinde der Arbeiterbewegung nicht müde geworden, diese Broschüre gegen den Kommunismus ins Feld zu führen. Den jüngsten Versuch damit unternahm der Kleinbürger Benedikt Kautsky, der dummdreist behauptet, daß die Kritik Rosa Luxemburgs „die Verneinung jeglicher bolschewistischer Doktrin ist". Diese Fälscher verschweigen natürlich, daß Rosa Luxemburg sich in ihrer Broschüre in einzelnen taktischen Fragen gegen die Bolschewiki wendet, im ganzen aber zu den Bolschewiki bekennt. Sie verschweigen, daß Rosa Luxemburg in dieser Broschüre die Sätze schreibt, die ihre innige Verbundenheit mit Lenin und mit den Bolschewiki zeigen:

„Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik trieb."[1]

„Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums, den Fortgang der Revolution gesichert hat."[2]

„Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus."[3]

Diese begeisterten Worte über die siegreiche Sozialistische Oktoberrevolution machen für alle Zeiten die Versuche verächtlicher Kreaturen zuschanden, Rosa Luxemburg gegen die Bolschewiki auszuspielen. Sie zeigen Rosa Luxemburg als die

---

[1] Rosa Luxemburg, „Die Russische Revolution", S. 77.
[2] Ebenda, S. 81.
[3] Ebenda.

glühende Revolutionärin, die trotz mancher Mißverständnisse mit ganzer Seele auf der Seite der großen Revolution stand, von der eine neue Epoche in der Menschheitsgeschichte eingeleitet wurde.

Die deutsche Novemberrevolution 1918

Als Rosa Luxemburg am 10. November 1918 in Berlin eintraf, war die Revolution bereits in vollem Gange. Der Kaiser hatte abgedankt und war nach Holland geflohen. Sein letzter Kanzler, Prinz Max von Baden, hatte die Regierung an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert übergeben, der darauf mit dem Ausspruch quittierte: „Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde." Die Massen waren im ganzen Reiche in Bewegung. Überall wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die Regierung lag in der Hand des „Rates der Volksbeauftragten" (auch hier entnahm man die Bezeichnung der russischen Revolution), der aus rechten und unabhängigen Sozialdemokraten bestand. Während die rechten Sozialdemokraten bereits ihr Bündnis mit Hindenburg und Groener zur Niederwerfung der Revolution abgeschlossen hatten, verharrten die Unabhängigen weiterhin tatenlos und dienten den Verrätern lediglich als Feigenblatt für den ständig weitergetriebenen Verrat.

Die Revolution hatte ihre einzigen Vertreter in den Linken. Diese waren jedoch in einzelne Gruppen gespalten und nicht straff organisiert. Die bedeutendste Gruppe war der Spartakusbund, an dessen Spitze Karl Liebknecht und nach ihrer Freilassung Rosa Luxemburg standen. Zu ihnen gehörten Wilhelm Pieck, Leo Jogiches, Clara Zetkin, Franz Mehring und andere. Die Führer des Spartakusbundes leisteten in diesen Tagen Übermenschliches, um der Revolution Ziel und Richtung zu geben. Die Spartakusanhänger hatten in den ersten Revolutionstagen den „Berliner Lokal-Anzeiger" besetzt und gaben dort „Die Rote Fahne" heraus, mußten diese Position

jedoch bald aufgeben. Ab 18. November 1918 erschien „Die Rote Fahne" regelmäßig in einer anderen Druckerei. Rosa Luxemburg, die mit untergrabener Gesundheit aus dem Gefängnis gekommen war, wurde die Seele des Blattes. Am 18. November veröffentlichte sie einen grundsätzlichen Artikel, in dem sie das Programm der Revolution formulierte. In diesem Artikel schrieb sie:

„Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung: dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution. Ein gewaltiges Werk, das nicht im Handumdrehen durch ein paar Dekrete von oben herab vollbracht, das nur durch die eigene bewußte Aktion der Masse der Arbeitenden in Stadt und Land ins Leben gerufen, das nur durch höchste geistige Reife und unerschöpflichen Idealismus der Volksmassen durch alle Stürme glücklich in den Hafen gebracht werden kann.

Aus dem Ziel der Revolution ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in den Händen der arbeitenden Masse, in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, Sicherung des Revolutionswerkes vor den lauernden Feinden: das ist die Richtlinie für alle Maßnahmen der revolutionären Regierung."[1]

Auch dieses Programm, so richtig es in seinen konkreten Losungen war, entbehrte nicht einer gewissen Anlehnung an ihre Anbetung der Spontaneität. Denn das Gegenüberstellen der „Dekrete von oben" und der „Aktion der Masse" zeigt, daß Rosa Luxemburg keine klare Vorstellung von der Notwendigkeit der organisatorischen Aufgaben der Revolution hatte. Gewiß waren von der Regierung Ebert-Scheidemann-Haase keine revolutionären Dekrete zu erwarten. Aber wie hätte eine revolutionäre Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte das Revolutionswerk ohne solche „Dekrete von oben" sichern kön-

[1] „Die Rote Fahne" Nr. 3 vom 18. November 1918.

Berlin Südende, Lindenstr 2
25. 2. 16

Liebe Genossin,

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundlichen Worte aus Anlass meiner Entlassung. Ich bin mit grosser Arbeitslust in die „Freiheit" zurückgekehrt u hoffe Sie u andere Genossen nicht zu enttäuschen.

Mit den besten Grüssen

R. Luxemburg

Brief Rosa Luxemburgs nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis an Frau Regina Ruben

nen? Auch ihre unrichtige Einstellung zur Bauernschaft tat Rosa Luxemburg in diesem Artikel kund, wenn sie schrieb: „Unverzügliche Organisierung nicht der ‚Bauern', sondern der ländlichen Proletarier und Kleinbauern, die als Schicht bisher noch außerhalb der Revolution stehen."[1]

Ungeachtet dieser Fehler verstand Rosa Luxemburg sehr gut, daß es im gegebenen Moment auf die Frage der Staatsgewalt, die Sicherung der Macht der Arbeiterklasse und die Zerstörung des monarchistisch-bürgerlichen Staatsapparates ankam. Sie stellte deshalb die Forderungen auf:

„Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutze der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz, um das ganze Proletariat zur jederzeit bereiten Wacht zu gestalten.

Verdrängung der übernommenen Organe des absolutistischen militärischen Polizeistaates von der Verwaltung, Justiz und Armee.

Sofortige Konfiskation der dynastischen Vermögen und Besitzungen sowie des Großgrundbesitzes als vorläufig erste Maßnahme zur Sicherung der Verpflegung des Volkes, da Hunger der gefährlichste Bundesgenosse der Gegenrevolution ist."[2]

Der einzig revolutionären Losung „Alle Macht den Räten" stellte die Konterrevolution unter Führung der Sozialdemokratie die Losung der Nationalversammlung entgegen. Es ergab sich genau das, was Engels bereits 35 Jahre früher prophezeit hatte, als er schrieb: „Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher – die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion."[3] Die Losung der Nationalversammlung war um so gefährlicher, als die plötzliche Hinwegfegung des Dreiklassenwahlrechts ganz dazu angetan war, bei den im parlamentarischen Denken

[1] Ebenda.
[2] Ebenda.
[3] Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere", Moskau-Leningrad 1933, S. 383.

erzogenen Massen Illusionen zu wecken. Es galt also, den Massen die Bedeutung der Losung Nationalversammlung klar zu machen. Rosa Luxemburg unterzog sich dieser Aufgabe in einem Artikel am 20. November, in dem sie schrieb:

„Der ‚Bürgerkrieg', den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion...

Die Frage der Nationalversammlung ist keine Opportunitätsfrage, keine Frage der größeren ‚Bequemlichkeit'. Sie ist eine Prinzipienfrage, eine Frage der sozialistischen Selbsterkenntnis der Revolution...

Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom ‚einigen Volk', von der ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit' des bürgerlichen Staats.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums...

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, ‚Anarchie', wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären

Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie."[1]

Diese Ausführungen zeigen, wie gründlich Rosa Luxemburg im Sturme der Revolution ihren Standpunkt geändert hatte, aus dem heraus sie ein Jahr vorher die Taktik der Bolschewiki in der Frage der Konstituante kritisiert hatte. Sie erkannte jetzt mit aller Klarheit, daß die Nationalversammlung (d. h. die Konstituante) nur ein Hindernis der sozialistischen Revolution darstellt.

Die Konterrevolution betrieb indes ihr Werk weiter. Der sozialdemokratische Stadtkommandant von Berlin, Otto Wels, gründete eine Republikanische Soldatenwehr von 15 000 Mann, die von Kapitalistengeldern lebte und eine zuverlässige Truppe der Konterrevolution bildete. Sie war das Instrument für die gegenrevolutionären Provokationen, die Wels gegen die Spartakusanhänger und die revolutionären Arbeiter durchführte. Eine wüste Mordhetze gegen die Spartakusführer setzte ein, eine Schlammflut von Lügen und Verleumdungen wurde gegen Spartakus verspritzt, die ihresgleichen heute in der Hetze Westberliner Sozialdemokraten gegen die Führer der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands findet. In Berlin erschienen unter Duldung der sozialdemokratischen Regierung Riesenplakate an den Litfaßsäulen, die zum Mord aufriefen, wie dieses:

„Arbeiter, Bürger!
Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
Von der Spartakusgruppe.
Schlagt ihre Führer tot!
Tötet Liebknecht!
Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!
Die Frontsoldaten"

[1] „Die Rote Fahne" Nr. 5 vom 20. November 1918.

Der Sozialdemokrat Wels organisierte eine regelrechte Hatz auf die Spartakusführer, damit sie nicht zur Besinnung kommen konnten. Die Redaktion der „Roten Fahne" war ständig bedroht und wurde mehrmals überfallen. Rosa Luxemburg konnte nicht in ihre Wohnung gehen, dort lauerte die Bürgerwehr auf sie. Unter falschem Namen mußte sie jede Nacht ein anderes Hotel aufsuchen. Karl Liebknecht konnte am 7. Dezember in der Redaktion verhaftet werden, wurde aber wieder befreit.

Zeigen diese Tatsachen die ungeheure Verlumpung der rechten sozialdemokratischen Führer, so zeigen sie zugleich auch die große Schwäche der Revolution, die sich aus dem Fehlen der Partei ergab. Nicht einmal einen sicheren Schutz ihrer Führer und ihrer Redaktion vermochte sie zu organisieren! Vergleichen wir damit die Lage in Petrograd am Vorabend der Oktoberrevolution:

„Kerenski begann seine Aktion am frühen Morgen des 24. Oktober (6. November) damit, daß er durch einen Erlaß das Verbot des Zentralorgans der Partei der Bolschewiki ‚Rabotschi Putj' (Weg des Arbeiters) anordnete und Panzerautos zum Gebäude der Redaktion des ‚Rabotschi Putj' und der Druckerei der Bolschewiki entsandte. Aber um 10 Uhr morgens zwangen Rotgardisten und revolutionäre Soldaten, auf Anweisung des Genossen Stalin, die Panzerautos zum Rückzug und stellten vor der Druckerei und der Redaktion des ‚Rabotschi Putj' eine verstärkte Wache auf. Um 11 Uhr früh erschien ‚Rabotschi Putj' mit der Aufforderung zum Sturz der Provisorischen Regierung. Gleichzeitig wurden auf Anweisung des Parteizentrums des Aufstands schleunigst Abteilungen revolutionärer Soldaten und Rotgardisten zum Smolny herangezogen."[1]

Der krasse Unterschied zwischen Petrograd 1917 und Berlin 1918 zeigt, wie weit die Novemberrevolution noch in der

[1] „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 259.

Entwicklung zurück war, zugleich aber auch, wie sehr die deutschen Linken die Organisation vernachlässigt hatten.

Die revolutionären Massen blieben aber in Bewegung und begannen nun, sich ihren unmittelbaren Forderungen zuzuwenden. Eine riesige Streikwelle ging durch das ganze Land, in der die Massen um wirtschaftliche Forderungen rangen und zugleich die verschwommene Forderung der Sozialisierung stellten. Dieser Umschlag in wirtschaftliche Kampfaktionen der Massen ohne konkrete politische Ziele war ein Ausdruck der inneren Schwäche der deutschen Revolution, die infolge des Fehlens der revolutionären Partei, des Fehlens eines klaren Programms nicht zielbewußt auf das Hauptziel, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, hingesteuert wurde. Rosa Luxemburg erblickte aber gerade in diesen Streiks eine Vertiefung der Revolution. In der „Roten Fahne" vom 27. November schrieb sie: „Statt auf die beglückenden Dekrete der Regierung oder die Beschlüsse der famosen Nationalversammlung zu warten, greift die Masse instinktiv zu dem einzig wirklichen Mittel, das zum Sozialismus führt: zum Kampf gegen das Kapital!... Die beginnende Streikbewegung ist ein Beweis, daß die politische Revolution in das soziale Fundament der Gesellschaft eingeschlagen hat. Diese Revolution besinnt sich auf ihren eigenen Urgrund, sie schiebt die papierne Kulisse von Personenveränderungen und Erlassen, die an dem sozialen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch nicht das Allergeringste geändert haben, beiseite und betritt selbst die Bühne der Geschehnisse..."[1] Diese Kommentierung der Streiks brachte die Unklarheit über die Aufgaben der Revolution zum Ausdruck. Denn die Schwäche bestand ja nicht darin, daß die politische Revolution vorher nicht „in das soziale Fundament der Gesellschaft eingeschlagen hatte", sondern darin, daß die politische Revolution nicht zu Ende geführt, daß die Frage der politischen Macht nicht entschieden war, daß es kein Programm, keinen konkreten Plan

[1] „Die Rote Fahne" Nr. 12 vom 27. November 1918.

der Hinüberleitung der bürgerlichen in die sozialistische Revolution gab. Es zeigte sich wiederum die Hauptschwäche der Revolution, daß es in Deutschland 1918 keine Partei gab, die fähig gewesen wäre, den revolutionären Massen den konkreten Weg zur Eroberung der politischen Macht zu zeigen. Die Schaffung einer solchen Partei wurde zur dringendsten Frage der Revolution.

Um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, veröffentlichte Rosa Luxemburg am 14. Dezember in der „Roten Fahne" das Programm des Spartakusbundes. In diesem Programm formulierte sie klar die Hauptaufgabe der Revolution, die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch einen proletarischen Staat: „Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Und nur in ständiger lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geist erfüllen..."[1]

Wie wenig aber die Situation für die Verwirklichung dieses Programms reif war, bewies der kurz darauf, vom 16. bis 20. Dezember, tagende Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Zusammensetzung dieses Kongresses entsprach in keiner Weise der wirklichen Stimmung der Massen. Während unter den Losungen des Spartakusbundes vor dem Kongreßgebäude 200000 Menschen demonstrierten, saß im Gebäude noch nicht einmal ein Dutzend Vertreter des Spartakusbundes. Die rechten Sozialdemokraten hatten von 485 Mandaten 288! Es kennzeichnet den Charakter der deutschen Novemberrevo-

[1] Ebenda, Nr. 29 vom 14. Dezember 1918.

lution und die große Schwäche des Spartakusbundes, daß die populärsten Führer der Revolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, kein Mandat besaßen und auch nicht mit beratender Stimme zugelassen wurden. Die Resultate der Tagung waren auch dementsprechend. Der Kongreß beschloß die Selbstentmannung, die in dem Beschluß formuliert war:

„Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten."

Rosa Luxemburg versuchte in der „Roten Fahne" vom 21. Dezember diese Niederlage der Revolution zu erklären. Sie schrieb folgendes: „Hier kommt nicht bloß die allgemeine Unzulänglichkeit des ersten unreifen Stadiums der Revolution, sondern auch die besondere Schwierigkeit dieser proletarischen Revolution, die Eigenart ihrer historischen Situation zum Ausdruck. In allen früheren Revolutionen traten die Kämpfer mit offenem Visier in die Schranken: Klasse gegen Klasse, Programm gegen Programm, Schild gegen Schild. Und hat es in jeder Gegenrevolution Zettelungen, Ränke und Schliche gegeben, so waren es eben notorische Zettelungen, Ränke und Schliche der Gegenrevolution, der Royalisten, Aristokraten, reaktionären Militärs. Es waren stets Anhänger des gestürzten oder bedrohten Systems, die im Namen und zur Rettung dieses Systems gegenrevolutionäre Maßnahmen ergriffen. Es genügte, die kompromittierten Schilder und Wappen aus dem Dunkel ans Licht zu zerren, damit die Volksmenge mit lautem Hallo die alten Vogelscheuchen zerpflückte.

In der heutigen Revolution treten die Schutztruppen der alten Ordnung nicht unter eigenen Schilden und Wappen der herrschenden Klassen, sondern unter der Fahne einer ‚sozialdemokratischen Partei' in die Schranken. Würde die Kardinalfrage der Revolution offen und ehrlich: Kapitalismus oder Sozialismus lauten, ein Zweifeln, ein Schwanken wäre in der

großen Masse des Proletariats heute unmöglich."[1] Rosa Luxemburg vergißt in dieser historischen Betrachtung, daß die Lage in Rußland nicht anders gewesen war als in Deutschland. Auch dort traten die Schutztruppen der alten Ordnung, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, unter der Fahne einer sozialistischen Partei in die Schranken. Aber das russische Proletariat besaß eine festgefügte Partei, die Bolschewiki, und eine erprobte Theorie der sozialistischen Revolution, die Lenin seit 1905 entwickelt hatte. Darum konnte es die falschen Sozialisten entlarven und den Sieg eringen.

In Deutschland aber besaß nur die Konterrevolution eine festgefügte Partei, die SPD, und sie besaß auch einen bis in die militärischen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zur Niederwerfung der Revolution. Sie sammelte die konterrevolutionären Truppen, um diesen Plan blutige Wirklichkeit werden zu lassen, während Rosa Luxemburg noch im Programm des Spartakusbundes formuliert hatte: „In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors; sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte."[2]

Was heißt es, daß die proletarische Revolution nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft? Gibt es denn Institutionen, die nicht von Personen getragen und geschützt werden? Eine Institution war zum Beispiel die Regierung der Volksbeauftragten. Aber bestand sie nicht aus den verräterischen Individuen Ebert, Scheidemann und Konsorten? Wie sollte die Revolution vor den konterrevolutionären Anschlägen anders geschützt werden als durch den Kampf gegen die

[1] Ebenda, Nr. 36 vom 21. Dezember 1918.
[2] Ebenda, Nr. 29 vom 14. Dezember 1918.

Konterrevolutionäre? Rosa Luxemburg selbst verstand es recht gut, denn im selben Programm formulierte sie: „All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenreiche Organisation der Arbeiter- und Soldatenmasse. Der Allgegenwart und den tausend Machtmitteln der bürgerlichen Gesellschaft die konzentrierte, zusammengeballte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse.“ [1]

Auch diese Widersprüche zeigen die Schwäche der Revolution, die zugleich die Schwäche der deutschen Linken war, die keine Partei besaßen und darum nicht gewohnt waren, die revolutionären Losungen bis zu Ende zu durchdenken (Lenin).

Die Revolution stellte immer gebieterischer die Schaffung der revolutionären Partei auf die Tagesordnung.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Die deutschen Linken waren, wie wir gesehen haben, bei Ausbruch der Novemberrevolution noch einige lose zusammengefaßte revolutionäre Gruppen. Der Spartakusbund gehörte formell noch immer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, trat jedoch faktisch als selbständige Partei auf. Daneben gab es die Gruppe der Linksradikalen in Bremen. Als nach dem Ausbruch der Revolution die Bildung einer revolutionären Partei immer dringender wurde, versuch-

[1] Ebenda.

ten die Spartakusanhänger zunächst, den starken linken Flügel der USPD dafür zu gewinnen. In der Partei der Unabhängigen war eine breite Arbeiteropposition vorhanden, die energisch gegen die verräterische Politik der Haase, Kautsky, Hilferding auftrat. Die Anhänger des Spartakusbundes forderten deshalb im Dezember die Einberufung eines Parteitages der USPD. Rosa Luxemburg trat auf einer Generalversammlung der Unabhängigen von Groß-Berlin auf und rechnete scharf mit den schwankenden Führern ab, die alle Schandtaten der Ebert-Scheidemann deckten. Die Versammlung schloß sich fast einstimmig der Forderung auf Einberufung eines Parteitages an. Doch die Parteiführung, die den rechten Sozialdemokraten gegenüber so nachgiebig war, widersetzte sich energisch dem Verlangen ihrer eigenen Mitglieder und lehnte die Einberufung des Parteitages ab.

Daraufhin berief die Leitung des Spartakusbundes für Ende Dezember eine Reichskonferenz ein, die vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin tagte. Am Tage zuvor hatte eine nichtöffentliche Konferenz des Spartakusbundes stattgefunden, auf der die Trennung von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die Gründung einer eigenen Partei beschlossen worden war. An dem Parteitag nahmen 100 Personen teil. Der Parteitag beschloß gleich am ersten Tage auf Antrag von Fritz Heckert, Chemnitz, den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ anzunehmen. Die Gruppe der Linksradikalen schloß sich der Kommunistischen Partei an.

Die Partei war bei ihrer Gründung noch stark mit den theoretischen und politischen Schwächen der deutschen Linken behaftet. Das kam auf dem Gründungsparteitag deutlich zum Ausdruck.

Die erste entscheidende Frage, die vor dem Parteitag stand, war die Beteiligung an der Nationalversammlung, das heißt die Stellung zum bürgerlichen Parlamentarismus. Die Parteizentrale trat für die Beteiligung an den Wahlen ein, während

unter den Delegierten eine starke Stimmung für den Boykott der Wahlen herrschte. Nicht daß die Parteiführung ihre prinzipielle Stellung zur Nationalversammlung geändert hätte. Sie war lediglich der Auffassung, nach dem Beschluß des Rätekongresses sei es notwendig, die Wahlen und die Tribüne der Nationalversammlung für den revolutionären Kampf auszunutzen. Rosa Luxemburg hatte diesen Standpunkt bereits vor dem Parteitag in der „Roten Fahne" wie folgt formuliert: „Jetzt stehen wir mitten in der Revolution, und die Nationalversammlung ist eine gegenrevolutionäre Festung, die gegen das revolutionäre Proletariat aufgerichtet wird. Es gilt also, diese Festung zu berennen und zu schleifen. Um die Massen gegen die Nationalversammlung mobil zu machen und zum schärfsten Kampf aufzurufen, dazu müssen die Wahlen, dazu muß die Tribüne der Nationalversammlung ausgenutzt werden... Alle Kniffe und Schliche der werten Versammlung rücksichtslos und laut zu denunzieren, ihr gegenrevolutionäres Werk auf Schritt und Tritt vor der Masse zu entlarven, die Massen zur Entscheidung, zur Einmischung aufzurufen – dies ist die Aufgabe der Beteiligung an der Nationalversammlung."[1] Auch auf dem Parteitag selbst trat Rosa Luxemburg neben Liebknecht und anderen für die Beteiligung an der Nationalversammlung ein. Der Parteitag entschied sich jedoch mit 62 gegen 23 Stimmen gegen die Teilnahme an den Wahlen.

Den Höhepunkt des Parteitages bildete das Referat Rosa Luxemburgs „Unser Programm und die politische Situation". In diesem Referat stellte Rosa Luxemburg die Aufgabe, nach dem Verrat der Sozialdemokratie wieder an den Faden anzuknüpfen, den Marx und Engels im Kommunistischen Manifest gesponnen hatten. Von dieser Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus ausgehend, ging sie besonders ausführlich auf die Einleitung von Engels zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" ein. Sie bezeichnete diese Einleitung als „ein

[1] Ebenda, Nr. 38 vom 23. Dezember 1918.

klassisch zusammengefaßtes Dokument für die Auffassung, die in der deutschen Sozialdemokratie lebendig war, oder vielmehr: die sie tot machte“[1]. Rosa Luxemburg konnte damals noch nicht wissen, daß diese Einleitung, die Engels kurz vor seinem Tode verfaßt hatte und die als sein Testament galt, vom sozialdemokratischen Parteivorstand in gröbster Weise gefälscht worden war. Die Fälschung bezog sich auf Engels' Stellung zum Straßenkampf. Der Parteivorstand hatte nur die Stellen in der Einleitung stehen lassen, mit denen Engels das kritiklose Festhalten an den alten Formen des Straßenkampfes verwarf. Dagegen hatte der Parteivorstand die entscheidende Stelle weggelassen, wo Engels betont, daß der Straßenkampf auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen wird, jedoch neue Formen erfordert. Engels sandte daraufhin am 1. April 1895 einen geharnischten Brief an Kautsky, in dem er schrieb: „Zu meinem Erstaunen sehe ich heute im ‚Vorwärts‘ einen Auszug aus meiner Einleitung ohne mein Vorwissen abgedruckt und derartig zurechtgestutzt, daß ich als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit quand même (um jeden Preis. F.O.) dastehe. Um so lieber ist es mir, daß das Ganze jetzt in der ‚Neuen Zeit‘ erscheint, damit dieser schmähliche Eindruck verwischt wird.“ Aber weder in der „Neuen Zeit“ noch in der Einzelausgabe der Broschüre „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, die 1895 erschien, wurde die Einleitung ganz abgedruckt. Erst in der Sowjetunion wurde 1924 der vollständige Text der Einleitung veröffentlicht und damit die ungeheuerliche Fälschung entlarvt. In der Einleitung von Engels, wie sie vom Parteivorstand veröffentlicht wurde, hieß es zum Beispiel:

„Der Revolutionär müßte verrückt sein, der sich die neuen Arbeiterdistrikte im Norden und Osten von Berlin zu einem Barrikadenkampf selbst aussuchte.

Versteht der Leser nun, weshalb die herrschenden Gewalten

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD“, S. 23.

uns platterdings dahin bringen wollen, wo die Flinte schießt und der Säbel haut?"

Aus diesen Sätzen mußte der Leser annehmen – und die Opportunisten haben auf diese Sätze immer wieder hingewiesen –, daß Engels dem gewaltsamen Kampfe abgeschworen habe. Tatsächlich aber hatte der sozialdemokratische Parteivorstand zwischen den beiden Sätzen einen ganzen Absatz gestrichen, der so lautete:

„Heißt das, daß in Zukunft der Straßenkampf keine Rolle mehr spielen wird? Durchaus nicht. Es heißt nur, daß die Bedingungen seit 1848 weit ungünstiger für die Zivilkämpfer, weit günstiger für das Militär geworden sind. Ein künftiger Straßenkampf kann also nur siegen, wenn diese Ungunst der Lage durch andere Momente aufgewogen wird. Er wird daher seltener im Anfang einer großen Revolution vorkommen als im weiteren Verlauf einer solchen und wird mit größeren Kräften unternommen werden müssen. Diese aber werden dann wohl, wie in der ganzen großen französischen Revolution, am 4. September und 31. Oktober 1870 in Paris, den offenen Angriff der passiven Barrikadentaktik vorziehen."[1]

Die Ungeheuerlichkeit der Fälschung ist offenbar. Sie diente fast drei Jahrzehnte lang den Opportunisten dazu, sich in ihrer klassenverräterischen Politik auf das angebliche politische Testament von Engels zu berufen. Rosa Luxemburg hatte von dieser Fälschung nichts gewußt. Um so mehr gereicht es ihr zur Ehre, daß sie die Verantwortung für die entstellte Vorrede nicht Engels, sondern der damaligen Reichstagsfraktion zuschob. Sie sagte: „Zu Ehren unserer beiden großen Meister und namentlich des viel später verstorbenen Engels, der mit die Ehre und die Ansichten von Marx vertrat, muß festgestellt werden, daß Engels diese Vorrede bekannter-

[1] Karl Marx/Friedrich Engels, „Ausgewählte Schriften in zwei Bänden", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 118.

maßen unter dem direkten Druck der damaligen Reichstagsfraktion geschrieben hat."[1] Und über die opportunistische Versumpfung der Sozialdemokratie, die häufig mit der gefälschten Einleitung begründet wurde, sagte sie, „daß Engels und, wenn er gelebt hätte, Marx die ersten gewesen wären, um mit aller Kraft hiergegen zu protestieren und mit mächtiger Hand den Karren zurückzureißen, daß er nicht in den Sumpf hinabrollte."[2]

Rosa Luxemburg stellte die Aufgabe, „Selbstkritik zu üben, eine nachdenkliche kritische Prüfung des Geleisteten, Geschaffenen und Versäumten vorzunehmen, um die Handhaben für unser weiteres Vorgehen zu gewinnen"[3]. Sie wies auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der deutschen Novemberrevolution besteht: „die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat. Wir können sicher sagen – und das ergibt sich aus der ganzen Lage von selbst –: in welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein."[4] Gleichzeitig entlarvte sie die gemeine Rolle der sozialdemokratischen Führer, die, nachdem sie vier Jahre lang „Gott strafe England" gegrölt hatten, jetzt mit den englischen Imperialisten Geheimabkommen gegen Sowjetrußland abschlossen. Rosa Luxemburg konnte dem Parteitag ein geheimes Dokument vorlesen, nach dem der deutsche Sozialdemokrat August Winnig mit dem englischen Regierungsvertreter Mousanquet ein Abkommen getroffen hatte, „daß die Deutschen eine genügende Streitmacht in diesem Bezirk (Riga. F.O.) zu halten haben, um die Bolschewisten im Schach zu halten..." Und der Sozialdemokrat Winnig hatte daraufhin erklärt: „Zwar sei es

---

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 23.
[2] Ebenda, S. 24.
[3] Ebenda, S. 27.
[4] Ebenda, S. 28.

ungewöhnlich, eine Regierung zwingen zu wollen, einen fremden Staat besetzt zu halten, in diesem Falle aber wäre es unser eigenster Wunsch..."[1] Rosa Luxemburg drückte die Empörung des ganzen Parteitages aus, als sie erklärte, daß „die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind"[2]. Wie soll man aber dann jene heutigen sozialdemokratischen Führer charakterisieren, die die imperialistischen Staaten anflehen, das eigene Land besetzt zu halten?

Rosa Luxemburg untersuchte den Verlauf der deutschen Revolution und kam zu dem Schluß, daß die erste Etappe der Revolution, die beendet sei, „eine noch ausschließlich politische Revolution war; und darin liegt das Anfängliche, das Unzulängliche, das Halbe und Bewußtlose dieser Revolution". Nun beginne eine neue Etappe der Revolution. „Das ist dann eine ökonomische Revolution und damit wird sie eine sozialistische Revolution. Der Kampf um den Sozialismus kann aber nur durch die Massen, unmittelbar Brust an Brust mit dem Kapitalismus ausgefochten werden, in jedem Betriebe, von jedem Proletarier gegen seinen Unternehmer. Nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein."[3]

Hier sind offensichtlich die Dinge auf den Kopf gestellt. Das Unzulängliche und Halbe bestand nicht darin, daß es eine politische Revolution, sondern darin, daß es eine bürgerliche Revolution war. Der Ausbruch der großen wirtschaftlichen Kämpfe war der Ausdruck dafür, daß die Massen sich nicht mit diesem Ergebnis abfinden wollten, daß sie die Auseinandersetzung mit dem Kapital auf die Tagesordnung setzten. Aber diese ökonomischen Kämpfe hätten nur dann zur sozialistischen Revolution führen können, wenn die noch nicht gelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution im politischen

---

[1] Ebenda, S. 36/37.
[2] Ebenda, S. 37.
[3] Ebenda, S. 33.

Kampf konsequent zu Ende geführt und damit die Voraussetzungen für die Überleitung in die sozialistische Revolution, für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, für die Errichtung der proletarischen Diktatur geschaffen worden wären.

Natürlich stellte Rosa Luxemburg in ihrer Programmrede auch die Frage der politischen Macht. Aber sie entwickelte dabei eine halbmenschewistische Stadientheorie, nach der das Proletariat seine Macht nur in einzelnen Stadien erobern könne.

Die Ausführungen Rosa Luxemburgs zeigen, daß die deutschen Kommunisten damals, trotz ihrer großen Sympathie für die Bolschewiki, und obwohl sie die Große Sozialistische Oktoberrevolution als den beispielhaften Beginn der Weltrevolution ansahen, die leninistische Theorie der sozialistischen Revolution nicht kannten oder nicht annahmen. Allerdings war Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" damals noch nicht in deutscher Sprache erschienen, aber Rosa Luxemburg hat es bestimmt gekannt. Doch sie hat weder aus diesem Werk noch aus den „Aprilthesen" Lenins die Lehren gezogen.

Dies zeigte auch noch ein anderer Fehler in der Programmrede Rosa Luxemburgs, ihre falsche Stellung zur Bauernschaft. Zwar stellte sie der Partei die Aufgabe, die Revolution aufs Land hinauszutragen. Aber sie rechnete von vornherein die Mittelbauern zu den konterrevolutionären Kräften. Ihre Losung lautete, „den Klassenkampf aufs Land hinauszutragen, gegen das Bauerntum das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum mobil zu machen"[1].

Den in der Programmrede Rosa Luxemburgs vertretenen Anschauungen entsprach auch das Programm selbst, das vom Parteitag beschlossen wurde. Obwohl es das revolutionärste und dem Marxismus am meisten entsprechende Programm war, das es in der deutschen Arbeiterbewegung je gegeben

[1] Ebenda, S. 39.

Beisetzung Rosa Luxemburgs am 13. Juni 1919 in Berlin

Universitätsbibliothek der Universität

hatte, war es doch mit den Fehlern behaftet, die ein Kennzeichen der deutschen Linken waren.

Dennoch war die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands ein außerordentlich bedeutsames Ereignis. Genosse Walter Ulbricht charakterisierte ihre Bedeutung mit folgenden Worten: „Die geschichtliche Bedeutung der Gründung der KPD, die infolge der verspäteten Trennung vom Opportunismus in der Zeit der schärfsten Kämpfe erfolgen mußte, besteht darin, daß damit der Grundstein für eine marxistisch-leninistische Partei und für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage gelegt wurde. In Deutschland war endlich eine revolutionäre Partei gegründet worden, die sich vom ersten Tage ihrer Existenz an in fester Freundschaft mit Sowjetrußland verbunden fühlte."[1]

Es hat noch langer und heftiger Kämpfe bedurft, bis die Kommunistische Partei Deutschlands die Schwächen der Vergangenheit überwand und unter der Führung Ernst Thälmanns und mit tatkräftiger Unterstützung des Genossen Stalin daranging, sich zu einer Partei neuen Typus, zu einer Kampfpartei des Marxismus-Leninismus umzugestalten.

Vom Feinde erschlagen

Während der Gründungsparteitag der KPD tagte, sammelte die Konterrevolution bereits ihre Kräfte, um gegen die Revolution loszuschlagen. Sie hatte inzwischen eine wirksame Hilfe durch die internationale Konterrevolution erhalten, an deren Spitze der USA-Imperialismus stand.

Seit der siegreichen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 haben die Vereinigten Staaten von Amerika die Rolle des Gendarmen in Europa übernommen. Wie sie 1917

[1] Walter Ulbricht, „Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution", in „Einheit", 1950, Heft 11, S. 1000.

in Rußland durch Unterstützung der Kerenski-Regierung den Sieg der Revolution zu verhindern suchten, so unterstützten sie 1918–1919 die rechten sozialdemokratischen Führer in Deutschland und trieben sie zu energischerem Vorgehen gegen die revolutionäre Bewegung an. Am 25. November 1918 schrieb der bekannte Reaktionär William Bullit an den Präsidenten der USA: „Wenn wir die Regierung Ebert nicht genügend unterstützen, wird Deutschland bolschewistisch."[1] Und der Staatssekretär Lansing schrieb am gleichen Tage an den Präsidenten der USA: „Kiel, Bremen und Düsseldorf befinden sich bereits in den Händen der Bolschewisten." Er fordert deshalb, alles zu tun, um die Regierungen Preußens und Bayerns zu festigen, die sich in Händen der Sozialdemokraten befanden. Die amerikanischen Imperialisten bauten ihre Pläne also vor allem auf die rechten sozialdemokratischen Führer und besonders auf den Bluthund Noske. Um die Konterrevolution in Deutschland zu stärken und voranzutreiben, sandte die Regierung der USA am 27. Dezember 1918 eine besondere Mission nach Deutschland, an deren Spitze der erfahrene Provokateur Ellis Drussel stand, der in Lateinamerika große Erfahrungen in der Unterdrückung revolutionärer Bewegungen gesammelt hatte. Drussel forderte die volle Unterstützung für Ebert und Noske, beklagte sich aber darüber, daß sie nicht „außerordentliche Maßnahmen bis zum Blutvergießen gegen die revolutionäre Bewegung" anwenden. Er schlug vor, eine wirkliche Militärorganisation zu schaffen, um durch solche „energischen Maßnahmen" die revolutionäre Bewegung zu liquidieren. Nachdem die Mission Drussels Ende Januar 1919 vorübergehend durch eine amerikanische Militärmission unter Führung des Kapitäns Herardy abgelöst worden war, kehrte Drussel im April 1919 nochmals nach Deutschland zurück, um mit den konterrevolutionären deutschen Kräften einen verbrecherischen Plan zur „allmäh-

[1] A. J. Kunina, „Das Fiasko der amerikanischen Weltherrschaftspläne 1917—1920", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 133.

lichen Liquidierung der Führer der deutschen Revolution" zu vereinbaren. Diese aus amerikanischen Quellen bekannt gewordenen Tatsachen lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß die Agenten des amerikanischen Imperialismus auch bei den konterrevolutionären Orgien ihre Hand im Spiele hatten, denen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Opfer fielen.

Die ungeduldige Kritik der amerikanischen Agenten an den rechten sozialdemokratischen Führern erwies sich als unbegründet. Die Ebert und Noske taten alles, um ihre Aufgabe als Führer der Konterrevolution zu erfüllen. Ende Dezember 1918 begann das Bündnis Eberts mit dem kaiserlichen Generalstab seine Früchte zu tragen. Die Unabhängigen wurden aus der Regierung gedrängt und durch rechte Sozialdemokraten ersetzt. Noske übernahm die Rolle des Bluthundes. General Groener sagte 1925 im Magdeburger Dolchstoßprozeß unter Eid aus: „Am 29. Dezember hat dann Ebert Noske herangerufen, um die Truppen gegen Spartakus zu führen. Am 29. sammelten sich die Freiwilligenverbände, und nun konnte der Kampf vor sich gehen." Am 4. Januar besichtigten Ebert und Noske die konterrevolutionären Truppen bei Berlin, und am selben Tage begann die Provokation. Der Berliner Polizeipräsident, der Unabhängige Eichhorn, wurde unter ehrabschneidenden Anschuldigungen seines Amtes enthoben und durch den Sozialdemokraten Eugen Ernst ersetzt. Die Unabhängige Partei und die revolutionären Obleute riefen zum 5. Januar zu einer Demonstration auf, die Kommunistische Partei schloß sich an. Hunderttausende folgten dem Ruf. Darauf traten die Unabhängigen, die revolutionären Obleute und zwei Vertreter der KPD, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck, zusammen. Es wurde beschlossen, der Absetzung Eichhorns Widerstand entgegenzusetzen. Zum 6. Januar wurde wiederum zur Demonstration aufgerufen.

Nun schlug die Konterrevolution los. Durch Provokateure veranlaßte sie die bis aufs Blut gereizten revolutionären Massen, strategisch unwichtige Zeitungsgebäude zu besetzen, um

ihren Anschlag im Namen der Pressefreiheit durchführen zu können. Es begann der Januaraufstand, der in die Geschichte als „Spartakusaufstand" einging, obwohl er nachweisbar von den konterrevolutionären sozialdemokratischen Führern provoziert worden war. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Eugen Ernst erklärte später zynisch: „Wir haben Spartakus zum frühen Losschlagen gezwungen. Sie mußten angreifen, ehe sie es wollten, und wir waren deshalb in der Lage, ihnen zu begegnen."

Rosa Luxemburg und die meisten Führer der KPD waren gegen den Aufstand. Sie erkannten, daß die Situation noch nicht herangereift war, den Kampf um die Macht aufzunehmen, daß die junge Kommunistische Partei noch nicht genügend gefestigt war, in diesem Kampf die Massen zu führen. Als sie aber den Aufstand nicht verhindern konnten, taten sie dasselbe, was Marx und Engels 1871 beim Kommuneaufstand getan hatten: Sie stellten sich an seine Seite. Sie taten alles, um den einmal ausgebrochenen Kampf zum größtmöglichen Erfolg zu führen. Die Entscheidung lag dabei bei der Kampfführung. Rosa Luxemburg versuchte in der „Roten Fahne", die Führer des Aufstandes, die zauderten und mit dem Feinde verhandelten, zu energischem Handeln zu bringen. Sie erkannte in den Verhandlungen mit den Ebert-Scheidemann mit Recht eine listige Falle. Am 7. Januar schrieb sie über den Kampf der Arbeiter:

„Sind aber ihre Führer, die ausführenden Organe ihres Willens, auf der Höhe? Sind die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe, sind die radikalen Elemente der USP inzwischen an Tatkraft, Entschlossenheit gewachsen? Hat ihre Aktionsfähigkeit mit der wachsenden Energie der Massen Schritt gehalten?...

Was haben diese inzwischen getan, was beschlossen? Welche Maßnahmen haben sie ergriffen, um in der gespannten Situation, in der die Schicksale der Revolution zum mindesten für

den nächsten Abschnitt entschieden werden, den Sieg der Revolution zu sichern? Wir sehen und hören nichts! Mag sein, daß die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft gründlich und ausgiebig beraten. Jetzt gilt es aber zu handeln.

Die Ebert-Scheidemann verzetteln ihre Zeit sicher nicht mit Beratungen. Sie schlafen ganz gewiß nicht. Sie bereiten im stillen mit der üblichen Energie und Umsicht der Konterrevolutionäre ihre Zettelungen vor, sie schleifen ihr Schwert, um die Revolution zu überrumpeln, zu meucheln.

Andere, pflaumenweiche Elemente sind sicher schon fleißig am Werke, um ‚Verhandlungen' anzubahnen, um Kompromisse herbeizuführen, um über den blutigen Abgrund, der sich zwischen der Arbeiter- und Soldatenmasse und der Regierung Eberts aufgetan, eine Brücke zu schlagen, um die Revolution zu einem ‚Vergleich' mit ihrem Todfeinde zu verleiten.

Da ist keine Zeit zu verlieren. Da müssen sofort durchgreifende Maßnahmen vorgenommen werden. Den Massen, den revolutionstreuen Soldaten müssen klare und rasche Direktiven gegeben, ihrer Energie, ihrer Kampflust müssen die richtigen Ziele gewiesen werden. Die schwankenden Elemente unter den Truppen können nur durch entschlossenes, klares Handeln der revolutionären Körperschaften für die heilige Sache des Volkes gewonnen werden.

Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent, – das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der revolutionären Obleute und der ehrlich-sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet. Ihre Stunden zählen in der Weltgeschichte für Monate und ihre Tage für Jahre. Mögen sich die Organe der Revolution ihrer hohen Pflichten bewußt sein!"[1]

Das revolutionäre Proletariat mußte in jenen Berliner Januartagen erliegen, denn seine Führer schwankten, zauderten

[1] „Die Rote Fahne" Nr. 7 vom 7. Januar 1919.

und verhandelten, die junge Kommunistische Partei war noch zu schwach, um die Führung zu übernehmen, während die Konterrevolution gut organisiert war und nach einem wohldurchdachten Plane handelte.

Rosa Luxemburg selbst hatte in diesen entscheidenden Tagen schwer unter den Folgen ihrer langen Gefängnishaft zu leiden, ihre Gesundheit war untergraben. Sie war abgemagert und hatte mit häufigen Ohnmachtsanfällen zu kämpfen. Doch jede Aufforderung zur Ruhe und ärztlichen Behandlung lehnte sie ab. Jetzt galt es, auf dem Posten zu sein, um so mehr, als die Lage täglich bedrohlicher wurde. Jetzt auszuspannen hätte sie für Feigheit gehalten.

Zum Plan der Konterrevolution gehörte auch die Steigerung der Mordhetze gegen die kommunistischen Führer. Darin taten sich wiederum die sozialdemokratischen Führer besonders hervor. Wie später vor Gericht festgestellt wurde, hatte die Spitzelzentrale „Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei, Sektion 14" 100000 Mark auf die Köpfe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgesetzt. Trotz der tollen Hetze war die Sicherheit der Führer so gut wie gar nicht organisiert, die Konspiration wurde fast völlig vernachlässigt. Am 9. Januar verließ Rosa Luxemburg die Redaktion der „Roten Fahne" in der Wilhelmstraße, die die ganze Zeit über unbewacht gewesen war. Ebenso wurde das Büro der Kommunistischen Partei in der Friedrichstraße nicht gesichert. Am 11. Januar wurden Liebknecht und Luxemburg in Neukölln untergebracht, mitten im Arbeiterviertel, wo sie noch am sichersten waren. Sie wurden jedoch durch falschen Alarm veranlaßt, in die Wohnung eines parteigenössischen Arztes nach Wilmersdorf überzusiedeln.

Inzwischen schlug die Mordhetze immer höhere Wellen. Am niederträchtigsten war auch hier wieder der sozialdemokratische „Vorwärts", der am 13. Januar ein Gedicht von Artur Zickler veröffentlichte, das direkt zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufrief. Am Abend des 15. Januar

wurden Karl und Rosa zusammen mit Wilhelm Pieck in Wilmersdorf verhaftet. Wilhelm Pieck schildert die Verhaftung in folgender Weise: „Durch einen noch nicht aufgeklärten Verrat war aber den Weißgardisten bereits am nächsten Tage der neue Aufenthalt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekanntgeworden. Als der Verfasser dieses Artikels am Abend des 15. Januar gegen 9 Uhr die beiden Genossen in ihrer Wohnung aufsuchen wollte, um ihnen fremde Ausweispapiere für den Fall einer Hauskontrolle zu überbringen, war die Wohnung militärisch besetzt und Karl Liebknecht schon verhaftet und abtransportiert. Rosa Luxemburg befand sich noch in der Wohnung und wurde von mehreren Soldaten bewacht. Auch ich wurde beim Betreten der Wohnung von den Soldaten festgenommen und körperlich durchsucht. Nach kurzer Zeit kam eine Anzahl Soldaten unter Führung von zwei Zivilisten, die der Wilmersdorfer Einwohnerwehr angehörten, einem Ingenieur Lindner und einem Gastwirt Mehring, um die Wohnung zu durchsuchen. Sie zwangen Rosa Luxemburg, die wegen heftiger Kopfschmerzen im Bett lag, aufzustehen und sich anzukleiden, und nach kurzer Zeit wurden sie und ich auf die Straße geführt und genötigt, ein Auto zu besteigen, das nach kurzer Fahrt vor dem Eden-Hotel, einem der größten Berliner Hotels in der jetzigen Budapester Straße, hielt. Unsere Ankunft war wahrscheinlich schon gemeldet worden, denn es befanden sich vor dem Eingang eine Anzahl Offiziere und Soldaten, die uns mit großem Gejohle und Geschimpfe empfingen und die sich besonders gegenüber Rosa Luxemburg in der gemeinsten Weise benahmen. Sie wurde sofort in die erste Etage des Hotels gebracht, wo ein Hauptmann Pabst als sogenannter Gerichtsherr sie einer Vernehmung unterzog. Ich wurde unten im Vestibül festgehalten und hörte, daß Karl Liebknecht sich ebenfalls im Hause befand. Die Offiziere unterhielten sich offen miteinander und mit den Soldaten darüber, daß keiner von uns mehr lebendig das Hotel verlassen dürfe. Nach kurzer Zeit wurde ich ebenfalls in die erste Etage ge-

bracht und genötigt, mich in einem Winkel des Korridors mit dem Gesicht nach der Wand aufzustellen, wobei ich von zwei bewaffneten Soldaten bewacht wurde."[1]

Das Eden-Hotel war die Spitzel- und Mörderzentrale der Gardekavallerieschützendivision, einer der verlottertsten konterrevolutionären Truppen, die es damals in Berlin gab. Der Häuptling dieser Mörderbande, Hauptmann Pabst, hatte unmittelbare Verbindung mit dem Sozialdemokraten Noske.

Vom Eden-Hotel aus wurden die beiden hervorragendsten Führer der deutschen Revolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, im Auto entführt und meuchlings ermordet. Wilhelm Pieck gelang es durch eine geschickte Täuschung der Mörder, dem gleichen Schicksal zu entgehen. Den Mord an Rosa Luxemburg schildert E. I. Gumbel in seinem Buche „Vier Jahre politischer Mord" in folgender Weise: „Als Rosa Luxemburg durch den Haupteingang des Eden-Hotels fortgeführt wurde, stand derselbe Runge an der Tür. Hauptmann Petri hatte Befehl gegeben, man solle dafür sorgen, daß die Luxemburg nicht lebendig ins Gefängnis komme. Als Frau Luxemburg durch die Tür kam, schlug Runge ihr zweimal auf den Kopf, so daß sie umsank. Der den Transport führende Oberleutnant Vogel hatte nichts dagegen getan. Man schob Frau Luxemburg in den Wagen. Als der Wagen abfuhr, sprang ein Mann von hinten auf und schlug sie mit einem harten Gegenstand auf den Kopf. Unterwegs schoß Oberleutnant Vogel der Frau Luxemburg noch eine Kugel durch den Kopf. Man fuhr zwischen Landwehrkanal und Zoologischem Garten entlang. Am Landwehrkanal stand eine Gruppe Soldaten. Das Auto hielt, die Soldaten warfen die Leiche auf Befehl Vogels in den Kanal. Die am Mord Beteiligten ließen sich am Tage danach bei einem Saufgelage photographieren."[2]

---

[1] Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze", Dietz Verlag, Berlin 1952, Bd. I, S. 431/432.

[2] Zitiert Ebenda, S. 434.

Mit Liebknecht und Luxemburg waren die bedeutendsten Führer der deutschen Revolution, die gefährlichsten Feinde der Konterrevolution erschlagen worden. Aber die Konterrevolution fürchtete auch noch die toten Feinde. Die Leiche Rosa Luxemburgs wurde erst nach langem Suchen am 31. Mai 1919 im Landwehrkanal in der Nähe des Zoologischen Gartens gefunden. Den Konterrevolutionären fuhr ein Schreck in die Glieder, sie fürchteten die Vergeltung der Berliner Arbeiter. Darum versuchten sie die Leiche beiseite zu schaffen und überführten sie in das Truppenlager Zossen bei Berlin. Der Bluthund der deutschen Revolution, Gustav Noske, schildert, wie ihn am Abend des 31. Mai zwei Herren aufsuchten. „Es waren der damalige preußische Innenminister Wolfgang Heine und der Berliner Polizeipräsident. Letzterer, Eugen Ernst, platzte mit den Worten heraus: ‚Man hat sie gefunden.' Auf meine verwunderte Frage, wen denn, setzte er hinzu: ‚Die Rosa.' ... Meine beiden Besucher rechneten besorgt für den kommenden Sonntag mit üblen Dingen in Berlin, wenn die Morgenzeitungen die Auffindung der vermißten Toten melden würden... Die Sorge des Ministers und des Polizeipräsidenten war, am Sonntag würde es in den Straßen beim Schauhaus zu großen Menschenansammlungen und heftigen Demonstrationen kommen. Unruhen seien als sicher anzunehmen, Blutvergießen werde notwendig, und bei der Gewitterstimmung, die in Berlin herrschte, sei nicht abzusehen, was folgen könnte. Die Besorgnisse teilte ich nicht. Bereit erklärte ich mich, zur Absperrung der Straßen beim Leichenschauhaus Soldaten zur Verfügung zu stellen, damit jedem Versuch, Unruhen zu schaffen, begegnet werde. Es gelang mir nicht, meine beiden Besucher davon zu überzeugen, daß Gefahr kaum bestehe. Eugen Ernst bestürmte mich immer wieder, ich müßte für einen Ausweg sorgen. War die Beerdigung der Frau Luxemburg in Berlin zu gefährlich, mußte sie anderswo geschehen. Kurz vorher war ich im Truppenlager Zossen/Mark gewesen, wohin ich hatte Soldaten legen lassen, um sie vor der noch drohenden poli-

tischen Zersetzung in Berlin zu bewahren. Dort konnten die Kommunisten, wenn sie demonstrieren wollten, sich nur blutige Köpfe holen. Dorthin wollte ich die Leiche schaffen lassen... In Betracht kam nur ein Transport der Leiche mittels Automobil, der noch in der Nacht durchgeführt wurde. Die Berliner Presse nützte die Auffindung der Frau Luxemburg so sensationell aus, wie erwartet worden war ... Die kommunistische ‚Rote Fahne' und das Blatt der Unabhängigen Sozialisten schimpften mich einen Leichenschänder. Parteifreunde der Toten reklamierten den Körper. Von mir wurde angeordnet, daß damit nicht ein Reklamezug durch Berlin gemacht, sondern daß lediglich eine Totenfeier auf dem Friedhof veranstaltet werde."[1]

Endlich am 13. Juni 1919 wurde Rosa Luxemburg auf dem Friedhof in Friedrichsfelde an der gleichen Stätte beigesetzt, wo am 25. Januar Karl Liebknecht mit 32 erschossenen Arbeitern begraben worden war.

Alljährlich zogen die Berliner Arbeiter zu dieser ihnen so heiligen Stätte, um den Toten immer von neuem das Gelöbnis zu geben, daß sie nicht umsonst gekämpft haben und gestorben sind, daß ihr revolutionärer Geist in den Berliner Arbeitern fortlebt.

Bis sich die faschistische Nacht über Deutschland senkte. Nun kamen die Mordbuben von 1919 zu Ehren, die Grabstätte in Friedrichsfelde wurde zerstört, die jedem Proletarierherzen teuren Gräber geschändet, die Werke Rosa Luxemburgs mit den besten Werken des deutschen Geistes auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Doch nach der braunen Nacht kam ein neuer Morgen herauf. Die Sowjetarmee befreite auch die heiligen Gräber der deutschen Arbeiterklasse. Wieder wie früher strömen alljährlich Hunderttausende Berliner Proletarier nach Friedrichsfelde, um das Andenken Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und

[1] Gustav Noske, „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie", Offenbach a. M. 1947, S. 85/86.

der Zehntausende deutschen Arbeiter zu ehren, die mit ihnen im revolutionären Kampf fielen.

Im Jahre 1951 konnte die Berliner Arbeiterschaft an diesem Tage ein neues, schöneres Ehrenmal einweihen, das von der großen, unvergänglichen Liebe zeugt, mit der sie ihrer gemordeten Führer gedenkt. Als Wilhelm Pieck, der Kampfgefährte Karls und Rosas, diesem Denkmal die Weihe gab, kam es symbolisch zum Ausdruck: der revolutionäre Geist Karls und Rosas lebt in uns, in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wir sind die Erben ihres revolutionären Werkes.

ZWEITER TEIL

EIN FEHLERHAFTES SYSTEM

(Der Luxemburgismus)

Die historischen Wurzeln

Auf den vorstehenden Blättern wurden die Irrtümer und Fehler Rosa Luxemburgs in einzelnen Fragen aufgezeigt und kritisiert. Es waren deren nicht wenige. Nun ergibt sich daraus die berechtigte Frage, ob dies einzelne, zufällige Fehler waren, wie sie bei jedem Menschen vorkommen können, oder ob ein innerer Zusammenhang zwischen ihnen besteht, ob sie sich einer aus dem anderen ergeben. Eine genauere Überprüfung ergibt, daß es sich nicht um einzelne, isoliert voneinander stehende Fehler handelt, sondern um ein fehlerhaftes System, in dem die einzelnen Teile miteinander im Zusammenhang stehen. Eine Charakteristik dieser Fehler hat Genosse Stalin gegeben, als er schrieb, „daß die linken Sozialdemokraten trotz ihrer linken Positionen sich noch nicht von dem menschewistischen Ballast befreit hatten“[1]. Die deutschen Linken vermochten – trotz aller Versuche besonders Rosa Luxemburgs, den Marxismus auf die neuen Bedingungen anzuwenden – den revolutionären Gehalt der marxistischen Wissenschaft nicht ganz zu erfassen, und darum waren sie auch nicht fähig, sie unter den Bedingungen des Imperialismus weiterzuentwickeln. Allein die Bolschewiki, Lenin und Stalin, haben diese große Geistestat vollbracht und sind darum zu den Lehrern des internationalen Proletariats geworden.

Stalin hat in seinem Werke „Über die Grundlagen des Leninismus“ dargelegt, warum der Leninismus als die Fortführung des Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution gerade in Rußland geschaffen

[1] J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 496.

wurde. Er weist nach, daß mit der Entwicklung dieser Epoche Rußland zum Knotenpunkt der Widersprüche des Imperialismus wurde und das Zentrum der revolutionären Bewegung sich nach Rußland verschob.[1] Die von Stalin nachgewiesenen Tatsachen sind eine Ursache dafür, daß die deutschen Linken die jetzt auf die Tagesordnung gesetzten Fragen nicht für so unabweisbar, zwingend und entscheidend hielten und sie nicht so leidenschaftlich und gründlich behandelten wie die Bolschewiki. Die deutsche Sozialdemokratie, einst die angesehenste Partei in der Internationale, versank immer mehr im opportunistischen Sumpf. Der Kampfwille der proletarischen Massen wurde immer mehr in die gesetzlichen Bahnen der parlamentarischen Wahlschlachten abgelenkt, an die Stelle der prinzipiellen Auseinandersetzungen um die großen Fragen des Klassenkampfes trat immer mehr die Verkleisterung der grundsätzlichen Differenzen. Die organisatorische Einheit der Partei, die Erhaltung der legalen proletarischen Organisationen wurden zum Selbstzweck, dem die prinzipiellen Klassenziele des Proletariats geopfert wurden.

Dem Einfluß dieser muffigen Atmosphäre konnte sich auch Rosa Luxemburg nicht entziehen. So sehr sie die Notwendigkeit fühlte und verstand, unter den neuen Verhältnissen neue Wege des Klassenkampfes zu suchen, sie legte doch immer den Maßstab der deutschen Sozialdemokratie an und blieb deshalb auf halbem Wege stecken. So scharf ihre Polemik oft war, sie blieb doch häufig – sei es auch unbewußt – von dem Milieu der Beziehungen beeinflußt, die sie mit den Opportunisten verbanden. Stalin wies bereits im Jahre 1904 auf diesen Zusammenhang hin, als er in seinem zweiten „Brief aus Kutais" schrieb: „Diese Herrschaften – Rosa, Kautsky, Plechanow, Axelrod, Wera Sassulitsch u. a. – haben offenbar als alte Bekannte irgendwelche Familientraditionen ausgearbeitet. Sie können nicht einander ‚untreu werden', sie verteidigen einander so, wie die Mitglieder eines Klans patriarchalischer

[1] Siehe ebenda, S. 13 ff.

Stämme einander verteidigten, ohne sich auf eine Untersuchung der Schuld oder Unschuld des Verwandten einzulassen. Gerade dieses ‚verwandtschaftliche' Familiengefühl hat Rosa gehindert, die Parteikrise objektiv zu betrachten (natürlich gibt es auch andere Gründe, z. B. schlechte Bekanntschaft mit den Tatsachen, die Auslandsbrille usw.). Ebenso erklären sich übrigens auch einige unwürdige Handlungen Plechanows, Kautskys u. a."[1]

Auch Lenin hob in seiner Kritik an der „Junius-Broschüre" hervor, daß Rosa Luxemburg sich nicht völlig frei gemacht hatte „von dem ‚Milieu' der deutschen, sogar linken Sozialdemokraten"[2]. Aus dem Einfluß dieses Milieus „der kautskyanischen Heuchelei, Pedanterie, ‚Friedfertigkeit' den Opportunisten gegenüber" (Lenin) ergaben sich die großen Widersprüche in Rosa Luxemburgs Leben, die halbmenschewistischen Theorien gegenüber ihren hervorragenden revolutionären Taten, die Inkonsequenz ihrer politischen Haltung, ihres Kampfes gegen den Opportunismus usw. Ein frappierendes Beispiel dieser inneren Widersprüchlichkeit Rosa Luxemburgs finden wir in einem ihrer Briefe an Hans Diefenbach. Zu derselben Zeit, als sie selbst ungeachtet des Belagerungszustandes die Kriegsgegner sammelte und zum Widerstand gegen das Völkermorden aufrief, als Karl Liebknecht sich auf sein mutiges „Nein" bei der zweiten Kreditabstimmung im Reichstag vorbereitete, zu dieser Zeit (am 1. November 1914) schrieb Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach: „Kurt Rosenfeld schreibt mir sehr oft, er ist im Osten, war neulich in Wilkowyscky, wo er – als Bataillonsschreiber – Preistaxen für koscheres und nichtkoscheres Fleisch festsetzte, Haussuchungen vornahm und dergleichen juristische Funktionen ausübte. Dann kam er in eine heiße Schlacht, machte Furchtbares durch und jetzt ist er, glaub ich, wieder auf deutschem Boden. Er ist

---

[1] J. W. Stalin, „Werke", Bd. 1, S. 52.
[2] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke", Bd. 5, S. 278.

geistig sehr frisch und mobil geblieben und steht natürlich treu zur Fahne."[1] Rosa hielt es also durchaus für möglich, daß ihre Freunde „treu zur Fahne" standen und zugleich im okkupierten Gebiete die Funktionen eines Feldgendarmen ausübten! Überhaupt zeigen die neuerdings veröffentlichten „Briefe an Freunde", die Rosa Luxemburg zumeist während der Kriegszeit aus dem Gefängnis schrieb, wie in der Einsamkeit der Haft das Milieu der deutschen Sozialdemokratie besonders stark auf sie drückte.

Andererseits haben wir gesehen, wie Rosa Luxemburg unter dem Einfluß der revolutionären Kämpfe 1905/1906 und 1918/1919 sich dem Einfluß dieses Milieus und der kleinbürgerlichen „Familientradition" entzog und dann auch ihre diesem Milieu entsprossenen Anschauungen überwand. Die entscheidende Charakteristik des Wesens Rosa Luxemburgs hat doch Lenin gegeben, als er – ohne die Autorin zu kennen – schrieb: „In der Junius-Broschüre spürt man den allein Dastehenden, der keine Genossen in einer illegalen Organisation hat, die gewohnt wäre, revolutionäre Losungen bis zu Ende zu durchdenken und die Masse systematisch in deren Geiste zu erziehen. Aber dieser Mangel – und es wäre grundfalsch, das zu vergessen – ist nicht ein persönlicher Mangel Junius', sondern das Resultat der Schwäche aller deutschen Linken, die von allen Seiten in das niederträchtige Netz der kautskyanischen Heuchelei, der Pedanterie, der ‚Friedfertigkeit' den Opportunisten gegenüber verstrickt sind."[2]

Mit dieser Kernfrage – dem Fehlen der revolutionären Partei – hängt das ganze Wirken Rosa Luxemburgs, hängt auch das ganze fehlerhafte System ihrer Anschauungen ursächlich zusammen. Weil sie mit den Opportunisten und Zentristen in einer Partei verblieb, mußte sie den Kampf gegen sie als Parteigenossen, nicht als Klassenfeinde führen! Darum konnte sie das „Milieu" nicht überwinden, den menschewistischen Ballast

[1] Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde", S. 73.
[2] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke", Bd. 5, S. 279.

nicht loswerden. Deshalb konnte sie Lenin und die Bolschewiki nicht ganz verstehen, deshalb war sie einem fehlerhaften System von Anschauungen verhaftet, das seinem Wesen nach halbmenschewistisch ist.

Es wäre sehr verfehlt, in der Aufzeigung dieser historischen Wurzeln eine Rechtfertigung der Fehler Rosa Luxemburgs zu suchen. Denn zu derselben Zeit, da Rosa Luxemburg Stein auf Stein ihr fehlerhaftes System aufbaute, wurde in Rußland der Marxismus von Lenin und Stalin weiterentwickelt, auf die Höhe des 20. Jahrhunderts gebracht. Rosa Luxemburg war der russischen Sprache mächtig, sie war auch mit der russischen Arbeiterbewegung eng verbunden. Sie kannte alle grundlegenden Werke Lenins, sie nahm persönlich an der Revolution von 1905 teil. Sie wäre also die Berufenste gewesen, die theoretischen und praktischen Errungenschaften der revolutionären Arbeiterbewegung Rußlands der deutschen Arbeiterklasse zu vermitteln. Aber sie tat dies nicht. Mehr als das, sie führte in vielen Fragen einen aktiven Kampf gegen Lenin und die Bolschewiki und baute ihr eigenes System auf, das lange Zeit dem Eindringen des Leninismus in die deutsche Arbeiterbewegung im Wege stand.

Im Nachstehenden soll versucht werden, dieses fehlerhafte System Rosa Luxemburgs, den Zusammenhang zwischen den einzelnen Fehlern und den Charakter der Fehler selbst, darzulegen und zu kritisieren. Es versteht sich von selbst, daß dabei logisch und nicht chronologisch vorgegangen werden muß. Rosa Luxemburgs Fehler traten zuerst in den neunziger Jahren in der nationalen Frage auf, sie fanden ihren vollendetsten Ausdruck in ihrer falschen Akkumulationstheorie 1912. Es ist jedoch klar, daß die Fehler in der nationalen Frage der falschen ökonomischen Grundkonzeption Rosa Luxemburgs entspringen und daß beide, wie alle anderen Fehler, ihre letzte Quelle in einer nicht konsequent marxistischen Weltanschauung haben. Darum muß, soll der Zusammenhang klar und das System aufgezeigt werden, bei der Philosophie der Anfang gemacht werden.

110

That. Bis in seine klassischen Ausläufer in England was das Werk der bürgerlichen Weltemanzipation von dem Gedankeninhalt der klassischen Nationalökonomie gespeist. Auch die Hat in England sollte sich die Bourgeoisie in ihrer Stummundzwanzigstunde des Kampfes um den Vorherrschaft mit der sie ihre Herrschaft auf dem Weltmarkt inaugurierte die Waffen aus dem Arsenal von Smith - Ricardo. Und auch die Ökonomen der Stein-Hardenberg - Scharnhorst der Bauernbefreiung der das feudalen Plunder Preussens nach dem bei Jena empfangenen Schlägen etwas modern zurechtputzen u lebensfähig machen wollten, schöpften ihre Ideen aus den Lehren der englischen Klassiker, so dass der junge deutsche Nationalökonom Marx 1843 (Kommunist. Manifest) schreiben konnte: selbst Napoleon sei Adam Smith des mächtigste Herrscher in Europa

Begreifen wir nun, warum die Nationalökonomie erst ca vor ungefähr vor anderthalb Jahrhunderten entstanden ist, so werden wir demselben Standpunkt auch die weiteren Schritte klar: Wenn die Nationalökonomie einmal eine Wissenschaft über die besonderen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, so ist ihre Existenz u Funktion offenbar an das Dasein jener Produktionsweise geknüpft u verliert ihre Basis, sobald jene Produktionsweise aufgehört hat zu bestehen. Mit anderen Worten: die Nationalökonomie als Wissenschaft hat ihre Rolle ausgespielt sobald die anarchische Wirtschaft des Kapitalismus einer plan-

Seite aus dem Manuskript „Einführung in die Nationalökonomie“.
Im zweiten Abschnitt die falsche Definition der Nationalökonomie.

Es ist leider nichts darüber bekannt, ob sich Rosa Luxemburg jemals intensiv mit philosophischen Studien befaßt hat. Irgendwelche bedeutenden philosophischen Arbeiten liegen von ihr nicht vor. Es hat im Gegenteil den Anschein, als ob sie diesen Fragen aus dem Wege gegangen ist. In ihrer Polemik gegen Bernstein erwähnt sie nur kurz, daß dieser, indem er seine Pfeile gegen die Dialektik richtet, gegen die spezifische Denkweise des aufstrebenden klassenbewußten Proletariats ankämpft. Sie erklärt zwar, daß die Diskussion mit Bernstein zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen geworden ist, geht aber nicht näher auf diese Fragen ein.[1] Im Jahre 1903 veröffentlichte sie im „Vorwärts" einen (in seiner ganzen Anlage fehlerhaften) Artikel über „Stillstand und Fortschritt des Marxismus". Es wäre anzunehmen, daß sie darin auch auf das Schicksal der philosophischen Lehre von Marx und Engels eingegangen wäre. Dem ist jedoch nicht so. Sie stellt die falsche Behauptung auf, daß Marx nur seine ökonomische Lehre ausgearbeitet hätte, und springt, wo sie die philosophische Seite berührt, sofort auf den historischen Materialismus über, also auf eine Teilfrage der marxistischen Weltanschauung, auf ihre Anwendung auf das gesellschaftliche Leben, auf die Geschichte der Gesellschaft. Der entsprechende Abschnitt ihres Artikels lautet: „Allein, von einem mehr oder weniger ausgearbeiteten Lehrgebäude kann bei Marx nur auf ökonomischem Gebiete die Rede sein. Dagegen, was das wertvollste seiner Lehre betrifft: Die materialistisch-dialektische Geschichtsauffassung, so stellt sie nur eine Forschungsmethode dar, ein paar leitende geniale Gedanken, die den Ausblick in eine ganz neue Welt gestatten, die unendliche Perspektiven der selbständigen Betätigung eröffnen, die den Geist zu kühnsten

---

[1] Siehe Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?", S. 51/52.

Ausflügen in unerforschte Gebiete beflügeln."[1] Vom dialektischen Materialismus als der Weltanschauung der marxistischen Partei ist in dem Artikel nicht ein Satz enthalten!

Aus ihren Gefängnisbriefen wissen wir, daß Rosa Luxemburg sich eingehend mit naturwissenschaftlichen Studien befaßt hat. Sie studierte Biologie, Botanik und Geologie. Aber nichts ist über ein intensives Philosophiestudium bekannt. Lediglich in einem Brief an Sonja Liebknecht schreibt sie im Dezember 1917: „Ich habe wieder zu Langes Geschichte des Materialismus gegriffen, die mich stets anregt und erfrischt."[2] Lenin sprach von der „von Fr. Albert Lange falsifizierten ‚Geschichte des Materialismus'"[3], bei Rosa finden wir darüber kein kritisches Wort.

Natürlich hat Rosa Luxemburg oft das Wort Weltanschauung gebraucht. Natürlich hat sie von Materialismus gesprochen. Den Begriff Dialektik hat sie in ihren Werken immer wiederholt gebraucht. Aber nirgends ist bei ihr der Begriff dialektischer Materialismus zu finden, nirgends ein Hinweis, daß dieser die wissenschaftliche Weltanschauung des Proletariats darstellt, nirgends auch nur die leiseste Andeutung an diese philosophische Grundlage der ganzen marxistischen Wissenschaft, die Genosse Stalin mit den klassischen Worten definierte: „Diese Weltanschauung heißt darum dialektischer Materialismus, weil ihr Herangehen an die Naturerscheinungen, ihre Methode der Erforschung der Naturerscheinungen, ihre Methode der Erkenntnis dieser Erscheinungen die dialektische ist, und weil ihre Deutung der Naturerscheinungen, ihre Auffassung der Naturerscheinungen, ihre Theorie materialistisch ist."[4]

Können wir aber angesichts des Fehlens irgendwelcher bemerkenswerter philosophischer Schriften von Rosa Luxemburg

[1] „Vorwärts" Nr. 62 vom 14. März 1903.

[2] Rosa Luxemburg, „Briefe aus dem Gefängnis", S. 56.

[3] W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 272. Hervorhebung von F. O.

[4] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 724.

von ihren philosophischen Ansichten sprechen? Hatte sie überhaupt eine bestimmte Philosophie? Selbstverständlich lag ihrer gesamten wissenschaftlichen Arbeit eine philosophische Konzeption zugrunde, die ihren Niederschlag in Rosas Werken gefunden hat, ohne irgendwie speziell fixiert zu sein. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als diese Konzeption aus ihren Werken zu extrahieren, um so eine Vorstellung davon zu bekommen. Dabei ergibt sich der merkwürdige, aber durchaus nicht seltene Umstand, daß Rosa Luxemburgs philosophische Anschauung nicht einheitlich war, sondern daß sie zwischen zwei verschiedenen Konzeptionen schwankte, die sie je nach dem Gegenstand der Untersuchung gebrauchte. Rosa Luxemburg stand einerseits auf dem Standpunkt eines undialektischen, mechanischen Materialismus (trotz des häufigen Gebrauchs des Wortes Dialektik), andererseits auf dem Standpunkt eines verschämten Idealismus. Darin liegt durchaus kein so sonderbarer Widerspruch, denn wir wissen, daß auch Ludwig Feuerbach, der den mechanischen Materialismus vertrat, kein konsequenter Materialist war, daß er es nach einer Bemerkung von Lenin nicht verstand, „den Materialismus bis in seine oberen Sphären auszubauen". Ebenso wie Feuerbach vertrat auch Rosa Luxemburg einen unkonsequenten, nicht bis zu Ende gehenden Materialismus. Das war unausbleiblich, weil nur der dialektische Materialismus wirklich konsequenter Materialismus ist.

Der mechanische Materialismus tritt besonders in Rosa Luxemburgs historischen und taktischen Schriften hervor. Sie versteht nicht den dialektischen Zusammenhang des Objektiven und Subjektiven. Bei ihr verwandelt sich der historische Materialismus in einfachen ökonomischen Determinismus oder, wenn man will, in historischen Fatalismus. Die objektive Entwicklung ist ihr alles, das subjektive Handeln der Menschen nichts. Das klingt sehr paradox bei einer Revolutionärin wie Rosa Luxemburg, die ihre Hauptaufgabe darin sah, die Massen zum Kampf zu führen. Und in konkreten historischen Situa-

tionen hat sie sich auch stets über diese falsche Auffassung hinweggesetzt, wie wir am Beispiel des Warschauer Kampfes sahen. Aber in ihrer Grundkonzeption tritt dieser fatalistische Zug, dieses Hoffen auf die Selbsttätigkeit der geschichtlichen Entwicklung, immer wieder zutage. Sie warf Lenin, als er in „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" den Plan der revolutionären Partei entwickelte, Subjektivismus vor, während sie selbst einem Objektivismus huldigte, der praktisch das Proletariat zur Passivität verurteilte. Um nur noch ein Beispiel anzuführen, in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" schrieb sie: „Wenn uns also die russische Revolution etwas lehrt, so ist es vor allem, daß der Massenstreik nicht künstlich ‚gemacht', nicht ins Blaue hinein ‚beschlossen', nicht ‚propagiert' wird, sondern daß er eine historische Erscheinung ist, die sich in gewissem Moment aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt."[1]

Gewiß kann ein Massenstreik oder eine Revolution nicht „ins Blaue hinein" gemacht werden. Aber nicht propagiert? Rosa Luxemburg selbst war es ja, die den Massenstreik in Deutschland mehr als ein Jahrzehnt lang unermüdlich propagiert hat! Wenn sie damit zeigte, daß sie selbst im praktischen Kampf gegen ihre Auffassung handelte, so war dieser Glaube an die selbsttätige geschichtliche Notwendigkeit doch stark genug, die Trennung von den Opportunisten und die Bildung einer eigenen Partei zu verhindern.

Rosa Luxemburgs Neigung zum Idealismus hat vor allem in ihren ökonomischen Theorien Niederschlag gefunden. Rosa Luxemburg war Nationalökonom vom Fach. Sie kannte sicher die ökonomischen Werke von Karl Marx besser als andere deutsche Marxisten. Sie hat an der Parteischule in Berlin sieben Jahre lang politische Ökonomie unterrichtet. Und doch liegt ihrem ganzen ökonomischen Werk ein Unverständnis der

---

[1] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 165.

Grundlagen der Marxschen politischen Ökonomie zugrunde. Für Marx war bekanntlich die Grundlage der geschichtlichen Entwicklung die gesellschaftliche Produktion. Sie ist Gegenstand der drei Bände des „Kapitals". Im Vorwort zur ersten Auflage des ersten Bandes sagt Karl Marx: „Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse."[1] Der Regulator der anarchischen Warenproduktion ist nach Marx das Wertgesetz, das sich aus bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen ergibt.

Nicht so für Rosa Luxemburg. Ihr ist nicht die Produktion die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern der Austausch. Sie schreibt: „Der Austausch selbst reguliert nun in mechanischer Weise, gleichsam wie eine Art Pumpwerk, die ganze Wirtschaft: Er schafft zwischen den einzelnen Produzenten ein Band, er zwingt sie zur Arbeit, er regelt ihre Arbeitsteilung, er bestimmt ihren Reichtum und die Verteilung dieses Reichtums. Der Austausch regiert die Gesellschaft."[2] Mit dieser Darstellung verläßt Rosa Luxemburg den Boden des Materialismus und geht zum Idealismus über. Denn: „Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und die Reproduktion des unmittelbaren Lebens"[3], sagt Friedrich Engels. Nach Rosa Luxemburg aber ist dieses Moment der Austausch. Sie vergißt dabei, daß der Austausch selbst von der Produktion bestimmt wird.

Karl Marx sagt in der „Kritik der politischen Ökonomie": „Eine bestimmte Produktion bestimmt also bestimmte Konsumtion, Distribution, Austausch, die bestimmten Verhält-

[1] Karl Marx, „Das Kapital", Dietz Verlag, Berlin 1951, Bd. I, S. 6.

[2] Rosa Luxemburg, „Einführung in die Nationalökonomie"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 647.

[3] Friedrich Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 7.

nisse dieser verschiednen Momente zueinander."[1] Rosa Luxemburgs Auffassung ist die von allen menschewistischen Ökonomen vertretene Tauschkonzeption, die dem Marxismus widerspricht und idealistisch ist. Wir werden sehen, zu welchen fehlerhaften Anschauungen diese Konzeption Rosa Luxemburg verführt.

Die ökonomische Konzeption

Rosa Luxemburg beginnt ihre „Einführung in die Nationalökonomie" mit einer sehr ausführlichen Untersuchung über den Gegenstand der politischen Ökonomie. In diesen Darlegungen führt sie die Auffassungen zahlreicher bürgerlicher Nationalökonomen über diese Frage an, um spöttisch festzustellen, daß sich diese Fachgelehrten gar nicht klar sind, welche Art Wissenschaft sie überhaupt betreiben. Es muß den marxistisch geschulten Leser jedoch sehr verwundern, daß Rosa Luxemburg mit solcher Breite die verschiedenen bürgerlichen Auffassungen über den Gegenstand der politischen Ökonomie anführt, jedoch mit keinem Worte die exakte Definition von Friedrich Engels erwähnt. Engels erklärte: „Die politische Ökonomie, im weitesten Sinne, ist die Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen... Die Bedingungen, unter denen die Menschen produzieren und austauschen, wechseln von Land zu Land, und in jedem Lande wieder von Generation zu Generation. Die politische Ökonomie kann also nicht dieselbe sein für alle Länder und für alle geschichtlichen Epochen."[2]

Und an anderer Stelle: „Die politische Ökonomie, als die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen

[1] Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 255.

[2] Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring')", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 178.

die verschiednen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht, und unter denen sich demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben – die politische Ökonomie in dieser Ausdehnung soll jedoch erst geschaffen werden."[1]

Man sollte meinen, daß diese Feststellungen über den Gegenstand der politischen Ökonomie den marxistischen Standpunkt mit genügender Klarheit darstellen. Aber Rosa Luxemburg sagt kein Wort davon! Das ist um so verwunderlicher, als sie in zwei langen Kapiteln „Wirtschaftsgeschichtliches" in ihrer „Einführung in die Nationalökonomie" selbst Beiträge zur politischen Ökonomie früherer Gesellschaftsstufen leistet.

Der Grund liegt darin, daß Rosa Luxemburg die Definition von Engels nicht anerkennen kann, weil diese Definition ihrer Tauschkonzeption widerspricht. Für Rosa Luxemburg hat die politische Ökonomie nur den Austausch, die Marktbeziehungen, das heißt die Gesetze der anarchischen Produktionsweisen zu untersuchen, ja nicht einmal das, sie will die Existenz der politischen Ökonomie nur für die kapitalistische Produktionsweise gelten lassen, während ja die Warenwirtschaft bekanntlich schon seit etwa 7000 Jahren besteht. Sie schreibt: „Begreifen wir nun, warum die Nationalökonomie erst ungefähr vor anderthalb Jahrhunderten entstanden ist, so werden von demselben Standpunkt auch ihre weiteren Schicksale klar: Wenn die Nationalökonomie einmal eine Wissenschaft über die besonderen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, so ist ihre Existenz und Funktion offenbar an das Dasein jener geknüpft und verliert ihre Basis, sobald jene Produktionsweise aufgehört hat zu bestehen. Mit anderen Worten: Die Nationalökonomie als Wissenschaft hat ihre Rolle ausgespielt, sobald die anarchische Wirtschaft des Kapitalismus einer planmäßigen, von der gesamten arbeitenden Gesellschaft bewußt organisierten und geleiteten Wirtschaftsordnung Platz gemacht hat."[2]

[1] Ebenda, S. 182.

[2] Rosa Luxemburg, „Einführung in die Nationalökonomie"; Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 491.

Der Gegensatz zu der Auffassung von Friedrich Engels springt in die Augen. Dabei hätte Rosa Luxemburg schon beim Studium des ersten Bandes des „Kapitals" auf ihren Fehler aufmerksam werden müssen, denn dort ist ersichtlich, daß Marx allein die klassische politische Ökonomie von W. Petty an datiert, der nicht 150 Jahre, sondern fast 300 Jahre vor Rosa Luxemburg lebte. Die Anfänge der politischen Ökonomie reichen aber mehr als 2000 Jahre zurück, hinab ins tiefe Altertum. Bereits der griechische Philosoph Aristoteles hat sich mit ökonomischen Problemen befaßt. Marx schreibt darüber: „Die beiden zuletzt entwickelten Eigentümlichkeiten der Äquivalentform werden noch faßbarer, wenn wir zu dem großen Forscher zurückgehn, der die Wertform, wie so viele Denkformen, Gesellschaftsformen und Naturformen zuerst analysiert hat. Es ist dies Aristoteles."[1]

Rosa Luxemburg hat also nicht recht mit ihrer Behauptung, daß die politische Ökonomie erst anderthalb Jahrhunderte alt, das heißt erst mit dem Kapitalismus entstanden sei.

Ebenso irrtümlich ist ihre Auffassung über die Zukunft der politischen Ökonomie. Rosa Luxemburg meint, in der sozialistischen Gesellschaft werde es diese Wissenschaft nicht mehr geben. Diese Auffassung ist ebenfalls unrichtig. Schon Lenin hat darauf hingewiesen, daß die von Karl Marx im zweiten Bande des „Kapitals" aufgezeigten Proportionen zwischen den verschiedenen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion auch für den Kommunismus Geltung haben. Wir wissen heute, daß mit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise auch eine neue Etappe in der politischen Ökonomie begonnen hat, die politische Ökonomie des Sozialismus, deren hervorragendster Vertreter Genosse Stalin ist.

Der Fehler Rosa Luxemburgs kommt daher, daß sie nicht die Gesetze der Produktionsbeziehungen, sondern der Tauschbeziehungen, die anarchischen Marktgesetze zum Gegenstand der Untersuchung macht, die natürlich im Sozialismus ver-

[1] Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, S. 64.

schwinden. Zu welchen absurden Schlußfolgerungen Rosa Luxemburg durch ihre Tauschkonzeption verleitet wird, zeigt der Satz: „...in den Gesetzen der kapitalistischen Anarchie selbst, deckte Marx den wirklichen Ansatzpunkt für die sozialistischen Bestrebungen auf."[1] Marx entdeckte diese Ansatzpunkte nicht in der Anarchie, sondern in den Gesetzen der Konzentration der Produktion und der Verelendung des Proletariats!

Die fehlerhafte Tauschkonzeption hinderte Rosa Luxemburg auch, die Grundkategorien der politischen Ökonomie richtig zu verstehen. So geht bei ihr in der Darstellung des Wertes der Ware die entscheidende Entdeckung von Marx, der Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, völlig unter. Das Wesen des Wertes, die abstrakte menschliche Arbeit, verschwindet vollkommen. Rosa Luxemburg faßt den Wert ebenso wie Ricardo, aber auch wie Kautsky, Braunthal usw. rein quantitativ auf, als gesellschaftlich notwendige Arbeit. „Alle Waren tauschen sich gegeneinander aus nach ihrem Wert, das heißt nach der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit."[2] Eine Analyse der Qualität, des Wesens des Wertes erfolgt nicht.

Von dieser Position ausgehend muß Rosa Luxemburg auch das Geld aus seiner Funktion als Tauschmittel erklären, wobei sie bezeichnenderweise das Geld vor dem Wert erklärt. „In der ... Bedeutung und Rolle des Viehs im Austausch ist es nichts anderes als – das Geld."[3] Dabei stellt Rosa Luxemburg auch die (theoretisch und historisch wesentliche) Reihenfolge der Funktionen des Geldes auf den Kopf. Nach ihrer Auffassung ist das Geld: 1. Tauschmittel, 2. Schatzmittel, 3. Maß aller Werte, 4. Inbegriff des Reichtums.[4] Die Reihenfolge der Funktionen des Geldes ist aber für das richtige Verständnis der Marxschen Geldtheorie von entscheidender Bedeutung.

[1] Rosa Luxemburg, „Einführung in die Nationalökonomie", „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 496.
[2] Ebenda, S. 680.
[3] Ebenda, S. 655.
[4] Vgl. ebenda, S. 657—659.

Denn das Wesen des Geldes, und damit seine erste und wichtigste Funktion, besteht darin, Maß der Werte zu sein. Daraus sind alle anderen Funktionen des Geldes abgeleitet. „Die erste Funktion des Goldes besteht darin, der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichnamige Größen, qualitativ gleiche und quantitativ vergleichbare, darzustellen. So funktioniert es als allgemeines Maß der Werte und nur durch diese Funktion wird Gold, die spezifische Äquivalentware, zunächst Geld.“[1]

Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß auch die fehlerhafte Auffassung des Geldes bei Rosa Luxemburg aus ihrer Tauschkonzeption entspringt. Diese Konzeption führt Rosa Luxemburg mit innerer Logik zum Mißverstehen aller Probleme der politischen Ökonomie.

So auch der Krisentheorie. In ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ widerlegt Rosa Luxemburg schlagend die „Anpassungstheorie“ Bernsteins, nach der die Widersprüche des Kapitalismus schwächer werden und die Krisen verschwinden. Sie hebt mit Recht hervor, daß die Kartelle und der Kredit mächtige Faktoren der Verschärfung der Krisen sind. Aber dabei versteht sie selbst nicht richtig den Grundwiderspruch des Kapitalismus, aus dem die Krisen entspringen. So schreibt sie zum Beispiel: „Worin besteht die Bedeutung der von Bernstein als kapitalistisches Anpassungsmittel bezeichneten Erscheinungen: der Kartelle, des Kredits, der vervollkommneten Verkehrsmittel, der Hebung der Arbeiterklasse usw.? Offenbar darin, daß sie die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft beseitigen oder wenigstens abstumpfen, ihre Entfaltung und Verschärfung verhindern. So bedeutet die Beseitigung der Krisen die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Produktion und Austausch auf kapitalistischer Basis (Von mir hervorgehoben. F.O.), so bedeutet die Hebung der Lage der Arbeiterklasse teils als solcher, teils in den Mittelstand, die Ab-

[1] Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, S. 99.

stumpfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit."[1] Über den Kredit sagt sie: „Er steigert den Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise, indem er die Produktion aufs höchste anspannt, den Austausch aber bei geringstem Anlaß lahmlegt."[2] (Hervorhebung ebenfalls von mir. F. O.) Für Rosa Luxemburg besteht der Grundwiderspruch also zwischen Produktion und Austausch, während er nach Marx zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Form der Aneignung besteht. Die treibende Kraft zur Verschärfung dieses Widerspruches liegt innerhalb der Produktion, im Wachsen der Produktivkräfte, in der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion. Der Widerspruch zwischen Produktion und Austausch ist aus dem Grundwiderspruch abgeleitet. Auch hier ist der Zusammenhang zwischen der fehlerhaften Auffassung Rosa Luxemburgs und ihrer Tauschkonzeption offensichtlich.

Den schwerwiegendsten Fehler auf ökonomischem Gebiet begeht Rosa Luxemburg mit ihrer Theorie über die Akkumulation des Kapitals. Diese Theorie sollte „ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus" sein. Auch hierbei geht Rosa Luxemburg von ihrer falschen Konzeption aus. Sie geht völlig an der Tatsache vorüber, daß Marx fast ein Drittel des ersten Bandes des „Kapitals" dem Akkumulationsprozeß widmet, daß er gerade hier, vom Standpunkt des Produktionsprozesses des Kapitals aus die „geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" aufdeckt. Rosa Luxemburg behandelt das Problem der Akkumulation des Kapitals nur vom Standpunkt des zweiten Bandes, des Zirkulationsprozesses, das heißt der Austauschbeziehungen des Kapitals. Für sie reduziert sich das ganze Problem auf die Frage der Realisierung des Mehrwertes, die im Austausch erfolgt. In ihrer „Antikritik" hat sie eine zusammenfassende Darstellung ihrer Auffassung ohne die komplizierten Schemata des zweiten

[1] Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution", S. 4.
[2] Ebenda, S. 7.

Bandes gegeben. Dieser Darstellung wollen wir nun folgen. Sie schreibt dort: „Die kapitalistische Produktionsweise wird beherrscht von dem Profitinteresse. Für jeden Kapitalisten hat die Produktion nur dann Sinn und Zweck, wenn sie dazu führt, ihm jahraus – jahrein die Taschen mit ‚reinem Einkommen' zu füllen, das heißt mit Profit, der über alle seine Kapitalauslagen hinaus übrigbleibt. Aber das Grundgesetz der kapitalistischen Produktion im Unterschied von jeder anderen auf Ausbeutung beruhenden Wirtschaftsform ist nicht bloß Profit in blankem Gold, sondern stets wachsender Profit. Zu diesem Zwecke verwendet der Kapitalist, wiederum im kardinalen Unterschied von anderen geschichtlichen Typen des Ausbeuters, die Frucht seiner Ausbeutung nicht ausschließlich und nicht einmal in erster Linie zum persönlichen Luxus, sondern in fortschreitendem Maße zur Steigerung der Ausbeutung selbst. Der größte Teil des erzielten Profits wird wieder zum Kapital geschlagen, zur Erweiterung der Produktion verwendet. Das Kapital häuft sich so an, es wird nach dem Marxschen Ausdruck ‚akkumuliert', und als Voraussetzung sowohl, wie als Folge der Akkumulation dehnt sich die kapitalistische Produktion immer mehr aus."[1]

Die Frage ist nun die, wie es möglich ist, daß der Kapitalist ständig einen Teil seines den Arbeitern abgepreßten Mehrwertes nicht aufißt, sondern wieder in Kapital verwandelt? Dieses Problem untersucht Karl Marx im dritten Abschnitt des zweiten Bandes. Da er das abstrakte Gesetz der Bewegung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses darstellen will, abstrahiert er in seinen der Illustration dienenden Schemata von allen Nebenerscheinungen, wie zum Beispiel dem Außenhandel. Marx unterstellt einen „reinen" Kapitalismus, in dem es nur Kapitalisten und Arbeiter, keine anderen Klassen oder Schichten gibt. Natürlich gibt es in der Wirklichkeit keinen solchen „reinen" Kapitalismus. Solange der Kapitalismus besteht, wird

[1] Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", S. 384/385.

es noch vorkapitalistische Produktionsformen, Bauern- und Handwerkerwirtschaften und andere geben, ganz abgesehen davon, daß inzwischen der Kapitalismus in zunehmendem Maße vom Sozialismus abgelöst wird. Aber es gibt auch keinen luftleeren Raum, und trotzdem abstrahiert das Fallgesetz vom Luftwiderstand.

Die Abstraktion Marx' ist nicht nur zulässig, sondern wissenschaftlich notwendig. Wie bereits Lenin bemerkte, hat „die Frage des äußeren Marktes absolut nichts gemein mit der Frage der Realisierung, und der Versuch, diese beiden Fragen zu einer einzigen zu verbinden, kennzeichnet lediglich den romantischen Wunsch, den Kapitalismus ‚aufzuhalten', sowie den Mangel an Logik bei den Romantikern"[1].

Karl Marx weist nun nach, daß die Verwandlung von Mehrwert in Kapital, das heißt die erweiterte kapitalistische Reproduktion oder Akkumulation nur unter einer Bedingung möglich ist, nämlich wenn der zur Akkumulation bestimmte Teil des Mehrwertes von vornherein in der sachlichen Gestalt von produktivem Kapital erzeugt wird, das heißt in der Gestalt von Produktionsmitteln und von Lebensmitteln für Arbeiter. Ist dies geschehen, dann kann die Erweiterung der Produktion, also die Akkumulation vonstatten gehen. Der in Warenform produzierte und zur Akkumulation bestimmte Teil des Mehrwertes wird dann realisiert, indem ihn teils die Kapitalisten zur Erweiterung ihrer Produktion, teils die zusätzlichen Arbeiter kaufen.

Rosa Luxemburg ist mit dieser Lösung nicht einverstanden. Sie meint, daß es für die Klasse der Kapitalisten sinnlos wäre, den zu akkumulierenden Teil des Mehrwerts untereinander abzukaufen, ebenso wie es für sie keinen Sinn habe, ihn an zusätzliche Arbeiter zu verkaufen, denen sie ja erst das Geld in Form von Arbeitslohn geben müßten. Sie fragt: „Wer kann also Abnehmer, Konsument für die gesellschaftliche Waren-

[1] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Dietz Verlag, Berlin 1951, Bd. II, Anhang, S. 546.

portion sein, deren Verkauf erst die Akkumulation ermöglichen soll? Soviel ist klar: es können dies weder Arbeiter noch Kapitalisten selbst sein."[1] Rosa Luxemburg fühlt selbst, daß die Lösung gar nicht so kompliziert ist, daß sie in der Marxschen Darstellung selbst gegeben ist, aber damit eben gibt sie sich nicht zufrieden: „Schon gut. Aber eine solche Lösung verschiebt die Schwierigkeit nur von diesem Moment auf den nächsten. Denn nachdem wir so annehmen, daß die Akkumulation losgegangen ist und die erweiterte Produktion im nächsten Jahr eine noch viel größere Warenmasse als in diesem auf den Markt wirft, entsteht wieder die Frage: wo finden wir dann die Abnehmer für diese noch mehr gewachsene Warenmenge?

Wird man etwa antworten: nun, diese gewachsene Warenmenge wird auch im folgenden Jahr wiederum von den Kapitalisten selbst untereinander ausgetauscht und von ihnen allen verwendet, um die Produktion abermals zu erweitern – und so fort von Jahr zu Jahr –, dann haben wir ein Karussell vor uns, das sich in leerer Luft um sich selbst dreht. Das ist dann nicht kapitalistische Akkumulation, das heißt Anhäufung von Geldkapital, sondern das Gegenteil: ein Produzieren von Waren um des Produzierens willen, also vom Kapitalstandpunkt eine vollendete Sinnlosigkeit."[2]

Rosa Luxemburg kann nicht verstehen, daß dieses „Karussell" eben die Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Akkumulation eben nicht „Anhäufung von Geldkapital" bedeutet, sondern die ständige Erweiterung der Produktion in kapitalistischer Form, daß die kapitalistische Produktion nicht bloße Aneignung von Profit zum Ziel hat, sondern ständig anwachsende Profitproduktion.

Eben bei diesem ständigen Kreislauf des Kapitals, den Rosa Luxemburg als Karussell bezeichnet, ergibt sich doch folgendes: Erstens haben die Kapitalisten dabei laufend, jahraus,

[1] Ebenda, S. 393.
[2] Ebenda, S. 393/394.

jahrein und in wachsendem Maße ihr fettes Einkommen, können immer größeren Luxus in ihrem persönlichen Leben aufwenden, und zweitens wächst ihr Kapital in diesem Prozeß immer mehr an, wird immer größer und verschafft ihnen eine immer größere gesellschaftliche Macht. Produzieren um des Produzierens willen? Jawohl, die kapitalistische Produktionsweise ist eben keine Produktion für den Bedarf, sondern eine Produktion für einen stets größeren Profit. Lenin bemerkte mit vollem Recht: „Es ist dies eine wirkliche ‚Produktion für die Produktion', eine Erweiterung der Produktion ohne entsprechende Erweiterung der Konsumtion. Aber dies ist nicht der Widerspruch einer Doktrin, sondern ein Widerspruch des wirklichen Lebens; eben ein Widerspruch, der ganz der Natur des Kapitalismus und den sonstigen Widersprüchen dieses Systems gesellschaftlicher Wirtschaft entspricht."[1]

Aber eben diesen Widerspruch vermag Rosa Luxemburg nicht zu verstehen. So schreibt sie: „Aber um neue Arbeiter mit neuen Produktionsmitteln arbeiten zu lassen, muß man – kapitalistisch – vorher (?) einen Zweck (??) für die Erweiterung der Produktion haben, eine neue Nachfrage nach Produkten, die anzufertigen sind."[2] Gerade so, als wäre die kapitalistische Produktionsweise eine planmäßige Produktion für den Bedarf!

Rosa Luxemburg beharrt also auf ihrem Standpunkt, daß Kapitalisten und Lohnarbeiter nicht Käufer des zu akkumulierenden Mehrwertes sein können: „Man kann drehen und wenden, wie man will, so lange wir bei der Annahme bleiben, daß es in der Gesellschaft keine Schichten mehr gibt, als Kapitalisten und Lohnarbeiter, ist es für die Kapitalisten als Gesamtklasse unmöglich, ihre überschüssigen Waren loszuwerden, um den Mehrwert zu Geld zu machen und so Kapital akkumulieren zu können."[3] Sie sucht also nach anderen Käufern für die-

[1] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. III, Wien-Berlin 1929, S. 20.
[2] Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", S. 89.
[3] Ebenda, S. 395.

sen Mehrwert und kommt schließlich zu folgender Lösung des Problems: „Die kapitalistische Produktion ist als echte Massenproduktion auf Abnehmer aus bäuerlichen und Handwerkskreisen der alten Länder sowie auf Konsumenten aller anderen Länder angewiesen, während sie ihrerseits ohne Erzeugnisse dieser Schichten und Länder (sei es als Produktions-, sei es als Lebensmittel) technisch gar nicht auskommen kann. So mußte sich von Anfang an zwischen der kapitalistischen Produktion und ihrem nichtkapitalistischen Milieu ein Austauschverhältnis entwickeln, bei dem das Kapital sowohl die Möglichkeit fand, den eigenen Mehrwert für Zwecke weiterer Kapitalisierung in blankem Gold zu realisieren, als sich mit allerlei nötigen Waren zur Ausdehnung der eigenen Produktion zu versehen, endlich durch Zersetzung jener nichtkapitalistischen Produktionsformen immer neuen Zuzug an proletarisierten Arbeitskräften zu gewinnen."[1] Das ganze Geheimnis löst sich bei Rosa Luxemburg also darin auf, daß die Akkumulation nur möglich ist, solange ein nichtkapitalistisches Milieu, das heißt vorkapitalistische Produktionsformen bestehen, die durch den Akkumulationsprozeß ständig in den Bereich der kapitalistischen Wirtschaft eingegliedert werden.

(Oberflächliche Kritiker haben gegen Rosa Luxemburg den Vorwurf erhoben, sie knüpfe die Akkumulation an das Vorhandensein „dritter Personen". Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Als „dritte Personen" werden solche bezeichnet, die ein von den Kapitalisten oder Arbeitern abgeleitetes Einkommen besitzen, wie Beamte, freie Berufe usw. Sie können natürlich auch in Rosas Sinne nicht zur Lösung ihres Dilemmas beitragen. Das hat Rosa Luxemburg in dem Kapitel 21 über „Die ‚dritten Personen' und die drei Weltreiche Struves" selbst dargelegt. Bei Rosa Luxemburg handelt es sich um nichtkapitalistisches Milieu.)

Betrachten wir nun Rosa Luxemburgs Theorie etwas näher. Nach ihrer Auffassung muß der zur Akkumulation bestimmte

[1] Ebenda, S. 395/396.

Grabmal Rosa Luxemburgs in Berlin-Friedrichsfelde

Teil des Mehrwerts an vorkapitalistische Produzenten verkauft werden. Im Rahmen der Darlegungen von Marx im zweiten Bande des „Kapitals", von denen Rosa Luxemburg ja ausgeht, ist dies aber überhaupt nicht möglich. Nehmen wir nach Marx an, der für die Akkumulation in der Schwereisenindustrie bestimmte Teil des Mehrwerts ist in der Form von Eisenwalzwerken hergestellt worden. Nach Rosa Luxemburgs Theorie müßten diese Walzwerke nun an bäuerliche und Handwerkskreise verkauft werden. Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß dies unmöglich ist. Was sollen Bauern oder Handwerker mit Walzwerken anfangen? Wozu sollen sie diese kaufen? Man könnte natürlich einwenden, daß ein agrarisches Land ein Walzwerk errichtet. Aber wie soll dann die Schwereisenindustrie ihre Produktion erweitern? Sie braucht dazu doch gerade diese mehr produzierten Walzwerke (in denen ein Teil des Mehrwerts steckt) und müßte sie von den Bauern und Handwerkern wieder zurückkaufen. Es leuchtet ein, daß die ganze Prozedur unsinnig wäre.

Weiter. Die Kapitalisten sind selbst, so sagt Rosa Luxemburg, auf die Erzeugnisse der nichtkapitalistischen Schichten angewiesen, auf Rohstoffe und Lebensmittel. Zugegeben, die Textilindustrie braucht Baumwolle. Aber muß denn diese Baumwolle unbedingt von freien Bauern oder Sklaven erzeugt werden? Können die Spinnmaschinen nicht ebenso Baumwolle verarbeiten, die auf kapitalistischen Plantagen gezüchtet wird? Es ist eine bekannte Tatsache, und Rosa Luxemburg hat den Prozeß selbst geschildert, daß die nichtkapitalistische Baumwollproduktion immer mehr durch die kapitalistische Plantagenwirtschaft abgelöst worden ist, wodurch der Akkumulationsprozeß in keiner Weise gehindert wurde.

Endlich. Die kapitalistische Akkumulation ist auf „immer neuen Zuzug an proletarischen Arbeitskräften" aus dem nichtkapitalistischen Milieu angewiesen, sagt Rosa Luxemburg. Gewiß bildet die proletarisierte Landbevölkerung eine wichtige Quelle der industriellen Reservearmee, besonders in der Früh-

periode des industriellen Kapitalismus. Aber Rosa Luxemburg wußte recht gut, daß diese Bevölkerung nur eine Form der relativen Überbevölkerung bildet, die Marx als latente Überbevölkerung bezeichnete, neben der es die fließende Form gibt, die in den Zentren der modernen Industrie durch die ständige Entlassung und Wiedereinstellung von Arbeitern entsteht, sowie die stockende Überbevölkerung, die „einen Teil der aktiven Arbeiterarmee, aber mit durchaus unregelmäßiger Beschäftigung" bildet.[1] Vor allem aber hat der Kapitalismus in seiner Niedergangsepoche, in seiner allgemeinen Krise, die industrielle Reservearmee in eine nach Millionen zählende permanente Arbeitslosenarmee verwandelt, die den Bedarf selbst der schönsten „Prosperität" weit übersteigt.

Es zeigt sich also, daß die Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs völlig unhaltbar ist, daß zur Erklärung der Gesetze der kapitalistischen Akkumulation die Analyse von Marx nicht nur ausreicht, sondern daß diese die einzige wissenschaftliche Lösung des Problems darstellt.

Rosa Luxemburg nimmt aber gerade ihre falsche Akkumulationstheorie zum Ausgangspunkt für die ökonomische Erklärung des Imperialismus. Wir haben bereits früher gesehen, daß Rosa Luxemburg in der „Junius-Broschüre" zur Erklärung des Imperialismus auf die „stärkste Kartellentwicklung" und die „Konzentration des Bankwesens" hinweist. Sie betont auch, daß beim Auftreten des deutschen Imperialismus „die Welt bereits so gut wie verteilt war"[2]. Aber in ihrer theoretischen Erklärung des Imperialismus in der „Akkumulation" finden wir von diesen scharfsinnigen Beobachtungen keine Spur. Hier geht Rosa Luxemburg wiederum ausschließlich vom Standpunkt der Zirkulation an das Problem heran. Sie untersucht nicht die Veränderungen, die in der kapitalistischen Produktion vor sich gegangen sind, sondern ausschließlich die

[1] Vgl. Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, S. 675ff.

[2] Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 289.

oben dargestellten Schwierigkeiten der Realisierung. Der Imperialismus ist ihr daher nichts anderes als ein Ausdruck des Kampfes um das nichtkapitalistische Milieu, oder besser um seine Reste. Sie definiert den Imperialismus folgendermaßen: „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus."[1]

Diese Begriffsbestimmung des Imperialismus kann natürlich keinerlei ernsthafter Kritik standhalten.

Ihr Hauptfehler besteht in der unrichtigen Ausgangsposition. Lenin beginnt bekanntlich seine Analyse des Imperialismus mit der Entwicklung der Produktion. „Das ungeheure Wachstum der Industrie und der auffallend rasche Prozeß der Konzentration der Produktion in immer größeren Betrieben ist eine der charakteristischsten Besonderheiten des Kapitalismus."[2] Von hier ausgehend, entdeckt Lenin die Monopole als den entscheidenden Charakterzug des Imperialismus, deckt das Zusammenwachsen von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital auf und zeigt die größere Bedeutung des Kapitalexportes auf Grund des ungeheuren Kapitalüberschusses in den fortgeschrittenen Ländern.

Obwohl Rosa Luxemburg ein besonderes Kapitel ihres Buches der internationalen Anleihe widmet, geht sie auch hier am Wesen der Sache vorbei. Sie schreibt: „Die imperialistische Phase der Kapitalakkumulation oder die Phase der Weltkonkurrenz des Kapitals umfaßt die Industrialisierung und kapitalistische Emanzipation der früheren Hinterländer des Kapitals, in denen es die Realisierung seines Mehrwertes vollzog."[3]

Diese Theorie ist doppelt falsch. Erstens dient die internationale Anleihe durchaus nicht nur der Industrialisierung des

---

[1] Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", S. 361.
[2] W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 18.
[3] Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", S. 336.

Hinterlandes, sondern ebenso der finanziellen Versklavung hochentwickelter kapitalistischer Länder. Man braucht nur an die Marshallplananleihen zu denken, um den Irrtum Rosa Luxemburgs einzusehen. Zweitens führten und führen die internationalen Anleihen durchaus nicht zur kapitalistischen Emanzipation (Befreiung) der Hinterländer, sondern sie verzehn- und verhundertfachen die Ausbeutung und Unterdrükkung der Kolonien. Aus ihrer irrtümlichen Auffassung von der „kapitalistischen Emanzipation" der Kolonien folgt unmittelbar die bereits früher behandelte These aus der „Junius-Broschüre", im Imperialismus könne es keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben.

Lenin gelangt auf Grund seiner marxistischen Analyse zu der einzig richtigen Erklärung des Imperialismus als des höchsten Stadiums des Kapitalismus, der monopolistischer, parasitärer und sterbender Kapitalismus ist.

Bei Rosa Luxemburg dagegen ist der Imperialismus nicht ein besonderes Stadium in der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, sondern lediglich ein politischer Ausdruck der Kapitalakkumulation. Sie stimmt darin völlig mit allen bürgerlichen Nationalökonomen überein, die den Imperialismus ausschließlich als das Expansionsstreben der Großmächte erklären.

Aber der Imperialismus ist nach der Theorie Rosa Luxemburgs auch kein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Solange der Kapitalismus besteht, hat es die Kapitalakkumulation gegeben. Solange diese vorangeht, hat der Kapitalismus in seiner praktischen Entwicklung nichtkapitalistisches Milieu kapitalisiert. Demnach wäre der Imperialismus also überhaupt mit dem Kapitalismus identisch, und das ganze Problem, das Rosa Luxemburg ökonomisch erklären wollte, existierte überhaupt nicht. Es sei denn, daß sie die Betonung auf die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus legt. Aber auch hier kommen wir nicht weiter. Denn erstens ist es ein Kennzeichen des Imperia-

lismus, daß die ganze Welt „mit Beschlag belegt", das heißt verteilt ist, wovon seit 1917 immer größere Teile vom Sozialismus mit Beschlag belegt werden, zweitens, wenn Rosa Luxemburg die Reste des noch nicht von der kapitalistischen Produktion erfaßten Weltmilieus meint, so machen diese „Reste" heute immer noch den größeren Teil der kapitalistischen Welt aus.

Es ist gewiß kein Zufall, daß Rosa Luxemburgs Definition des Imperialismus kurz vor dem ersten Weltkrieg von Karl Kautsky übernommen wurde, der damals erklärte: „Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird."[1] Lenin hat diese Definition Kautskys einer vernichtenden Kritik unterzogen[2] und damit zugleich die Theorie Rosa Luxemburgs zerschlagen.

Kautsky konnte die Theorie Rosa Luxemburgs übernehmen, weil durch sie die Wesenszüge des Imperialismus und gleichzeitig die neuen Probleme, die in diesem Stadium des Kapitalismus vor der Arbeiterklasse stehen, verwischt werden und damit die Politik des Opportunismus gerechtfertigt wird. Kautsky konnte diese Theorie übernehmen, weil sie eine „halbmenschewistische Theorie" ist (Stalin).

Aus ihrer Theorie des Imperialismus entwickelt Rosa Luxemburg ihre Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus. Diese Theorie folgt aus der falschen Erklärung des Imperialismus in der Tat zwangsläufig von selbst. Wenn die Existenz des Kapitalismus von dem Vorhandensein eines nichtkapitalistischen Milieus abhängt, so ist es nur eine Frage der Zeit, wann dieses Milieu ganz verschwindet und der Kapitalismus automatisch zusammenbrechen muß. Natürlich wußte Rosa

---

[1] Karl Kautsky, „Der Imperialismus", Artikel in der „Neuen Zeit", 32. Jahrgang, (1913/1914), Bd. II, S. 909.

[2] Vgl. W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", S. 79/80.

Luxemburg sehr gut, daß es bis dahin noch gute Weile hat, und als Revolutionärin wollte sie keineswegs so lange warten. So glaubte sie, auf eine doppelte Zusammenbruchstendenz hinweisen zu können, indem sie schrieb: „Durch diesen Prozeß bereitet das Kapital aber in zweifacher Weise seinen Untergang vor. Indem es einerseits durch seine Ausdehnung auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionsformen auf den Moment lossteuert, wo die gesamte Menschheit in der Tat lediglich aus Kapitalisten und Lohnproletariern besteht und wo deshalb eben weitere Ausdehnung, also Akkumulation, unmöglich wird. Zugleich verschärft es, im Maße wie diese Tendenz sich durchsetzt, die Klassengegensätze, die internationale wirtschaftliche und politische Anarchie derart, daß es, lange bevor die letzte Konsequenz der ökonomischen Entwicklung – die absolute ungeteilte Herrschaft der kapitalistischen Produktion in der Welt erreicht ist, die Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft herbeiführen muß."[1] Diese Zeilen zeigen, daß Rosa Luxemburg selbst den fatalistischen und den Klassenkampf hemmenden Charakter ihrer Zusammenbruchstheorie erkannte. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß sie den theoretischen Versuch unternahm, eine Tendenz zum automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus nachzuweisen, die objektiv nicht vorhanden ist. An anderer Stelle schrieb sie: „Die Kapitalakkumulation schreitet fort und dehnt sich aus auf Kosten der nichtkapitalistischen Schichten und Länder, zernagt und verdrängt sie in immer beschleunigterem Tempo. Allgemeine Tendenz und Endresultat des Prozesses ist ausschließliche Weltherrschaft der kapitalistischen Produktion. Ist diese einmal erreicht, dann tritt das Marxsche Schema in Kraft: die Akkumulation, das heißt weitere Expansion des Kapitals wird unmöglich, der Kapitalismus gerät in eine Sackgasse, er kann nicht mehr als das historische Vehikel der Entfaltung der Produktionskräfte fungieren, er erreicht seine objektive ökonomische

[1] Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals", S. 396/397.

Schranke."[1] Aus diesen Worten geht klar hervor, daß für Rosa Luxemburg der automatische Zusammenbruch des Kapitalismus eine objektive ökonomische Notwendigkeit war. Und wenn Rosa Luxemburg selbst es auch nicht eingestehen wollte, für sie war doch diese objektive Notwendigkeit die Grundlage für die Lösung der taktischen und organisatorischen Probleme, die der Imperialismus der Arbeiterbewegung stellte. Hier liegt auch die tiefste Ursache für ihr Nichtverstehen der Rolle der Partei.

Bei der Ausarbeitung dieser Theorie mag die Absicht mitgespielt haben, der Auffassung der Revisionisten entgegenzutreten, die überhaupt die Zusammenbruchstheorie leugneten und von der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus faselten. Aber es hätte dazu keiner besonderen neuen Theorie bedurft, sondern genügt, auf Karl Marx zurückzugreifen, der bereits im ersten Bande des „Kapitals" den notwendigen Untergang des Kapitalismus voraussagte, als er die klassischen Sätze schrieb: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert."[2] Wir sehen, welch tiefe Kluft zwischen der automatischen Zusammenbruchstheorie von Rosa Luxemburg und der revolutionären

[1] Ebenda, S. 478.
[2] Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, S. 803.

Zusammenbruchstheorie von Karl Marx klafft. Auch für Karl Marx ist der Zusammenbruch des Kapitalismus unvermeidlich. Er ergibt sich aus der wachsenden Konzentration der Produktion und der revolutionären Aktion des Proletariats. Er wird nicht nur von den objektiven Faktoren der ökonomischen Entwicklung herbeigerufen, sondern auch durch die subjektive Tat der Arbeiterklasse.

Auf dieser Zusammenbruchstheorie von Marx baute Lenin auf, als er den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus definierte und seine Theorie der sozialistischen Revolution schuf. Über Lenins Buch über den Imperialismus heißt es in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)": „Lenin zeigte in diesem Buch, daß der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist, in welchem dieser bereits aus dem ‚fortschrittlichen' Kapitalismus umgeschlagen ist in den parasitären Kapitalismus, in den faulenden Kapitalismus, daß der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist. Dies bedeutete natürlich nicht, daß der Kapitalismus von selbst absterben werde, ohne die Revolution des Proletariats, daß er, faul bis ins Mark, von selbst einstürzen werde. Lenin hat immer gelehrt, daß es ohne die Revolution der Arbeiterklasse unmöglich ist, den Kapitalismus zu stürzen. Darum wies Lenin, als er den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus bezeichnete, in diesem Buche zugleich nach, daß der ‚Imperialismus der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats ist'."[1]

Infolge ihrer fehlerhaften Theorie des Imperialismus vermochte Rosa Luxemburg auch dessen grundlegendes Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung nicht zu erkennen und kam damit zwangsläufig zu einer falschen Auffassung über den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus. Bekanntlich hatte Lenin bereits im Jahre 1915 in seinem Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa" aus diesem Gesetze die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande abgeleitet. Dort heißt

[1] „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 211.

es: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist."[1] Stalin hat diese Theorie dann im Kampf gegen den konterrevolutionären Trotzkismus zur Lehre vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande und zum erfolgreichen Programm dieses Aufbaus in der Sowjetunion weiterentwickelt.

Rosa Luxemburg vertrat auch in dieser Frage eine fehlerhafte Auffassung, die sich aus ihrer Tauschkonzeption und ihrer mechanischen Geschichtsauffassung ergab. Schon in ihrer Auseinandersetzung mit Bernstein am Ende des vorigen Jahrhunderts vertrat sie die irrige Meinung, daß die Notwendigkeit des Sozialismus sich vor allem aus der Anarchie des Kapitalismus ergebe. So schrieb sie in „Sozialreform oder Revolution?": „Vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus äußert sich die historische Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung vor allem in der wachsenden Anarchie des kapitalistischen Systems, die es auch in eine ausweglose Sackgasse drängt."[2] Und an anderer Stelle: „Die Sozialdemokratie leitet ihr Endziel ebensowenig von der siegreichen Gewalt der Minderheit wie von dem zahlenmäßigen Übergewicht der Mehrheit, sondern von der ökonomischen Notwendigkeit und der Einsicht in diese Notwendigkeit ab, die zur Aufhebung des Kapitalismus durch die Volksmasse führt, und die sich vor allem in der kapitalistischen Anarchie äußert."[3]

Den gleichen Gedanken hat Rosa Luxemburg, wie wir schon früher sahen, auch in der „Einführung in die Nationalökonomie" geäußert (siehe oben S. 167). Natürlich sah sie auch die

---

[1] W. I. Lenin, „Über den Kampf um den Frieden", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 65.
[2] Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?", S. 4.
[3] Ebenda, S. 31.

wirklich entscheidenden Faktoren, die den Sozialismus notwendig machen, die fortschreitende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und die wachsende Organisation und Klassenerkenntnis des Proletariats, aber sie setzte diese bewußt hinter die Anarchie.[1] Wenn wir diese fehlerhafte Auffassung im Zusammenhang mit ihrer Akkumulationstheorie betrachten, so ergibt sich folgendes: Mit dem Verschwinden des nichtkapitalistischen Weltmilieus muß die Anarchie immer mehr zunehmen, bis sie schließlich infolge der Unmöglichkeit der kapitalistischen Akkumulation den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeiführt. Diese Entwicklung betrifft aber alle kapitalistischen Länder zugleich, die ganze kapitalistische Welt. Auch die durch diesen Prozeß nach Rosas Meinung vorher herbeigeführte proletarische Revolution erfaßt alle kapitalistischen Länder. Das heißt, der Sozialismus kann nur international siegen. So ergibt sich aus Rosa Luxemburgs Theorie des Imperialismus die Verneinung der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande. Sie schrieb nach der siegreichen Oktoberrevolution: „Wir alle stehen unter dem Gesetz der Geschichte, und die sozialistische Gesellschaftsordnung läßt sich eben nur international durchführen."[2] Weiter schrieb sie in Anerkennung der großen historischen Initiative der Bolschewiki: „In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden."[3] Auch in dieser Frage hat die Geschichte nicht Rosa Luxemburg, sondern den Bolschewiki, Lenin und Stalin recht gegeben. Die Oktoberrevolution

[1] Vgl. ebenda, S. 3.
[2] Rosa Luxemburg, „Die Russische Revolution", S. 119.
[3] Ebenda, S. 119/120.

blieb siegreich, der Sozialismus wurde aufgebaut, und das Sowjetvolk hat heute erfolgreich den Übergang zum Kommunismus eingeleitet.

Die Theorie der sozialistischen Revolution

Die strategischen, taktischen und organisatorischen Probleme der sozialistischen Revolution konnten nur auf der Grundlage der richtigen marxistischen Analyse des Imperialismus gelöst werden. Dieses gigantische Werk vollbrachten Lenin und Stalin. Rosa Luxemburg konnte diese Probleme nicht lösen, weil sie den Imperialismus nicht richtig verstand. Sie hat dennoch das große historische Verdienst, die Notwendigkeit einer neuen Lösung dieser Probleme, einer Weiterentwicklung des Marxismus, erkannt und daran gearbeitet zu haben. Das gab ihr die Grundlage in ihrem Kampfe gegen den Revisionismus, das war ihr der Leitfaden für ihre revolutionäre Tätigkeit, die Genosse Stalin mit den Worten anerkannte:

„Gewiß, die Linken in Deutschland hatten nicht nur ernste Fehler. Sie haben auch große und ernste revolutionäre Taten aufzuweisen. Ich denke dabei an eine ganze Reihe ihrer Verdienste und an ihr revolutionäres Auftreten in Fragen der inneren Politik und im besonderen des Wahlrechtskampfes, in Fragen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes, des Generalstreiks, des Krieges, der Revolution von 1905 in Rußland usw."[1] Und eben deswegen wird die revolutionäre Arbeiterklasse auch Rosa Luxemburg immer zu ihren Größten rechnen.

Aber die Anerkennung ihrer großen revolutionären Taten zwingt uns auch, ihre Fehler klar zu erkennen, um sie kritisch zu überwinden. Die fehlerhafte philosophische Auffassung wie ihre ökonomische Konzeption riefen Fehler Rosa Luxemburgs in beinahe allen Fragen des revolutionären Klassenkampfes hervor.

[1] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 496.

Nehmen wir zunächst die Frage der Staatstheorie. Es gehört zum ABC des Marxismus, daß der Staat ein Unterdrückungsorgan der jeweilig herrschenden Klasse darstellt. Der bürgerliche Staat zum Beispiel diente von Anbeginn seiner Existenz an der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats und der übrigen werktätigen Schichten. Er war von Anfang an nicht ein Organ der Gesellschaft, sondern der Bourgeoisie. Und er wird es bleiben bis zu seiner Ersetzung durch den proletarischen Staat.

Nicht so für Rosa Luxemburg. Einerseits beginnt nach ihrer Meinung im Kapitalismus eine Verschmelzung des Staates mit der Gesellschaft. Sie schreibt in ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution?": „Freilich, die kapitalistische Entwicklung selbst verändert die Natur des Staates wesentlich, indem sie die Sphäre seiner Wirkung immer mehr erweitert, ihm immer neue Funktionen zuweist, namentlich in bezug auf das ökonomische Leben seine Einmischung und Kontrolle darüber immer notwendiger macht. Insofern bereitet sich allmählich die künftige Verschmelzung des Staates mit der Gesellschaft vor, sozusagen der Rückfall der Funktionen des Staates an die Gesellschaft."[1] Nach dieser Darstellung scheint der Staat ein über den Klassen stehendes Organ zu sein, das durch die kapitalistische Entwicklung gezwungen ist, sich immer mehr in das ökonomische Leben einzumischen und es zu kontrollieren. Tatsächlich ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Mit der Entwicklung des Imperialismus wird der bürgerliche Staat immer mehr zu einem Organ des Finanzkapitals, das ihn als Instrument benutzt, um seine ökonomischen Interessen durchzusetzen und in seinem Namen immer größere Teile der Wirtschaft zu kontrollieren. Dies ist aber das gerade Gegenteil einer Verschmelzung des Staates mit der Gesellschaft. Außerdem lehrt der Marxismus, daß von einer solchen Verschmelzung überhaupt nicht gesprochen werden kann, weder von einer gegenwärtigen noch von einer künftigen. Der Staat bleibt,

[1] Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution? ", S. 18.

solange er besteht, immer das Unterdrückungsorgan eines Teils der Gesellschaft. Hat der proletarische Staat seine historische Mission erfüllt, so wird er sich nicht mit der Gesellschaft verschmelzen, sondern absterben.

Auf der anderen Seite ist der Staat aber nach der Meinung Rosa Luxemburgs anfänglich der Vertreter der gesamten Gesellschaft und entwickelt sich erst allmählich zum Klassenstaat. In der gleichen Broschüre sagt Rosa Luxemburg: „Bei dem dargelegten Zwiespalt zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung und den herrschenden Klasseninteressen stellt sich der Staat auf die Seite der letzteren. Er tritt in seiner Politik, ebenso wie die Bourgeoisie, in Gegensatz zu der gesellschaftlichen Entwicklung, er verliert somit immer mehr seinen Charakter des Vertreters der gesamten Gesellschaft (!) und wird in gleichem Maße immer mehr zum reinen Klassenstaate."[1] Auch hier faßt Rosa Luxemburg also den Staat als ein selbständiges, über den Klassen stehendes Organ auf, das erst mit der Zeit auf die Seite der herrschenden Klasseninteressen tritt!

Aber auch über den sozialistischen Staat hatte Rosa Luxemburg keine klare marxistische Vorstellung. In einer Polemik gegen den Opportunisten Heine, der eine Kompensationspolitik („Kanonen für Volksrechte") vorschlug, erklärte Rosa Luxemburg, „daß es ein Widersinn ist, von der Bewilligung von Kanonen an den sozialistischen ‚Staat' zu reden, daß somit die Äußerung Heines nur auf den Klassenstaat Bezug haben konnte"[2]. Rosa Luxemburg stellte sich also einen sozialistischen Staat ohne Kanonen, das heißt ohne militärische Machtmittel, vor und meinte obendrein, daß dies kein Klassenstaat sei, was ein doppelter Widersinn ist. Hatte sie aber den im Weltmaßstabe siegreichen Kommunismus vor Augen, so durfte sie nicht vom „Staat" sprechen.

Diese unklare Staatstheorie lag zugrunde, als Rosa Luxem-

[1] Ebenda, S. 20.
[2] „Sächsische Arbeiterzeitung" vom 14. Oktober 1898.

burg in ihrer Programmrede auf dem Gründungsparteitag der KPD forderte: „So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen."[1] Und ist es nicht ganz erklärlich, wenn Rosa Luxemburg auf Grund dieser Auffassung vom Staat kein richtiges Verständnis für den proletarischen Staat, für die Diktatur des Proletariats aufbringt? Sie forderte die Diktatur des Proletariats. Aber sie vermochte nicht zu sagen, wie diese Diktatur konkret aussehen, konkret ausgeübt werden sollte. Sie faßte sie als eine Diktatur der Masse auf, die sie der Diktatur der Partei gegenüberstellte. In ihrer Programmrede definierte sie die Diktatur des Proletariats mit folgenden Worten: „Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."[2] Bei dieser Darstellung fehlt das Wesentliche, der konkrete Hinweis nämlich, daß das Proletariat seine Diktatur nur mit Hilfe der Partei erobern und ausüben kann. Genosse Stalin sagt: „Die Partei ist nicht nur die höchste Form der Klassenvereinigung der Proletarier – sie ist zugleich das Instrument in der Hand des Proletariats zur Eroberung der Diktatur, solange diese noch nicht erobert ist, zur Festigung und zum Ausbau der Diktatur, nachdem sie erobert ist."[3]

---

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 40.
[2] Ebenda, S. 53.
[3] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 100.

Rosa Luxemburg vermochte auch die Frage der Bundesgenossen des Proletariats nicht richtig zu lösen. Ihre Fehler in der Bauernfrage und in der kolonialen Frage entspringen unmittelbar ihrer Theorie der Akkumulation. Wenn die Bauern und Kolonialvölker das Reservoir sind, aus dem der Kapitalismus immer neue Kräfte für seine Akkumulation schöpft, so ist es klar, daß diese Schichten die Existenz des Kapitalismus verlängern. Je schneller sie verschwinden, um so rascher wird auch der Kapitalismus zusammenbrechen. Das Proletariat würde daher gegen seine eigenen Interessen verstoßen, wenn es diesen Schichten in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus beistehen würde. Denn dieser Kampf ist – immer nach dieser Theorie – nicht revolutionär, sondern objektiv reaktionär.

In der Bauernfrage glaubte Rosa Luxemburg nicht an die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschaft. Sie trat, wie wir bereits am Beispiel der Revolution von 1905 gesehen haben, gegen die Leninsche Formel der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf und stellte ihr einfach die Losung der bürgerlichen Republik gegenüber. „Die russische Revolution hat zur nächsten Aufgabe die Beseitigung des Absolutismus und die Herstellung eines modernen bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaates", schrieb sie in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"[1]. 1918 wandte sie sich mit aller Schärfe gegen die Landaufteilung an die Bauern. Sie behauptete: „Die Parole nun, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf."[2] Und in ihrer Programmrede forderte sie die sofortige

[1] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 225.
[2] Rosa Luxemburg, „Die Russische Revolution", S. 84.

Sozialisierung der Landwirtschaft: „Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen. Vom Standpunkte der sozialistischen Wirtschaft läßt sich überhaupt die Industrie gar nicht umgestalten ohne die unmittelbare Verquickung mit einer sozialistisch umorganisierten Landwirtschaft. Der wichtigste Gedanke der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist Aufhebung des Gegensatzes und der Trennung zwischen Stadt und Land. Diese Trennung, dieser Widerspruch, dieser Gegensatz ist eine rein kapitalistische Erscheinung, die sofort aufgehoben werden muß, wenn wir uns auf den sozialistischen Standpunkt stellen."[1] Und dieser Forderung entsprach der Punkt 3 der „nächsten wirtschaftlichen Forderungen" des von Rosa Luxemburg verfaßten Programms, der lautete:

„Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften."[2]

Die Geschichte hat Rosa Luxemburg in allen diesen Punkten widerlegt. Gerade durch die Landaufteilung konnten die Bolschewiki ein festes Bündnis mit den Bauernmassen schließen, das sich in den schweren Jahren des Bürgerkrieges und der Intervention voll bewährt hat. Dank dieses Bündnisses konnten sie die Massen nicht nur der Kleinbauern, sondern auch der Mittelbauern durch die Kollektivierung auf sozialistische Bahnen führen, nachdem sie vorher die sozialistische Industrie aufgebaut hatten. Und auch die jüngste deutsche Erfahrung hat die Unrichtigkeit der Auffassung Rosa Luxemburgs bewiesen. Gerade dank der demokratischen Bodenreform konnten wir ein festes Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 39.
[2] Ebenda, S. 55.

Bauern schließen, auch und gerade mit den Mittelbauern, ein Bündnis, das heute die Grundlage der erfolgreichen Durchführung unserer Wirtschaftspläne bildet.

Am hartnäckigsten hat Rosa Luxemburg ihre Fehler in der nationalen Frage vertreten. Wie wir schon früher sahen, trat Rosa Luxemburg bereits in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen die Unabhängigkeit Polens und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auf. Obwohl sie auf dem Londoner internationalen Kongreß 1896 eine Niederlage erlitt, beharrte sie auf ihrem Standpunkt. Im Jahre 1908/1909 verfaßte sie einen längeren Artikel über diese Frage, mit dem sich Lenin in seinem Werke „Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" ausführlich beschäftigt. Gleich zu Beginn stellt Lenin fest: „Vorweg sei bemerkt, daß keiner der genannten Opportunisten auch nur ein einziges selbständiges Argument vorgebracht hat: alle wiederholen sie nur, was Rosa Luxemburg in ihrem langen polnischen Aufsatz vom Jahre 1908/09: ‚Die nationale Frage und die Autonomie' gesagt hat."[1] Und Lenin zerpflückt Rosa Luxemburgs Argumente eines nach dem anderen. Rosa Luxemburg schrieb in ihrem Artikel: „Ist es denn möglich, im Ernst von einer ‚Selbstbestimmung' der formell unabhängigen Montenegriner, Bulgaren, Rumänen, Serben, Griechen, teilweise sogar der Schweizer zu sprechen, deren Unabhängigkeit selbst nichts weiter als ein Produkt des politischen Kampfes und des diplomatischen Spiels des ‚europäischen Konzerts' ist?!"

Worauf Lenin antwortete: „Rosa Luxemburg hat die Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer staatlichen Selbständigkeit verwechselt mit der Frage ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das ist ebenso gescheit, wie wenn jemand, der die Programmforderung nach der Oberhoheit des Parlaments, d. h. der Versammlung der Volksvertreter, im bürger-

[1] W. I. Lenin, „Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 5.

lichen Staate erörtert, anfinge, seine vollkommen richtige Überzeugung darzulegen, daß bei jeder beliebigen Staatsordnung eines bürgerlichen Landes das Großkapital die Oberhoheit innehaben werde."[1] Lenin weist darauf hin, daß das Problem der Selbstbestimmung historisch konkret gestellt werden müsse und wirft Rosa Luxemburg vor: „Keine Spur einer Analyse, wie die nationale Frage in Rußland in der gegebenen historischen Epoche gestellt ist und welche Besonderheiten Rußland in dieser Beziehung aufzuweisen hat, ist bei ihr zu finden!"[2]

Rosa Luxemburg erklärt, daß „in keinem einzigen Programm der gegenwärtigen sozialistischen Parteien" das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gefordert sei, und Lenin antwortet ihr: „In den meisten westlichen Ländern ist sie (die nationale Frage. F.O.) schon längst gelöst. Es ist lächerlich, in den westlichen Programmen Antwort auf dort nicht existierende Fragen zu suchen. Rosa Luxemburg hat hier gerade die Hauptsache außer acht gelassen: den Unterschied zwischen Ländern mit seit langem abgeschlossenen und solchen mit nicht abgeschlossenen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen.

In diesem Unterschied liegt der Angelpunkt der ganzen Frage. Die völlige Ignorierung dieses Unterschiedes macht denn auch den überaus langen Aufsatz Rosa Luxemburgs zu einem Haufen leerer, inhaltsloser Gemeinplätze."[3]

Rosa Luxemburg erhebt gegen das Programm der bolschewistischen Partei die Anklage, daß es nichts „Praktisches" zur Lösung der nationalen Frage enthalte, und Lenin antwortet grundsätzlich: „Deshalb gerade stellen die Proletarier dem Praktizismus der Bourgeoisie eine prinzipielle Politik in der nationalen Frage entgegen und unterstützen die Bourgeoisie stets nur bedingt. Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privilegien für ihre eigene Nation oder

[1] Ebenda, S. 10.
[2] Ebenda, S. 14.
[3] Ebenda, S. 18.

exklusive Vorteile für sie; das nennt man eben ‚praktisch'. Das Proletariat ist gegen jedes Privileg, gegen jede Exklusivität. Von ihm ‚Praktizismus' zu verlangen, heißt im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln, heißt dem Opportunismus verfallen."[1]

Lenin weist Rosa Luxemburg darauf hin, daß sie in ihrer Darlegung die Hauptsache vergessen habe: „Hingerissen vom Kampf gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade dieser Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist weniger ein bürgerlicher, sondern mehr ein feudaler Nationalismus, denn gerade er ist das Haupthemmnis für die Demokratie und den proletarischen Kampf."[2] Und schließlich bestimmt Lenin die Hauptaufgabe im nationalen Kampf, wenn er schreibt: „Auf der Jagd nach dem ‚Praktizismus' hat Rosa Luxemburg die wichtigste praktische Aufgabe sowohl des großrussischen als auch des Proletariats der anderen Nationalitäten übersehen: die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen."[3] Hier weist Lenin auf die entscheidende Forderung in der nationalen Frage hin, auf das Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Lostrennung, auf das Recht zur Bildung eines eigenen Nationalstaates.

Dieses Recht ist gerade heute für unser deutsches Volk von entscheidender Bedeutung, denn es wird ihm vom amerikanischen Imperialismus und seinen Helfern verweigert. Würden wir heute nach der Theorie Rosa Luxemburgs verfahren, dann müßten wir der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands

[1] Ebenda, S. 24.
[2] Ebenda, S. 27.
[3] Ebenda, S. 29.

gleichgültig gegenüberstehen und unsere westdeutschen Brüder und Schwestern ihrem Schicksal überlassen. Es ist klar, daß wir uns mit einer solchen Politik hoffnungslos von den Volksmassen isolieren würden, denn das deutsche Volk kann und wird sich nicht mit der Spaltung Deutschlands abfinden, es wird den einheitlichen deutschen Nationalstaat wieder erkämpfen. In diesem nationalen Existenzkampf ist aber die Arbeiterklasse und ihre Partei die berufene Führerin. Sie wird ihre historische Mission nur erfüllen können, wenn sie die letzten Überreste jener Unterschätzung der nationalen Frage in ihren Reihen ausrottet, die Rosa Luxemburg nie losgeworden ist.

Genosse Stalin faßte die Fehler Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage in der Vorkriegszeit mit den Worten zusammen: „Welches war damals die Stellung der linken Sozialdemokraten im Westen? Sie entwickelten eine halbmenschewistische Theorie des Imperialismus, lehnten das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen in seiner marxistischen Auffassung (einschließlich der Lostrennung und der Bildung selbständiger Staaten) ab, wiesen die These von der großen revolutionären Bedeutung der Befreiungsbewegung der Kolonien und unterdrückten Länder zurück, wiesen die These von der Möglichkeit der Einheitsfront zwischen der proletarischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegung zurück und stellten diesen ganzen halbmenschewistischen Mischmasch, der nichts als eine einzige Unterschätzung der nationalen und kolonialen Frage ist, dem marxistischen Schema der Bolschewiki entgegen."[1]

Diese Unterschätzung kam auch noch in späteren Arbeiten Rosa Luxemburgs zum Ausdruck, wie zum Beispiel in der „Junius-Broschüre", in der sie, wie früher schon erwähnt, erklärte, „In dem heutigen imperialistischen Milieu kann es überhaupt keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben"[2]. Der große welthistorische Sieg des chinesischen Volkes, der helden-

[1] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 495.

[2] Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 395.

hafte Kampf des koreanischen Volkes, des vietnamesischen Volkes usw., sprechen eine so deutliche Sprache, daß sich jedes weitere Wort hierzu erübrigt.

Der Objektivismus ihrer Geschichtsauffassung fand besonders in Rosa Luxemburgs Anschauung über die Fragen der Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes Ausdruck. Zwar wußte sie ganz genau: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen."[1] Aber sie hätte den Gedanken weit von sich gewiesen, daß – wie zum Kriegführen überhaupt – auch zum Bürgerkrieg eine wissenschaftlich ausgearbeitete Strategie und Taktik gehört, wenn das Proletariat siegen will. Gegenüber der wohlüberlegten Strategie und Taktik der Bourgeoisie, die in allen modernen Klassenkämpfen, besonders in der deutschen Novemberrevolution 1918, so klar in Erscheinung tritt, sollte sich das Proletariat nach der Theorie Rosa Luxemburgs einzig und allein auf den spontanen Prozeß der geschichtlichen Notwendigkeit verlassen. Dieser Gedanke tritt in Rosa Luxemburgs Arbeiten immer wieder hervor. Um nur noch einen Beleg anzuführen, folgendes Zitat: „Wollte es jemand unternehmen, den Massenstreik überhaupt als eine Form der proletarischen Aktion zum Gegenstand einer regelrechten Agitation zu machen, mit dieser ‚Idee' hausieren zu gehen, um für sie die Arbeiterschaft nach und nach zu gewinnen, so wäre das eine ebenso müßige, aber auch ebenso öde und abgeschmackte Beschäftigung, wie wenn jemand die Idee der Revolution oder des Barrikadenkampfes zum Gegenstand einer besonderen Agitation machen wollte."[2] Die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes springt in die Augen. Die Partei der Arbeiterklasse hat die

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 53.
[2] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 166.

Aufgabe, alle Formen der proletarischen Aktion sorgfältig wissenschaftlich zu untersuchen, um die daraus gewonnenen allgemein gültigen Regeln ebenso wissenschaftlich im Kampf anzuwenden. Sie muß sich dabei von den genialen Grundsätzen leiten lassen, die Genosse Stalin im Abschnitt „Strategie und Taktik" in seinen „Grundlagen des Leninismus"[1] entwickelt.

Da Rosa Luxemburg von einer Wissenschaft der Strategie und Taktik nichts wissen wollte, verfiel sie in die „Stadientheorie", die von den Menschewisten zum Kampf gegen die revolutionäre Taktik Lenins ausgeheckt worden war. In seiner Kritik der „Junius-Broschüre" schrieb Lenin in bezug auf den Versuch Rosa Luxemburgs, dem Weltkrieg das nationale Programm von 1848 zugrunde zu legen: Junius wollte „offenbar etwas in der Art der menschewistischen ‚Stadientheorie' traurigen Angedenkens zustande bringen, er wollte das revolutionäre Programm durchführen, indem er mit dem ‚bequemsten', ‚populärsten', für die Kleinbourgeoisie annehmbarsten Ende begann. Eine Art Plan, ‚die Geschichte zu überlisten', die Philister zu überlisten. Gegen die beste Verteidigung des wahren Vaterlandes kann doch niemand sein: das wirkliche Vaterland aber ist die großdeutsche Republik, die beste Verteidigung ist die Miliz, das Parlament in Permanenz usw. Einmal angenommen, würde ein solches Programm ganz von selbst zum nächsten Stadium führen: zur sozialistischen Revolution."[2] 1918 vertrat Rosa Luxemburg bei der Darlegung der Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands eine andere Variante dieser Stadientheorie. Wieder versuchte sie, am bequemsten, annehmbarsten Ende anzufangen und ein solches Programm aufzustellen, das ganz von selbst zum nächsten Stadium führt. Das Proletariat – so führte sie aus – müsse die Macht stufenweise, von unten nach oben, erst in einzelnen Betrieben und Gemeinden und dann im ganzen Staate erobern.

[1] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 75—91.
[2] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke", Bd. 5, S. 279.

Rosa Luxemburg formulierte diese Auffassung in ihrer Programmrede in folgender Weise:

„Wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen...

Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, daß, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlußakt ist...

Denn hier gilt es, Schritt um Schritt, Brust an Brust zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen."[1]

Dieser Stadientheorie entsprang auch Rosa Luxemburgs bereits früher behandeltes Schema vom Wechsel der politischen und ökonomischen Massenkämpfe. Danach war die erste Phase der Novemberrevolution die politische Revolution, die unzulänglich, halb, bewußtlos war. Darauf folgte das zweite Stadium, die ökonomische Revolution, die ganz von selbst zur sozialistischen Revolution wird.

Dieser Theorie entsprach es auch, wenn Rosa Luxemburg die Rolle des bewaffneten Kampfes um die Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmacht unterschätzte. Zwar forderte sie 1905 in Warschau, auf dem Höhepunkt der Revolution, selbst die Ausarbeitung eines Planes für den Aufstand. Aber in der Ruhe in Kuokkala war sie wieder anderer Auffassung und schrieb in ihrer Broschüre über den Massenstreik: „Die frühere Hauptform der bürgerlichen Revolutionen, die Barrikadenschlacht, die offene Begegnung mit der bewaffneten Macht des Staates, ist in der heutigen Revolution nur ein äußerster Punkt,

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 40.

nur ein Moment in dem ganzen Prozeß des proletarischen Massenkampfes.

Und damit ist in der neuen Form der Revolution auch jene Zivilisierung und Milderung der Klassenkämpfe erreicht, die von den Opportunisten der deutschen Sozialdemokratie, von den Bernstein, David und anderen prophetisch vorausgesagt wurde."[1]

Ob der bewaffnete Aufstand nur ein äußerster Punkt, nur ein Moment ist, ob er kürzer oder länger dauert, das hängt ganz von den Umständen ab. Auf jeden Fall ist er aber der höchste Punkt, die höchste Form des proletarischen Klassenkampfes. Denn er entscheidet die Grundfrage der Revolution, die Frage der Macht. Der siegreiche Aufstand am 7. November 1917 hat das mit aller Klarheit bewiesen.

Aus ihrer Unterschätzung des Aufstandes aber eine Verbeugung vor den Revisionisten zu machen, das war zumindest eine große Geschmacklosigkeit.

Aber selbst nach dem Siege der Oktoberrevolution warnte Rosa Luxemburg noch davor, die bolschewistische Taktik als Muster anzusehen. Sie schrieb: „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie (die Bolschewiki. F. O.) aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen."[2]

Die Sache ist aber gerade die, daß die Taktik der Bolschewiki das Muster für die Taktik aller proletarischen Parteien ist, denn diese Taktik ist an dem einzigen Prüfstein erprobt worden, den es für gesellschaftliche Erscheinungen gibt, an der geschichtlichen Praxis! Wenn wir aber von den Bolschewiki lernen wollen zu siegen, dann müssen wir auch jene Traditionen überwinden, die als Überreste des Luxemburgismus noch in unseren Reihen vorhanden sind.

---

[1] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 228.

[2] Rosa Luxemburg, „Die Russische Revolution", S. 118.

Als 1918/1919 in Berlin fast täglich blutige Straßenschlachten geschlagen wurden, war es schlechterdings unmöglich, den alten Standpunkt aufrechtzuerhalten. Daß Rosa Luxemburg ihn aber noch nicht ganz überwunden hatte, beweist ihre Stellung zum revolutionären Terror. Ungeachtet des blutigen Wütens der Konterrevolution in den Dezembertagen 1918 in Berlin erklärte Rosa Luxemburg im Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Meuchelmord."[1] Es ist prinzipiell falsch, wie es in diesem Satz geschieht, den Terror dem Meuchelmord gleichzusetzen. Gewiß verabscheut das klassenbewußte Proletariat den Meuchelmord, der eine beliebte politische Kampfmethode der Bourgeoisie ist. Wie viele der besten Führer der Arbeiterklasse sind durch Meuchelmord gefallen, darunter Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann. Aber eben darum darf das revolutionäre Proletariat den Terror nicht ablehnen, weil er eine unerläßliche Verteidigungswaffe gegen den politischen Meuchelmord darstellt. Das Proletariat hat noch nie von sich aus mit der Anwendung des Terrors begonnen. Aber es ist bis jetzt noch in jeder Revolution durch den bürgerlichen Terror gezwungen worden, mit den gleichen Mitteln zu antworten. Völlig recht hatte Lenin, als er im Jahre 1920 erklärte: „Gegen Leute, die wie die deutschen Offiziere bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs handeln, gegen Leute, wie Stinnes und Krupp, die die Presse kaufen, gegen solche Leute wird man wohl oder übel Gewalt und Terror anwenden müssen."[2]

Nicht um den individuellen Terror freilich kann es sich handeln, wie ihn die Volkstümler anwandten, die durch Taten der Helden die Aktion der Masse ersetzten, sondern um die Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die konterrevolu-

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 52.
[2] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XXV, Wien-Berlin 1930, S. 442.

tionären Attentate der Bourgeoisie. Das hat trotz allem auch Rosa Luxemburg verstanden, als sie formulierte: „Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."[1]

Die in ihrer Grundlinie fehlerhafte Theorie der sozialistischen Revolution spielte in Rosa Luxemburgs Stellung in der Novemberrevolution 1918 eine große Rolle. Obwohl sie die demokratischen Aufgaben der Revolution (Entmachtung der Kriegsverbrecher, der Militärkamarilla, Entwaffnung der Konterrevolution usw.) durchaus richtig gesehen hat, hinderte ihre falsche Einstellung sie doch daran, die ganze Kraft des Spartakusbundes und der Arbeiterklasse auf die Lösung der Hauptaufgabe zu konzentrieren, auf die Hinüberleitung der bürgerlichen in die sozialistische Revolution. Dazu fehlte allerdings damals in Deutschland die wichtigste Voraussetzung: eine revolutionäre Partei.

Die Spontaneitätstheorie

Es ist von wohlmeinenden, aber nicht rechtschaffenen Biographen geleugnet worden, daß Rosa Luxemburg eine Spontaneitätstheorie vertreten hat. Ich glaube schon bisher genügend Beweise angeführt zu haben, aus denen eindeutig hervorgeht, daß Rosa Luxemburg tatsächlich die Spontaneität der Entwicklung als das grundlegende Gesetz ansah. Ich will noch einen weiteren Beweis anführen, der deswegen besonders interessant ist, weil sich Rosa Luxemburg dabei gleichzeitig gegen den Fatalismus verwahrt, der in ihrer Spontaneitätstheorie steckt. Im Jahre 1917 schrieb sie in einem Briefe an Martha Rosenbaum: „... die Geschichte weiß immer selbst am besten Rat, wo die Sachlage am verzweifeltsten aussieht. Ich rede da nicht etwa einem bequemen Fatalismus das Wort! Ganz im Gegenteil! Der menschliche Wille muß aufs äußerste angestachelt werden, und es gilt, bewußt zu kämpfen aus aller Kraft.

[1] „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD", S. 53.

Aber ich meine: der Erfolg dieser bewußten Einwirkung auf die Massen hängt jetzt, wo alles so absolut hoffnungslos aussieht, von elementaren, tief verborgenen Sprungfedern der Geschichte ab, und ich weiß aus der geschichtlichen Erfahrung, auch aus persönlicher Erfahrung in Rußland, daß gerade dann, wenn äußerlich sich alles gänzlich ausweglos und jämmerlich ausnimmt, schon ein völliger Umschwung sich vorbereitet, der dann allerdings um so heftiger ist. Vergessen Sie überhaupt nie: wir sind an geschichtliche Entwicklungsgesetze gebunden, und diese versagen nie, wenn sie auch manchmal nicht just nach Schema F gehen, das wir uns zurechtgelegt haben."[1] Untersuchen wir diese Sätze näher. Rosa Luxemburg sagt: der menschliche Wille muß aufs äußerste angestachelt werden, es gilt, bewußt zu kämpfen aus aller Kraft! Aber wozu diese Anstrengung? Das ist nicht zu sagen, das Ziel kann nicht bewußt festgelegt und angestrebt werden, denn – der Erfolg hängt von elementaren, tief verborgenen Sprungfedern der Geschichte ab! Dem menschlichen Willen kommt also nur die sehr bescheidene Rolle zu, Vollstrecker der von der Geschichte bestimmten Entwicklung zu sein, das Ergebnis des revolutionären Kampfes hängt davon ab, in welche Richtung die verborgenen Sprungfedern der Geschichte ihn schleudern. Handelnde Person der Entwicklung sind nicht die Klassen, nicht die Massen, sondern ist die Geschichte in höchsteigener Person, die selbst immer am besten Rat weiß. Man sage nicht, diese Theorie sei für Rosa nur ein Trost in der Einsamkeit des Gefängnisses gewesen und sei zeitlich begrenzt, da Rosa sie auf die damalige Situation, „wo alles so absolut hoffnungslos" aussah, beschränkt. Am Schluß der zitierten Stelle sagt sie selbst: Vergessen Sie nie, wir sind an geschichtliche Entwicklungsgesetze gebunden! Diese ganze Briefstelle gibt in kristallklarer Form die Geschichtsauffassung Rosa Luxemburgs wieder, die eben durch die Anbetung der Spontaneität gekennzeichnet ist.

Gewiß ist die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe an geschicht-

[1] Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde", S. 149.

liche Entwicklungsgesetze gebunden. Aber der Marxismus-Leninismus lehrt eben, daß sie diesen Gesetzen nicht blind gehorchen muß, sondern daß sie – wenn sie die Gesetze mit Hilfe ihrer Wissenschaft erkannt hat – die Entwicklung beschleunigen und in eine bestimmte Richtung lenken kann. Der Marxismus-Leninismus rüstet das Proletariat mit der Waffe aus, die es zum bewußten Gestalter der gesellschaftlichen Entwicklung macht. Er macht das Proletariat fähig, selbst das in der geschichtlichen Entwicklung zweifellos vorhandene spontane Element in den Dienst seiner bewußten Gestaltung zu stellen. Dazu braucht die Arbeiterklasse aber, so lehrt der Marxismus-Leninismus, eine revolutionäre Theorie und eine revolutionäre Partei.

Aus der Spontaneitätstheorie folgt mit unausweichlicher Konsequenz die Unterschätzung der revolutionären Theorie und die Unterschätzung der Rolle der Partei. Wenn nach Stalin die revolutionäre Partei „mit einer revolutionären Theorie, mit der Kenntnis der Gesetze der Bewegung, mit der Kenntnis der Gesetze der Revolution gewappnet sein“ [1] muß, so gibt es nach der Auffassung Rosa Luxemburgs überhaupt keine allgemeinen Gesetze der Revolution, die erkannt und von der Partei bewußt angewendet werden könnten. Erst im Kampfe selbst kann sich nach ihrer Meinung die Arbeiterklasse über die Aufgaben des Kampfes klar werden. Rosa Luxemburg schreibt: „Grundverschieden sind die Bedingungen der sozialdemokratischen Aktion. Diese wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, daß hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird.“ [2] Es ist nach dieser Auffassung also nicht möglich, mit Hilfe der revolutionären

[1] J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 93.

[2] Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokraten“ in „Die Neue Zeit“, 22. Jahrgang (1903/1904), Bd. II, S. 488.

Theorie den Klassenkampf wissenschaftlich zu verarbeiten, die Aufgaben des Kampfes vorher zu bestimmen und die Strategie und Taktik des Klassenkampfes festzulegen. Es ist danach nicht möglich, vorauszusagen. Rosa Luxemburg schreibt: „Wichtig ist auch für die Sozialdemokratie jedesmal nicht das Vorausahnen und Vorauskonstruieren eines fertigen Rezeptes für die künftige Taktik, sondern die lebendige Erhaltung in der Partei der richtigen historischen Wertschätzung für die jeweilig herrschenden Kampfformen, das lebendige Gefühl für die Relativität der gegebenen Phase des Kampfes und für die notwendige Steigerung der revolutionären Momente vom Standpunkt des Endziels des proletarischen Klassenkampfes."[1] Ist es nicht klar, daß eine solche Auffassung das Proletariat dazu verurteilt, auf der Stelle zu treten oder in die Irre zu gehen? Genosse Stalin lehrt uns aber: „Um ... in der Politik nicht fehlzugehen, muß man vorwärts schauen und nicht rückwärts."[2]

Wenn es aber nicht möglich ist, die Entwicklung vorauszusagen und einen Feldzugsplan für die Revolution auszuarbeiten, dann braucht die proletarische Armee auch keinen besonderen Stab, keine Partei, die diesen Plan aufstellt und seine Durchführung leitet. Dann kann auch die Partei der Arbeiterklasse nichts weiter tun, als hinter dem historischen Entwicklungsprozeß einherzumarschieren. Rosa Luxemburg schreibt: „Die Kampftaktik der Sozialdemokratie wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht ‚erfunden', sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Auch hier geht das Unbewußte vor dem Bewußten, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger. Die Rolle der sozialdemokratischen Leitung ist dabei wesentlich konservativen Charakters, indem sie erfahrungsgemäß dazu führt, das jedesmalige neugewonnene Terrain des

[1] Ebenda, S. 491.
[2] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 731.

Kampfes bis in die äußersten Konsequenzen auszuarbeiten und es bald in ein Bollwerk gegen eine weitere Neuerung größeren Stiles umzukehren."[1]

Diese Zeilen schrieb Rosa Luxemburg vor der ersten russischen Revolution. Wenn wir die spätere Entwicklung betrachten, so hat Rosa Luxemburg in bezug auf Deutschland in gewissem Sinne recht behalten. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte sich tatsächlich zu einer konservativen Kraft, die ein Bollwerk gegen neue Formen des Klassenkampfes wurde, wie zum Beispiel die Abwürgung der Massenstreikdebatte und der großen Wahlrechtskämpfe zeigte, sie wurde schließlich zu einer konterrevolutionären Kraft, die 1914 bis 1918 dem Imperialismus das Kanonenfutter zutrieb und 1918 bis 1923 die Revolution in Arbeiterblut ertränkte. Aber das ist kein Beweis für die Richtigkeit der Theorie Rosa Luxemburgs, denn die deutsche Sozialdemokratie war eben alles andere als eine revolutionäre Partei.

Betrachten wir dagegen die Entwicklung in Rußland, dann tritt die Unhaltbarkeit der Theorie Rosa Luxemburgs über die Rolle der Partei offen zutage. Rosa Luxemburg schrieb nach der ersten russischen Revolution in ihrer Broschüre über den Massenstreik: „Auf Grund der Entschlossenheit einer Parteileitung und der Parteidisziplin der sozialdemokratischen Arbeiterschaft kann man wohl eine einmalige kurze Demonstration veranstalten, wie den schwedischen Massenstreik oder die jüngsten österreichischen oder auch den Hamburger Massenstreik vom 17. Januar... Gerade während der Revolution ist es für irgendein leitendes Organ der proletarischen Bewegung äußerst schwer, vorauszusehen und zu berechnen, welcher Anlaß und welche Momente zu Explosionen führen können und welche nicht. Auch hier besteht die Initiative und Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, son-

[1] Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokraten" in „Die Neue Zeit", 22. Jahrgang (1903/1904), Bd. II, S. 491.

dern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Masse."[1]

Diese Darstellung entspricht nicht den Lehren der russischen Revolution von 1905. Die Bolschewiki zogen aus den Erfahrungen der Revolution den genau entgegengesetzten Schluß: daß die Revolution nicht siegen konnte, weil die Arbeiterklasse noch nicht in einer revolutionären Partei zusammengeschlossen war: „Die Arbeiterklasse war die führende Kraft, die Hauptkraft der Revolution, aber in den Reihen der Partei der Arbeiterklasse fehlte die notwendige Einheit und Geschlossenheit. Die SDAPR – die Partei der Arbeiterklasse – war in zwei Gruppen gespalten: Bolschewiki und Menschewiki. Die Bolschewiki führten eine konsequente revolutionäre Linie durch und riefen die Arbeiter zum Sturz des Zarismus auf. Die Menschewiki hemmten durch ihre Paktierertaktik die Revolution, verwirrten einen bedeutenden Teil der Arbeiter, spalteten die Arbeiterklasse. Deshalb traten die Arbeiter in der Revolution nicht immer einmütig auf, und die Arbeiterklasse, der die Einheit in ihren eigenen Reihen noch fehlte, konnte nicht zum wahren Führer der Revolution werden."[2]

Rosa Luxemburg vermochte diese grundlegende Lehre der russischen Revolution nicht zu verstehen. Sie trat darum auch gegen Lenin und die Bolschewiki auf, als diese 1912 auf der Prager Konferenz die Schlußfolgerung aus den Erfahrungen zogen, die Menschewiki aus ihren Reihen vertrieben und sich endgültig als Partei neuen Typus konstituierten. Zusammen mit den Opportunisten war Rosa Luxemburg bemüht, die Prager Konferenz rückgängig zu machen und eine Wiedervereinigung der Bolschewiki mit den Liquidatoren herbeizuführen. Zu diesem Zwecke beteiligte sie sich 1914 an der Bildung des antibolschewistischen „Brüsseler Blocks" (siehe oben S. 89).

---

[1] Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"; „Ausgewählte Reden und Schriften", I. Bd., S. 205 und 206.

[2] „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 117.

Noch während des ersten Weltkrieges, als die allgemeine Krise des Kapitalismus bereits im Entstehen war, schrieb Rosa Luxemburg in der „Junius-Broschüre“:

„Ob große Volkskundgebungen und Massenaktionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassengegensätze, der Grad der Aufklärung, die Reife der Kampfstimmung der Massen, die unberechenbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann. Das ist der Unterschied zwischen den großen Krisen der Geschichte und den kleinen Paradeaktionen, die eine gutdisziplinierte Partei im Frieden sauber nach dem Taktstock der ‚Instanzen‘ ausführen kann. Die geschichtliche Stunde heischt jedesmal die entsprechenden Formen der Volksbewegung und schafft sich selbst neue, improvisiert vorher unbekannte Kampfmittel, sichtet und bereichert das Arsenal des Volkes, unbekümmert um alle Vorschriften der Parteien.“[1]

Die Geringschätzung der Rolle der Partei, die aus diesen Zeilen spricht, entsprach gerade dem Hauptmangel der deutschen Linken, dem Fehlen einer eigenen Partei. Lenin schrieb in seiner Kritik der „Junius-Broschüre“: „Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer festgefügten illegalen Organisation, die systematisch ihre Linie verfolgt und die Massen im Geiste der neuen Aufgaben erzieht: eine solche Organisation müßte sowohl dem Opportunismus als auch dem Kautskyanertum gegenüber eine klare Stellung einnehmen.“[2]

Wie fehlerhaft die Auffassung Rosa Luxemburgs war, hat die Entwicklung der folgenden Jahre bewiesen, vor allem die russische Revolution. Gerade weil in Rußland die bolschewistische Partei die führende Rolle verwirklichte, darum siegte die Oktoberrevolution! Über die Ursachen dieses Sieges heißt

[1] Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“; „Ausgewählte Reden und Schriften“, I. Bd., S. 375.

[2] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 5, S. 266.

es unter anderem in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)": „An der Spitze der Arbeiterklasse stand eine in politischen Kämpfen so erprobte Partei wie die Partei der Bolschewiki. Nur eine Partei wie die Partei der Bolschewiki, genügend kühn, um das Volk zum entscheidenden Sturmangriff zu führen, und genügend umsichtig, um alle und jegliche Klippen auf dem Wege zum Ziele zu umgehen – nur solch eine Partei war imstande, mit derartigem Können so verschiedenartige revolutionäre Bewegungen zu einem einheitlichen revolutionären Strom zu vereinigen, wie die allgemein-demokratische Bewegung für den Frieden, die bäuerlich-demokratische Bewegung für die Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker für nationale Gleichberechtigung und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats."[1]

Andererseits hatte die Niederlage des deutschen Proletariats in der Revolution 1918/1919 den Beweis für die Unrichtigkeit der Auffassung Rosa Luxemburgs über die Rolle der Partei erbracht. Im Jahre 1921 schrieb Lenin in seinem Brief an die deutschen Kommunisten: „Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise noch nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge des Druckes der verfluchten Tradition der ‚Einheit' mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Konsorten) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Konsorten) Bande der Lakaien des Kapitals."[2] Darin lag die Hauptursache für die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution.

Die Unterschätzung der führenden Rolle der Partei ging in der Theorie Rosa Luxemburgs Hand in Hand mit der Unterschätzung des Opportunismus, die es ihr ermöglichte, bis zur Revolution von 1918 in einer Partei mit den Oppor-

[1] „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 266.
[2] W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. XXVI, Moskau 1940, S. 594/595.

tunisten zu bleiben. Bereits in ihrer Auseinandersetzung mit Lenin über die Organisationsfrage 1904 hatte Rosa Luxemburg den Opportunismus falsch eingeschätzt. Damals schrieb sie gegen Lenins Absicht, durch die Abfassung des Organisationsstatuts das Eindringen der Opportunisten in die Partei zu verhindern: „Ist dem aber so, dann erscheint um so wunderlicher die Idee, gleich in den Anfängen einer Arbeiterbewegung das Aufkommen der opportunistischen Strömungen durch diese oder andere Fassung des Organisationsstatuts verbieten zu können. Der Versuch, den Opportunismus durch solche papierne Mittel abzuwehren, kann tatsächlich nicht diesem, sondern nur der Sozialdemokratie selbst ins Fleisch schneiden, und, indem er in ihr das Pulsieren eines gesunden Lebens unterbindet, schwächt er ihre Widerstandsfähigkeit im Kampfe nicht nur gegen opportunistische Strömungen, sondern auch – was doch gleichfalls von einiger Bedeutung sein dürfte – gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Das Mittel wendet sich gegen den Zweck."[1] Nach dieser mehr als sonderbaren Auffassung ist das Verbleiben von Opportunisten in der Partei also vonnöten, um das Pulsieren eines gesunden Lebens zu garantieren, um die Widerstandsfähigkeit der Partei gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu stärken! Wohin dieses „Pulsieren" in der deutschen Sozialdemokratie geführt hat, das hat Rosa Luxemburg allzu bitter erfahren müssen. Aber selbst als sie nach Ausbruch des Weltkrieges ihre große Abrechnung mit der deutschen Sozialdemokratie hielt, hat sie noch immer nicht vermocht, den Opportunismus richtig einzuschätzen. Lenin wies in seiner Kritik der „Junius-Broschüre" darauf hin, daß ihr Hauptmangel darin besteht, daß sie den Zusammenhang zwischen dem Sozialchauvinismus und dem Opportunismus verschweigt. Lenin schreibt: „Der Hauptmangel der Junius-Broschüre und ein direkter Rückschritt im Vergleich zur legalen (wenn auch sofort nach ihrem Erscheinen verbotenen) Zeitschrift ‚Die Internationale' ist das Verschweigen des Zusammen-

[1] „Die Neue Zeit", 22. Jahrgang (1903/1904), Bd. II, S. 535.

hangs zwischen dem Sozialchauvinismus (der Verfasser gebraucht weder diesen Terminus noch den weniger präzisen Ausdruck Sozialpatriotismus) und dem Opportunismus."[1]

„Sowohl in der Junius-Broschüre als auch in den Thesen ist weder vom Opportunismus noch vom Kautskyanertum die Rede! Das ist theoretisch unrichtig, denn man kann den ‚Verrat' nicht erklären, ohne ihn mit dem Opportunismus als Richtung in Zusammenhang zu bringen, die schon auf eine lange Geschichte, die ganze Geschichte der II. Internationale zurückblickt. Das ist praktisch-politisch falsch, da man die ‚Krise der Sozialdemokratie' weder verstehen noch überwinden kann, ohne die Bedeutung und die Rolle der zwei Richtungen: der offen opportunistischen (Legien, David usw.) und der verkappt opportunistischen (Kautsky und Konsorten) klargestellt zu haben."[2]

Wir haben aus der ganzen geschichtlichen Entwicklung und aus den Fehlern Rosa Luxemburgs die Lehre gezogen und wissen, daß die Arbeiterklasse nicht siegen kann, wenn sie Opportunisten in ihren Reihen duldet. Denn Genosse Stalin hat uns gelehrt: „Der Weg zur Entwicklung und Festigung der proletarischen Parteien führt über ihre Säuberung von den Opportunisten und Reformisten, den Sozialimperialisten und Sozialchauvinisten, den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten.

Die Partei wird gestärkt dadurch, daß sie sich von den opportunistischen Elementen reinigt."[3]

Ernst Thälmanns Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus

Es mag vielleicht manchen Leser verwundern, daß wir uns heute, mehr als drei Jahrzehnte nach dem Tode Rosa Luxemburgs, so ausführlich mit ihren Fehlern befassen. Doch das hat

[1] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke", Bd. 5, S. 265.
[2] Ebenda, S. 266.
[3] J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 105.

seine guten Gründe. Sie bestehen nicht nur darin, daß der Luxemburgismus in den Jahren nach der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918 großen Einfluß in der deutschen Arbeiterbewegung hatte, so daß die Geschichte dieser Periode ohne die kritische Betrachtung der Fehler Rosa Luxemburgs nicht richtig verstanden werden kann. Der Hauptgrund für die ausführliche Behandlung der Fehler Rosa Luxemburgs liegt darin, daß die Feinde der Arbeiterklasse, die Trotzkisten, Brandleristen, die SAP-Leute und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Ideologen, versuchten und bis auf den heutigen Tag versuchen, die falschen Auffassungen Rosa Luxemburgs für ihr niederträchtiges Handwerk auszunutzen. Ein ganzer Schwarm von Epigonen stürzte sich auf die Fehler der großen Revolutionärin, um aus ihnen Kapital zu schlagen, das sie heute bei den amerikanischen Monopolherren verzinsen. Keine Frage, daß all diese literarischen Defraudanten kein Recht haben, auch nur den Namen Rosa Luxemburgs in den Mund zu nehmen. Denn sie stehen alle miteinander in dem Lager, aus dem die Mörder Rosa Luxemburgs stammen. Darum kann auch ihr schmutziges Bemühen das Andenken an Rosa Luxemburg nicht trüben. Sie war und bleibt eine der größten revolutionären Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Und wie die Arbeiterklasse ewig das Andenken dieser großen Persönlichkeit ehren wird, so wird sie auch aus ihren Fehlern lernen zu Nutz und Frommen der großen Sache, für die Rosa Luxemburg lebte, kämpfte und fiel.

Der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die Aufgabe gestellt, „eine wissenschaftliche Analyse der neueren Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu geben und dabei die hervorragende Rolle Ernst Thälmanns als des Vorkämpfers um den Frieden, um die Einheit der Arbeiterklasse und die Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus herauszuarbeiten“[1].

[1] „Beschlüsse und Dokumente des III. Parteitages der SED“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 59.

Der Kampf Ernst Thälmanns um die Schaffung einer Partei neuen Typus in Deutschland war ein Kampf gegen den Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung, um den Sieg des Marxismus-Leninismus. Dazu gehörte auch der Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus, der nichts anderes als eine Abart des Sozialdemokratismus darstellt.

Besonders eingehend beschäftigte sich Ernst Thälmann in seiner Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. Februar 1932 mit dieser Frage. Den Anlaß dazu gaben der kurz vorher erschienene Brief des Genossen Stalin an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“[1], in dem er gegen das Einschmuggeln trotzkistischer Konterbande in die Geschichte der bolschewistischen Partei protestierte, sowie einige in Deutschland erschienene literarische Arbeiten, in denen luxemburgistische Fehler enthalten waren. Genosse Thälmann unterzog diese Arbeiten einer scharfen Kritik. Er zeigte auf, daß diese Arbeiten eine abstrakte und leichtsinnige Stellung sowohl zu den Vorzügen wie den Schwächen der revolutionären Arbeit Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Gruppe während des Krieges enthielten und sagte: „So einfach darf man sich die Sache bei der Behandlung der Geschichte und Vorgeschichte unserer Partei, der Vorzüge und Schwächen sowie Fehler des Luxemburgismus keinesfalls machen. Man erschwert dadurch das wirkliche Verständnis der Schwächen des Luxemburgismus, die unsere Partei im langen Ringen ihrer Bolschewisierung überwinden mußte und zum Teil noch heute überwinden muß.“[2] Ernst Thälmann betonte, daß die Überwindung der Reste des Luxemburgismus nur durch größte Wachsamkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber allen unleninistischen Erscheinungen möglich ist. „Was wir brauchen, ist jene bolsche-

[1] J. Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, in „Fragen des Leninismus“, S. 489—503.

[2] Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, Berlin 1932, S. 67.

wistische Unversöhnlichkeit und Unduldsamkeit gegenüber allen Einflüssen der Sozialdemokratie und auch die Überwindung aller in unseren Reihen noch vorhandenen Überreste aus der sozialdemokratischen oder luxemburgischen Vergangenheit unserer Partei."[1]

Die Fehler Rosa Luxemburgs zusammenfassend, erklärte Genosse Thälmann: „Wir müssen also mit aller Klarheit aussprechen: in all den Fragen, in denen Rosa Luxemburg eine andere Auffassung als Lenin vertrat, war ihre Meinung irrig, so daß die ganze Gruppe der deutschen Linksradikalen in der Vorkriegs- und Kriegszeit sehr erheblich an Klarheit und revolutionärer Festigkeit hinter den Bolschewiki zurückblieb.

Diese Erkenntnis gibt uns erst das Verständnis dafür, warum es in Deutschland verspätet zur Spaltung zwischen dem revolutionären Marxismus und den kleinbürgerlichen Opportunisten oder ihren zentristischen Helfershelfern innerhalb der Arbeiterbewegung kam. Rosa Luxemburgs Fehler in der Akkumulationstheorie, in der Bauernfrage, in der nationalen Frage, in der Frage des Problems der Revolution, in der Frage der proletarischen Diktatur, in der Organisationsfrage, in der Frage der Rolle der Partei beziehungsweise der Spontaneität der Massen – das alles ergibt ein System von Fehlern, die Rosa Luxemburg nicht zur vollen Klarheit eines Lenin aufsteigen ließen."[2] Darauf behandelte Ernst Thälmann ausführlich die Fehler Rosa Luxemburgs in der Frage der Rolle der Partei, ihren Kampf gegen Lenin in dieser Frage und zitierte in diesem Zusammenhang ein interessantes historisches Dokument, das den Kampf Lenins sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die im Entstehen begriffene Gruppe der Zentristen beleuchtet. Im Jahre 1905 hatte sich Bebel erboten, in dem Streit zwischen Bolschewiki und Menschewiki die Rolle des unparteiischen Schiedsrichters zu übernehmen. Die Menschewiki stimmten zu, die Bolschewiki lehn-

[1] Ebenda, S. 71.
[2] Ebenda, S. 71/72.

ten ab. Lenin schrieb einen Brief an August Bebel. Das Manuskript dieses Briefes, den Lenin vor der Absendung noch wesentlich kürzte, zitierte Genosse Thälmann in seiner Rede. Lenin schrieb an Bebel:

„Vor einigen Monaten, als es vielleicht noch nicht zu spät war, als noch eine Spur von Hoffnung existierte, daß der III. Parteitag beide Fraktionen vereinigen und eine Partei wiederherstellen kann, – damals tat die deutsche Sozialdemokratie ihr Möglichstes, um diesen Weg zu sperren. Kautsky suchte in der ‚Iskra' den Wert der formellen Organisation zu schwächen. Die Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie verherrlichte die Desorganisation und die Treulosigkeit (Rosa Luxemburg in der ‚Neuen Zeit') unter dem geistreichen und ‚dialektischen' Vorwande, die Organisation sei nur ein Prozeß, nur eine Tendenz. Die Erbitterung darüber war in unserer Partei sehr groß. Genosse Rjadowoi, sehr einflußreiches Mitglied der Majorität, bestand darauf, daß Kautsky meine Antwort bringen wird. Ich wettete mit ihm um das Gegenteil davon. Meine ‚Abwehr' war kurz und sachlich geschrieben und beschränkte sich darauf, tatsächliche Unwahrheiten zu berichtigen und faktische Erzählungen dem Spotte über unsere Partei gegenüberzustellen. Kautsky wies meinen Artikel zurück mit der famosen Motivierung, Angriffe auf uns habe die ‚Neue Zeit' nicht, weil sie gegen uns gerichtet, sondern dessenungeachtet gedruckt! Es war einfach ein Hohn! Die ‚Neue Zeit' (und nicht sie allein) wollte also den deutschen Sozialdemokraten nur die Ansichten der Minorität bekannt machen. Die Erbitterung darüber war in unseren Reihen ungemein groß."[1]

Genosse Thälmann zog aus diesem Brief die Schlußfolgerung, daß es eine lügnerische Behauptung der Trotzkisten ist, Lenin habe den Kampf gegen den Zentrismus erst während des Krieges begonnen. In der Tat liefert der Brief Lenins den

[1] Ebenda, S. 72/73; siehe W. I. Lenin, „Sämtliche Werke", Bd. VII, S. 599.

Beweis, daß er den Kampf gegen die zentristischen Tendenzen, das heißt den verhüllten, unter „marxistischer" Phraseologie versteckten Opportunismus schon vor der Herausbildung der zentristischen Gruppe geführt hat.

Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPD im Februar 1932 war in der Diskussion der Versuch unternommen worden, die Fehler Rosa Luxemburgs durch den Hinweis auf die Lage in Deutschland zu rechtfertigen. Ernst Thälmann trat diesem Versuch scharf entgegen. „Es ist unmöglich", erklärte er, „die Fehler Rosa Luxemburgs mit den objektiven Verhältnissen im Deutschland der Vorkriegszeit zu rechtfertigen."[1]

Ernst Thälmann übte also in dieser Rede – ein Jahr vor der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland! – eine harte Kritik an den Fehlern Rosa Luxemburgs und stellte der Partei mit aller Entschiedenheit die Aufgabe, die Überreste des Luxemburgismus zu überwinden. Das war kein Zufall! Thälmann hatte klar erkannt, daß diese Überwindung ein untrennbarer Teil der größeren Aufgabe war, in Deutschland eine Partei neuen Typus zu schaffen.

Wir setzen heute in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands das Werk von Ernst Thälmann fort. Auch uns ist die Aufgabe gestellt, unsere Partei zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln. Dazu gehört auch der Kampf gegen die noch immer vorhandenen Überreste des Luxemburgismus. Wer da glaubt, daß es solche Überreste heute nicht mehr gebe, der unterschätzt gewaltig die nachhaltige Wirkung ideologischer Traditionen. Das Unverständnis für die heute so aktuelle nationale Frage, die Unterschätzung der revolutionären Möglichkeiten der werktätigen Bauernschaft, das ungenügende Verständnis für die führende Rolle der Partei – all das sind auch Überreste des Luxemburgismus, die im unversöhnlichen Kampf um die Aneignung der Lehre von Marx – Engels – Lenin – Stalin überwunden werden müssen.

Kleinbürger mögen meinen, die scharfe Kritik der Fehler

[1] Ebenda, S. 94.

Rosa Luxemburgs beeinträchtige ihre revolutionären Verdienste, schmälere das liebevolle Andenken an die große Revolutionärin. Wirklichen Marxisten ist dieser Spießerstandpunkt fremd. Ernst Thälmann, der die Fehler Rosa Luxemburgs einer so harten Kritik unterzog, erklärte in derselben Rede: „Wir denken nicht daran, die Bedeutung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Franz Mehrings und der übrigen Genossen, die den linksradikalen Flügel in der Vorkriegssozialdemokratie bildeten, abzuschwächen. Wir denken nicht daran, diese wahrhaft revolutionären Kämpfer und Führer und ihre guten revolutionären Traditionen zu verleugnen, oder gar den sozialdemokratischen, SAPistischen oder brandleristischen Leichenschändern zu überlassen. Rosa Luxemburg und die anderen gehören zu uns, gehören der Kommunistischen Internationale und der KPD, an deren Gründung sie mitgewirkt haben."[1]

Niemand hat Rosa Luxemburgs Fehler so tiefschürfend, beharrlich und scharf kritisiert wie Lenin. Als aber der Renegat Paul Levi vor 30 Jahren den ersten Versuch machte, die tote Kämpferin gegen ihre Sache auszunutzen, setzte ihr Lenin das schöne Denkmal:

„Ein Adler kann wohl manchmal auch tiefer hinabsteigen als das Huhn, aber nie kann ein Huhn in solche Höhen steigen wie ein Adler. Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst beim Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler."[2]

[1] Ebenda, S. 71.
[2] W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke", Bd. 10, Moskau 1937, S. 307.

INHALT

Einleitung 6

ERSTER TEIL

EIN KÄMPFERISCHES LEBEN

Kinderjahre in der Heimat 9
Studienjahre in der Emigration 14
Kampf gegen den Revisionismus 22
Diskussion über Organisationsfragen 32
Die erste russische Revolution 37
Die Lehren der russischen Revolution 42
Theoretische Arbeiten 58
Wahlrechtskämpfe und Massenstreik 72
Fragen der polnischen und russischen Arbeiterbewegung 84
Kampf gegen Krieg und Militarismus 89
Der imperialistische Krieg 104
Die russische Revolution 1917 119
Die deutsche Novemberrevolution 1918 127
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) 137
Vom Feinde erschlagen 145

ZWEITER TEIL

EIN FEHLERHAFTES SYSTEM *(Der Luxemburgismus)*

Die historischen Wurzeln 156
Die philosophischen Anschauungen 161
Die ökonomische Konzeption 166
Die Theorie der sozialistischen Revolution 187
Die Spontaneitätstheorie 202
Ernst Thälmanns Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus 211

Universitätsbibliothek der Bundeswehr Hamburg Klagenfurt

ROSA LUXEMBURG

AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN

Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck

Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED

Band I · 2. Auflage · 752 Seiten · Mit 7 Abbildungen · Ganzleinen 7,80 DM

Band II · 2. Auflage · 742 Seiten · Mit 7 Abbildungen · Ganzleinen 7,80 DM

Wir können das Andenken der großen Sozialistin Rosa Luxemburg wohl kaum besser ehren als durch die Herausgabe der vorliegenden zwei Bände ihrer „Ausgewählten Reden und Schriften". Zeigen doch gerade ihre Reden und Aufsätze, die den revolutionären Kampf und die theoretischen und politischen Anschauungen dieser einzigartigen Revolutionärin widerspiegeln und den Geist der Revolution atmen, mit aller Anschaulichkeit, was Rosa Luxemburg für die deutsche und für die internationale Arbeiterbewegung gewesen ist und was sie uns heute bedeutet. Dabei erinnern wir uns der Worte Lenins, daß ihr Werk eine sehr nützliche Lehre darstellt zur Erziehung vieler Generationen von Kommunisten. Kühn, aufrecht und entschieden ist Rosa Luxemburg ihren Weg gegangen, hat sie ihre Anschauungen vertreten, den Sozialismus propagiert und die Massen zum Kampfe gegen den Opportunismus und Revisionismus, gegen Militarismus und imperialistische Kriege, für die Erkämpfung des Sozialismus aufgerufen.

Aus dem Vorwort

DIETZ VERLAG BERLIN

D/61

UB Klagenfurt